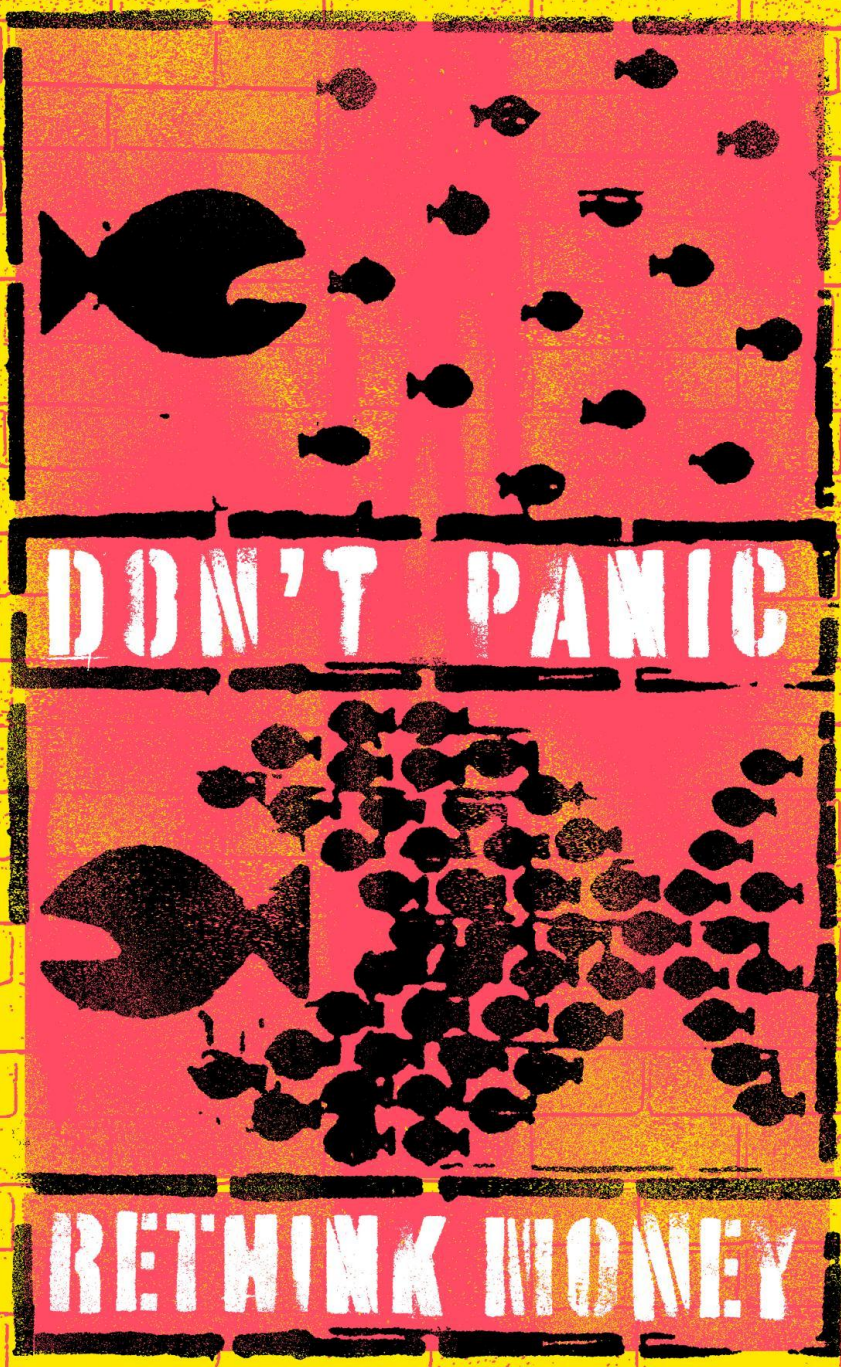


PULLUP HEIßIG RETHINK MONEY

BAUPLAN FÜR DIE ZUKUNFT



1. Intro

1.1 Was unsere Probleme verbindet: Geld

Nachrichten vermitteln immer häufiger den Eindruck, dass die Welt in eine einzige Richtung steuert: abwärts. Fortschritte gibt es zwar, doch das kurzzeitige Gefühl der Hoffnung wird schnell von Schlagzeilen überschattet, die zeigen, wie Jahre harter Arbeit in wenigen Momenten zunichtegemacht werden. Die Welt scheint in einem Netz aus komplexen, voneinander abhängigen Problemen gefangen, deren Lösungen oft unerreichbar wirken.

Während ich frustriert durch unzählige schlechte Nachrichten scrollte, fiel mir ein verbindendes Element ins Auge – ein Element, das viele dieser Probleme zusammenhält: Geld.

Warum fehlt manchen Menschen Geld für grundlegende Bedürfnisse wie Nahrung oder Wohnraum? Wieso können Firmen mit Falschnachrichten Profit generieren? Warum lässt sich politische Macht mit Geld kaufen? Wie kann es sein, dass das Zerstören unserer Lebensgrundlage oft profitabler ist als deren Erhalt? Wie kann es sein, dass mit Geld demokratische Systeme untergraben werden können? Wieso finanzieren Demokratien Diktaturen und deren Konflikte? Wie können Unternehmen Geld verdienen, indem sie menschliche Schwächen ausnutzen, Angst und Hass schüren oder Menschen dazu bringen, ihre sozialen Grundbedürfnisse zu vernachlässigen? Die Liste dieser Fragen scheint endlos.

Der gemeinsame Nenner liegt in dem System, das unser Leben prägt wie kein anderes: dem Kapitalismus. Er hat Wohlstand, Innovation und Fortschritt gebracht, aber auch tiefgreifende Probleme offenbart. Die wirtschaftliche Ungleichheit wächst, ökologische Krisen verschärfen sich, soziale Strukturen bröckeln, und politische Konflikte nehmen zu. Diskussionen darüber kratzen oft nur an der Oberfläche, während die strukturellen Ursachen selten in den Fokus rücken.

Fredric Jameson sagte einmal sinngemäß: »Es ist leichter, sich das Ende der Welt

vorzustellen als das Ende des Kapitalismus.«¹ Diese Aussage scheint heute aktueller denn je. Der Kapitalismus ist so tief in unseren sozialen und kulturellen Strukturen verankert, dass viele sich eine Alternative kaum vorstellen können – selbst jetzt, wo der Klimawandel ein »Weiter so« eigentlich ausschließt.

Dabei hat der Kapitalismus in den letzten 200 Jahren auch unbestreitbare Fortschritte ermöglicht: steigende Lebenserwartung, individuelle Freiheiten und Wohlstand. Doch das Zeitalter des unendlichen Wachstums scheint vorbei zu sein. Angetrieben von der Notwendigkeit, immer weiterzuwachsen, wird der Kapitalismus zunehmend destruktiv. In seiner heutigen Form fördert er Prozesse, die Mensch und Umwelt schaden. Fast alle aktuellen Probleme und Pervertierungen lassen sich darauf zurückführen, dass wir langsam in das Endspiel des Kapitalismus eintreten. Auch in den westlichen Ländern dämmert es immer mehr Menschen, dass sie den Kapitalismus wahrscheinlich auch auf der Verlierer*innenseite erleben können/werden.



1.1 Revolution des Systems

Es ist kein Zufall, dass in einer Zeit wachsender Krisen die Reichsten immer reicher werden. Um die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen, müssen wir den Kapitalismus differenziert betrachten. Sein Beitrag zu Wohlstand und Innovation darf nicht ignoriert werden – ebenso wenig wie seine zerstörerischen Mechanismen.

In diesem Buch möchte ich zunächst die strukturellen Schwächen des Kapitalismus aufzeigen. Dabei werde ich vieles vereinfachen und auf die Elemente reduzieren, die ich für besonders veränderungswürdig halte. Dann sind Sie eingeladen, die Art und Weise, wie wir Geld sehen, neu zu bewerten und zu überdenken. Denn der anstehende Wechsel zu digitalen Währungen kann die destruktiven Seiten des Kapitalismus ausschalten, ohne auf die Vorteile verzichten zu müssen. Digitales Geld klingt zunächst abstrakt und weit weg, aber die Einführung digitaler Währungen durch unterschiedlichste Institutionen, wie die EZB, steht bevor. Es kommt also sehr wahrscheinlich sowieso, und wenn wir mit dem gesellschaftlichen Diskurs warten, bis sich dort ein De-facto-Standard etabliert hat, dann wird das dazu führen, dass diejenigen die Währung mitgestalten, die heute schon nah am Thema Geld sind. Und wer nah am Thema Geld ist, hat in der Regel auch viel Geld, vor allem dadurch, dass er oder sie seine Macht- und Profitinteressen jahrelang priorisiert hat. Es ist also

unwahrscheinlich, dass so jemand plötzlich bei der Gestaltung des digitalen Geldes auf Gemeinwohl und Umweltschutz achtet. Noch ist aber Zeit, digitales Geld so zu gestalten, dass es dezentral und demokratisch aufgebaut wird und uns gesellschaftlich und datenschutzrechtlich weiterbringt. Dezentral bedeutet dabei, dass die Daten nicht auf wenigen großen Servern liegen, sondern dass jeder Bürger und jedes Unternehmen die Möglichkeit bekommt, auf eine einfache Art und Weise seine Daten selbst zu verwahren und nur bei Bedarf bereitzustellen. Mit der richtigen Konzeption setzen wir nicht nur die Leitplanken für die wirtschaftliche Transformation, sondern schaffen auch eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft – ohne dass die Endverbraucher*innen ihren Alltag spürbar verändern müssten.

Digitale Währungen, richtig programmiert, könnten die Voraussetzungen schaffen, damit Wohlstand, Innovation, Datenschutz und Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen. Richtig ausgestaltet und eingestellt kann digitales Geld bedeuten:

- Endverbraucher*innen können weiterhin mit Bargeld anonym bezahlen. Nur Zahlungen zwischen Unternehmen können nicht mehr bar abgewickelt werden. Denn die Währung benötigt Informationen aus der Wertschöpfungskette, um einzelne Produkte nach verschiedenen Kriterien zu bewerten. Barzahlungen zwischen Unternehmen sind aber auch heute schon absolut unüblich.
- Zahlungsdaten werden nicht auf einem zentralen Server gespeichert, wo nicht klar ist, wer darauf Zugriff hat.
- Die Menschen und Unternehmen speichern ihre eigenen Daten selbst oder bei einem Treuhänder ihres Vertrauens. Diese Daten werden nicht veröffentlicht. Nur wenn der Dateneigentümer dies möchte, können Siegel veröffentlicht werden, die bestimmte Sachverhalte anhand der Zahlungsdaten verifizieren und bestätigen.
- Das Zahlungsverhalten von Personen und Firmen kann nicht nachvollzogen werden, wenn jede Zahlung mit einer neuen zufällig generierten ID (Zahlencode) für den Zahlenden und den Zahlungsempfänger erfolgt. Man kann sich das in etwa so vorstellen, als würde eine Person heute jede Zahlung mit einer neuen Kreditkarte einer anderen Bank tätigen – und keine dieser Banken speichert die Kreditkartennummer. Das käme einem vollständig anonymen Zahlungsverhalten gleich. Gleichzeitig müssten dann für alle Menschen die

gleichen Regeln gelten, denn technisch wäre eine diskriminierende Unterscheidung einzelner Personen nicht mehr möglich.

- Es müssen nicht alle Informationen gespeichert werden. Informationen die zum Beispiel Diskriminierung ermöglichen, wie zum Beispiel Zahlungen an die evangelische Kirche, können einfach als Zahlung an Religionsgemeinschaften abgespeichert werden. Wenn dann noch der Zahlende und der Zahlungsempfänger nicht unter dem eigentlichen Namen, sondern als zufällig generierte ID abgespeichert werden, dann hat die digitale Währung überhaupt nicht die Information über die Konfession und kann auch keine diskriminierende Wirkung entfalten. Im Vergleich zum heutigen Zustand, in dem all diese Informationen bereits erfasst und bereits auf großen Servern gespeichert werden, wäre das eine deutliche Verbesserung.
- Es bedeutet also nicht, dass die Menschen die Kontrolle über das Geld verlieren – oder dass Geld, noch stärker als heute, als Druckmittel eingesetzt werden könnte.

Den in Teil 1 und Teil 2 dieses Buches beschriebenen Problemen, die der Kapitalismus verursacht, folgt ein Abschnitt, in dem der »ReThink«, der Lösungsansatz, für dieses Problem durch eine digitale Währung kurz skizziert wird. Dabei sind grobe Grundkenntnisse digitaler Währungen von Vorteil. Diese werden im Kapitel »Basics einer digitalen Währung« erläutert, das aber erst in Teil 3 folgt. Für den Anfang reicht es aber, sich digitales Geld wie unser bisheriges Geld vorzustellen, nur dass es Informationen sammeln und auch programmiert werden kann.

Programmiert bedeutet, dass es Wenn-dann-Entscheidungen auf Basis der gesammelten Informationen treffen kann. Zum Beispiel: »Wenn mein Flug verspätet ist, dann habe ich Anspruch auf eine teilweise Rückerstattung des Ticketpreises«. Bisher musste ich mit meinem Ticket zum Verkäufer und dort meinen Anspruch geltend machen und dabei gelegentlich sogar selbst nachweisen, dass ich zu spät ankam. Dann musste ich darauf vertrauen, dass mir die Gesellschaft das Geld nach interner Prüfung auch auszahlt. In eine digitale Währung könnte einprogrammiert werden: »Wenn: zu spät. Dann: X Prozent Geld zurück«. Die Rückzahlung geschieht sofort, ohne dass das Unternehmen dies noch prüfen müsste, denn die Währung hat durch Zahlungen bereits alle nötigen Informationen gesammelt: »Ich habe das Ticket

bezahlt. Auf dem Ticket sind die Reisedaten inklusive Flugnummer und geplanter Ankunftszeit«, »Die Fluggesellschaft muss für jede Landung eine Gebühr an den Flughafen zahlen, auf der Rechnung steht auch die Flugnummer und die tatsächliche Ankunftszeit«. Aus diesen Informationen kann eine digitale Währung auslesen, dass der Flug zu spät ankam, und direkt einen Teil des Ticketkaufpreises zurückerstatten – ganz automatisch.

Diese Wenn-dann-Funktion ist stark vereinfacht, denn ob die Fluggesellschaft haftet, hängt noch von vielen weiteren Faktoren ab. In unserer Gesellschaft basiert fast alles auf Geld, so kann eine digitale Währung komplexe Sachverhalte oder Probleme aus vielen unterschiedlichen Blickwinkeln und Perspektiven bewerten und diese Informationen dann für komplexe Wenn-dann-Funktionen nutzen.

Sollte der Flug aufgrund eines Streikes zu spät landen, dann haftet die Fluggesellschaft hierfür nicht, und das kann die Währung anhand fehlender Gehaltszahlungen oder der Zahlung von Streikgeld erkennen. Der Wandel hin zu digitalem Geld kann so nicht nur einfache Prozesse, wie den eben beschriebenen, automatisieren. Es können auch komplexere Ziele, die man der Währung vorgibt, in Profit übersetzt werden. Die Wenn-dann-Funktionen könnten dann so aussehen: Wenn: sozialverträgliches Geschäftsmodell, dann: mehr Profit; Wenn: Reduktion CO₂, dann: mehr Profit.

Und da Profit der ultimative Anreiz für viele ist, kann man sich so leicht einen neuen Kapitalismus vorstellen. Um einer Machtkonzentration entgegenzuwirken, sollte digitales Geld demokratisch aufgebaut werden. Jede*r Bürger*in soll dabei zum Betrieb der Währung sowie zur Sicherstellung der Datenintegrität beitragen, und jede*r Bürger*in soll eine gleichwertige Stimme haben, mit der die Ziele in die digitale Währung gewählt werden.

Auch in unserer zunehmend polarisierten Gesellschaft sollte sich eine Mehrheit für einen Minimalkonsens an Zielen finden, die wir der Währung vorgeben können:

- Beispielsweise könnten wir anstreben, dass die Probleme von denjenigen gelöst werden, die damit Geld verdienen, also von denjenigen, die maßgeblich an der Verursachung beteiligt sind.
- Auch sollte es mehrheitsfähig sein, dass sich keine Elite von wenigen Menschen bildet, die so viel Macht haben, dass sie 99 Prozent der übrigen Menschen wirtschaftlich kontrollieren können.

- Wahrscheinlich kann man sich auch darauf verständigen, dass kein Profit mit der Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlage und der Verbreitung von Falschnachrichten und Hass erwirtschaftet werden kann.
- Auch sollte kein Gewinn erzielt werden können, indem menschliche Schwächen ausgenutzt, Aufmerksamkeit und Konzentrationsfähigkeit geraubt oder Menschen in die Sucht getrieben werden.
- Wahrscheinlich möchte die Mehrheit nicht, dass sich Einzelne auf ihre Kosten finanziell bereichern. Richtig ausgestaltet, kann das digitale Geld keine diskriminierende Vorauswahl treffen und müsste alle gleichbehandeln. Das bedeutet, dass das Ziel in der Währung ungerechtfertigte Bereicherung durch Sozialhilfebetrug genauso unterbindet wie Steuer- oder Subventionsbetrug. Das sollte dann auch Sündenbockstrategien und Ablenkungsmanöver im politischen Diskurs beenden.

Dabei sollten lediglich diese Ziele in der Währung festgelegt werden; wie diese Ziele am besten erreicht werden, bestimmen die Wirtschaft und die Menschen durch ihr Handeln. Eine Änderung an einem kleinen, aber zentralen Element – dem Geld – könnte so zur Lösung von vielen Problemen beitragen.

Digitales Geld würde auch keine Abkehr von unserer Leistungsgesellschaft, sondern eine Neudefinition von Leistung bedeuten. Es ist dann keine Leistung mehr, den eigenen Reichtum auf Kosten aller anderen zu maximieren, sondern es wird zur Leistung, so viel wie möglich zum Gemeinwohl beizutragen und den Planeten zu retten, was die Währung dann in finanziellen Erfolg übersetzt. Gleichzeitig ermöglicht digitales Geld einen sanften Ausstieg aus dem immer härter werdenden Wettbewerb zwischen den Nationen und bietet die Chance, neue Wege der Zusammenarbeit und Stabilität zu schaffen. Neoliberaler Kapitalismus ist nicht alternativlos in einer globalisierten Welt, in der alle Länder in Konkurrenz zueinander stehen und sich aktuell fast überbieten im Abbau von Regeln, Menschenrechten und Umweltstandards, um noch das letzte Bisschen vom globalen Wachstum zu sichern.

Während viele andere Lösungsansätze darauf abzielen, die Macht, die kapitalstarke Menschen und Firmen nur aufgrund ihres Vermögens haben, zu kontrollieren oder einzuschränken, kann dem digitalen Geld einfach die Möglichkeit genommen werden, Macht durch Geld auszuüben. Das würde viele der heutigen Probleme lösen. Neben

der EZB prüfen und arbeiten viele weitere Zentralbanken an digitalem Geld, genauso wie mehrere große Tech-Monopolisten. Es wird auf die eine oder andere Weise kommen, und es wird entweder die Perversionen und Machtstrukturen, die das Geld geschaffen hat, zementieren, oder aber es kann sie auflösen.

1.1 Disclaimer: Eine Utopie für neue Impulse

Dieses Buch ist meine persönliche Einschätzung, wie unser Wirtschaftssystem unzählige akute Probleme der Menschheit verursacht – basierend auf meinen Beobachtungen und auf 15 Jahren Berufserfahrung in Unternehmensberatungen, Banken, Hedgefonds und für Superreiche. Ich habe für alle meine Beobachtungen Verweise, Quellen und Nachweise eingefügt, trotzdem dienen die Beispiele in diesem Buch der Veranschaulichung und erheben nicht den Anspruch, wissenschaftlich lückenlos hergeleitet zu sein.

Um ein Grundverständnis für die Probleme zu entwickeln, habe ich mich auf ausgewählte Ursachen in den jeweiligen Problemkategorien konzentriert. Der Fokus liegt dabei auf den Hauptursachen, wohl wissend, dass es in der Realität unzählige weitere Faktoren gibt, die das Problem verstärken.

Daraus ergibt sich der skizzierte Lösungsansatz einer Utopie: eine Vision davon, wie unsere Welt in 15 Jahren idealerweise aussehen kann. Wie wir den Kapitalismus umbauen können, ohne seine Dynamik und Innovationskraft zu zerstören, ihn mit dem Schutz von Natur und Umwelt in Einklang bringen und gleichzeitig eine gerechtere Wohlstandsverteilung erreichen können. Auch wird so dafür gesorgt, dass die Transformation des Kapitalismus nicht zu Krisen und Schocks für die Gesellschaft führt.

Heute wird Geld von ganz wenigen Mächtigen als Waffe in ihrem Kampf gegen die Gesellschaft verwendet. Für diesen Kampf optimieren die wenigen Mächtigen ihre Werkzeuge und Methoden rasant. Sie haben dadurch immer mehr Erfolg, während der Rest der Gesellschaft im besten Fall reaktiv handelt und sich dabei noch zerstreitet. Durch eine digitale Währung hat die Gesellschaft die Chance, diese Waffe »Geld« und alle daraus resultierenden Werkzeuge und Methoden unschädlich zu machen, sogar mit überschaubarem technischem Aufwand. Um dies umzusetzen, ist

ein erheblicher politischer Gestaltungswille erforderlich – ein Wille, den es heute noch nicht gibt, sonst wären unsere Probleme längst weniger schwerwiegend. Doch ich glaube daran, dass dieser Wille entstehen kann – und genau deshalb habe ich dieses Buch geschrieben.

Die Transformationsforscherin Maja Göpel sagte treffend: »[W]ir befinden uns in einer Zwischenzeit, [...] in der das Alte stirbt, der Status quo also keine Zukunft bietet, das Neue aber noch nicht geboren und damit wenig anfassbar ist.«² Diese Utopie soll dabei helfen, sich eine Zukunft ohne Polykrisen, also miteinander zusammenhängenden und sich gegenseitig befeuernden Krisen, vorzustellen, und ein Zielbild aufzeigen, auf das es sich lohnt hinzuarbeiten. Das Buch will zum Umdenken einladen und Impulse liefern, die auch unabhängig voneinander genutzt werden können. Selbst wenn nur einzelne Elemente daraus umgesetzt würden – wie etwa ein digitales Geld, das für mehr Transparenz in einer zunehmend verschleierte Finanzwelt sorgt –, wären bereits erhebliche Fortschritte möglich.

Weitere Bausteine wie die Automatisierung von bürokratischen Vorgängen, verifizierbare digitale Identitäten oder ein dynamisches Steuersystem, das Nachhaltigkeit und Sozialverträglichkeit belohnt, sollen auch nur als Denkanstöße dienen. Es soll Schritt für Schritt ein Weg aufgezeigt werden, wie unsere Gesellschaft sanft, aber so schnell wie möglich aus dem Würgegriff der Wirtschaft befreit werden kann.

Die Mechanismen sind dabei so konkret wie möglich beschrieben, um greifbar zu machen, dass Veränderung möglich ist – nicht, um sie als einzig denkbare Lösung darzustellen. Heute müsste man sich noch nicht auf eine konkrete Ausgestaltung einigen, es müssen aber die richtigen Schritte unternommen werden, damit man überhaupt zukünftig in der Lage ist, das Geld demokratisch umzugestalten.

Dieses Buch soll eine gesellschaftliche Diskussion darüber anstoßen, wie wir den Wandel zu digitalem Geld so gestalten können, dass er dem Gemeinwohl dient. Während hier eine Utopie skizziert wird, arbeiten Konzerne wie Visa, PayPal und Meta bereits an der entsprechenden Dystopie. Sie arbeiten jeweils an einer eigenen digitalen Währung, die sich als De-facto-Standard etablieren könnte. Sollte dies eintreten, würde Geld, das unzählige menschliche Interaktionen regelt – von Arztrechnungen, Arbeitslohn und Einkäufen bis zum Urlaub –, von Akteuren

kontrolliert, die ausschließlich Profitinteressen haben. Im besten Fall würden sie nur bei jeder Zahlung mitverdienen, im schlechtesten Fall werden die daraus gewonnenen Daten genutzt, um unsere Entscheidungen nach ihren Vorstellungen zu beeinflussen. Sicher ist, dass dann in erster Linie die Profite der Konzerne maximiert werden, während die gesellschaftlichen Folgekosten auf andere abgewälzt würden. Dieses Szenario ist gar nicht so unrealistisch. Es muss nicht einmal durch eine Schwächung einzelner Staaten geschehen, bis die Bevölkerung das Vertrauen in ihre nationale Währung verliert – wahrscheinlicher ist, dass Menschen durch vermeintliche Annehmlichkeiten und geschickte Anreize zunehmend an private Währungen gebunden werden, bis sie durch Netzwerkeffekte und steigende Wechselhürden (»Lock-in-Effekt«) kaum noch eine Alternative haben. Wenn jede*r eine private Digitalwährung nutzt und der Wechsel zurück zu staatlichem Geld immer aufwendiger wird, könnte die Kontrolle über das Geld endgültig in die Hände weniger globaler privater Akteure fallen – mit weitreichenden Folgen für unsere Gesellschaft.

Aber es kann auch ganz anders kommen. Diese Utopie zeigt eine Welt, in der die digitale Währung einen echten Wettbewerb um Innovation, Effizienz und Gemeinwohl ermöglichen kann – statt des heutigen Wettbewerbs darum, wer Umweltzerstörung und soziale Kosten am effektivsten auf andere abwälzen kann. Es ist eine Zukunft, in der der Kapitalismus klare Regeln hat und sich nicht mehr auf Kosten der Gesellschaft und des Planeten durchsetzen kann.

Zumindest so lange, bis sich neue Pervertierungen herausbilden und neue Wege gefunden werden, wie man die Regeln des Systems aushebeln kann. Diese müssen dann erneut reguliert werden. Doch in dieser Utopie hätten wir zumindest einen Vorsprung, eine Atempause, in der die heutige Komplexität des Systems entschlüsselt und abgebaut werden könnte. Sie wäre kein endgültiger Sieg über die Macht des Kapitals, aber ein großer Schritt in Richtung eines Wirtschaftssystems, das nicht gegen, sondern für Mensch und Planet arbeitet.

1 Teil 1: Der Kuchen ist verteilt

1.1 Der Kuchen wächst – doch nicht für alle

Wir haben einen Punkt erreicht, an dem der Kapitalismus jede Gelegenheit für Wachstum nutzt – oft ohne Rücksicht auf Verluste. Das liegt vor allem daran, dass elementare Regeln der sozialen Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt wurden. Ohne diese Regeln führt Wirtschaftswachstum vor allem zu einem Vermögenswachstum einer kleinen Elite, die ein immer größer werdender Teil der Menschen bezahlen muss.

Diese Umverteilung nach oben führt zu einer Konzentration von Kapital in den Händen weniger. Das und die Probleme, die diese Kapitalkonzentration mit sich bringen, sind mittlerweile wissenschaftlich gut untersucht und empirisch belegt.³

Bereits Karl Marx prognostizierte diese Worst-Case-Entwicklung des Kapitalismus vor über 180 Jahren. Leider bot er keine funktionierende Alternative. Seine Analysen blieben abstrakt, doch die heutige Datenlage macht seine Thesen nachvollziehbar und anschaulich. Stellen Sie sich das globale Vermögen einmal als Kuchen vor:



Abbildung 1: Das globale Vermögen 1995 und 2021, dargestellt als Kuchen, der um 244 Prozent größer geworden ist

Zwischen 1995 und 2021 wuchs das globale Vermögen von etwa 266 Billionen auf 919 Billionen US-Dollar – ein Anstieg um 244 Prozent.⁴ Doch gleichzeitig wuchs auch die Weltbevölkerung.⁵ Rein rechnerisch hätte trotzdem das Vermögen jeder Person um ca. 150 Prozent ansteigen können. Doch der Wohlstand wuchs nur für wenige. Tatsächlich ist für viele das Vermögen und für fast alle ihr Anteil am Gesamtvermögen geschrumpft. Studien belegen, dass besonders junge Generationen zwischen 20 und 40 heute oft nicht einmal den Lebensstandard ihrer Eltern erreichen.⁶ Ihr Stück vom Kuchen wird kleiner – und das, obwohl der Gesamtkuchen wächst.

Der Oxfam-Bericht 2024 zur sozialen Ungleichheit zeigt dies deutlich: In den letzten vier Jahren hat sich das Vermögen der reichsten Menschen verdoppelt, während über die Hälfte der Weltbevölkerung ärmer wurde.⁷ Alle – von Superreichen und globalen Unternehmen über familiengeführte Kleinbetriebe bis hin zu Privatpersonen und dem Staat mit seiner sozialen und medizinischen Infrastruktur – kämpfen um die gleichen Stücke vom Kuchen. Das überproportionale Wachstum der Top 1 Prozent erzeugt daher nicht nur finanziellen Druck auf die übrigen 99 Prozent, sondern auch auf kleine Betriebe und die Finanzierung wichtiger staatlicher Aufgaben.

Das globale Vermögen setzt sich aus verschiedenen Teilvermögen zusammen. Unter anderem dem Staatsvermögen, dem Vermögen der Wirtschaft und auch dem privaten Vermögen. Im Folgenden wird vor allem auf das persönliche Vermögen der Menschen eingegangen, gemäß der Definition der World Inequality Database⁸. Diese umfasst persönliches Vermögen wie Immobilien, Bankguthaben und Pensionsfonds, aber auch den persönlichen Besitz von Unternehmen, entweder direkt, wenn eine Person ein Unternehmen ganz besitzt, oder indirekt, wenn eine Person Aktien von einem Unternehmen besitzt. Also ist in diesem persönlichen Vermögen auch das gesamte Wirtschaftsvermögen enthalten.

Betrachtet man dieses persönliche Vermögen, so ist es den Menschen in den westlichen Industrieländern sogar überdurchschnittlich gut gelungen, ihr Vermögen zu vermehren. In Westeuropa wuchs das durchschnittliche persönliche Vermögen von 1995 bis 2021 um 102 Prozent, in Nordamerika sogar um 130 Prozent.

Das persönliche Vermögen ist dabei wie folgt verteilt:

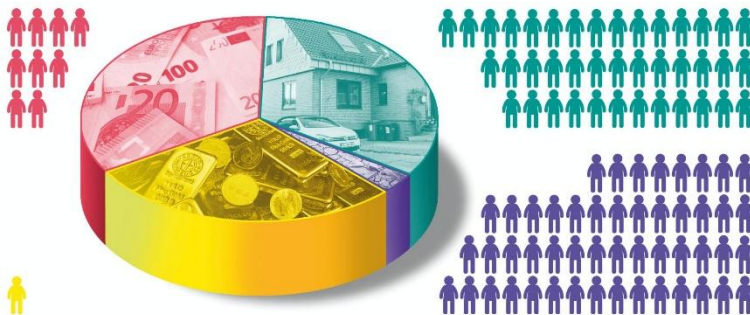


Abbildung 2: Verteilung des Vermögens in Nordamerika und Westeuropa. Ein Männchen entspricht einem Bevölkerungsanteil von 1 Prozent

Das vermögendste **Top 1 Prozent der Menschen** besaß 2021 28,9 Prozent des gesamten Kuchens, **die nächsten 10 Prozent** ohne das oberste 1 Prozent besaßen 34,3 Prozent. Zusammen gehören diesen 10 Prozent also knapp zwei Drittel des Vermögens. Der Rest gehört weitestgehend den **nächsten 40 Prozent, der sogenannten Mittelschicht**. Sie besitzt 33,7 Prozent des Vermögens. **Die restliche Hälfte** der Bevölkerung besitzt fast nichts, sie teilt sich nur 3,1 Prozent vom gesamten Vermögen.⁹ (Diese Zahlen beziehen sich auf Westeuropa und Nordamerika.)

Der renommierte französische Ökonom Prof. Dr. Thomas Piketty forscht intensiv an dem Thema. Mithilfe der Daten seiner Forschung lässt sich gut visualisieren, dass das Vermögen im Zeitverlauf von unten nach oben umverteilt wird:

Menschen aus Nordamerika und Westeuropa, gruppiert nach Vermögensanteil	Anteil am Vermögen 1995	Anteil am Vermögen 2021	Differenz in %-Punkte	Veränderung von 1995 bis 2022 in %	
Top 1 % der vermögendsten Menschen	24,3 %	28,9 %	+ 4,6	+ 18,9 %	Top 1 % Bottom 99 %
10 % der vermögendsten Menschen (ohne Top 1 %)	34,6 %	34,3 %	- 0,4	- 1,1 %	
50 % der vermögendsten Menschen (ohne Top 1 % und Top 10 %)	36,4 %	33,7 %	- 2,8	- 7,6 %	
Restliche 50 % der Menschen	4,6 %	3,1 %	- 1,5	- 31,7 %	

Abbildung 3: Tabelle Vermögensverteilung Westeuropa und Nordamerika 1995 vs. 2021¹⁰

Die Tabelle enthält nur Westeuropa (gemäß WID EU 1995 + Schweiz und Norwegen) und Nordamerika. In Regionen wie China oder Osteuropa ermöglichte der damals neue Kapitalismus ab 1990 noch großes Wachstum und einen breiten Vermögensaufbau, was in den gesättigten Märkten des Westens heute kaum noch gelingt.

Betrachtet man die Anteile der jeweiligen Gruppen am gesamten Vermögenskuchen, dann fällt auf, dass die Top 1 Prozent ihren Anteil am Kuchen von 1995 bis 2021 um 18,9 Prozent vergrößerten. Gleichzeitig schrumpfte der Anteil aller anderen. Für die folgende Beschreibung werden daher alle, deren Vermögen schrumpft, zur Gruppe der Bottom 99 Prozent zusammengefasst. Im Volksmund ist dies als die Schere zwischen Arm und Reich bekannt, die immer weiter auseinandergeht – allerdings zeigen Pikettys Daten, dass nur 1 Prozent der Menschen auf dem aufsteigenden Scherenblatt sitzen und 99 Prozent auf dem absteigenden. Ob man auf dem auf- oder absteigenden Scherenblatt sitzt, hängt dabei maßgeblich davon ab, wie viel Geld man zu Beginn hatte – auch innerhalb der jeweiligen Gruppe. Die globalen Top 1 Prozent konnten ihr Vermögen im Schnitt um 3,2 Prozent pro Jahr in diesem Zeitraum steigern, das entspricht in etwa einer Verdreifachung des Vermögens (+227 Prozent) in diesen 25 Jahren.¹¹ Das reichste 1 Prozent dieser Top 1 Prozent, also das vermögendste 0,01 Prozent der Menschen, konnte ihr Vermögen bereits verviereinhalbfachen (+355 Prozent). Und die reichsten 0,000001 Prozent der Menschen, das sind die 52 reichsten Milliardäre der Welt, konnten ihr Vermögen verelffachen (+1009 Prozent).¹²

Je länger man die Schere auseinandergehen lässt, desto wahrscheinlicher wird es also, dass auch heute noch wohlhabende Menschen auf das absteigende Scherenblatt abrutschen.

Für viele, die nicht auf dem aufsteigenden Scherenblatt sitzen, bedeutet es heute bereits einen spürbaren Rückgang im Lebensstandard bis hin zu Existenznöten. Für andere mit mehr Glück bedeutet es nur, dass ihr Anteil vom Kuchen zwar kleiner geworden ist, nicht aber ihr Stück absolut. Denn insgesamt wächst der gesamte Kuchen ja noch, so können durchaus auch Stücke konstant gehalten werden, obwohl der Anteil am gesamten Kuchen kleiner wird. Aber auch diejenigen spüren gegebenenfalls den relativen Abstieg, denn die Möglichkeiten, Wohlstand auszuleben,

haben sich in den letzten 26 Jahren erheblich gesteigert. Relativ betrachtet, ist für die Bottom 99 Prozent immer weniger vom Maximum erreichbar.

Die Menschen bewerten ihren Wohlstand gerne relativ und haben durch Social Media unzählige Möglichkeiten, einen Vergleich mit den Top 1 Prozent zu ziehen.¹³ Dadurch fällt vielen die Stagnation ihres Lebensstils auf. Untersuchungen zeigen, dass das individuelle Glücksempfinden von Menschen in hohem Maße von relativen Einkommensvergleichen und sozialen Vergleichsprozessen abhängt.¹⁴ Dies bedeutet, dass nicht erst ab Erreichen, sondern viel früher, wenn die Menschen spüren, dass sie auf dem absteigenden Scherenblatt sitzen, unglücklich werden.

Wobei die untere Hälfte der Gesellschaft besonders betroffen ist. Ihr Vermögen sank relativ um 31,7 Prozent.

Diese Entwicklung ist nicht neu, bereits vor 170 Jahren prognostizierte Marx dies als Akkumulation und Konzentration von Kapital. Also, dass Kuchenstücke, die schon besonders groß sind, schneller wachsen als kleine und mittlere. Das kann heute sogar wissenschaftlich belegt werden: Piketty kam in seiner Forschung zu dem Ergebnis, dass die Kapitalrendite (Geld, das Geld verdient) immer schneller wächst als die Wirtschaft insgesamt (Arbeit, die Geld verdient), was zu einer Konzentration von Wohlstand bei denen führt, die bereits viel Geld vor allem in Form von Aktien und Firmen(anteilen) haben.¹⁵ Oder einfach ausgedrückt – das Vermögen wird von unten nach oben umverteilt.

1.1.1 ReThink: Korrektur des Programmcodes

Der Stanford-Professor Walter Scheidel hat untersucht, wann es zu substanziellen Umverteilungen von oben nach unten gekommen ist. Seine Untersuchungen zeigen: Solche Umverteilungen fanden fast ausschließlich in der Folge großer Krisen statt – etwa durch Kriege, Revolutionen, Staatszusammenbrüche oder Pandemien.¹⁶ Die Konzentration von Kapital bei wenigen an der Spitze scheint also einprogrammiert in den Kapitalismus – was auch die Daten von Piketty in der oben gezeigten Tabelle belegen.

Geld ist das zentrale Element, das fast alles im Kapitalismus steuert und zusammenhält. Macht man es digital, dann kann man es auch programmieren und so

*den Programmcode des Kapitalismus korrigieren. Im Idealfall so, dass alle die gleiche Chance auf Vermögenswachstum haben. Diese Anpassung würde nicht das Ende der Leistungsgesellschaft bedeuten. Im Gegenteil: Sie würde die Leistungsbereitschaft fördern. Jede*r, der oder die viel leistet, hätte wieder die Chance, Vermögen aufzubauen. Es würde nur gerechter zugehen.*

Im Vergleich zu anderen Lösungsansätzen würden die Top 1 Prozent dabei nicht übermäßig Vermögen abgeben müssen, sodass dieses Modell vielleicht auf eine breitere Akzeptanz stoßen könnte. Aufgrund der Mobilität des Kapitals in unserer globalen Welt und der Macht der obersten 1 Prozent ist eine Enteignung wahrscheinlich nur schwer zu erreichen. Das Problem liegt auch weniger im Besitz von Geld, sondern in der Tatsache, dass Kapital heute fast eins zu eins in Macht umgewandelt werden kann und dass Kapital immer dorthin fließt, wo die höchsten Renditen winken – meist auf Kosten von Mensch und Natur.

Beides setzt zerstörerische Mechanismen in Gang, die soziale Ungleichheit verstärken und den Planeten ausbeuten. Eine digitale Währung mit einem neuen »Programmcode« würde genau diese Mechanismen ausschalten, sodass Reichtum nur noch durch nachhaltige und sozialverträgliche Wertschöpfung wachsen kann – ein Paradigmenwechsel, der den Kapitalismus nicht abschafft, sondern in eine gerechtere Richtung lenkt.

Wie das konkret aussehen und umgesetzt werden könnte, wird in Teil 3 und 4 ausführlich erläutert. Im Kapitel »Soziale Balance« wird der Mechanismus beschrieben, der der Kapitalkonzentration bei den Top 1 Prozent entgegenwirkt.

1.1 Verdrängung statt Innovation

Der Urökonom Adam Smith ging davon aus, dass der freie Markt die Ressourcen so lenkt, dass am Ende ein Maximum von Menschen davon profitiert. Im Rahmen von Smiths Theorie der »unsichtbaren Hand« wird argumentiert, dass der Wettbewerb im Markt nur diejenigen Unternehmen wachsen und überleben lässt, die ihre Ressourcen am besten einsetzen, um den größtmöglichen Nutzen für die Konsument*innen und somit auch für die Gesellschaft zu erreichen.¹⁷ Unternehmer, die nach Wettbewerbsvorteilen streben, würden laut Adam Smith neue Produktionsmethoden oder Produkte entwickeln. Diese Innovationen schaffen eine neue Nachfrage bei den Konsumenten – der innovative Unternehmer wird dafür mit mehr Umsatz und Gewinn

belohnt. Innovation ist bei Smith somit vor allem ein Resultat von Wettbewerb und Profitstreben, nicht Ausdruck eines moralischen oder gesellschaftlichen Auftrags. Dabei erkannte Smith bereits das Risiko, dass wirtschaftlicher Fortschritt auch zu geistigem oder sozialem Rückschritt führen kann – etwa durch Arbeitsbelastung oder übermäßige Spezialisierung die zu einseitiger und monotoner Arbeit führen. Um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken, forderte er staatliches Eingreifen, etwa durch Bildung, die den Menschen dazu befähigt, eigenständig zu denken und objektive Entscheidungen zu treffen..

Im Idealfall nach Smith fördert der Kapitalismus Innovationen, die die Produktivität steigern, die Kosten senken, den Zugang zu besseren Gütern ermöglichen und die Lebensqualität aller Menschen verbessern. Das kurbelt das Wirtschaftswachstum an, wodurch bessere Löhne gezahlt werden können. In Zeiten großen technischen und sozialen Fortschritts entstehen so neue Märkte, die der Kapitalismus effizient nutzt. Der Kapitalismus sorgt für eine effiziente Verteilung der Ressourcen auf diesen neuen Märkten, sodass möglichst viele vom Wachstum profitieren. Wohlstand für alle und Wirtschaftswachstum gehen demnach Hand in Hand.. Das ist gutes Wachstum. Innovationen überwinden Wachstumshürden und lassen so den Gesamtkuchen größer werden. So können viele Menschen ihr Stück vom Kuchen vergrößern (breites Wohlstandswachstum).



Abbildung 4: Gutes Vermögenswachstum durch Innovationen

Derjenige, der mit der Innovation die Wachstumshürde, die das Kuchenwachstum bisher begrenzte, überwindet, kann sich das größte Stück davon sichern und erhält zu

Recht ein Vermögen. Dysfunktionale Marktmechanismen führen jedoch zum Gegenteil, der Gesamtkuchen wächst nicht, aber einzelne Kuchenstücke wachsen auf Kosten anderer – eine Art Verdrängungsmarkt. Dort wird es leichter, einem anderen ein Stück vom Kuchen wegzunehmen, als durch Innovationen Wachstumsbarrieren zu überwinden und so den gesamten Kuchen wachsen zu lassen. Weil viel Geld dabei hilft, die Marktregeln außer Kraft zu setzen, wachsen im Verdrängungsmarkt die großen Vermögen auf Kosten der kleinen.



Abbildung 5: Schlechtes Vermögenswachstum durch Verdrängung

Dass die obersten 1 Prozent davon als einzige profitieren, liegt daran, dass sie ihr Vermögen in politische Macht umwandeln können und dass ein Großteil ihres Vermögens aus Unternehmen oder Unternehmensanteilen (Aktien) besteht. Die übrigen Menschen und der Staat sind auf die Leistungen der Unternehmen der Top 1 Prozent angewiesen. So können die Top 1 Prozent durch Löhne, Steuern oder Preise ihr Vermögenswachstum sehr aktiv gestalten. Bei einem konstant bleibenden Gesamtkuchen führt das zu einem Vermögenswachstum bei den Top 1 Prozent, indem das Vermögen der Bottom 99 Prozent einfach verdrängt wird.

Verdrängung wird es auf dem Markt immer geben, aber Verdrängung sollte es nur zwischen den Marktteilnehmern geben, also nur zwischen Unternehmen. Das

bedeutet, dass ein Unternehmen ein anderes verdrängen sollte, wenn es in der Lage ist, Ressourcen effizienter zu nutzen, oder innovativer ist als ein anderes und dadurch die Bedürfnisse der Menschen besser befriedigt. Aber nicht so wie heute, wo Verdrängung auch bedeutet, dass die Wirtschaft wächst, weil sie sich mehr vom Kuchen der Privatpersonen und des Staatshaushaltes einverleibt.

Nach Smith sollte sich der Markt vorrangig über Angebot und Nachfrage regeln. Die Wirtschaft konkurriert darum, das beste Angebot bereitzustellen. Wobei die Konsumenten, egal ob Privatpersonen oder staatliche Institutionen, über ihr Kaufverhalten entscheiden, was das beste Angebot ist. Dieser Angebots- und Nachfragemechanismus, der den Preis und die Menge von Gütern und Dienstleistungen bestimmen sollte, wird auch als Marktmechanismus bezeichnet und sorgt eigentlich dafür, dass sich Märkte selbst regulieren. Das wurde aber ausgehebelt und pervertiert. Die Angebotsseite wird durch Marktmacht, Subventionen oder die fehlende Bepreisung von Externalitäten (wie der Umweltzerstörung) manipuliert, die Nachfrageseite bestenfalls nur durch Werbung und Meinungsbildung, aber auch durch Informationsmangel, Suchtfallen oder Lock-in-Mechanismen. Diese Mechanismen werden im zweiten Teil detailliert erläutert.

Gut greifbar wird dies in der Lebensmittelindustrie. Dort haben wenige Großkonzerne auf der Angebotsseite so viel Macht, dass sie als Monopolisten die Preise frei bestimmen können, unabhängig von den Herstellkosten. Gleichzeitig manipulieren sie die Nachfrageseite durch Werbebudgets in Milliardenhöhe, die entweder unnötige Bedürfnisse schaffen oder Informationen für die Verbraucher*innen verfälschen. So finanziert zum Beispiel die Lebensmittelindustrie viele der wissenschaftlichen Ernährungsstudien, wodurch sie die Forschungsagenda beeinflussen und Studienergebnisse in ihrem Sinne lenken kann.¹⁸ Auch werden sehr regelmäßig Fälle öffentlich, wo mit viel Geld für eigentlich ungesunde Produkte ein irreführender gesunder Anstrich geschaffen wird, um die Konsument*innen zu täuschen. Wer glaubt, dass sich jeder Mensch mit ausreichend Willenskraft gegen diese Manipulation behaupten kann, unterschätzt, wie perfide die Konzerne häufig vorgehen. So konnte zum Beispiel nachgewiesen werden, dass Nestlé in seine Babynahrungsprodukte von Land zu Land unterschiedlich viel Zucker zusetzt.¹⁹ Immer da, wo Gesetzgeber und Verbraucher*innen auf gesunde Ernährung achten, wird kein Zucker zugesetzt. Das gleiche Produkt verkauft Nestlé in anderen Ländern aber mit so viel Zucker wie möglich, damit Babys und Kleinkinder eine Sucht nach Zucker entwickeln.²⁰ Diese

Sucht führt nicht nur dazu, dass die Kinder die Produkte von Nestlé denen der Konkurrenz vorziehen, sondern auch dazu, dass sie als Erwachsene es sehr viel schwerer haben, eine rationale Kaufentscheidung für gesunde Produkte zu treffen.

Ein anschauliches Beispiel ist Dieter Schwarz, dem Anfang 2025 reichsten Deutschen und Eigentümer von Lidl und Kaufland. Ein großer Teil seines Vermögens ist das Ergebnis seiner beeindruckenden Leistung: Er perfektionierte Prozesse im Lebensmitteleinzelhandel, baute ein exzellentes Logistik- und Filialnetz auf und erschloss neue Märkte. Damit schuf er nicht nur Wachstum, sondern ermöglichte vielen Menschen Zugang zu günstigeren Lebensmitteln, zahlte hohe Löhne und bot Zulieferern stabile Geschäftsbeziehungen. So erfüllte er die Wünsche des Marktes, diese Leistung kam vielen Konsument*innen zugute, und Dieter Schwarz verdiente damit zu Recht ein Vermögen.

Heute aber spüren viele Konsument*innen kaum noch Verbesserungen: Die Preise im Supermarkt sinken nicht mehr, das Sortiment bleibt konstant, und der Einkauf wird nicht stressfreier. Trotzdem wächst das Vermögen von Dieter Schwarz weiter. Allein im Inflationsjahr 2022 konnte er sein Vermögen um über 22 Prozent steigern – rund 10 Milliarden US-Dollar zusätzlich.²¹ Gleichzeitig verschlechterte sich die finanzielle Lage von 46 Prozent der deutschen Haushalte teils deutlich.²² Hätten die Supermärkte die inflationsbedingten Preiserhöhungen vollständig an ihre Kund*innen weitergegeben, dann hätten sie keinen zusätzlichen Profit gemacht. Dann hätte das Vermögen von Herrn Schwarz stagnieren müssen.¹ Doch Dieter Schwarz profitiert von einem System, in dem die Marktmechanismen außer Kraft gesetzt sind. Die Verkaufspreise im Supermarkt sind von den Produktionskosten entkoppelt. Das bedeutet, dass die Herstellungskosten nicht mehr ausschlaggebend für den Verkaufspreis sind – dieser wird immer so hoch wie möglich angesetzt. Die Supermarktketten nutzen die mediale Berichterstattung über Preiserhöhungen bei ihren Lieferanten dazu, um die Konsument*innenpreise überproportional anzuheben. So zahlten die Konsument*innen neben den teureren Wareneinkäufen mit jedem Einkauf auch noch ein paar Euro extra, die dann zu mehr Gewinn bei den Unternehmen führten. Denn im Lebensmitteleinzelhandel ist eine Vorherrschaft von

¹Hier wird stark vereinfachend davon ausgegangen, dass die Gewinne der Supermärkte eins zu eins zu einer Vermögensbildung der Eigentümer*innen führen. Die Realität ist wesentlich komplexer. Das Vermögen setzt sich aus der Bewertung der Firmen, Beteiligungen und anderen Investments von Herrn Schwarz zusammen.

wenigen großen Ketten entstanden, bei denen jeder Verbraucher fast gezwungen ist einzukaufen. Dies nennt man Oligopol. Dieses Oligopol verkauft über 85 Prozent aller Lebensmittel in Deutschland. Diese Konzentration ermöglicht es ihnen, Preise zu diktieren, Lieferanten zu erpressen, kleinere Anbieter zu verdrängen und das Angebot in den Regalen maßgeblich zu bestimmen.²³ So kann der Verbraucherin immer das maximal Mögliche an Geld abgenommen werden. Dies muss nicht einmal durch Preisabsprachen geschehen, sondern passiert automatisch durch die pervertierten Marktmechanismen – da jeder Supermarkt seinen Profit von Jahr zu Jahr steigern muss, werden die Preise bei jeder Gelegenheit nach oben geschraubt.

Ohne einen funktionierenden Markt mit Wettbewerb von unzähligen Supermärkten untereinander wird es einfacher für die Supermärkte des Oligopols, ihr Profitwachstum durch Preiserhöhungen zu erreichen, anstatt mit den verbleibenden großen Mitbewerbern um Marktanteile zu konkurrieren. Die Konkurrenten aus dem Oligopol sind allesamt mächtige große Konzerne mit viel Geld und einer Lobby im Rücken. Ein intensiver Preiskampf, um die Marktanteile und damit die Profite zu steigern, ist riskant. Der einfachere und risikoärmere Weg ist, die Preise für die Kund*innen anzuheben. Jedes Jahr ein bisschen mehr als das, um das die Einkaufspreise steigen – das führt auch zu einem jährlichen Umsatz- und Profitwachstum. Wehren können sich die Konsument*innen nur sehr schwer, da sie aufgrund des Oligopols keine wirkliche Alternative haben, um an ihre Lebensmittel zu kommen.

Vor den Konsument*innen waren es die Zulieferer, unter anderem die Milchbauern, deren Kuchenstücke für das Vermögenswachstum von Herrn Schwarz beschnitten wurden.

Der Lebensmitteleinzelhandel ist nur ein anschauliches Beispiel, weil hier die Endverbraucher*innen direkt mit dem Oligopol in Kontakt kommen und wöchentlich auf dessen Dienste angewiesen sind. Aber in der Lieferkette fast jeder Ware oder Dienstleistung hat sich heute ein Oligopol etabliert; mal sind es die Produzenten, mal die Händler, mal die Rohstofflieferanten oder auch digitale Plattformen. Egal, welches Produkt oder welche Dienstleistung wir kaufen, in den meisten Fällen ist jemand in der Lieferkette beteiligt, der über so viel wirtschaftliche Macht verfügt, dass er die anderen Akteure unter Druck setzen und so die Preise für die Verbraucher*innen in die Höhe treiben und sich selbst eine goldene Nase verdienen kann.

Der deutsche Ökonom Walter Eucken entwickelte mit seinen Kollegen der Freiburger

Schule die theoretischen Grundlagen der »sozialen Marktwirtschaft«, die nach dem Zweiten Weltkrieg in den Wirtschaftswunderjahren Wohlstand und Aufschwung für die breite Bevölkerung brachte. Das Erfolgsrezept war die Definition eines freien Marktes, der so frei sein sollte, dass niemand die Macht hat, einen anderen wirtschaftlich zu lenken. Es müsse so viel Wettbewerb geben, dass letztlich nur die Bürger*innen durch ihr Konsumverhalten die Wirtschaft lenken könnten. Eucken erkannte, dass dies nur möglich ist, wenn allen Marktteilnehmern (im Sinne von Firmen) die Möglichkeit genommen wird, die Spielregeln zu manipulieren. Der Staat müsse daher die Spielregeln, nach denen gewirtschaftet wird, durch einen entsprechenden rechtlichen Rahmen strikt vorgeben.²⁴

Diese Definition hat sich heute stark verschoben. Viele, die von einem freien Markt sprechen, meinen eigentlich, dass einzelne Akteure frei darin sind, so viel Macht aufzubauen, dass sie durch Preispolitik, Lobbyismus oder andere Einflussnahmen in die wirtschaftliche Freiheit anderer eingreifen können. Eucken hätte den heutigen Zustand wohl »Laissez-faire-Liberalismus« genannt, also nach der Wirtschaftspolitik des 19. Jahrhunderts, die neben expansivem Welthandel und rasantem Wachstum vor allem Wirtschaftskrisen und die Ausbeutung und Verelendung der Arbeiter*innen hervorbrachte.²⁵ Groß geworden in ebendieser Wirtschaftsepoche formulierte Marx seine dystopische Kapitalismuskritik, die heute aktueller denn je erscheint. Wir leben wieder in einer Zeit der Akkumulation und Konzentration von Kapital in den Händen weniger. Ohne diese klaren Spielregeln kann heute Wohlstandsmehrung für die breite Masse nicht durch Wirtschaftswachstum erreicht werden. Alle, die heute Wirtschaftswachstum fordern, wissen eigentlich schon, dass aufgrund der dysfunktionalen und perversierten Marktmechanismen mehr Wirtschaftswachstum eigentlich eine Umverteilung von Geld zu den Top 1 Prozent bedeutet, zulasten aller anderen.

Das Ergebnis dieser perversierten Spielregeln ist in der Landwirtschaft als »Wachse oder weiche« bekannt: Große und überregionale Betriebe verdrängen Kleinbauern, die immer mehr verschwinden.²⁶ In der Betriebswirtschaft würde man sagen, »der Markt konsolidiert sich«, das heißt, aus vielen kleinen werden wenige große. Und genau dieser »Wachse oder weiche«-Mechanismus gilt in immer mehr Branchen. Sogar im durchkommerzialisierten Sport, wo die finanzstärksten Clubs häufig die Meisterschaft gewinnen und so noch mehr Geld verdienen.

In den letzten Jahren war dies auch auf dem Immobilienmarkt zu spüren.

Immobilienkonzerne und Investoren besitzen immer mehr Wohnungen, was zu einer Verknappung des Angebots führt. Immobilien werden zunehmend als Anlageobjekte und weniger als Wohnraum gesehen. Dies gab den Investoren die Macht, die Preise in die Höhe zu treiben. Wohnen wird für viele unerschwinglich. Während die Renditen der Unternehmen und Investoren weiterwachsen und diese immer mehr Wohnraum aufkaufen, können immer mehr Menschen aus der Mittelschicht sich mit ihrem Einkommen keinen Wohnraum mehr leisten. Ihnen bleibt nur das Weichen. Aufgrund der fehlerhaften Spielregeln kann Geld in Macht umgewandelt werden, und diese Macht wird dann eingesetzt, um noch mehr Geld zu verdienen. So verdient der am meisten Geld, der bereits sehr viel Geld hat. Alle Marktteilnehmer, die kleiner sind und keine kritische Masse an Geld und Macht aufbauen konnten, sind permanent bedroht, von einem mit mehr Geld und Macht verdrängt zu werden. Wer verstehen will, wo und welche Spielregeln fehlerhaft sind, muss sich Elon Musk anschauen. Er nutzt jede sich bietende Gelegenheit zur Geld- und Machtvermehrung ohne Rücksicht auf Verluste. Weil er in diesem Spiel jede dysfunktionale Regel kennt und sie ungeniert und ohne Scheu nutzt, wurde er (hoffentlich temporär) zum reichsten Menschen der Welt, also die Spitze der Top 1 Prozent. Weil er dies so größenwahnsinnig und öffentlichkeitswirksam tut, wird Elon Musk im Folgenden gerne für anschauliche Erklärungen herangezogen. Eigentlich kann man fast froh sein, dass Musk so größenwahnsinnig ist und seine Agenda so öffentlich und ungeniert durchsetzt. So wird ein Problem überdeutlich, denn seine Agenda teilen noch einige mehr der reichsten Menschen der Welt, sind dabei aber etwas diskreter.² Auch ohne Musk würden also andere bereitstehen, die das Programm dezenter und verborgener vor der Öffentlichkeit, aber wahrscheinlich nicht weniger wirkungsvoll, vorantreiben.

Etwas diskreter als Elon Musk, aber nicht weniger erfolgreich beim Aushöhlen des Systems ist Peter Thiel, der unter anderem mit Elon Musk PayPal gegründet hat. Thiel gibt offen zu, dass er die Marktregeln aushebelt. Seine Philosophie: »Wettbewerb ist etwas für Verlierer«²⁷. Das behandelt auch sein Buch *From Zero to One*, eigentlich ein Ratgeber für Start-ups, das aber tief in Thiels Weltbild blicken lässt. Darin rät Thiel Firmengründer*innen, durch innovative Technologie ein Monopol aufzubauen, das

²Zum Beispiel: Charles Koch, Robert Mercer, Jeff Yass, Tim Draper, Marc Andreessen, John Paulson, Ken Griffin oder Peter Thiel.

ihrem Unternehmen ein Alleinstellungsmerkmal verschafft und ihnen erlaubt, andere zu dominieren.²⁸ Er sieht in wettbewerbsfeindlichen Praktiken von Firmen keine negativen Auswirkungen für Konsument*innen, und daher sollten sie nicht verboten werden.²⁹ Für ihn können einige wenige visionäre Unternehmer*innen die Gesellschaft besser lenken als demokratische Prozesse und gewählte Regierungen. So ist es nicht verwunderlich, dass er in einem Essay zu dem Schluss kommt: »Der [w]ichtigste [Schluss, Verf.] ist, dass ich Freiheit und Demokratie nicht mehr für vereinbar halte.«³⁰ Freiheit ist für ihn natürlich die wirtschaftliche Freiheit von Unternehmer*innen, ihre Macht nach Belieben auszuweiten und andere so zu dominieren. Thiel ist einer der einflussreichsten Milliardäre der Welt, als einer der ersten Milliardäre des Silicon Valleys gilt er dort als Legende und Vorbild. Er war und ist Mentor des aktuellen US-Vizepräsidenten JD Vance und hat ihn auch in diese Position gehoben. Trump unterstützt er bereits seit 2016 mit Millionen. Auch ist Thiel einer der ersten Investor*innen von Facebook, heute immer noch Großaktionär und bis vor drei Jahren Aufsichtsratschef des Tech-Monopolisten. Facebooks Vorstand, Mark Zuckerberg, sagte wörtlich, Thiel hat »massiven Einfluss auf mein Denken«³¹, und dass er sein ökonomisches Modell übernommen hat, das unter anderem den Netzwerkeffekt beinhaltet. »Der Netzwerkeffekt beschreibt ein Produkt, das immer nützlicher wird, je mehr Leute es verwenden – dieser Effekt machte Facebook für viele Menschen unverzichtbar, ja sogar abhängig.«³² Sollte ein Konkurrent mit neuen und besseren Funktionen rasch wachsen, würde sich dieser Netzwerkeffekt gegen Facebook wenden. Damit das nicht passiert, kaufte Facebook mehr als hundert Konkurrenten, darunter zahlreiche mit erfolgsversprechender Technologie.³³ Zu den bekanntesten Zukäufen gehörten Instagram und WhatsApp, insgesamt wurden für die Akquisitionen circa 23 Milliarden US-Dollar ausgegeben, nur ein Bruchteil des heutigen Börsenwerts von etwa 1.350 Milliarden US-Dollar.³⁴ Bereits 2008, als Facebook gerade den Markt eroberte, sagte sein Gründer hinter verschlossenen Türen, es sei besser, Konkurrenten zu kaufen, als sich mit ihnen zu messen.³⁵ Dass sich somit aber nur der durchsetzt, der das meiste Geld hat, und nicht mehr der, der das beste Produkt oder die beste Lösung für die Kund*innen anbietet, sagte er nicht.

Es ist erstaunlich, dass in demokratischen Gesellschaften eine systematische Umverteilung zugunsten der Top 1 Prozent und zulasten der Bottom 99 Prozent möglich ist. Eigentlich sollte die Gleichwertigkeit jeder Stimme dafür sorgen, dass die Interessen aller berücksichtigt werden. Doch die Top 1 Prozent haben sich einen gut

ausgestatteten Werkzeugkasten zugelegt, um dies zu umgehen. Zu diesem Werkzeugkasten gehören, neben dem Bilden von Mono- und Oligopolen, auch Lobbyismus oder die direkte Übernahme von politischen Ämtern und des politischen Diskurses, das Süchtigmachen von Menschen, die Manipulation der öffentlichen Meinung und Instrumente zur Manipulation menschlicher Grundbedürfnisse, Urinstinkte, Ängste und Hoffnungen. Einige dieser Werkzeuge wurden ursprünglich sogar mit guten Absichten entwickelt, aber das Anreizsystem »Geld« hat sie pervertiert.

Warum sich dies oft unbeabsichtigt ereignete, aber nicht zufällig geschah, sondern das Ergebnis eines dysfunktionalen Marktes ist, soll im folgenden Teil 2 erläutert werden. Heute ist der Kapitalismus mit all seinen Perversionen so tief in den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen verankert, dass seine Dysfunktionalität kaum noch bewusst wahrgenommen, geschweige denn infrage gestellt wird.

1.1.1 ReThink: Wettbewerb wieder möglich machen

Eine digitale Währung würde die von Walter Eucken geforderten Spielregeln des Marktes nicht nur wiederherstellen, sondern zeitgemäß erweitern. Zudem wären die Spielregeln absolut manipulationssicher in das wichtigste Element des Kapitalismus, das Geld, einprogrammiert. So würden die Instrumente, mit denen die Top 1 Prozent die Marktregeln pervertieren, abgebaut oder gleich gar nicht mehr funktionieren. Zum Beispiel die Lobbyarbeit gegen das Verbrennungsverbot würde gar keinen Sinn mehr ergeben, wenn Autos künftig nach dem Ziel in der Währung »minimaler CO₂-Ausstoß pro gefahrenem Kilometer« bewertet würden und die Währung dies in finanziellen Gewinn für die Hersteller umwandeln würde. Die Politik könnte in diesem Szenario kaum noch Einfluss darauf nehmen, welche Autos gefahren werden. Dies regelt der Markt, der dabei aber auch neue, nicht finanzielle Ziele, wie den Erhalt der menschlichen Lebensgrundlage, berücksichtigt. Wie das konkret aussehen und umgesetzt werden könnte, wird in Teil 3 und 4 ausführlich erläutert.

Da alles in unserer Welt auf Geld basiert, findet eine digitale Währung genau die Informationen, die man braucht, um Produkte nach nicht finanziellen Kriterien wie Nachhaltigkeit oder Sozialverträglichkeit zu bewerten. Diese Bewertung würde die

Währung dann wieder in Profit übersetzen. So wird neu definiert, was ein Produkt profitabel macht und was nicht – da Profitgier der eigentliche Grund ist, warum die Spielregeln des Marktes ausgehebelt werden, setzt diese Neudefinition von Profit klare Leitplanken für die Spielregeln des zukünftigen Marktes.

Anhand der Zahlungsströme ist leicht erkennbar, wenn Unternehmen eine marktbeherrschende Stellung erreichen. Im Kapitel »Soziale Balance« wird erklärt, wie in diesem Fall die Mono- und Oligopole automatisch abgebaut werden können, indem die Wettbewerbsnachteile kleiner Unternehmen oder neuer Wettbewerber beseitigt werden, sodass diese sich besser am Markt behaupten und wachsen können. Der Marktmechanismus wäre so wiederhergestellt.

Darüber hinaus kann eine Logik eingeführt werden, die Spekulation und unendliche Profitmaximierung mit knappen, aber lebensnotwendigen Ressourcen wie Wohnraum und Nahrung verhindert, ohne Investitionsanreize zu nehmen, sodass die Wirtschaft weiterhin die Produktion dieser knappen Ressourcen priorisiert. Dies wird im Kapitel »Staatliche Steuerung neu gedacht« beschrieben

1.1 Der Startvorsprung der Uneinholbaren

Der Kapitalismus verspricht Aufstieg und Vermögensaufbau durch Leistung und Fleiß – das stimmte auch, bis in die 80er-Jahre des letzten Jahrhunderts.³⁶ Seitdem nimmt die soziale Mobilität wieder ab. Als »soziale Mobilität« wird die Möglichkeit bezeichnet, dass Menschen im Laufe ihres Lebens oder über Generationen hinweg ihren sozialen Status verändern können. Das bedeutet, dass sich nicht nur die einzelnen Vermögensgruppen auseinanderbewegen, sondern dass Menschen besonders häufig in ihrer Vermögensgruppe verbleiben, ohne eine Chance, dort rauszukommen. Ein OECD-Bericht von 2018, genauso wie andere Studien, weist für Deutschland im internationalen Vergleich eine schlechte soziale Mobilität nach.³⁷ Besonders ein Aufstieg von einer unteren Einkommensschicht in die mittlere Einkommensschicht ist hierzulande unglaublich schwer.

Das Wohlstandsversprechen für alle, das uns der Kapitalismus einst gab, gilt also nicht mehr. Ob man im Kapitalismus erfolgreich ist, hängt maßgeblich davon ab, in

welchem Land und in welche Familie man hineingeboren wurde. Wer aus einer wohlhabenden Familie stammt, hat nicht nur finanzielle Sicherheit, sondern auch Zugang zu besseren Bildungsmöglichkeiten, Netzwerke und ein finanzielles Polster für riskante Investitionen. Ein wohlhabendes Kind kann teure Nachhilfe erhalten, studieren ohne Job, ein zinsloses Darlehen von den Eltern für das erste Unternehmen oder die erste Immobilie bekommen oder auf ein Erbe zählen, das Vermögensaufbau garantiert.

Oder anders ausgedrückt: Je früher jemand am Kuchenbüfett war und je rücksichtsloser dort das Stück vom Kuchen vergrößert wurde, desto mehr profitiert die eigene Familie über Generationen hinweg davon. Das liegt daran, dass die durch das Geld gewonnene Macht auch dazu genutzt wird, um den Startvorsprung zu sichern. Das macht es für alle anderen sehr schwierig, ein Vermögen aufzubauen. Zu diesen Mechanismen gibt es umfangreiche Forschung, die mit mehreren Nobelpreisen ausgezeichnet wurde.³⁸

Adam Smith erkannte dieses Risiko bereits visionär und forderte dafür sogar ausnahmsweise staatliches Eingreifen, um durch umfassende Bildung Chancengleichheit zu schaffen. Jeder Arbeiter sollte so die Möglichkeit erhalten, aus seiner durch Geburt vorgegebenen gesellschaftlichen Position aufzusteigen.³⁹ Überträgt man diese Logik konsequent auf heute, müssten in einem Kapitalismus nach Smith auch alle anderen Formen von Startvorteilen ausgeglichen werden. Doch dieser Startvorsprung gilt nicht nur für Familien, sondern auch für ganze Nationen. Länder, die erst spät in das kapitalistische Spiel eingestiegen sind, haben es oft deutlich schwerer als jene, die von Anfang an dabei waren und deren Top 1 Prozent bereits Reichtum angehäuft haben. Industriestaaten wie Großbritannien oder die USA konnten schon früh Kapital akkumulieren, globale Handelsstrukturen zu ihren Gunsten aufbauen und technologische Innovationen vorantreiben. Späteinsteiger – ob ehemalige Kolonien, kommunistische Staaten oder Länder mit verspäteter Industrialisierung – müssen hingegen in bereits gesättigte Märkte eindringen und bekommen auf ihren heimischen Märkten Konkurrenz von finanzstarken Global Playern, die bereits Milliarden in ihre Produktentwicklung, Markenbildung und Vertriebsstrategien gesteckt haben. Sollte trotz dieser Konkurrenz einmal eine kleine einheimische Firma ein innovatives Produkt hervorbringen, das am Markt gegen die Global Player besteht, dann wird diese Firma meist von einem Global

Player aufgekauft oder braucht fremdes Kapital (Venture Capital) für die Wachstumsfinanzierung. In beiden Fällen vermehren die zukünftigen Gewinne dieser Firma dann nicht mehr das Vermögen der lokalen Bevölkerung, sondern fließen ins Vermögen der internationalen Top 1 Prozent. Wie China es geschafft hat, sich diesem Automatismus des Kapitalismus zu entziehen, wird im Kapitel »Kapital nicht den Kapitalist*innen überlassen« erklärt.

In Deutschland konnte diese Entwicklung unter einem Brennglas beobachtet werden. Westdeutschland, also ein gesättigter Kapitalismus mit hoher Kapitalkonzentration, wurde mit der DDR vereinigt, deren Bürger*innen kaum über Eigentum und Kapital verfügten. Aufgrund von Nachholeffekten gab es in den neuen Bundesländern in den 90er-Jahren höhere Wirtschaftswachstumsraten⁴⁰, die nach dem Urökonom Adam Smith zu einer Wohlstandsmehrung in der Bevölkerung hätten führen müssen.⁴¹ Dennoch konnten nur wenige ostdeutsche Bürger*innen einen Wohlstand wie in Westdeutschland aufbauen. Vor allem reiche Westdeutsche bereicherten sich am wirtschaftlichen Aufschwung im Osten, indem westdeutsche Akteure unter anderem Unternehmen und Immobilien günstig aufkauften oder wirtschaftliche und politische Entscheidungspositionen besetzten.⁴² Ohne nennenswertes eigenes Vermögen schafften es die Bürger*innen der DDR, nur 5 Prozent ihres ehemaligen Staatseigentums zu kaufen, die restlichen 95 Prozent gingen an westdeutsche und internationale Investoren.⁴³ Zum Staatseigentum gehörten auch die Staatsbetriebe der DDR, so sicherten sich diejenigen mit viel »Startvorsprung« fast die komplette Wirtschaft und viel Wohnraum.

Ohne Kapital konnte sich die Bevölkerung der ehemaligen DDR also fast keine Vermögenswerte sichern, die zu einem Wohlstandswachstum hätten führen können. So wurden im Jahr 2022 in den neuen Bundesländern pro Einwohner*in nur 91 Euro an steuerpflichtigem Vermögen vererbt, während es in den alten Bundesländern neunmal so viel war.⁴⁴

Wenn man davon ausgeht, dass wir uns auf dem Weg in einen Verdrängungsmarkt befinden, in dem der Vermögenszuwachs einer Person nur auf Kosten einer anderen funktioniert, dann können die Top 1 Prozent auch kein Interesse mehr daran haben, Chancengleichheit oder Aufstiegsmöglichkeiten für andere zu schaffen. Denn viel Wachstum bei jemand anderem würde ihre eigene Macht und Vermögensbasis gefährden. Ohne nennenswertes Wachstum und wiederhergestellte Marktregeln wird

sich für immer mehr Menschen und auch Nationen manifestieren, dass der vom Kapitalismus versprochene Aufstieg schlicht unmöglich wird.

1.1.1 ReThink: Chancengleichheit durch faire Regeln

Mit der Wiederherstellung der Marktmechanismen nach Eucken gäbe es wieder fairen Wettbewerb, der es Menschen oder kleinen Firmen mit innovativen und guten Ideen ermöglicht, ihre Lösungen zu vermarkten. Die Begünstigung von kapitalstarken Akteuren, die außer viel Geld keine Kompetenz haben, wird durch den Programcode im digitalen Geld verhindert.

Außerdem würde das Abstellen der Umverteilung von unten nach oben den Bottom 99 Prozent wieder die Möglichkeit geben, ihr eigenes Vermögen zu vermehren, was den Startnachteil weiter reduziert.

*Die wichtigste Säule für Chancengleichheit müsste nach wie vor von der Politik kommen, mit einem guten Bildungs- und Ausbildungskonzept. Eine digitale Währung könnte hier nur indirekt unterstützen. Zum Beispiel, indem sie die politischen Entscheidungsträger*innen entlastet. Indem die Lösung vieler Probleme dem Markt überlassen wird, der sie auch verursacht, hätte die Politik mehr Zeit und Ressourcen, sich um die verbleibenden Themen zu kümmern.*

Die digitale Währung senkt die Möglichkeit, dass wirtschaftliche Macht in politische Macht und dann wieder in mehr Geld umgewandelt wird. Dies sollte dazu führen, dass ein Großteil des Lobbyismus oder der direkten Übernahme von politischen Ämtern durch die Top 1 Prozent zum Erliegen kommt. Als Nebenprodukt dieser Lobbyarbeit konnten die Top 1 Prozent bisher auch die Bildungspolitik mitbestimmen. Und wahrscheinlich haben die Top 1 Prozent kein übermäßiges Interesse an einem perfekten öffentlichen Bildungssystem, da sie ihre Kinder auf privat finanzierte Schulen schicken.

Darüber hinaus sollte der Bildungssektor, wie alle anderen öffentlichen Projekte auch, davon profitieren, dass mit digitalem Geld völlig neue Finanzierungsmöglichkeiten entstehen. Statt Geld über Budgets zu verteilen und zu hoffen, dass es dort ankommt, wo es gebraucht wird, und den gewünschten Nutzen bringt, kann digitales Geld zielgerichtet und zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden. Dies macht den gesamten Budgetprozess überflüssig und ermöglicht viel mehr Freiheiten bei der

individuellen Verwendung der Mittel in den jeweiligen Einrichtungen.

Wie das konkret aussehen und umgesetzt werden könnte, wird in Teil 3 und 4 ausführlich erläutert. Im Kapitel »Staatliche Steuerung neu gedacht« wird beschrieben, welche neuen Möglichkeiten zur Finanzierung von staatlichen Aufgaben und Infrastruktur eine digitale Währung bringt.

1.1 Kapital im Überlebensmodus

Der Klimawandel führt Menschen mit Weitblick die Grenzen des ewigen Wirtschaftswachstums unmissverständlich vor Augen. Doch selbst wenn es den Klimawandel nicht gäbe, stößt unsere Wirtschaftsweise an zahlreiche andere Begrenzungen: die demografische Entwicklung, den Fachkräftemangel, Platzmangel, das Ausbleiben disruptiver Innovationen, Umwelt- und Wasserverschmutzung, die Zerstörung von Ökosystemen, das Artensterben sowie die Rekordhöhe öffentlicher und privater Schulden, die Spielräume für Investitionen und Konsum massiv einschränken.

Diese Herausforderungen sind jedoch nicht die einzigen Faktoren, die das Wirtschaftswachstum bremsen. In der Natur gibt es kein ewiges Wachstum – alle natürlichen Systeme wachsen nur bis zu einem bestimmten Punkt. Anders ist es bei der Krebserkrankung: Sie wächst unkontrolliert, bis sie den Wirt zerstört. Ein moderates Wachstum ist sicherlich weiterhin möglich, aber Menschen mit Weitblick erkennen schon jetzt das nahende Ende dieser Ära.

Wirtschaftswachstum

Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

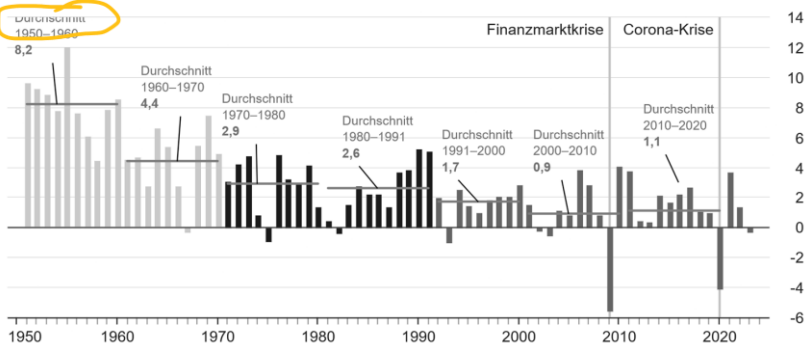


Abbildung 6: Deutsches Wirtschaftswachstum seit 1950, Quelle: Statistisches Bundesamt⁴⁵

Zu Zeiten des Wirtschaftswunders bis 1970 gab es hohe Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts, die zusammen mit fairen Spielregeln großen Teilen der Bevölkerung einen breiten Vermögensaufbau ermöglichten. Dieses Wachstum war vor allem getrieben von Innovationen, die das Leben der Konsument*innen erleichterten. Das Wachstum nimmt nun aber seit Jahrzehnten ab. Deutschland, das trotz häufig geäußerter Kritik an seinen niedrigen Wachstumsraten ab 2023 Japan als drittgrößte Industrienation abgelöst hat⁴⁶, schneidet dabei im globalen Vergleich noch gut ab. Doch das Verlangsamen des Wachstums verdeutlicht den Übergang in eine neue Phase der Wirtschaftsentwicklung. Absolut gesehen, wächst das System kaum noch, nur einzelne Akteure wachsen auf Kosten anderer.

Wirtschaftswachstum korreliert eng mit dem Vermögenswachstum⁴⁷ – dem metaphorischen »Kuchen«, von dem alle ein Stück brauchen. Wächst die Wirtschaft, dann werden Unternehmen größer und profitabler und damit mehr wert. Das steigert vor allem das Vermögen der Top 1 Prozent, denen ein Großteil der Unternehmen gehört. Brauchen die größeren Unternehmen mehr Mitarbeiter*innen, dann haben die Mitarbeiter*innen theoretisch eine bessere Verhandlungsbasis, um Lohnerhöhungen zu fordern. Das würde das Stück vom Kuchen der Bottom 99 Prozent wachsen lassen; wie wir aber später sehen werden, wird dieser Mechanismus bewusst ausgehebelt.

Wenn die Wachstumsraten schrumpfen und ein Ende des Wachstums absehbar wird, scheint das Kapital in eine Art Überlebensmodus zu schalten, in dem Wachstum zunehmend durch Verdrängung erreicht wird. In diesem Überlebensmodus setzen die Top 1 Prozent alles daran, ihre Kuchenstücke weiterwachsen zu lassen, und hebeln dabei die Spielregeln des Marktes aus. Die Aktionär*innen und Eigentümer*innen der Unternehmen müssen das häufig nicht einmal aktiv einfordern, sondern nur für ihre Unternehmen eine Kapitalrendite von 12 Prozent bis 15 Prozent vorgeben beziehungsweise ihr Geld denjenigen anvertrauen, die ihnen die höchste Rendite versprechen. Der Wettbewerbsgedanke unter den Führungskräften kümmert sich dann alleine darum, dass es immer schmutziger wird.

Bei geringen Wachstumsraten von 1–2 Prozent kann keine Gruppe ihre Stücke um 10–15 Prozent wachsen lassen, ohne andere zu verdrängen. In den Spielregeln der sozialen Marktwirtschaft nach Walter Eucken sollte eigentlich festgeschrieben sein, dass ein Verdrängungswettbewerb nur zwischen den wirtschaftlichen Marktteilnehmern stattfinden kann. Durch permanentes Aufweichen der Regeln führt die Wirtschaft diesen Verdrängungswettbewerb immer häufiger gegen Staat und Privatpersonen.

Ich war lange Teil des Systems und habe erlebt, wie einzelne Akteure gezielt versuchten, Monopole zu schaffen, um die Marktmechanismen außer Kraft zu setzen und ihre Gewinne zu maximieren. Diese Dynamik gefährdet nicht nur den fairen Wettbewerb, sondern verschärft auch die wirtschaftliche Ungleichheit, da die Gewinne auf diesen Märkten fast ausschließlich den ohnehin schon mächtigsten Akteuren zufließen. Auch musste ich irgendwann erkennen, dass es häufig einfacher und risikoärmer ist, anderen ihr Stück vom Kuchen wegzunehmen, statt den Kuchen durch Innovationen insgesamt anwachsen zu lassen. Innovationen in Unternehmen erfordern eine gute Fehlerkultur, finanzielle Freiheit für Rückschläge, Zeit zum Experimentieren, wenig Druck sowie Kreativität und freie Ressourcen bei den Mitarbeiter*innen. All das kostet im normalen Geschäftsbetrieb vor allem Geld und widerspricht den kurzfristigen Renditeerwartungen der Eigentümer*innen. Viele Unternehmen wurden so auf Profit getrimmt, dass dabei die Ressourcen und die Fähigkeiten für innovative Transformationen wegrationalisiert wurden. So entsteht ein großes Hindernis für Wandel und Innovation. Kein*e CEO stößt den Wandel an, wenn es einfacher und risikoärmer ist, Renditeziele durch die Ausübung von (dysfunktionaler Markt-)Macht zu erreichen. So wird auch nicht mehr darüber

nachgedacht, wie das Leben der Verbraucher*innen durch Innovation erleichtert oder bereichert werden kann.

In der Betriebswirtschaftslehre etabliert sich gerade der Begriff der Winner-takes-all-Märkte.⁴⁸ Dies sind Märkte, in denen wenige Unternehmen oder einzelne Akteure dominieren, weil sie durch Skaleneffekte, Netzwerkeffekte oder technologischen Vorsprung nahezu unangreifbare Marktpositionen erreichen. Diese Märkte begünstigen eine extreme Macht- und Kapitalkonzentration, da die Gewinner ihre Vorteile nutzen, um Konkurrenten zu verdrängen und den Zugang zu wichtigen Ressourcen und Infrastrukturen zu kontrollieren. Beispiele dafür finden sich derzeit in der Technologiebranche, wo Konzerne wie Amazon, Google oder Facebook ihr Monopol festigen, indem sie kleinere Wettbewerber aufkaufen oder aus dem Markt drängen. Das ist »Wachse oder weiche« bis ganz zum Ende gespielt.

Die Abbildung 1 zeigt übrigens auch, dass sich ab den 90ern des letzten Jahrhunderts die Wirtschaftswachstumsraten so langsam zwischen 0 und 2 Prozent einpendeln. Zeitgleich intensivierten Lobbygruppen ihre Bemühungen, Steuern abzubauen, die besonders die Top 1 Prozent belastet hätten. Hierzu gehören die Abschaffung der Börsenumsatzsteuer 1991 und der Gewerbesteuer 1997,⁴⁹ die Aussetzung der Vermögensteuer 1997, mit der der Staat zu Zeiten des Wirtschaftswunders noch bis zu 20 Milliarden Euro jährlich eingenommen hatte,⁵⁰ die Senkung der Unternehmensteuer in den Jahren 1998, 2001 und 2008 sowie immer großzügigere Befreiungen bei der Erbschaftsteuer in den Jahren 1992, 2008 und 2016.⁵¹ All das ermöglichte weiterhin ein überproportionales Vermögenswachstum der Top 1 Prozent.

Stand heute wächst der Gesamtkuchen noch leicht an. Mit dem Erreichen einer Wachstumsgrenze werden die Versuche der Top 1 Prozent sehr wahrscheinlich deutlich brutaler, um ihr Vermögenswachstum sicherzustellen, denn dann ist nur noch Wachstum über Verdrängung möglich. Wer in diesem Verdrängungsmarkt ein Vermögen aufbauen möchte, muss anderen etwas wegnehmen.



Abbildung 7: Grenzen des Vermögenswachstums

Man kann sich das so vorstellen, als ob der Kuchen im Ofen vollständig aufgegangen ist. Er füllt die Backform ganz aus. Wenn der Kuchen nicht größer wird, kann man sein Stück nur vergrößern, indem man jemand anderem sein Stück vom Kuchen wegnimmt oder indem man unglaublich vielen immer mehr Krümel ihrer immer kleiner werdenden Stücke abnimmt. Wer ein enormes Vermögen aufbauen möchte, muss sehr vielen Menschen viel Geld wegnehmen. In diesem Szenario ist es nur eine Frage der Zeit, bis so gut wie alle der Bottom 99 Prozent den Kapitalismus als Verlierer erleben werden und immer mehr Menschen merken, dass dies kein unrealistisches Szenario mehr ist.

Dabei kann man den Akteuren nicht einmal einen allzu großen Vorwurf machen, denn in dysfunktionalen Märkten ist jeder Marktteilnehmer geradezu gezwungen, sein persönliches Vermögen zu priorisieren und jede Wachstumschance zu nutzen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass ein anderer ein größeres Vermögen aufbaut, dadurch mehr Macht gewinnt und das eigene Vermögen »kannibalisiert«. Es besteht permanent die Gefahr, selbst Opfer der Marktmechanismen zu werden, von denen man bisher profitiert hat. Viele gehen davon aus, dass »Wachse oder weiche« auch dann noch gültig ist, wenn das Wachstum aufhört, und dann fällt es mit einem großen Stück leichter, andere zu verdrängen.

In diesem Szenario bräuchte es entweder neue und funktionierende Spielregeln, die eine permanente Umverteilung von Vermögen erlauben, oder Innovationen, die die Wachstumshürden überwinden und ein breites Vermögenswachstum aller Schichten ermöglichen. Wenn beides ausbleibt, dann wäre es gar nicht so unrealistisch, dass wir irgendwann bei einem solchen Vermögenskuchen ankommen:



Abbildung 8: Maximale Kapitalkonsolidierung nach dem Ende des Wirtschaftswachstums

Das wäre dann das »Endgame« des Kapitalismus – wo der ewige Wettbewerb darum, wer sich das größte Stück vom Kuchen sichern kann, dazu führt, dass pro Branche nur noch wenige große Unternehmen – in Form kleiner Oligopole oder eines dominierenden Monopolisten – übrig bleiben, die so viel Macht haben, dass sie nach Belieben den Bottom 99 Prozent ihr Vermögen abnehmen können. Die wenigen Eigentümer*innen dieser Firmen sind dann die Gewinner*innen dieses »Endgames« des Kapitalismus. Diese kleine Elite kontrolliert kann dann mit der Macht ihres Geldes alles andere – wer nicht genug Geld und Macht hat, wird kontrolliert. Dass dies für Milliardär*innen durchaus ein realistisches Szenario ist, beschreibt der digitale Vordenker Douglas Rushkoff in seinem Buch *Survival of the richest*, indem er unter anderem davon berichtet, wie Milliardär*innen ihn um Rat bitten, um sich bestmöglich auf den Weltuntergang vorzubereiten.⁵²

Sollte dieses Szenario das finale Zielbild sein, auf das sich die Mächtigen vorbereiten, dann ergeben viele der heutigen Perversionen Sinn: Dann müssen Staaten demontiert werden, die eigentlich die Rechte ihrer Bürger*innen wahren wollen. Dann muss ein Großteil der Menschen immer ärmer werden. Dann müssen immer größere Risiken eingegangen werden, um weiterzuwachsen, auch wenn das die menschliche Lebensgrundlage zerstört. Dann müssen nationale Interessen über die Gemeinschaftsinteressen mit Partnern gestellt werden. Dann darf nichts gegen Desinformation und Hass unternommen werden, denn nichts lenkt besser von den wahren Problemen ab. Dann müssen die Bottom 99 Prozent gespalten werden, denn nur so kann man sich gegen diese zahlenmäßig überlegene Gruppe in einer Demokratie durchsetzen.

In Zeiten immer niedrigerer Wachstumsraten müssen die obersten 1 Prozent immer

größere Risiken eingehen, um ihren Anteil am Kuchen zu maximieren. Wachsen oder weichen, auch wenn Wachsen bedeutet, sich mit Faschisten ins Bett zu legen oder den Planeten zu zerstören.

Am Ende zählt nur, wer am meisten Geld hat, denn der hat am Ende die höchste Wahrscheinlichkeit, dieses »Endgame« zu gewinnen. Viele der heutigen Probleme lassen sich darauf zurückführen, dass manche noch schnell ihr Stück vom Kuchen überproportional vergrößern möchten, um für dieses Szenario die optimale Startposition zu haben, nicht nur einzelne Milliardär*innen, sondern auch ganze Länder. Denn irgendwann wird auch der Verdrängungswettbewerb zwischen den Top 1 Prozent zunehmen, und auch da wird derjenige einen Vorteil haben, der über mehr Geld verfügt.

1.1.1 ReThink: Neue Dimensionen des Wachstums

Bisher gab es nur eine Dimension des Wachstums: mehr Profit. Alle Produkte, Absatzmärkte etc. wurden auf Wachstum getrimmt, um mehr Profit zu erwirtschaften. Der Erfolg von Unternehmen wird in Geld gemessen – und die Unternehmen, die am effizientesten arbeiten, erwirtschaften das meiste Geld, also den größten Profit. Eine digitale Währung würde Produkte auch nach neuen Kriterien wie Sozialverträglichkeit und Nachhaltigkeit bewerten. Und diese Bewertung wiederum in Profit umsetzen. Damit eröffnen sich völlig neue Wachstumsdimensionen, denn diese Bereiche sind bisher kaum erschlossen und bieten ein enormes Innovations- und Entwicklungspotenzial.



Abbildung 9: Die Grenzen überwinden – Wachstum in neue Dimensionen

Die digitale Währung würde Wachstum in diesen Dimensionen direkt in Profit übersetzen und damit den Wandel beschleunigen. Da Profit im Kapitalismus der stärkste Anreiz ist, könnte der Wandel so schnell voranschreiten, wie es die technologische Entwicklung zulässt.

Die heutigen Grenzen des Wirtschaftswachstums wären aufgehoben, da es in neue, freie Dimensionen wachsen würde. Diese neuen Dimensionen, in die die Wirtschaft wachsen würde, sind aktuell noch relativ leer und kaum erschlossen. Somit würde höchstwahrscheinlich ein neuer Innovations- und Wachstumszyklus eingeleitet, ähnlich wie disruptive Erfindungen in der Vergangenheit völlig neue Märkte und Möglichkeiten geschaffen haben. Indem auch ärmere Schichten ihren Wohlstand steigern können, würde auch mehr Einkommen für den Konsum zur Verfügung stehen. All dies würde zu höheren Wachstumsraten führen.

Gleichzeitig wird auch der Mechanismus des »Wachsens oder Weichens« korrigiert, sodass wirklich nur die Unternehmen vom Markt verschwinden, die ineffiziente Strukturen beibehalten oder sich nicht transformieren können. Die schiere Größe ist kein Kriterium mehr, um kleinere Wettbewerber zu verdrängen.

Wie das konkret aussehen und umgesetzt werden könnte, wird in Teil 3 und 4 ausführlich erläutert. Im Kapitel »Wettbewerb um Nachhaltigkeit« wird beschrieben, wie Nachhaltigkeit und Sozialverträglichkeit in Profit übersetzt werden kann.

1 Teil 2: Pervertierte Marktmechanismen gegen die Menschheit

1.1 Das destruktive Kapital

Jede*r, der oder die Geld anlegen möchte, kennt die Abhängigkeit von Risiko und Rendite. Sichere Anlagen mit geringem Verlustrisiko liefern meist nur niedrige Renditen, also eine geringe Gewinnausschüttung auf das investierte Kapital. Wer hingegen hohe Renditen erzielen will, muss bereit sein, größere Risiken einzugehen. Rendite ist letztlich nichts anderes als Vermögenswachstum der Eigentümer*innen der Unternehmen. Für dauerhaftes Vermögenswachstum müssen also immer mehr und neue Risiken eingegangen werden. Wer da nicht mitmacht, verliert gemäß »Wachse oder weiche« langfristig seine Wettbewerbsposition im Markt – die wird von jemandem übernommen, der bereit ist, größere Risiken einzugehen. Im globalen Wettbewerb findet sich stets ein Akteur, der jede Wachstumschance ergreift, selbst bei großem Risiko. Dabei setzen sich häufig diejenigen durch, die Risiken »externalisieren«. Das bedeutet: Sie tragen die Konsequenzen ihrer Entscheidungen nicht selbst, sondern lassen andere die Kosten tragen – seien es Kunden, die Gesellschaft, die Umwelt oder zukünftige Generationen.

Gemäß diesem Marktmechanismus setzt sich letztendlich immer derjenige durch, der oder die ein Maximum an Risiken eingeht. Dieses »Immer mehr« an Risiken bringt die destruktive Seite des Kapitalismus zum Vorschein. Der Kapitalismus, dessen Fundament auf freiem Wettbewerb, Innovation und individueller Freiheit ruht, weicht im Überlebensmodus zunehmend von seinen eigenen Idealen ab. Aus Angst, eine Wachstumschance zu verpassen, wird jede Gelegenheit ergriffen – oft ohne Rücksicht auf langfristige Konsequenzen. Der Gedanke dahinter ist simpel, aber fatal: »Wenn ich die riskante Wachstumschance nicht nutze, wird es jemand anderes tun. Und

wenn es jemand anderes tut, verliere ich die Möglichkeit, daran zu verdienen.« Dieser Fokus auf kurzfristige Gewinne in unmittelbarer Zukunft und die Angst, etwas zu verpassen, machen den Kapitalismus paradoxerweise zu seinem größten Feind. Er wendet sich ab von dem Versuch, den Konsumentenutzen durch Innovationen zu maximieren, sondern vernichtet Wachstum und Kapital. Die Geschichte liefert zahlreiche Beispiele für diese Dynamik:

- **Die Finanzkrise 2008/2009:** Banken handelten mit riskanten Hypothekenspapieren und verschleierten deren Unsicherheiten. Kurzfristig profitabel, stürzten diese Geschäfte das Finanzsystem jedoch in eine Krise, die viele Banken verschwinden ließ und zu Milliardenverlusten bei den Banken führte.
- **Die Boeing-737-Max-Krise:** Sicherheitsbedenken wurden bewusst hinter Gewinninteressen zurückgestellt.⁵³ Bekannte Konstruktionsfehler erforderten unlautere Absprachen mit der Zulassungsbehörde⁵⁴, damit Boeing überhaupt die Zulassung für die 737-Max erhalten konnte. Als die ersten Maschinen dann abstürzten, mussten knapp 800 Flugzeuge fast zwei Jahre am Boden bleiben. Entschädigungen für die Hinterbliebenen, Ausfälle für die Fluglinien, Rückrufe und Reparaturen kosten immer noch Milliarden und machen Boeing zum kontinuierlichen Krisenfall. Kurzfristig also profitabel für Boeing, langfristig eine Marken- und Kapitalvernichtung.
- **Die deutschen Automobilhersteller:** Die zögerliche Abkehr vom Verbrennungsmotor zugunsten kurzfristiger Gewinne hat den Zugang zum wichtigen chinesischen Markt nahezu zunichtegemacht. Kurzfristig musste kein Geld in Forschung und Entwicklung investiert werden, langfristig hat man die Dominanz auf dem ehemals wichtigsten Markt China verloren und gerät auch auf anderen Märkten unter erheblichen Druck.
- **Die Opioidkrise in den USA:** Pharmaunternehmen forcierten bewusst die falsche Vermarktung von Opioiden, um ihre Gewinne zu steigern.⁵⁵ Die Folge: Millionen von Menschen, die glaubten, standardmäßige Schmerzmittel zu erhalten, erhielten süchtig machende Opioide und wurden drogenabhängig. Dies löste eine verheerende Gesundheitskrise aus. Neben mehreren Pharmafirmen musste auch der dafür verantwortliche Berater, McKinsey, hohe Strafen bezahlen. Allein die Strafzahlungen für McKinsey, die die Vermarktungsstrategie entwarfen, belaufen sich mittlerweile auf mehr als eine Milliarde US-Dollar.⁵⁶ Weitere Klagen drohen. Auch dieses Geschäft war kurzfristig profitabel, langfristig wurde aber Kapital bei den Akteuren vernichtet. Hinzu kommen die horrenden Kosten, die der

Gesellschaft durch die Folgen der Abhängigkeit von Millionen von Menschen entstehen.

- **MunichRE und der Klimawandel:** Der Rückversicherer MunichRE warnte in einem Bericht vor den steigenden Kosten des Klimawandels, der 2024 mit Kosten von 140 Milliarden US-Dollar für Versicherungen zum drittteuersten Jahr machte.⁵⁷ Ein Jahr vorher trat MunichRE aus der Net-Zero Insurance Alliance aus, in der sich Versicherer verpflichten, einen Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels zu leisten.⁵⁸ Kurzfristig können sie so ihr Geld in profitable, aber klimaschädliche Investitionen stecken, langfristig entstehen ihnen jedoch erhebliche Mehrkosten durch den Klimawandel.

Es gibt zahllose Beispiele dafür, wie der Kapitalismus seine eigene langfristige Gewinn- und Absatzbasis untergräbt. Lebensmittel, die durch schädliche Inhaltsstoffe die Gesundheit der Verbraucher*innen gefährden, Social-Media-Plattformen, die gezielt soziale Gemeinschaften spalten, der massive Ausstoß von CO₂, der unseren Planeten zerstört, oder der Einsatz von Chemikalien und Pestiziden, die das Erbgut schädigen – all das gefährdet den Fortbestand der Menschheit und damit auch die Zukunft der Unternehmen selbst.

Diese Entwicklungen sind keine Einzelfälle oder bloße Fehlentscheidungen einzelner Manager*innen. Sie sind Ausdruck struktureller Defizite im System. Manager*innen, die große Erfolge erzielen oder beträchtliches Vermögen verdienen, haben meist verinnerlicht, dass kurzfristiges Wachstum und Rendite über allem stehen müssen – auch über langfristigen Risiken oder Sicherheitsbedenken. Ideal für diese Manager*innen sind Risiken, die nicht direkt zu einem finanziellen Nachteil im eigenen Unternehmen führen können, sondern die von Kunden oder der Gesellschaft gezahlt werden müssen.

Im zunehmend schnelllebigen Wettbewerbsumfeld zählen vor allem kurzfristige Erfolge. Firmen, die diese regelmäßig präsentieren, sichern sich nicht nur mehr Kapital, sondern auch bessere Mitarbeiter*innen und größere Marktchancen. Dasselbe gilt für die Manager*innen dieser Firmen: Sichtbarkeit und kurzfristige Erfolge sind entscheidend für den persönlichen Aufstieg. Dieses Umfeld begünstigt Führungspersönlichkeiten, die Risiken ignorieren und vor allem auf schnelle Gewinne setzen – ein Teufelskreis, der die destruktiven Mechanismen des Kapitalismus weiter verstärkt.

Es wird oft gesagt, dass schon jemand etwas erfinden wird, was die Probleme der Menschheit löst. Tatsächlich gäbe es für fast alle Probleme bereits Ideen und Innovationen, aber da der Markt dysfunktional ist, können diese sich nicht durchsetzen. Der dysfunktionale Markt schafft und fördert keine Innovationen, die der Gesellschaft nützen, sondern ist nur daran interessiert, das Geld und die Macht der Top 1 Prozent zu vergrößern. Natürlich schafft er auch hier Innovationen, zum Beispiel in Form eines Algorithmus, der die Nutzer*innen länger am Handy hält und ihnen mehr Waren verkaufen kann. Das ist zwar für den Werbetreibenden eine Innovation, aber gesellschaftlich gesehen eher dysfunktional.

1.1.1 ReThink: Langfristige Perspektiven

Eine digitale Währung würde die destruktiven Mechanismen des Kapitalismus entschärfen, indem sie Profit nicht mehr allein an kurzfristiges Wachstum koppelt, sondern soziale und ökologische Verantwortung direkt in die Profitmechanismen integriert. Unternehmen, die langfristig nachhaltig und risikoarm wirtschaften, würden dadurch automatisch wettbewerbsfähiger, während destruktive Geschäftsmodelle, die Risiken externalisieren, ihre Attraktivität verlieren. So entstünde ein System, in dem wirtschaftlicher Erfolg nicht mehr von Verdrängung und wachsender Risikobereitschaft abhängt, sondern von nachhaltiger Wertschöpfung, die Mensch und Umwelt gleichermaßen berücksichtigt. Wie man sich dies vorstellen kann, steht in Teil 3 »Zukunftsvision – ein gerechter Kapitalismus«.

1.1 Die Spirale der Komplexität

Der »Wachse oder weiche«-Mechanismus führt dazu, dass Unternehmen immer größer werden müssen, um eine Monopolstellung in ihrer Lieferkette zu erreichen. Immer auf der Suche nach Möglichkeiten, ihre Marktmacht zu vergrößern, kaufen Unternehmen andere Unternehmen auf, und Manager*innen suchen ständig nach neuen Möglichkeiten, Umsätze oder Gewinne zu steigern. Dies geschieht durch die Erschließung neuer Märkte, Produkte oder Vertriebswege oder durch Maßnahmen zur Kostenreduktion wie Reorganisationen, Fusionen oder Prozessveränderungen. All diese Entwicklungen treiben jedoch die Komplexität der Unternehmen kontinuierlich in

die Höhe. Gleich mehrere wissenschaftliche Studien belegen, wie Globalisierung, technologische Fortschritte, Digitalisierung und Bürokratisierung dazu führen, dass Unternehmen immer bürokratischer, komplexer und undurchschaubarer werden.⁵⁹ Gleichzeitig erschwert die steigende Datenmenge die Entscheidungsfindung im Management. Die Beratungsgesellschaft Deloitte umschreibt es schön: Die Verfügbarkeit umfassender Informationen erzeugt Unsicherheit, denn der Informationszuwachs steht im Spannungsverhältnis zu der begrenzten Aufnahmefähigkeit der Entscheider*innen.⁶⁰

Manager*innen sind gefangen in einem System, das ständiges Wachstum und Anpassung fordert, während die langfristigen Folgen ihrer Entscheidungen immer weniger vorhersehbar werden. Je weiter Manager in die Zukunft blicken, desto mehr Variablen müssen sie berücksichtigen und gegeneinander abwägen. Im Vergleich dazu ist es deutlich einfacher, auf bereits eingetretene Probleme zu reagieren – denn in solchen Situationen sind die meisten Unsicherheiten bereits verschwunden. Weitaus schwieriger ist es hingegen, ein Unternehmen auf mögliche Zukunftsszenarien in fünf bis zehn Jahren auszurichten. Doch so bleibt wirtschaftliches Handeln überwiegend kurzfristig und reaktiv und selten wirklich langfristig und innovativ.

Globale Lieferketten, hochkomplizierte Finanzmärkte und unzählige Abhängigkeiten erzeugen ein zerbrechliches System, bei dem lokale Störungen globale Krisen auslösen können. So führte 2021 der Fehler eines Kapitäns und eines Lotsen auf der *Ever Given* im Suezkanal zu einem Produktionsausfall in der Automobilindustrie, zu Verzögerungen unzähliger Bauprojekte sowie zu einem zwischenzeitlichen Mangel an Konsumgütern, Lebensmitteln oder Pharmawirkstoffen.

In diesem globalen und dynamischen Marktumfeld müssten Unternehmen ständig bereit sein, sich neu auszurichten und zu transformieren. Doch dieser Wandel ist riskant, denn er erfordert, die vermeintlich sichere Basis des bestehenden Geschäfts aufzugeben. Die Strukturen und Freiräume, die für solche Veränderungen notwendig wären, sind in den meisten Unternehmen nicht mehr vorhanden. Denn der unaufhörliche Druck zur Profitoptimierung hat dazu geführt, dass alles, was nicht direkt zum Tagesgeschäft und zur Wertschöpfung beiträgt, weggespарт wurde.

So stößt ein Veränderungswunsch auf Komplexität, Intransparenz, starre Strukturen

und firmeninterne Bürokratie, die kaum mehr als das bestehende Kerngeschäft verwalten können. Es ist nur logisch, dass strategische Transformationen regelmäßig daran scheitern, diese Hindernisse zu überwinden. Eine kürzlich veröffentlichte Studie ermittelte, dass so sieben von zehn Transformationsprojekte scheitern.⁶¹

In allen Branchen, in denen die Marktmechanismen durch Oligopole außer Kraft gesetzt wurden, gibt es gar keine Notwendigkeit mehr, das Geschäft zu transformieren. Denn dieser Aufwand könnte nur dann in einen Wettbewerbsvorteil umgesetzt werden, wenn man mit dem neuen, transformierten Geschäftsmodell auch in einen intensiven Wettbewerb mit den anderen etablierten Unternehmen des Oligopols treten wollte. Nur so kann ein Wettbewerbsvorteil auch in Profit umgesetzt werden. Die Unternehmen des Oligopols sind aber per definitionem sehr groß und in der Regel sehr kapitalstark – was einen intensiven Preiswettbewerb sehr riskant macht. Also verharren die Firmen lieber im Status quo und kümmern sich nur um das Tagesgeschäft – also ums Geldverdienen.

Aus meiner beruflichen Erfahrung weiß ich, dass ernsthafte Transformationsvisionen und langfristige Strategien in unternehmensinternen Entscheidungsprozessen kaum eine Rolle spielen – weil jede*r weiß, dass die mit hoher Wahrscheinlichkeit sowieso nicht funktionieren werden. Vielleicht wird einmal eine Software abgelöst, die schon seit Jahren keine Sicherheitsupdates mehr erhält, und dies als Transformation verkauft. Der Fokus verbleibt so auf kurzfristigen Erfolgen im Kerngeschäft. Dies hat jedoch zur Folge, dass Unternehmen gezwungen sind, im Kerngeschäft immer größere Risiken einzugehen, um Gewinne zu steigern oder zumindest stabil zu halten. Was dann wieder erhebliche Gefahren birgt für die langfristige Zukunftsfähigkeit des Unternehmens.

1.1.1 ReThink: Katalysator für Transformation und Komplexitätsreduktion

Wenn erst einmal digitales Geld den Zwang zur kurzfristigen Gewinnmaximierung von Unternehmen nimmt, dann haben diese die Möglichkeit, nachhaltige Transformationen schrittweise umzusetzen, ohne dass Unternehmen durch die derzeit noch bestehenden kurzfristigen Marktmechanismen bestraft werden.

*Wenn der Erfolg von Unternehmen erst einmal von Marktdominanz und schierer Größe entkoppelt ist, dann gibt es auch keinen Grund mehr, dass Unternehmen immer größer werden müssen. Statt weniger Großunternehmen würden dann viele kleine und mittlere Unternehmen am Markt agieren; diese dezentralen, kleinen Einheiten sind für Manager*innen verständlicher und überschaubarer. Dies sollte die Erfolgswahrscheinlichkeit von Transformationsprojekten deutlich erhöhen. Darüber hinaus könnte eine digitale Währung bürokratische Aufgaben wie Berichtspflichten und Compliance-Prozesse, also das Sicherstellen, dass alle Vorschriften eingehalten werden, automatisieren und damit den Arbeitsaufwand in den Unternehmen reduzieren. Mehr dazu im Kapitel »Der schnelle Wandel« in Teil 3.*

1.1 Wem gehört der Kapitalismus?

Wer gehört eigentlich zu jener kleinen Gruppe von Menschen, die so viel Macht besitzen, dass sie unser tägliches Leben beeinflussen können? Es sind nicht die, die sich einen gewissen Wohlstand aufgebaut haben. Es sind nicht einmal alle aus den Top 1 Prozent. Nur ein Bruchteil der Top 1 Prozent ist so reich und mächtig, dass sie die Spielregeln des Marktes zu ihren Gunsten manipulieren können. Und auch nur diese kleine Gruppe schafft es, ihr Vermögen überproportional zu vermehren, während der »Rest« der Top 1 Prozent deutlich weniger profitiert.⁶² Die Schere geht also auch innerhalb der Gruppe der Top 1 Prozent auseinander, indem sich dort das obere Scherenblatt viel schneller nach oben bewegt, als das untere nachziehen kann. Es sind vor allem diejenigen, die weit mehr als nur einige Millionen besitzen. So dürfte jemand mit wenigen Millionen wahrscheinlich nur etwas mehr Zeit haben, bevor sein Vermögen von größeren Akteuren kannibalisiert wird.

Die wahren Gewinner*innen des Kapitalismus sind jene, die entweder direkt über eigene Unternehmen oder indirekt durch Aktienmehrheiten und Beteiligungen die Kontrolle über Schlüsselunternehmen ausüben. Diese Menschen zwingen mit konstant steigenden Renditeforderungen die Manager*innen ihrer Firmen zu unablässigem Wachstum und können so am Ende die Preise für alltägliche Konsumgüter und lebensnotwendige Ressourcen der Menschen bestimmen. Diese wahren Gewinner*innen sind aber hinter einem Geflecht aus Unternehmen und Beteiligungen gut verborgen und treten für die Konsument*innen nicht in Erscheinung. Das macht den Kapitalismus als Ganzes für viele sehr abstrakt und kaum fassbar.

Dank moderner Techniken ist es möglich, etwas Transparenz in diese Maschinerie zu bringen. Eine Forschungsgruppe der ETH Zürich hat im Rahmen einer Netzwerkanalyse, bei der die finanziellen Verbindungen analysiert wurden, herausgefunden, dass weltweit nur 147 Unternehmen und deren Eigentümer*innen über ihr Kapital die finanzielle Kontrolle über knapp 40 Prozent aller 43.060 global tätigen Unternehmen ausüben.⁶³ Dabei betrachtete die Studie ausschließlich direkte finanzielle Beteiligungen. Indirekte Einflüsse wie Lieferkettenbeziehungen oder Rohstoffpreisdiktate wurden nicht einmal berücksichtigt. Die tatsächliche Marktmacht dieser 147 Unternehmen dürfte also noch deutlich größer sein. Durch direkte und indirekte Verbindungen kontrolliert diese kleine Elite einen Großteil der Preise, die die Bottom 99 Prozent für Waren und Dienstleistungen zahlen müssen.

Die Top-Manager*innen dieser 147 Unternehmen stellen eine erstaunlich kleine Gruppe dar – man könnte sie sich versammelt in einem großen Konferenzraum vorstellen. Hinzu kommen weltweit 2.781Milliardär*innen (Stand 2024)⁶⁵, die entweder selbst Eigentümer*innen oder Manager*innen dieser Unternehmen sind oder auf andere Weise, zum Beispiel als Großaktionär*innen, von diesem System profitieren. So erhält man eine überschaubare Gruppe, die diese mächtige Umverteilungsmaschine betreibt und nahezu den gesamten globalen Wohlstand zugunsten der Top 1 Prozent verschiebt – zulasten der restlichen 99 Prozent.

Dabei agieren diese Menschen nicht alleine. Sie verfügen über ein Netz von Helfer*innen und Unterstützer*innen, die ihre Macht sichern und ausbauen. Darunter sind viele, die gezwungen sind mitzumachen, weil sie Geld zum Leben brauchen. Andere sind auf der Suche nach Anerkennung und Status, was beides in unserer geldzentrierten Gesellschaft vor allem durch beruflichen Erfolg definiert wird. Ein Typ Mensch tritt in diesem Umfeld besonders häufig in Erscheinung: Personen mit starker Selbstbezogenheit und ausgeprägtem Bedürfnis nach Bewunderung. Früher pauschal als Narzissten abgestempelt, weiß man heute, dass dies keine »bösen Menschen« sind, sondern dass ihr facettenreiches Krankheitsbild und unterschiedlichste narzisstische Nöte zu Verhalten verleiten, die für einen Aufstieg in der Wirtschaft ideal sind.⁶⁶

Mehrere Untersuchungen zeigen, dass Menschen mit narzisstischen Nöten besonders häufig Führungspositionen erreichen.⁶⁷ Facetten des Krankheitsbildes sind Selbstüberschätzung, ein Drang, im Mittelpunkt zu stehen, und ein charismatisches

Auftreten. Dies verleiht Menschen mit narzisstischen Zügen den Anschein von Kompetenz, auch wenn diese nicht zwingend gegeben ist. Menschen mit narzisstischen Nöten loben ihre Arbeit, betonen ihre Leistungsbereitschaft und neigen gleichzeitig dazu, eigene Fehler zu leugnen oder herunterzuspielen, um ihre Perfektion und Unfehlbarkeit vor Vorgesetzten und vor allem vor sich selbst nicht infrage stellen zu müssen.⁶⁸ Dabei ist ihnen nicht einmal bewusst, dass sie lügen, sie sind wirklich davon überzeugt, alles richtig zu machen.

Zum Beispiel war Elon Musk in einem Fox-News-Interview im März 2025 total und glaubhaft verwundert, dass ihm und seiner Automarke Tesla Hass entgegenschlägt. An dieser Stelle soll nicht über eventuelle psychische Erkrankungen spekuliert werden, aber falls er narzisstische Züge hätte, dann könnte er wirklich keinen Zusammenhang herstellen, dass dieser Hass der Bevölkerung vielleicht hervorgerufen wurde durch seine Hitlergrüße, seine Verbreitung von Lügen auf X oder seine tragende Rolle beim aktuellen US-Staatsstreich.⁶⁹

Denn eine narzisstische Not entsteht als ein Schutzmechanismus vor Gefühlen, mit denen man nur schwer umgehen kann. Anstatt etwas als Reaktion auf eigene Fehler zu erkennen, eliminiert der Schutzmechanismus den eigenen Fehler und macht alle anderen Menschen zu Spinnern, Terroristen oder Verrückten, die sich irren müssen. Diese Unfähigkeit, eigene Schwächen oder Fehler zu reflektieren, führt bei Menschen mit narzisstischen Nöten zu der Überzeugung, jede Situation kontrollieren zu können, was zu einer systematischen Fehleinschätzung von Risiken führt. Zudem blenden sie Risiken aus, die nicht in ihr Selbstbild passen, und leiden stark unter dem »Confirmation Bias«⁷⁰, das heißt, sie suchen vor allem nach Informationen, die ihre Überzeugungen bestätigen.⁷¹ So selbst bestätigt und im Glauben an die eigene Unfehlbarkeit, werden Entscheidungen zu schnell und ohne sorgfältige Abwägung möglicher negativer Folgen getroffen.⁷²

Derart selbstüberzeugt gelingt es den Manager*innen mit narzisstischen Nöten oft, anderen ihr unfehlbares Selbstbild zu »verkaufen«. So vermehren sie kontinuierlich ihre Macht und erhalten auch Zugang zu erheblichen Finanzmitteln, da Investoren immer auf der Suche nach der nächsten Wachstumschance sind und sich von Menschen mit narzisstischen Nöten blenden lassen.

Wer in diesem komplexen, undurchsichtigen und stagnierenden Marktumfeld 10 bis 15 Prozent Rendite verspricht, muss großwahnsinnig sein. Aber genau das sind die Leute, die am Ende das Geld bekommen. Ein Realist, der sagt: »Mit viel Glück halten wir unsere Marktanteile und den Firmenwert konstant«, wird nicht mit der Führung

eines Unternehmens betraut und erhält kein Geld zum Verwalten und Anlegen. Dabei reicht oft die Illusion eines funktionierenden Geschäftsmodells und ausreichend Selbstbewusstsein aus, um Erfolge zu erzielen – auch wenn das Fundament brüchig ist. Prominente Beispiele für solche Kartenhäuser sind der Fall Wirecard oder die Signa Holding von René Benko.

Der Drang von Führungskräften in narzisstischen Nöten, sich zu beweisen und bewundert zu werden, führt zu hochriskantem Verhalten, besonders durch die Probleme bei der realistischen Einschätzung von externen Risiken. Auch belohnt unsere Arbeitsumgebung gerne kurzfristiges Handeln: Schnelle Gewinne, wachsender Einfluss und der schnelle Aufstieg scheinen Menschen mit narzisstischen Nöten recht zu geben. Konkretisieren sich langfristig Risiken aus einem fehlerhaften Verhalten, wurde schon so viel Komplexität aufgebaut, dass es schwierig wird, Fehlentscheidungen klar einer Person oder einem Vorgang zuzuordnen. Dadurch bleibt unklar, wer die Verantwortung für eine Fehlentscheidung tragen müsste. Ein häufig zu beobachtendes Beispiel hierfür ist, wenn ein neuer Chef oder eine neue Chefin viel zu früh anfängt, Personal zu entlassen. Beim Bewerten der Situation überschätzt er oder sie die eigenen Fähigkeiten und sucht schnelle Erfolge. Ohne lange nachzudenken, werden so Mitarbeiter*innen gekündigt, die nicht direkt am operativen Geschäft beteiligt sind. Das drückt kurzfristig die Kosten im Unternehmen, und der Gewinn steigt direkt an. Langfristig fehlen aber Kompetenzen wie für Forschung und Entwicklung oder Reparatur- und Investitionsprojekte. Das führt dann zu Störungen im Betriebsablauf oder einem Gewinneinbruch. Da dieses Problem nach mehreren Jahren kaum noch einer Einzelentscheidung zuzuordnen ist, bleibt der oder die Manager*in mit narzisstischen Zügen die Anerkennung für die kurzfristige Gewinnsteigerung.

Gleichzeitig behindern narzisstische Nöte von Manager*innen

Transformationsprozesse von Unternehmen erheblich. Die permanente Wahrung eines perfekten Selbstbildes macht eine Fehlerkultur in Unternehmen unmöglich, diese wäre aber zwingend notwendig, um Fehler zu identifizieren und daraus Korrekturen abzuleiten. Ein Transformationsprojekt, das erst zwei Jahre braucht, bis es sichtbare Erfolge bringt und an dem noch unzählige andere beteiligt sind, passt außerdem gar nicht zum Wunsch nach permanenter Anerkennung eines einzelnen Managers. Also setzen diese Manager*innen auf kurzfristige Erfolgsmeldungen und

Inszenierungen zur Wahrung ihres Images und ihres Selbstbildes. Sie neigen dabei dazu, innovative Ideen von Mitarbeiter*innen zu unterdrücken oder als eigene auszugeben, wodurch sie das kreative Potenzial des Unternehmens blockieren. Kritik und konstruktives Feedback können als persönlicher Angriff empfunden werden, was eine offene Fehlerkultur sehr erschwert. Zudem fördern sie häufig toxische Arbeitsumgebungen, in denen Angst und Unsicherheit herrschen, anstatt Zusammenarbeit und Mut zur Veränderung. Manager*innen mit narzisstischen Nöten sorgen so dafür, dass Unternehmen in veralteten Strukturen verharren und nicht die notwendige Anpassungsfähigkeit entwickeln, um sich auf aktuelle Probleme einzustellen.

Darüber hinaus hat der Narzisst keine Gewissensbisse, wenn es darum geht, erheblichen Druck und Macht auszuüben. Wie bereits beschrieben, kann diese wirtschaftliche Macht oft in Geld umgewandelt werden, und so ist dem Narzissten der persönliche Erfolg allzu oft sicher, auch wenn er seinem Team oder der ganzen Firma saldiert mehr Schaden zufügt. Als langjähriges Rädchen im System habe ich all diese Verhaltensmuster bei vielen Führungskräften beobachtet:

Manager*innen, die fremde Ideen als ihre eigenen verkauften. Manager*innen, die ewig selbstverliebte Monologe hielten, ohne auf den Punkt zu kommen.

Manager*innen, für die Reflexion oder Nachdenken Umsetzungsschwäche und Unsicherheit ist. Manager*innen, die Entscheidungen trafen, ohne die geringste Ahnung von der Materie zu haben; die bei gelungener Teamarbeit das Lob für sich beanspruchten, bei Fehlern aber die Schuld auf die Untergebenen schoben.

Manager*innen, die sich irrten und trotz eindeutiger Beweise an dem Irrtum festhielten und anschließend den Sachverhalt komplett falsch abgespeichert hatten.

Manager*innen, die nicht einmal die Probleme verstanden, mit denen ihr Team zu kämpfen hatte. Manager*innen, die von sich selbst so überzeugt waren, dass sie mit Argumenten, Fakten und Realitäten, die nicht in ihr Bild passten, nicht mehr zu erreichen waren. Manager glaubten so fest an ihren zukünftigen Erfolg, dass sie trotz enttäuschender Ergebnisse begannen, ihre Geschäftszahlen leicht zu schönen – in der Überzeugung, dies später mit realen Erfolgen wieder ausgleichen zu können. Wenn der erhoffte Erfolg mittelfristig ausblieb, häuften sich immer mehr kosmetische Korrekturen an, die schließlich in handfeste Bilanzmanipulationen mündeten.

Nicht alle Menschen in Führungspositionen haben narzisstische Nöte. Es gibt auch

Expert*innen, die durch Sachkenntnis und Integrität überzeugen. Doch gerade diese stehen im Wettbewerb oft im Schatten ihrer narzisstischen Kolleg*innen. Während Narzisst*innen durch riskante Entscheidungen und übertriebene Selbstvermarktung kurzfristige Erfolge erzielen, wirken die risikoaversen, sachlichen Führungspersönlichkeiten oft weniger mutig – und haben es schwerer, im System aufzusteigen.

Menschen, die es besonders gut verstehen, Risiken zu ignorieren, skrupellos Macht und Druck auszuüben und ihre eigenen Fähigkeiten zu überschätzen, sind deshalb oft erfolgreich. Sie erhalten dadurch in unserer geldzentrierten Welt besonders viel Aufmerksamkeit und Bühne. Nicht selten nutzen sie diese, um sich politisch zu engagieren. Dort scheinen sie nun ihr »Erfolgsrezept« aus dem Verdrängungsmarkt fortzusetzen – Geld und Macht anzuhäufen und damit möglichst viel Druck auszuüben, um ihre Ziele zu erreichen. Auch hier ohne Rücksicht auf langfristige Risiken.

Das neoliberale Wirtschaftssystem lebt dabei nicht nur von narzisstischen Nöten, es produziert sie auch. Natürlich entstehen narzisstische Nöte aus einem komplexen Zusammenspiel biologischer, psychologischer und sozialer Faktoren. Aber einige Soziolog*innen und Psycholog*innen sehen den Kapitalismus und besonders die durchkommerzialisierten Social-Media-Plattformen als verstärkenden Faktor narzisstischer Tendenzen.⁷³ Bereits im Kindes- und Jugendalter wirkt der Kapitalismus wie ein stiller Erzieher: Leistung, Vergleich und Selbstdarstellung werden früh verinnerlicht. Wer sich gut verkauft, wird belohnt – nicht wer empathisch oder teamfähig ist. Eine Langzeitstudie von 2009 zeigte, dass parallel zum Siegeszug des Neoliberalismus seit den 1980ern auch narzisstische Persönlichkeitszüge bei Jugendlichen deutlich zunehmen.⁷⁴ Werbung, soziale Medien und ein wachsender Druck zur Selbstoptimierung fördern ein fragiles Selbstwertgefühl, das nur durch äußere Anerkennung stabil bleibt. Die Folge: Kinder lernen, dass ihr Wert vom Vergleich mit anderen abhängt – ein idealer Nährboden für narzisstische Nöte.

Diese Dynamik ist kein Zufall, sondern eine direkte Folge eines fehlerhaften Anreizsystems. Ein System, das kurzfristige Erfolge über langfristige Stabilität stellt. Narzisst*innen, die kurzfristig Wachstum und Rendite versprechen, dominieren ein System, das nachhaltige, langfristige Lösungen oft nicht nur nicht belohnt, sondern

regelrecht bestraft.

1.1.1 ReThink: Menschen mit narzisstischen Nöten die Bühne entziehen

Wenn die Minimierung sozialer und ökologischer Risiken künftig durch eine digitale Währung in finanziellen Erfolg umgemünzt wird, nimmt man dem Menschen mit narzisstischen Nöten das Erfolgsgeheimnis, mit dem er sich bisher durchsetzen konnte: die konsequente Ausblendung externer Risiken.

*Auch könnte eine digitale Währung als Verifizierungsinstrument genutzt werden, was den Wahrheitsgehalt vieler Diskussionen erhöht und Narzisst*innen die Möglichkeit nimmt, eigene Realitäten und Wahrheiten aufzubauen.*

Gleichzeitig würde der neue Programmcode in der Währung dazu führen, dass die Abhängigkeit von wenigen großen Konzernen, die ihre Macht zu ihrem Vorteil und zum Nachteil der Bottom 99 Prozent ausnutzen, so schnell wie möglich reduziert wird. So befreit man sich aus dem beherrschenden Würgegriff der 147 Unternehmen.

1.1 Probleme für alle

Dass unser Kapitalismus aufgrund geringer Wachstumsraten immer mehr in den Verdrängungsmodus schaltet, merken viele Menschen an ihrem sinkenden Lebensstandard oder bereits an Existenznöten.

Doch selbst jene, die den direkten finanziellen Druck noch nicht spüren, erleben ihn auf subtilere Weise, da andere Akteure ihren Druck weitergeben:

- Die deutsche Arbeitsproduktivität (gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde) ist zwischen 2011 und 2023 um 9,1 Prozent⁷⁵ gestiegen. Möglich wird dies durch die sogenannte »Arbeitsverdichtung«: So leisten die Beschäftigten im Schnitt heute 9,1 Prozent mehr pro Stunde als noch 2011. Damit das funktioniert, müssen die Arbeitgeber den Druck am Arbeitsplatz ständig erhöhen und können so immer wieder sparen oder reorganisieren, was die Menschen letztlich unter Stress setzt. Denn laut Studien ist der Druck am Arbeitsplatz der häufigste Auslöser für Stress beim

Menschen⁷⁶, kein Wunder also, dass eine Studie der deutschen Krankenkasse AOK ergeben hat, dass die Arbeitsunfähigkeit aufgrund von Burn-out stetig zunimmt, in den letzten 20 Jahren um den Faktor 11.⁷⁷

- Firmen und Behörden haben ihre Abläufe so weit optimiert, dass sie nur noch einen Ablauf erlauben, der ihnen am wenigsten Arbeit und Kosten verursacht. Das bedeutet aber oft, dass die Prozesse für andere weder gut noch sinnvoll sind. Einigen Menschen fehlt die Zeit und Flexibilität, sich an die für sie unvorteilhaften Strukturen anzupassen, was zusätzlichen Stress und Druck erzeugt.
- Unter dem Namen »Lock-in« haben Firmen Strategien entwickelt, ihre Kunden maximal an sich zu binden. Dabei werden große Wechselhürden aufgebaut – finanziell, technisch oder sozial. Will man doch einmal wechseln, erzeugt das viel Arbeit und Stress.
- Soziale Einrichtungen wie Kindergärten leiden unter chronischem Geldmangel und Personalknappheit. Die Qualität der Betreuung sinkt, und Ausfälle sind keine Seltenheit.⁷⁸ Überlastete Erzieher*innen treffen auf gestresste Kinder, die wiederum zu gestressten Eltern nach Hause kommen. Dieser Kreislauf aus Stress und Druck belastet Familien und breitet sich auf das gesamte soziale Umfeld aus.
- Es werden gnadenlos emotionale Tiefs und Schwächen von Menschen ausgenutzt und verstärkt. Eine Whistleblowerin aus dem Facebook-Mutterkonzern Meta berichtete zum Beispiel, dass dort eine Software erkennt, wann sich weibliche Jugendliche hilflos oder wie Versagerinnen fühlen. Diese Information wurde dann an die Werbetreibenden weitergegeben. »Werbetreibende wissen, dass es oft ein guter Zeitpunkt ist, um ein Produkt anzupreisen, wenn sich die Menschen nicht gut fühlen – sie sind dann eher bereit, etwas zu kaufen.«⁷⁹ Verletzte Personen werden Facebook-intern als »sehr wertvolle« Zielgruppe bezeichnet. Das gezielte Ausspielen von Werbung an emotional verletzte Menschen hebelt bewusst den Angebot-Nachfrage-Mechanismus aus, denn der Nachfrageseite wird die Fähigkeit genommen, eine bewusste und rationale Kaufentscheidung zu treffen. Das mag gut für die Profite von Facebook und der Werbetreibenden sein, es fördert bei den Konsument*innen aber Selbstzweifel, verstärkt negative Körperbilder und kann Menschen in eine gefährliche Spirale aus Unsicherheit, Konsumdruck und psychischer Instabilität treiben.
- Manager glaubten so fest an ihren zukünftigen Erfolg, dass sie trotz

enttäuschender Ergebnisse begannen, ihre Geschäftszahlen leicht zu schönen – in der Überzeugung, dies später mit realen Erfolgen wieder ausgleichen zu können. Wenn der erhoffte Erfolg langfristig ausblieb, häuften sich immer mehr kosmetische Korrekturen an, die schließlich in handfeste Bilanzmanipulationen mündeten. In einer groß angelegten Studie über 30 Jahre und mit fast einer Million Probanden aus der EU wurde nachgewiesen, dass je höher die Werbeausgaben in einem Land innerhalb eines Jahres waren, desto weniger zufrieden dessen Bürger*innen ein bis zwei Jahre später waren.⁸⁰ Das Unglück der Menschen korrelierte mit den zunehmenden Werbeausgaben. Laut den Forschenden ist Werbung nämlich dafür konzipiert worden, Menschen unzufrieden zu machen mit dem, was sie haben. Nur dann kaufen sie neue oder mehr Dinge, die sie nicht wirklich brauchen.

- Hinzu kommt die subtile, aber allgegenwärtige Kommerzialisierung der Freizeit. Digitale Plattformen locken mit süchtig machenden Mechanismen, um Menschen so lange wie möglich online zu halten.⁸¹ Statt sich zu erholen oder soziale Kontakte zu pflegen, verbringen viele ihre Zeit damit, unbewusst Algorithmen zu trainieren – auch eine Form der Arbeit, aber unbezahlt. Auch diese unbezahlte Arbeit führt zu Stress. Der CEO von Netflix, Reed Hastings, bezeichnete einmal den menschlichen Schlaf als den wahren Konkurrenten seiner Plattform.⁸² Das verdeutlicht, wie sehr selbst grundlegende menschliche Bedürfnisse wie Schlaf als Konkurrenz betrachtet werden, die man aus Profitgründen versucht zu eliminieren.
- Besonders perfide ist die systematische Abwälzung von Verantwortung auf den Einzelnen. Ein Beispiel hierfür ist der »persönliche CO₂-Fußabdruck«, den BP populär gemacht hat, um die Last der Klimaneutralität von Unternehmen auf Verbraucher*innen zu übertragen.⁸³ BP und alle anderen Ölkonzerne können mit ihrem Kerngeschäft weiter Profite machen und müssen sich nicht kostspielig transformieren, während die einzelnen Bürger*innen um ihre Mobilität fürchten müssen und gestresst bis überfordert sind mit der Komplexität der Suche nach einer Alternative. So beharren viele auf dem Status quo. Dass dies letztlich die Lebensgrundlage unserer Kinder bedroht, stresst viele erneut.
- Finanzieller Druck zwingt viele Menschen dazu, Jobs anzunehmen, die primär ihr Überleben sichern. Statt kreative oder innovative Wege zu verfolgen, verharren sie in Tätigkeiten, die kurzfristige finanzielle Stabilität bieten, aber langfristig nicht zu persönlicher Entwicklung oder gesellschaftlichem Fortschritt beitragen. So können sie ihre Potenziale nicht entfalten und sind regelmäßig frustriert von

einem Job, der ihnen nicht liegt.

Viele Menschen spüren auch, dass die Komplexität des täglichen Lebens zunimmt. Die Konsument*innen erhalten immer mehr Informationen, Möglichkeiten oder (Kauf-)Anreize, die bei den täglichen Entscheidungen berücksichtigt werden müssen. Die rasante Entwicklung und die vielen neuen Möglichkeiten, die Kapitalismus und Globalisierung mit sich bringen, bereichern zwar das Leben, führen aber auch dazu, dass bei jeder Entscheidung viel mehr Möglichkeiten bedacht werden müssen. Jede Entscheidung erfordert somit mehr Zeit und Mühe. Das menschliche Gehirn scheint daher dankbar und anfällig für Abkürzungen und Vereinfachungen zu sein, die die Zahl der Möglichkeiten reduzieren. So ist es nicht verwunderlich, dass Schubladendenken zunimmt und immer mehr politische Akzeptanz bekommt oder dass Menschen kategorisch ablehnen, dass es mehr als zwei Geschlechtsidentitäten gibt, obwohl dieses Mehr an Wahlmöglichkeiten ihr Leben in keiner Weise ändern würde. Viele Menschen haben anscheinend nur noch die Kapazität, sich mit den dringendsten eigenen Problemen zu beschäftigen, sodass nur die akutesten Probleme angegangen und gelöst werden können. Alles andere wird als Störung wahrgenommen und zum Selbstschutz ausgeblendet und ignoriert.

Dieser wachsende Druck bleibt nicht ohne Folgen. Menschen müssen sich immer häufiger mit unvorhergesehenen, fachfremden, ungewollten Aufgaben auseinandersetzen, was Zeit und geistige Ressourcen bindet. Dadurch bleibt weniger Raum für soziale Kontakte oder neue Perspektiven. Viele ziehen sich deshalb in ihre Komfortzone zurück, während andere ihren Frust in den digitalen Echokammern des Internets abladen, wo einfache Schuldzuweisungen sie emotional entlasten. Besonders jene, die ohnehin durch Familie oder Job ausgelastet sind, spüren den zusätzlichen Druck stark. Überforderung, Unsicherheit und das Gefühl von Fremdbestimmung breiten sich aus und belasten das soziale Miteinander in der Familie oder mit den Arbeitskolleg*innen. Jede Veränderung, jede neue Meinung und Perspektive birgt so das Potenzial zur Überforderung bis hin zum Kontrollverlust. Das kann schnell in Wut oder Isolation umschlagen. Letztendlich leidet das soziale Miteinander, was der ideale Boden zur Spaltung der Gesellschaft ist. Diese Entwicklung wurde bereits von Marx als »soziale Entfremdung« oder »Entfremdung des Menschen vom Menschen« prognostiziert, bei der sich Menschen letztendlich von ihren Mitmenschen entfremden, da Geld und Arbeit zur existenziellen

Priorität werden, während kreative und soziale Potenziale verkümmern.⁸⁴

Unser System verstärkt dies zusätzlich, indem die individuelle Verantwortung eines jeden für Erfolg überbetont wird, während systemische Probleme und strukturelle Ungleichheiten ignoriert werden. Dabei ist das Scheitern vieler durch eine schlechte Startposition, das Fehlen von sozialer Mobilität und den immer weiter zunehmenden Druck quasi vorprogrammiert. Trotzdem gelten Misserfolge als persönliches Versagen, nicht als Folge eines unfairen Systems.

1.1.1 ReThink: Entlasten und Verantwortung gerecht verteilen

Eine digitale Währung würde die heutigen Spielregeln des Umgangs der Wirtschaft mit den Menschen grundlegend verändern, zum Beispiel durch die Verlagerung der Systemverantwortung von den Menschen hin zu den Unternehmen.

Die digitale Währung würde den Unternehmen Wettbewerbsvorteile verschaffen, wenn sie faire Arbeitsbedingungen, weniger Arbeitszeitverdichtung und mehr soziale Sicherheit fördern. Während Wirtschaftsakteure, die soziale Werte missachten, entsprechend finanziell schlechter gestellt würden. Wenn es sich für Unternehmen wirtschaftlich lohnt, verantwortungsvoll mit Menschen umzugehen, werden sie dies auch tun.

Die richtige Logik in der Währung könnte auch dazu führen, dass es für Unternehmen nicht mehr am profitabelsten ist, Komplexität und Bürokratie auf ihre Kunden abzuwälzen.

Ebenso könnte viel Bürokratie automatisiert werden. Da fast alles in unserer Welt auf Geld basiert, könnte eine digitale Währung vieles anhand der Zahlungsströme verifizieren und bestätigen, was heute noch bürokratische Prozesse erfordert.

Zudem könnte die digitale Währung das Sicherheitsgefühl der Menschen stärken, indem sie im Notfall jederzeit automatisch und unbürokratisch lebensnotwendige Zahlungen für Miete, Lebensmittel oder medizinische Versorgung übernimmt. Ohne ungerechtfertigte Bereicherungsmöglichkeiten wäre es auch nicht notwendig, diese Grundversorgung an komplizierte bürokratische Nachweispflichten zu knüpfen. So abgesichert, hätten die Menschen wieder mehr Freiheit, ihren Beruf nach Interesse und Leidenschaft zu wählen, anstatt aus rein finanziellen Zwängen heraus arbeiten zu

müssen.

All dies würde das Stresslevel der Menschen senken und ihnen mehr Zeit und geistige Freiräume für ein selbstbestimmteres Leben verschaffen. Darüber hinaus würde die digitale Währung neue Möglichkeiten eröffnen, wichtige gesellschaftliche Leistungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Infrastruktur zu finanzieren und von profitorientierter Effizienzmaximierung abzukoppeln.

Wie das konkret aussehen und umgesetzt werden könnte, wird in Teil 3 und 4 ausführlich erläutert.

1.1 Sucht und Einsamkeit als Geschäftsmodell

Ein weiteres Instrument, um die kontinuierliche Umverteilung von unten nach oben sicherzustellen, ist die bewusste Förderung von Suchtverhalten. Vor zehn Jahren veröffentlichte Nir Eyal sein Buch *Hooked: How to Build Habit-Forming Products* und beschrieb darin, wie Produkte, insbesondere digitale, so gestaltet werden können, dass die Nutzer*innen in eine »Suchtspirale« geraten, in der sie immer mehr konsumieren müssen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Menschen süchtig zu machen, ist ein Garant für stetiges Wachstum, und somit wurde das Buch schnell ein Wall-Street-(Journal-)Bestseller.⁸⁵ Die Methoden wurden daraufhin weiterentwickelt und perfektioniert. Zehn Jahre später kommt die Neurowissenschaftlerin Dr. Anna Lembke zu dem Schluss, dass unsere Umwelt uns eine noch nie dagewesene, Dopaminausschüttung-stimulierende Reizüberflutung bietet, die uns wie Drogensüchtige permanent nach dem nächsten Dopaminkick suchen lässt, sodass wir immer mehr gegen alle bisher normalen menschlichen Lustgefühle abstumpfen.⁸⁶ Wer glaubt, sich diesem Trend entziehen zu können, kann gerne sein Handy in die Hand nehmen und die Bildschirmzeit abfragen (Einstellungen öffnen und nach »Bildschirmzeit« suchen). Viele werden überrascht sein, denn es ist häufig mehr als ein Arbeitstag, also mehr als acht Wochenstunden. So ist es nicht verwunderlich, dass Untersuchungen und Studien immer neue Höchststände und Risikofaktoren für Spielsucht, Internetsucht, Konsumsucht, Esssucht und Essstörungen aufzeigen.⁸⁷ Beim Essen können Konzerne gleich doppelt profitieren: Mehr Zucker, Aromen und Fett erhöhen nicht nur das Suchtpotenzial und damit die Absatzmenge, sondern machen Lebensmittel auch billiger in der Produktion. Was gut für den Profit der Konzerne ist, wird so direkt zum Problem für die Gesellschaft.

Andere Suchtfallen sind zugeschnitten auf Kinder und Jugendliche. Sie werden zum Beispiel früh angelockt von den Social-Media-Plattformen, was zu einer Vereinsamung im realen Leben führt. Die Bertelsmann Stiftung hat erst kürzlich Einsamkeit als »politisches Problem« definiert. Die zugrunde liegende Studie ermittelte, dass sich 51 Prozent der jungen Europäer*innen einsam fühlen, wodurch das Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft sinkt.⁸⁸

Hier zeigt sich, wie unglücklich verschiedene Marktmechanismen, die an sich alle nur den Profit einzelner Akteure fördern wollen, ineinandergreifen. Medien und Social Media rauben das Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft und machen uns zu Egoist*innen. Die Arbeitsverdichtung raubt diesen Egoist*innen dann die Ressourcen, um über den Tellerrand zu schauen. Und diesen gestressten und überarbeiteten Egoist*innen wird dann von Konzernen wie BP mit ihrem persönlichen CO₂-Fußabdruck die Verantwortung für die Lösung der komplexen Probleme der Menschheit übertragen, die eigentlich nur kollektiv gelöst werden können. Das ist zum Scheitern verurteilt.

Jedes dieser Elemente für sich genommen könnte man vielleicht noch als unglücklich oder als Versehen bezeichnen, aber da sie alle so passend ineinandergreifen, muss man sich fragen, ob das Anreizsystem »Geld« nicht strukturelle Defizite hat, die dafür sorgen, dass es immer wieder zu solchen Verkettungen kommt.

1.1.1 ReThink: Anreizsystem auf den Menschen ausrichten

*Weil in unserer Welt alles auf Geld basiert, bietet eine digitale Währung die ideale Möglichkeit, Daten über komplexe Zusammenhänge zu sammeln und auszuwerten. Beispielsweise würde die Währung einen Zusammenhang erkennen, wenn ein*e Nutzer*in regelmäßig Käufe für ein Handyspiel tätigt und danach einen Aufenthalt in einer Klinik für Spielsucht bezahlt. Da dies hochsensible Daten sind, dürfen diese nicht öffentlich vorliegen, sondern nur privat bei dem oder der Nutzer*in. Trotzdem sollte die Möglichkeit bestehen, diese Daten auf eigenen Wunsch und natürlich anonymisiert an die Währung zu senden. Haben das genug Nutzer*innen gemacht, dann wird vielleicht erkennbar, dass Menschen, die das Spiel nutzen, häufiger in Suchtkliniken behandelt werden müssen.*

*Durch die Zahlungen kann die Währung auch ohne Kenntnis des Namens der Person überprüfen, dass sowohl an den Hersteller der Handy-App als auch an die Entzugsklinik für Spielsucht gezahlt wurde. Mit dieser Information kann die Währung dem Hersteller des Handyspiels einen finanziellen Nachteil gegenüber anderen Herstellern verschaffen, bei denen weniger Nutzer*innen mit Suchterkrankungen behandelt werden müssen. Die Hersteller, die keine Suchtmechanismen in ihre Spiele einbauen, werden den größten finanziellen Gewinn erzielen und sich am Markt*

durchsetzen.

*Generell würde eine Plattform und standardisierte Möglichkeit geschaffen, wie Menschen die Information, wie Produkte auf sie wirken, an die Währung übertragen können. Fühlen sich Menschen krank und energielos, nachdem sie ungesundes Essen zu sich genommen haben? Verbringen sie zu viel Zeit im Internet oder mit Spielen? Kaufen sie mehr ein, als ihnen guttut? Wenn all diese Aussagen durch Zahlungen verifiziert und einzelnen Herstellern zugeordnet werden können, lassen sich neue Anreizsysteme etablieren, die diejenigen Hersteller finanziell belohnen, deren Produkte die Kund*innen weder süchtig noch unglücklich machen.*

Viele kennen das Gefühl, sich nach bestimmten Tätigkeiten zu sagen: „Das soll so nicht mehr vorkommen.“ Mithilfe einer digitalen Währung können einzelne Menschen diese Erkenntnis künftig direkt mit der konkreten Zahlung verknüpfen, die dieses Gefühl ausgelöst hat – etwa für ein Handyspiel oder ein Streaming-Abonnement. Anbieter könnten dann Mechanismen aktivieren, die süchtig machende Elemente schrittweise für diese Person reduzieren. Es klingt zunächst abstrakt, dass Inhalte so programmiert werden könnten, dass Menschen ab einem Punkt weniger Interesse daran entwickeln. Doch das Gegenteil ist heute längst Realität: Unternehmen wissen sehr genau, wie Inhalte gestaltet sein müssen, damit Menschen nicht mehr aufhören können zu spielen – oder wie Serien aufgebaut sein müssen, damit Kinder süchtig danach werden. Es sollte also auch in der entgegengesetzten Richtung möglich sein.

*Wie dieser Mechanismus für die Nutzer*innen absolut anonym und nicht nachvollziehbar gestaltet werden kann, wird in Teil 4 erklärt.*

*Wenn die Social-Media-Plattformen erst einmal davon abrücken, ihre Nutzer*innen möglichst lange auf der Plattform zu halten, dann gäbe es ganz nebenbei auch keinen Grund mehr, die Nutzer*innen mit immer radikaleren Inhalten zu versorgen oder sie in eine Echokammer zu drängen, in der sie immer mehr Selbstbestätigung und immer krassere Inhalte geliefert bekommen.*

1.1 Steuermann ohne Ruder

Wenn die zunehmende Komplexität schon die Transformation einzelner Unternehmen

erschwert, dann wird es für seriöse Politiker*innen noch viel schwieriger. Denn sie müssen die gesamte Wirtschaft, also eine Vielzahl von Unternehmen, und die ganze Gesellschaft durch Veränderungsprozesse steuern. Zum einen macht es die enorme Komplexität des globalen Wirtschaftssystems seriösen Politiker*innen schwer, die wahren Ursachen vieler Probleme zu erkennen und zu lösen, ohne das fragile Kartenhaus der Wirtschaft zum Einsturz zu bringen. Auf der anderen Seite messen die Wähler*innen die Leistung der Politiker*innen vor allem daran, wie sich ihre finanzielle Situation verbessert.

Darauf haben die Politiker*innen aber keinen direkten Einfluss, denn die große Mehrheit der Wähler*innen erhält ihr Geld in Form von Löhnen und Gehältern aus der Wirtschaft. Zahlreiche Studien belegen, dass Menschen sich leichter auf neue Situationen und Veränderungen einlassen, wenn sie sich davon Vorteile versprechen.⁸⁹

Ein Wachstumsmarkt, der mehr Wohlstand verspricht, öffnet die Menschen also für Veränderungen, während der heutige gesättigte Markt, der sich zu einem Verdrängungsmarkt entwickelt, die Menschen eher vor Veränderungen zurückschrecken lässt. Die im Verdrängungsmarkt stattfindende Umverteilung nach oben führt also paradoxerweise dazu, dass die Bevölkerung auf Veränderungsvorschläge der Politik ablehnender reagiert. Dies erschwert es der seriösen Politik zusätzlich, der Umverteilung entgegenzusteuern.

Gleichzeitig setzt die Wirtschaft alles daran, das Geld der Eigentümer*innen zu vermehren. Wenn ein Unternehmen den Umsatz nicht mehr steigern kann, dann kann es immer noch den Gewinn steigern, indem es versucht, alle nicht wertschöpfenden Geldabflüsse zu minimieren. Und dazu gehören Lohnerhöhungen, Steuern, Umweltauflagen und Regulierungen. So ist es nicht verwunderlich, dass derzeit in den Medien sehr lautstark über Lohnsenkungen, Steuersenkungen und Deregulierung diskutiert wird. Wer dies fordert, beruft sich meistens auf den sogenannten »Trickle-down-Effekt«, wonach Steuererleichterungen und Bürokratieabbau das Wachstum ankurbeln und der Wohlstand zu den unteren 99 Prozent »durchsickern« würde. Zum einen wurde der Trickle-down-Effekt in einer groß angelegten Studie widerlegt,⁹⁰ er funktioniert heute also gar nicht mehr. Zum anderen könnte der Effekt nur funktionieren, wenn man sich in einem Wachstumsmarkt befindet, in dem das frei werdende Geld der obersten 1 Prozent direkt in Wachstumsbereiche reinvestiert wird.

In einem Verdrängungsmarkt gibt es deutlich weniger Wachstumschancen, sodass die Top 1 Prozent ihr Geld eher parken oder damit Aktien kaufen (die sie anderen abkaufen). Das Geld wird also nicht investiert, es zirkuliert nicht und es entstehen keine neuen Arbeitsplätze. In einem Verdrängungsmarkt führen Lohnsenkungen, Steuersenkungen und Bürokratieabbau also zu einer Beschleunigung der Umverteilung zugunsten der obersten 1 Prozent.

Die Wirtschaft ist trotzdem so mächtig, dass der Handlungsrahmen für die seriöse Politik immer enger wird. Das liegt auch daran, dass Politiker*innen fast nur lokal, also im eigenen Land, agieren können, während die Top 1 Prozent und ihr Kapital global agieren.⁹¹ Dies und der Glaube an den Trickle-down-Effekt scheinen unseriöse Politiker*innen dazu zu verleiten, den obersten 1 Prozent im eigenen Land besonders viele Vorteile zu gewähren, in der Hoffnung, dass die obersten 1 Prozent ihr Geld investieren und vielleicht etwas Vermögen zu den unteren 99 Prozent durchsickert. In einem Umfeld mit marginalen Wachstumsraten führt dies jedoch zu einem Wettbewerb der Nationen.

Denn in den seltensten Fällen bedeutet der Bau einer neuen Fabrik in einem Land, dass dort ein neues, innovatives Produkt hergestellt wird, das das Leben der Konsument*innen bereichert (= der Kuchen wird größer). In den meisten Fällen bedeutet der Bau einer neuen Fabrik in einem Land, dass Produktionskapazitäten heruntergefahren oder eine ganze Fabrik in einem anderen Land geschlossen wird, was sich negativ auf den dortigen Arbeitsmarkt auswirkt. Etwas mehr Reichtum der Bottom 99 Prozent in einem Land führt zu weniger Reichtum der Bottom 99 Prozent in einem anderen Land. Am Ende steht ein Verteilungskampf, der sich immer weiter verschärfen kann.

Die zunehmende Verflechtung von Unternehmen, Märkten und globalen Abhängigkeiten macht zusätzlich jeden politischen Eingriff riskant, weil selbst kleine Veränderungen unerwartete Krisen auslösen können. Unter diesem Druck bleiben viele politische Entscheidungen kurzfristig und reaktiv, während langfristige Herausforderungen ungelöst bleiben.

Wenn die obersten 1 Prozent von einem Verdrängungswettbewerb zwischen einzelnen Ländern profitieren, dann scheint im Umkehrschluss zu gelten, dass sie es nicht mögen, wenn sich mehrere Länder gemeinsam organisieren. Besonders wenn länderübergreifend versucht wird, die Wirtschaft zu regulieren, werden die

unterschiedlichsten Instrumente eingesetzt, um das zu verhindern. Ein solcher Zusammenschluss mehrerer Staaten ist die EU, die immer häufiger Ziel solcher Angriffe wird:

Die Brexit-Kampagne 2016 wurde größtenteils von fünf Milliardären finanziert.⁹²

Rupert Murdochs EU-kritische Medien (*The Sun* und *The Times*) haben der Kampagne ihre große Bühne und Reichweite gegeben. Der Milliardär Murdoch sagte selbst, dass er Großbritannien lieber außerhalb der EU sähe, da er mehr Einfluss auf die britische Regierung als auf die EU-Kommission habe.⁹³

Tech-Giganten wie Google und Amazon haben intensiv gegen EU-Datenschutz- und Plattformregulierungen lobbyiert. Die Tabakindustrie, insbesondere Philip Morris, versuchte, einheitliche EU-Richtlinien zur Einschränkung von Tabakprodukten zu verhindern.⁹⁴ Multinationale Konzerne wie Apple und Amazon wehrten sich gegen Steuerforderungen und Regulierungen der EU-Kommission, wobei Apples CEO bewusst suggeriert, die EU greife gezielt nationale Interessen einzelner Mitgliedsstaaten an.⁹⁵ Reiche Milliardäre wie die Koch-Brüder unterstützten EU-kritische Thinktanks, die die internationale Zusammenarbeit der EU medienwirksam angriffen.⁹⁶

Die Schwächung demokratischer Gemeinschaften bedeutet für die Top 1 Prozent steigende Wahrscheinlichkeiten, ihre Ziele durchzusetzen.

Ursprünglich als sinnvolle Brücke zwischen Industrie und Politik gedacht, wird Lobbyismus heute als gängigstes Instrument zur Sicherung von Macht und Profit eingesetzt. Denn um die ehemals guten Spielregeln des Marktes zu unterwandern, brauchte es mindestens die Rückendeckung, besser noch die aktive Unterstützung der Politik. So finanzierten Unternehmen wie ExxonMobil jahrzehntelang Studien und Kampagnen zur Leugnung des Klimawandels und blockierten damit notwendige Klimaschutzmaßnahmen durch die Politik. Die Tabakindustrie verbreitete gezielt Zweifel an den Gesundheitsgefahren des Rauchens und verursachte dadurch Millionen von Todesfällen. Pharmaunternehmen wie Purdue Pharma verhinderten durch Lobbyarbeit eine strengere Regulierung von Opioiden und trugen so zur Opioidkrise in den USA bei. Gleichzeitig blockierten Lebensmittelkonzerne strengere Vorschriften gegen Zucker oder Lebensmittelwerbung, was zur weltweiten Adipositasepidemie beitrug. All das führte dazu, dass Kosten – sei es in Form von Umweltzerstörung, Gesundheitskrisen oder sozialer Ungleichheit – auf die Allgemeinheit abgewälzt werden, während die Gewinne bei den Unternehmen und ihren Eigentümer*innen, den Top 1 Prozent, verbleiben.

Die Verflechtung von Politik und Wirtschaft gibt der Top 1 Prozent zusätzlichen Einfluss. Neben Parteispenden und Lobbyismus werden von den Superreichen immer öfter direkt politische Ämter zur Stärkung ihrer Machtposition übernommen. Der Zugang der Superreichen zu politischen Ämtern und ihre Fähigkeit, politische Entscheidungen zu beeinflussen, hat in den letzten Jahren stark zugenommen.⁹⁷ 11 Prozent aller von Forbes gelisteten Milliardär*innen haben laut einer Studie der Uni Cambridge ein politisches Amt angestrebt oder innegehabt.⁹⁸ Trump ernannte für sein 2025er-Kabinett 13 Milliardäre.⁹⁹ Dabei gibt es in den USA insgesamt nur 813 Milliardär*innen, damit ist diese Minderheit extrem überrepräsentiert in der Regierung. Sie stellen etwas mehr als 50 Prozent der von Trump ernannten 25¹⁰⁰ Schlüsselpositionen. Obwohl sie nur 0,002 Promille der amerikanischen Bevölkerung ausmachen, beherrschen sie diese nun.

Ein aktuelles Beispiel hierzulande ist Friedrich Merz, der deutsche Bundeskanzler, der bis zu seiner Wahl zum CDU-Parteivorsitzenden Aufsichtsratsvorsitzender der deutschen Niederlassung von Blackrock war.¹⁰¹ Blackrock ist der weltweit größte Vermögensverwalter und gehört damit der Spitze der Top 1 Prozent an. Zuvor saß Merz in Beiräten oder Aufsichtsräten von AXA, BASF, Commerzbank, Deutsche Börse

oder dem Immobilienunternehmen IVG.¹⁰² Merz war 16 Jahre lang bis 2021 Chefjurist bei der Anwaltskanzlei Mayer Brown, die bei der EU als einer der aggressivsten Verbündeten der Chemieindustrie gilt: Die Kanzlei klagte zum Beispiel erfolgreich gegen Verbote gesundheitsschädlicher Chemikalien, etwa der »Ewigkeits-Chemikalien« PFAS.¹⁰³ Das Rechercheportal CORRECTIV kommt zu dem Schluss: »Die Beeinflussung von Gesetzen steht im Zentrum der Arbeit von Mayer Brown« und zieht die Bilanz, »dass nun das Wahlprogramm der CDU teilweise wortwörtlich mit den Forderungen der Chemie- und Metallindustrie übereinstimmt«.¹⁰⁴ Fleiß müsse sich wieder im Geldbeutel bemerkbar machen, lautete der CDU-Wahlslogan. Aber in wessen Geldbeutel? Wessen Interessen wird Merz vertreten?

Geld lässt sich heute fast eins zu eins in politische Macht übersetzen, aber auch umgekehrt – viele Politiker*innen zeigen mit Nebeneinkünften oder Anschlussbeschäftigungen bei Konzernen, dass sich politische Macht ebenso wieder in Geld übersetzen lässt. Das erhöht die Attraktivität für unseriöse Politiker*innen erheblich.

Neben dieser sehr direkten Übernahme von politischen Ämtern gibt es immer häufiger auch eine etwas indirektere Einflussnahme. Das liegt an der wahnsinnigen Komplexität, die der Kapitalismus aufgebaut hat, sodass die Politiker*innen sie gar nicht mehr durchschauen können und die Expert*innen aus der Wirtschaft zurate ziehen, um sich die Dinge erklären zu lassen. Manche Politiker*innen machen es sich dabei etwas zu einfach und vertrauen zu sehr auf die Expert*innen aus der Wirtschaft. So hat nach der letzten Finanzkrise 2009 ein renommiertes Professorenteam die Ursachen untersucht und kam zu dem Schluss, dass die Regeln, die den Finanzmarkt vor Krisen schützen sollten, von der Bankenlobby vereinnahmt und ausgehebelt wurden.¹⁰⁵ Wieder eine Verletzung der Spielregeln. Für die Bankenlobby war es natürlich ein sehr einfacher Weg, das Stück vom Kuchen zu vergrößern, indem sie die Regeln selbst bestimmte.

Dabei soll nicht einmal unterstellt werden, dass dieser Zustand bewusst herbeigeführt wurde, vielmehr gibt es strukturelle Fehler im Anreizsystem Geld, die uns immer wieder begegnen. Je erfolgreicher Banken und ihre Banker*innen Geld verdienen, desto mehr Kompetenz wird ihnen zugeschrieben. Je mehr Sachkompetenz einem Banker zugeschrieben wird, desto mehr Bühne bekommt er, sodass seine Meinung häufiger in die Öffentlichkeit transportiert wird. Oft genug gehört, wird diese Meinung

von einer breiten Gruppe als Wahrheit übernommen, auch weil es aufgrund der Komplexität eigentlich unmöglich ist, sich wirklich eine eigene fundierte Meinung zu diesen unzähligen Themen und Problemen zu bilden.

Irgendwann sind auch die Regulator*innen der Bankenaufsicht dankbar, wenn sie von den Banker*innen Hilfe bekommen, die als besonders kompetent wahrgenommen werden. Was diese Banker*innen dann natürlich nutzen, um das System so zu festigen, dass sie weiter ihr Erfolgsrezept abspulen und weitere Profite erwirtschaften können. Diesen unglücklichen Kreislauf nannten die Professoren »regulatory capture by sophistication« – Vereinnahmung durch Sachkompetenz.¹⁰⁶

Der Wohlstand aller, das heißt der Top 1 Prozent sowie der Bottom 99 Prozent, hängt maßgeblich von der Wirtschaft ab, daher ist der Wunsch einer demokratischen Gesellschaft nach einer starken Wirtschaft nur logisch. Aufgrund der Komplexität und der Informationsflut, die zudem gezielt beeinflusst wird, ist es schwer, Wirtschaftsnähe und Wirtschaftskompetenz zu unterscheiden. Wirtschaftskompetenz sorgt für klare Spielregeln des Marktes nach Walter Eucken, die Innovationen und breiten Wohlbstandsaufbau ermöglichen – wie zu Zeiten des Wirtschaftswunders. Wirtschaftsnähe sorgt für die Verfestigung der Machtstrukturen der Top 1 Prozent, die diese Macht zur eigenen Bereicherung durch die Kannibalisierung aller anderen Vermögen ausnutzen.

In diesem Spannungsfeld agiert die Politik mit immer geringerem Handlungsspielraum, während die Erwartungen der Bevölkerung an sie unverändert hoch sind. Die Folge ist eine wachsende Kluft zwischen den Möglichkeiten der Politik und den Bedürfnissen der Gesellschaft – eine Dynamik, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt zunehmend gefährdet.

1.1.1 ReThink: Geld als smarter

Steuerungsmechanismus

Bei einer digitalen Währung braucht es für viele Probleme keine komplexen politischen Vorgaben mehr, die alle Eventualitäten berücksichtigen müssen. Es können Ziele in die Währung geschrieben werden, um die die Marktteilnehmer konkurrieren müssen. Es liegt dann in der Verantwortung der Marktteilnehmer, wie sie

*die Ziele erreichen. Damit verlagert sich die Problemlösung von den höchsten politischen Ebenen auf viele »operative Ebenen« in der Wirtschaft, also genau dorthin, wo die Expert*innen für die jeweiligen Probleme sitzen. Gleichzeitig lohnt es sich nicht mehr, sich für einen wirtschaftlichen Vorteil in die Politik einzumischen oder diese sogar zu unterwandern.*

*Das würde auch den politischen Prozess wieder transparenter und direkter machen. Heute wählen die Bürger*innen Politiker*innen, die dann Gesetze formulieren und verabschieden, die ein bestimmtes Verhalten des Marktes auslösen sollen oder die Marktakteure in eine bestimmte Richtung lenken sollen. Am Ende wollen diese Marktakteure aber nur Geld verdienen und das Vermögen ihrer Eigentümer*innen vermehren. Sie suchen also nach Schlupflöchern im Gesetz, damit ihr Geschäftsbetrieb möglichst wenig gestört wird. Eine digitale Währung könnte das abkürzen: Bürger*innen können direkt Ziele in die Währung wählen, die Marktakteure sogar erreichen wollen, weil sie so mehr Geld verdienen.*

Gesetze wie das Verbot von Gasheizungen und die damit verbundene Lobbyarbeit wären in einer solchen Marktdynamik überflüssig. Der Markt würde sich weitgehend selbst regulieren, da soziale und ökologische Kriterien direkt in den Wettbewerb integriert würden.

*Politiker*innen, die sich dann nicht mehr mit solchen Dingen beschäftigen müssten, würden entlastet und hätten mehr freie Ressourcen für die verbleibenden Themen, die man nicht an den Markt delegieren kann. Gleichzeitig würde die Übersetzung von Geld in Macht und umgekehrt von Macht in Geld aufgetrennt oder zumindest erheblich erschwert. Durch eine Umverteilung von Macht – weg von Politiker*innen hin zu jedem einzelnen Bürger – dürfte die Attraktivität des politischen Berufs für unseriöse Akteure deutlich sinken. Weitergedacht könnte eine deutlich dezentralere Verteilung politischer Macht die Erfolgsaussichten eines gewaltsamen Umsturzes oder eines Putsches erheblich verringern.*

Die Wirtschaft dürfte sich nicht einmal beschweren, denn ihre aktuellen Hauptforderungen nach weniger Steuern, Technologieoffenheit und weniger Regulierung werden erfüllt – den Unternehmen könnte sogar ein Szenario aufgezeigt werden, in dem sie kaum oder gar keine Steuern zahlen müssen. Allerdings nur, wenn

ihre Geschäftsmodelle keine negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft und den Planeten haben.

*Die oft nur gut klingenden Wahlversprechen können in Zukunft als »Programm« für die digitale Währung abgegeben werden – so können die gesamtwirtschaftlichen Effekte besser simuliert werden, aber auch jede*r Bürger*in kann selbst testen und sehen, wie sich ein Wahlversprechen auf den eigenen Geldbeutel auswirkt. Das erhöht die Erfolgchancen seriöser Politiker*innen und senkt die der Populist*innen.*

Heute klingt es noch unrealistisch, dass dezentrales digitales Geld die Komplexität, die der Kapitalismus aufgebaut hat, steuern und das Gemeinwohl steigern kann. Aber wir erleben eine exponentielle Entwicklung im Bereich der künstlichen Intelligenz und der Datenverarbeitung, deren Ausgang wir uns noch gar nicht vorstellen können. Wie eine digitale Währung die Datenbasis liefert, um diese Entwicklung für die Gesellschaft und den Planeten nutzbar zu machen, wird im dritten Teil erläutert.

1.1 Bürokratieabbau – das bewusste Missverständnis

Auch die Lobbyarbeit gegen die von der Politik geschaffene Regulierung und Bürokratie nimmt zu. Bürokratie muss jedoch differenziert betrachtet werden. Viele Bürger*innen denken bei Bürokratie an lästiges Ausfüllen von Formularen und Warten auf Genehmigungen. »Neoliberale« meinen aber: dem Staat die Möglichkeit nehmen, zu regulieren und zu gestalten – sodass die Wirtschaft mehr Macht erhält.

Bürokratie ist das Instrument des Staates, Gesetze und Verordnungen in Verwaltungshandeln und wirtschaftliche Leitplanken umzusetzen, was am Ende die von Walter Eucken geforderten Spielregeln des Marktes gewährleistet.

Bürokratie, so lästig und ausufernd sie aktuell auch sein mag, dient im Kern dem Schutz von Mensch und Natur. Reformen und Komplexitätsreduktion sind bestimmt notwendig. Aber diejenigen in der Wirtschaft, die einen ersatzlosen Abbau fordern, meinen eigentlich nur noch mehr Verantwortungslosigkeit und Umverteilung. Ein Abbau würde den Schutz von Mensch und Natur abschaffen, um noch die letzten Krümel Kuchen aus dem Planeten und den Bottom 99 Prozent herauszuquetschen. Natürlich verfängt der Ruf nach Bürokratieabbau bei den Bottom 99 Prozent, weil fast

jede*r damit das Warten in der Zulassungsstelle oder das Faxen von Formularen ans Amt verbindet. Das ist für jeden lästig – aber kaum einer der Bottom 99 Prozent kann sich eine völlige Deregulierung des Marktes wünschen, die den Top 1 Prozent alle Freiheiten bei der Vermehrung ihres Reichtums einräumt. Denn dann werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Umverteilung nach oben zu maximieren. Genau so eine Umverteilung betreibt seit einem Jahr der argentinische Präsident Javier Milei. Die österreichische Zeitung Der Standard fasst sein erstes Jahr wie folgt zusammen:

»Er gab die Mieten frei, deregulierte den Luftverkehr, lockerte Import- und Exportauflagen, schränkte das Streikrecht ein und schaffte Preiskontrollen ab. Staatsfirmen will Milei privatisieren, internationale Investoren lockt er mit Steuervorteilen.« »Der IWF applaudiert, und [...] Gläubiger sehen Argentinien plötzlich nicht mehr als hoffnungslosen Fall. [...] Doch dieses Programm hat einen bitteren Preis: Argentinien stürzte in eine Rezession. Die Mieten explodierten, viele Lebensmittel sind unerschwinglich, und Argentinien's Mittelschicht ist zusammengeschmolzen. Mittlerweile sind 53 Prozent arm – ein Zwanzigjahresrekord. Die Ausgaben für Bildung und Gesundheit hat Milei ebenfalls radikal zusammengestrichen – eine schwere Hypothek für die Zukunft des Landes. Sieben von zehn Kindern leben bereits jetzt in Armut.«¹⁰⁷

Wem das noch nicht anschaulich genug ist, der stelle sich einen Sweatshop in Bangladesch vor, einen Ort, an dem Arbeitgeber keinerlei bürokratischen Vorschriften unterliegen. So arbeiten dort unzählige Menschen, teilweise Kinder, dicht gedrängt und nähern Kleidung zu Hungerlöhnen, in Kontakt mit giftigen Chemikalien und ohne jegliche Sicherheitsvorkehrungen, auch ohne Brandschutz, und so kommen in den Sweatshops regelmäßig Menschen zu Schaden. Beim schlimmsten Brand starben circa 7 Prozent der Belegschaft, weitere 15 Prozent wurden zum Teil schwer verletzt.¹⁰⁸ Hierzulande wäre so etwas undenkbar. Natürlich ist der Brandschutz hier sehr hinderlich für Großprojekte, die Einhaltung der Regeln kostet Geld und Zeit ohne finanziellen Gegenwert für den Investor (Top 1 Prozent), aber es schützt die Menschen (Bottom 99 Prozent), die später in diesen Fabriken arbeiten. Letztlich erhalten sie den Gegenwert in Form eines sichereren Arbeitsplatzes. Bürokratische Prozesse müssen sicherlich dringend reformiert werden. Aber abschaffen sollte man Bürokratie nicht.

Dies ist übrigens nicht das einzige Missverständnis, das bewusst geschürt wird. Auch wird gezielt das Missverständnis verbreitet, dass höhere Steuern für Milliardär*innen automatisch die breite Bevölkerung belasten, um Widerstand gegen eine fairere Steuerpolitik zu mobilisieren. So hat zum Beispiel eine Lobbygruppe mit dem irreführenden Namen »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft«, die später noch beleuchtet wird, mit der *Bild*-Zeitung 2017 eine Kampagne gestartet, die suggeriert, dass die von der SPD vorgeschlagene »Reichensteuer« bereits ab einem Einkommen von 60.000 Euro greifen würde, obwohl dies nicht den tatsächlichen Plänen entsprach.¹⁰⁹

1.1.1 ReThink: Bürokratie automatisieren statt abbauen

Statt Bürokratie abzuschaffen, könnte eine digitale Währung bürokratische Prozesse automatisieren, sodass sie keine Arbeit mehr produzieren, aber dennoch strenge Spielregeln für die Wirtschaft vorgeben. Da in unserer Welt fast alles auf Geld basiert, könnte eine digitale Währung anhand der Zahlungsströme fast alle für diese Utopie notwendigen Daten automatisch sammeln. Alle notwendigen Daten sind bereits in den ERP-Systemen der Unternehmen vorhanden.

Beispielsweise könnte der CO₂-Fußabdruck eines Produkts anhand der Menge und Art der eingekauften Treibstoffe, Energie und anderer Rohstoffe automatisch ermittelt werden. Heute schon werden in den Leistungswirtschafts- und Abrechnungssystemen der Unternehmen (kurz ERP-Systeme) die Kosten für diese Einkäufe auf die Produkte umgelegt. Der Mechanismus ist also schon vorhanden, und mit der Kostenumlage erhält jedes Produkt dann zukünftig auch automatisch seinen CO₂-Fußabdruck, ohne dass eine Abteilung im Unternehmen dies für jeden einzelnen Artikel in Excel ausrechnen müsste.

Dasselbe gilt für Privatpersonen. Wer bei der Zulassungsstelle warten muss, hat in der Regel ein neues Auto gekauft. Durch die Bezahlung des Kaufpreises kennt die digitale Währung den Vorgang bereits und kann den Kauf verifizieren. Auch kann dann die Zulassung automatisch angestoßen werden. Im Kapitel »Chance eines digitalen Neustarts« im Teil 3 werden Beispiele beschrieben, wie man sich die

1.1 Marktmechanismen pervertieren den digitalen Raum

Im digitalen Raum haben sich die Rollen verschoben. Nutzer*innen und Endanwender*innen sind nicht mehr Kund*innen, die dort eine Dienstleistung kaufen oder konsumieren. Vielmehr sind die Nutzer*innen jetzt Produktionsfaktoren und Arbeitskräfte, also diejenigen, die die Daten produzieren, die die Plattformen dann verkaufen. Man hat es geschafft, dass die Endnutzer*innen diese Arbeit für die Plattformen kostenlos und sehr lange machen, was marktwirtschaftlich sehr lukrativ ist. Dazu wurden aber viele Mechanismen geschaffen, die zu sozialen Problemen führen. Dies gilt insbesondere für viele Medien- und Social-Media-Plattformen im digitalen Raum.

Social Media begann als vielversprechende Idee, um Menschen in einer globalisierten Welt miteinander zu verbinden und soziale Kontakte zu pflegen. Plattformen wie Facebook wurden ursprünglich geschaffen, um Gemeinschaften zu fördern und Menschen näher zusammenzubringen. Doch als klar wurde, dass die gesammelten Nutzerdaten eine Goldgrube für personalisierte Werbung und Konsumanreize sind, änderten sich die Prioritäten grundlegend. Die Nutzer*innen wurden dazu gebracht, Daten über ihre Ängste, Hoffnungen, Gefühle und Gewohnheiten zu produzieren. So wurde unser Innerstes genauso wie unsere engsten sozialen Beziehungen wie auf einer Landkarte kartiert. Algorithmen wurden eingeführt, um Nutzer*innen so lange wie möglich auf der Plattform zu halten, um immer mehr Daten zu produzieren – oft auf Kosten echter sozialer Interaktionen.

Damit die Nutzerdaten zu Gewinnen werden, wurden Instrumente geschaffen, mit denen Dritte gegen Geld ihre (Werbe-)Botschaften bei den Nutzer*innen platzieren können. So wurden die Plattformen um verschiedene Techniken ergänzt, die tief in den Willen, die Persönlichkeit und die Psyche der Menschen eingreifen können, um sie mit unwiderstehlichen Konsumbotschaften zu erreichen. Die enorme Wirkungskraft von Social Media liegt auch darin begründet, dass sie einen evolutionären Nerv des

Menschen treffen: das Bedürfnis, sich Gruppen zugehörig zu fühlen. Die Fähigkeit, in Gruppen zu denken und zu handeln, war früher ein entscheidender Vorteil für das Überleben des Menschen. Die Gruppe half, Raubtiere abzuwehren, Nahrung zu finden und Ressourcen zu teilen. Diese Grundbedürfnisse werden von Social-Media-Plattformen geschickt ausgenutzt, indem sie Nutzer*innen in Bubbles isolieren, die ausschließlich ihre bestehenden Meinungen und Überzeugungen bestätigen – nur so kann man die Nutzer*innen maximal lange auf der Plattform halten, damit sie viele Daten produzieren und damit man ihnen viele (Werbe-)Botschaften liefern kann.

Die Plattformen könnten diesem Effekt theoretisch entgegenwirken, indem sie den Nutzer*innen Inhalte präsentieren, die ihre Perspektive erweitern. Doch das würde nicht nur Geld kosten, sondern auch die Verweildauer auf der Plattform reduzieren – ein Risiko, das kaum ein Anbieter einzugehen bereit ist. Stattdessen werden die Algorithmen so gestaltet, dass sie die Nutzer*innen in ihrer Bubble halten, was die Surfzeit maximiert, aber gleichzeitig zu einer tiefen Spaltung der Gesellschaft im realen Leben führt. Dass die Bubbles für die Nutzer*innen so komfortabel wie möglich gestaltet werden, bedeutet zum Beispiel auch, dass den Nutzer*innen gesagt wird, dass es keinen Grund gibt, das eigene Verhalten zu ändern oder anzupassen. Denn diese Info würde für den Nutzer Stress bedeuten und könnte sogar dazu führen, dass er sein Handy aus der Hand legt. Um die Nutzungsdauer zu maximieren, liefert der Algorithmus der Nutzerin also lieber Inhalte, wonach sich alle anderen Menschen ändern müssen, sie aber genau so weitermachen kann wie bisher. Das ist natürlich bequem für die Nutzer*innen, führt aber dazu, dass man im realen Leben mit seinen Mitmenschen nicht mehr zurechtkommt.

Plattformen wie Facebook haben unter dem Druck des »Wachse oder weiche«-Prinzips unzählige andere Anbieter verdrängt. Wie bereits erwähnt, haben sie das nur geschafft, weil ihre Algorithmen besonders gut die Verweildauer der Nutzer*innen auf der Plattform maximieren konnten. Ein weiterer Trick der Algorithmen war hier, immer extremere Inhalte in die Timelines zu spülen, da diese starke emotionale Reaktionen hervorrufen und somit die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass der oder die Nutzer*in auf der Plattform verbleibt oder interagiert, und so neuen Content für andere Nutzer*innen produziert. So wird das Verbindende, das ursprünglich im Fokus der Plattformen stand, systematisch von Mechanismen verdrängt, die Konflikte und Spaltung fördern. Der Wettbewerb zwischen den Plattformen begünstigt so jene Anbieter, die ethische

Standards aufgeben und ausschließlich auf Profitmaximierung ausgerichtet sind. Es überrascht daher nicht, dass Mark Zuckerberg als CEO und Hauptaktionär von Facebook seine Bemühungen im Kampf gegen Hass und Desinformation einstellt und nun ganz auf die »freie Meinungsäußerung« setzt.¹¹⁰ Vorreiter war hier Elon Musk, dessen Plattform X zur sicheren Heimat für Desinformation, Hass und Hetze wurde. X hat damit einen Standard gesetzt, dem andere nun folgen müssen, wenn sie nicht riskieren wollen, irgendwann an Bedeutung zu verlieren und selbst dem »Wachse oder weiche«-Mechanismus zum Opfer zu fallen.

Das Kartografieren des Innersten der Menschen ist auch die entscheidende Vorarbeit, die geleistet werden muss, um die Ängste der Menschen zu politisieren. Das heißt, heutige Populist*innen finden gegen Bezahlung alles, was sie brauchen, um mit unseren Gefühlen zu spielen.

Als die Plattformen noch auf die reine Platzierung von Werbung ausgelegt waren, wurde auf die Implementierung von Transparenz- und Kontrollmechanismen bewusst verzichtet; denn diese hätten einerseits Geld gekostet, ohne einen Mehrwert für die Plattform zu schaffen, und andererseits wären Kontrolle und Transparenz auch ein Hindernis für das Geldverdienen gewesen, da man dann hätte offenlegen können, wie weit man Menschen manipulieren kann.

Jetzt stehen jedem, der Geld dafür bezahlt, all diese Daten und Instrumente zur Verfügung, die so stark in die Psyche des Menschen eingreifen können.

Der Cambridge-Analytica-Skandal ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie Nutzerdaten gezielt eingesetzt wurden, um politische Meinungen zu manipulieren und durch das Schüren von Ängsten den Ausgang der vorletzten US-Wahl zu beeinflussen. So bekamen Menschen, die anhand der Daten als ängstlich und sicherheitsbewusst klassifiziert wurden, Botschaften ausgespielt wie: »Trump schützt Amerika – für sichere Grenzen und starke Polizei«. Gleichzeitig erhielten weltoffene, freiheitsliebende Wähler*innen Nachrichten wie: »Trump verteidigt deine Freiheit – keine Bevormundung durch Washington!«. Einmal wird der Staat als Problem dargestellt, einmal als Lösung – eigentlich ein nicht zu lösender Widerspruch, aber jede Anzeige passt perfekt zur entsprechenden Wählergruppe.

Social Media, einst entwickelt, um Menschen zu verbinden und den Austausch zwischen Gemeinschaften zu fördern, hat sich zu einem perfekten Werkzeug entwickelt, um den gesellschaftlichen Diskurs zu beeinflussen, die Bottom 99 Prozent

zu spalten und ihnen eine gemeinsame Stimme zu nehmen. Diese Entwicklung war weder rein zufällig noch das Ergebnis eines gezielten Plans. Vielmehr ist sie die logische Konsequenz aus dem Streben nach maximaler Monetarisierung sozialer Beziehungen – einer zentralen Strategie bei der unermüdlichen Suche nach immer neuen Wachstumsmöglichkeiten. Die Monetarisierung, also der Zwang, möglichst alles zu Geld zu machen, hat so nicht nur den ursprünglichen Zweck der sozialen Medien pervertiert, sondern auch die gesellschaftliche Einheit geschwächt. Dieser Prozess zeigt eindringlich, wie das Streben nach Wachstum in einem pervertierten Markt ohne Regulierung selbst vermeintlich positive Innovationen in destruktive Kräfte verwandeln kann.

Das ist aber nicht der einzige Marktmechanismus, der unsere Demokratie untergräbt. Die aktuelle Dokumentation *China vs. Hollywood* zeigt schön, wie China es geschafft hat, dass Hollywood aktiv chinesische Zensur und Propaganda in die amerikanischen Heldenepen einbaut, die so subtil, aber maßgeblich ein Weltbild im Interesse Chinas fördern. Die Filmstudios machen dies sogar freiwillig und vorausseilend, weil sie Angst haben, vom wirtschaftlich wichtigen chinesischen Filmmarkt abgeschnitten zu werden.¹¹¹ Insgesamt finden sich unzählige Beispiele von unterwerfungsbereiter Selbstzensur von Firmen, die sich dadurch wirtschaftliche Vorteile versprechen. Laut einer Whistleblowerin hat zum Beispiel Facebook für die Kommunistische Partei Chinas maßgeschneiderte Zensurwerkzeuge entwickelt,¹¹² aber auch in anderen Ländern, wie den USA, wo unzählige Firmen ihre Diversitätsprogramme unter der Regierung Trump abschaffen. Alles in vorausseilendem Gehorsam von Managern, die sich dadurch mehr Rendite und Wachstum erhoffen.

Die gleichen Marktmechanismen gelten auch für die Medien, die zunehmend auf den digitalen Raum angewiesen sind. Die klassischen Medien haben in ihrem traditionellen Printgeschäft, also dem Verkauf von Zeitungen, massiv an Umsatz verloren. Sie sind heute darauf angewiesen, dass ihre Inhalte über Suchmaschinen oder soziale Medien verbreitet werden, denn je öfter auf ihre Seiten geklickt wird, desto häufiger wird die dort platzierte Werbung gesehen. Damit der lernende Algorithmus ihre Inhalte regelmäßig ausspielt, werden die Überschriften mit Ängsten und Gefühlen gefüllt, um möglichst hohe Klickzahlen zu erzielen. Auch hier werden evolutionäre Verhaltensmuster getriggert, denen die meisten Menschen hilflos

ausgeliefert sind. Angst führt zur Ausschüttung von Stresshormonen wie Adrenalin und Cortisol, erhöhter Herzfrequenz, schneller Atmung und Muskelanspannung.¹¹³ Das ermöglichte den Menschen zu Urzeiten, konzentriert auf Gefahren zu reagieren oder schneller wegzulaufen. Moderne Click-Baits produzieren Angst und negative Emotionen, um die gleichen Reaktionen auszulösen, damit Menschen auf die reißerische Überschrift klicken, und nutzen den Adrenalinschub, damit der oder die Nutzer*in so lange wie möglich auf der Plattform verbleibt. Teile der Gesellschaft, die ohnehin schon unter Druck stehen, werden so permanent in Angst versetzt und mit negativen Emotionen geflutet. Für das exzessive Konsumieren negativer Nachrichten hat sich der Begriff »Doomscrolling« etabliert, der nachweislich gesundheitsschädliche psychophysiologische Folgen haben kann.¹¹⁴ Wer bei diesem Spiel nicht mitspielt, bekommt weniger Klicks, damit depriorisiert der Algorithmus diese Nachrichten, die Einnahmen sinken bis hin zur Geschäftsaufgabe. So entsteht ungewollt ein Wettbewerb darum, wer den Menschen immer mehr Angst einjagen kann. Und das alles nur, um den Nutzer*innen immer mehr Werbung zuzuspielen, was sie, wie bereits berichtet, auch noch unglücklicher macht.¹¹⁵

Gleichzeitig werden die Medien auch bewusst zur Steuerung der gesellschaftlichen Diskussion eingesetzt, denn die Medien spielen eine zentrale Rolle, um die Gedankenwelt der Bottom 99 Prozent zu erreichen und zu beeinflussen. Zahlreiche Studien zeigen, dass die Kontrolle über Medienkonzerne zunehmend in den Händen von Milliardär*innen und großen Kapitalverwaltern liegt, was zur Bedrohung für Gesellschaft und Demokratie wird.¹¹⁶

So stellt diese Konzentration eine Gefahr für Demokratie und Gesellschaft dar. Ein prominentes Beispiel ist Rupert Murdoch, dessen Medienimperium nicht nur den Brexit unterstützte, sondern auch über den Fernsehsender Fox News den Diskurs in den USA maßgeblich beeinflusste, indem es Zweifel an Klimaschutzmaßnahmen und Sozialreformen säte. Auch das einflussreichste deutsche Medienhaus Axel Springer gehört einem Hedgefonds und Mathias Döpfner, einem Milliardär, der immer wieder durch politische Einmischung, Klimawandelleugnung und menschenverachtende Äußerungen auffällt.¹¹⁷

Doch auch unabhängig von gezielten Eingriffen sind Medien gefangen im »Wachse oder weiche«-Prinzip: Sie müssen reißerische Artikel liefern, um Klicks zu generieren

und von Algorithmen priorisiert zu werden. Gleichzeitig fehlen oft die Ressourcen für gründliche Recherchen, sodass fremde Artikel übernommen werden. So werden nicht nur Inhalte verzerrt dargestellt, sondern auch Fehler immer weiter verbreitet.

1.1.1 ReThink: Neue Spielregeln für den digitalen Raum

Auch im digitalen Raum wollen Medien, Plattformen oder Social Media vorrangig Geld verdienen. Neue Ziele in einer digitalen Währung, zugeschnitten auf und ausschließlich gültig für den digitalen Raum, könnten also auch dort die Geschäftsmodelle umgestalten. Zum Beispiel weniger Macht für Plattformen und mehr offene Standards, offene Schnittstellen und Open Source.

*Dabei können Plattformen Ziele erreichen wie: Die Dienste dürfen die Konsument*innen nicht mehr abhängig machen, nicht mehr in die Sucht treiben, nicht mehr radikalisieren und die Gesellschaft nicht mehr spalten.*

Wie die digitale Währung zum Beispiel zu weniger Fake News beitragen kann, wird in Teil 4 erläutert.

Gleichzeitig gibt es andere Möglichkeiten, wie eine digitale Währung den digitalen Raum verbessern könnte. Durch die unglaubliche Transparenz der Zahlungsströme könnte zum Beispiel die Finanzierung von Botnetzen, die Desinformation verbreiten, verhindert werden. Ebenso könnte unterbunden werden, dass Geschäftsmodelle aufgebaut werden, die auf der Verbreitung von Falschinformationen basieren, dass mit Hass und Hetze Geld verdient wird oder dass die Feinde der Demokratie ihre Inhalte auf den Plattformen platzieren dürfen.

Einige dieser Ziele wären bereits heute von einer digitalen Währung messbar, wie zum Beispiel die Anzahl von Fehlinformationen oder die Anzahl beleidigender Posts. Andere negative Auswirkungen sind heute noch nicht quantifizierbar, aber mit einer digitalen Währung ist schon mal die Grundlage geschaffen. Und sobald neue Erkenntnisse gewonnen werden, können diese dann direkt in Wettbewerbsvorteile für einzelne Plattformen umgewandelt werden. Zum Beispiel wird derzeit noch erforscht, welche Mechanismen die Spaltung der Gesellschaft so erfolgreich machen, das wird also irgendwann in der Zukunft quantifizierbar sein, und sobald das der Fall ist, kann dieser Mechanismus dann direkt in die digitale Währung einprogrammiert werden, sodass die Plattformen finanziell profitieren, die darauf achten, dass ihre Algorithmen möglichst wenig spalten.

1.1 Zerstörung der gemeinsamen Realität

Es ist wirklich erstaunlich, dass in einer Demokratie eine Umverteilung zugunsten der Top 1 Prozent und zulasten von 99 Prozent der Gesellschaft funktioniert. Denn eigentlich sollte die Gleichwertigkeit jeder Stimme die Interessen aller wahren. Um dies zu verhindern, haben sich die obersten 1 Prozent einen gut gefüllten Werkzeugkasten zugelegt. Die Werkzeuge daraus setzen auf verschiedenen Ebenen von Grundbedürfnissen an und sind mittlerweile tief in den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen verankert.

Um unsere Probleme zu lösen, müssen wir vor allem zwei Gruppen in den Blick nehmen: die Top 1 Prozent, die einen Großteil der Probleme verursachen und über ihre Unternehmen immer mehr Vermögen konzentrieren, und die Bottom 99 Prozent, die einen Großteil der Probleme ausbaden müssen. Leider ließ sich die zahlenmäßig übermächtige Gruppe der Bottom 99 Prozent recht einfach spalten und hat keine gemeinsame Stimme mehr.

Subtil, aber effektiv forcieren immer mehr Milliardär*innen die Spaltung der Gesellschaft, zum Beispiel nach Bildungsgrad, Besitz, Nationalität, sexueller Orientierung, Berufsgruppe, Glaube, Ethnie, Herkunft und vielem mehr. Die wohl erfolgreichste Spaltung für die Top 1 Prozent war aber der Keil, der zwischen die Bottom 99 Prozent und ihre gewählten Vertreter*innen getrieben wurde. Wer kennt nicht Aussagen wie: »Wir da unten gegen die da oben«. Wobei mit »da oben« nicht, wie zu erwarten wäre, die obersten 1 Prozent gemeint sind, sondern in der Regel Politiker*innen, die bis hin zu Volksfeinden stilisiert werden. Das ist besonders perfide beziehungsweise aus Sicht der Top 1 Prozent clever, denn die Politik wäre das effektivste gemeinsame Sprachrohr der Bottom 99 Prozent, um ihre Interessen gegen die Top 1 Prozent durchzusetzen.

Dabei können die Top 1 Prozent die Desinformationen auf mehreren Ebenen in die Gesellschaft einfließen lassen. Sehr direkt, indem sie Medien, Zeitungen oder Onlineplattformen besitzen oder selbst die Politik übernehmen. Eine Ebene darunter werden Thinktanks und Institute finanziert, die das öffentliche Meinungsbild und die Politik beeinflussen, und auf der kleinsten Ebene können die Top 1 Prozent über ihre Firmen die Angestellten direkt erreichen und spalten.

Vor diesem Hintergrund scheint es kein Zufall zu sein, dass der Reichste der Top 1 Prozent Twitter kaufte und es zu einem sicheren Hafen für Hass, Hetze und Desinformation umbaute. Der US-Milliardär Robert Mercer finanzierte das rechtspopulistische Breitbart News Network. Der deutsche Multimillionär Frank Gotthardt gründete das rechtspopulistische Nachrichtenportal Nius. Der französische Milliardär Vincent Bolloré förderte rechtsextreme Inhalte über mehrere seiner Medienunternehmen in Frankreich und unterstützte den rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten Éric Zemmour. In Deutschland wird die Bild-Zeitung des Milliardärs Döpfner regelmäßig für populistische Berichterstattungen kritisiert.

Etwas indirekter finanzieren die Top 1 Prozent Thinktanks und Lobbygruppen, die die öffentliche Meinung mit Studien und regelmäßiger Medienpräsenz prägen. Dabei rücken Thinktanks und Politiker*innen immer näher aneinander heran. Zwar wird versucht, dies durch ein verworrenes Netz aus Stiftungen, Vereinen und Organisationen zu verschleiern, die Investigativplattformen Campact und CORRECTIV konnten trotzdem folgende Beweiskette bis in den Bundestag erstellen:

1. Internationale Großkonzerne, vor allem aus der fossilen Energiebranche, finanzieren großzügig US-amerikanische Lobbyorganisationen wie »Americans for Tax Reform«. ¹¹⁹
2. Diese Lobbyorganisationen gründen oder finanzieren Stiftungen wie die »Tholos Foundation« oder die »Property Rights Association«, die gezielt daran arbeiten, marktradikale Ideologien zu verbreiten – also weniger Steuern, weniger Regulierung, weniger Umweltschutz. Sie liefern damit den populistischen Unterbau für Trumps Wahlkämpfe. ¹²⁰
3. Die beiden Stiftungen exportieren diese Ideen auch nach Europa. Ein CSU-Politiker ist Mitglied in beiden Stiftungen. Sehr wahrscheinlich finanzieren sie auch seine Kampagnenagentur »The Republic« und die von ihm ins Leben gerufene Konferenz, die »Berlin Campaign Conference«. ¹²¹
4. Das erklärte Ziel von »The Republic« ist: »Wir stoppen den politischen Linksdrift«. In der Realität versuchen sie, die Grünen zu attackieren und gesellschaftliche Wut auf Klimaaktivist*innen zu lenken. Zu den Unterstützer*innen der Agentur zählt sich auch Friedrich Merz. ^{122 123}

5. Auf der »Berlin Campaign Conference« versammeln sich dann neoliberale und rechtspopulistische Meinungsmacher*innen mit hochrangigen CDU/CSU-Mitgliedern. Dort vertreten sind auch die Macher des »Project 2025«, also die Organisatoren des aktuellen US-Staatsstreiches. Diese werden teilweise von denselben Lobbyorganisationen finanziert wie die Konferenz. Auch die CDU-Kampagnen-Chefin Christine Carboni gestaltet die Konferenz mit, sie ist eine der wichtigen Strateg*innen aus dem Umfeld von Parteichef Merz.¹²⁴

Daneben gibt es noch weitere deutsche Stiftungen und Politiker, die im Verdacht stehen, die Agenda von Trump gezielt in die CDU/CSU einzuspeisen. Gemeinsam organisieren sie Konferenzen, Medientermine und Netzwerktreffen, bei denen gezielt Politiker der CDU und WerteUnion sowie deren Mitarbeiter*innen eingebunden werden. Zum Beispiel wurde ein persönliches Treffen von Andreas Scheuer und Dorothee Bär mit dem rechten US-Hardliner Ron DeSantis in Florida organisiert.¹²⁵ Das Investigativportal fasst es wie folgt zusammen: »Politische Netzwerke sind bei allen Parteien und Strömungen üblich. Doch in diesem Fall spielen auch verdeckte finanzielle Interessen eine Rolle, die dem Trump-Lager nahestehen, unter anderem werden einige der Stiftungen von der Öl- und Gasindustrie unterstützt.«¹²⁶ Auch andere Parteien unterhalten vergleichbare Thinktanks – der der FDP heißt Prometheus. Auch dieser betreibt Lobbyarbeit für einen deregulierten Markt, gegen Klimaschutz und im Interesse der Tabakindustrie und wird mitfinanziert von konservativen sowie fossilnahen Akteuren aus den USA.¹²⁷

Klares Ziel ist es, die politische Agenda zu beeinflussen – etwa durch Steuererleichterungen für Reiche, das Blockieren von Klimaschutzmaßnahmen oder das Schwächen staatlicher Kontrolle.

Auch im Kleineren gibt es unzählige Beispiele dafür, wie große Unternehmen bewusst auf Spaltung setzen, um die Belegschaften gegeneinander auszuspielen und Gewerkschaften zu schwächen. Vor 100 Jahren mussten dafür noch Arbeiter*innen aus verschiedenen ethnischen Gruppen eingestellt und ungleich behandelt werden. Heute geht man viel subtiler und auch effektiver vor. Für »Union Busting«, also die bewusste Spaltung und Zersetzung einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung, werden in den USA jährlich mehr als 400 Millionen US-Dollar ausgegeben.¹²⁸

Auch starten Unternehmen oder Lobbygruppen immer häufiger Vereine und Bürgergruppen, die sich fälschlicherweise als unabhängige Bewegung ausgeben, um Wut und Protest der breiten Masse zu initiieren (dies wird als »Astroturfing« bezeichnet), die dann auch medial mehr Aufmerksamkeit erhalten. Dazu nur ein paar Beispiele:

- Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) wird von der Wirtschaft finanziert und setzte in den 2000er-Jahren gezielt mediale Kampagnen ein, um eine Deregulierung des Arbeitsmarktes und den Abbau sozialer Sicherungssysteme voranzutreiben. Mit Slogans wie »faule Arbeitslose«¹²⁹ oder der Verleihung des Negativpreises »Blockierer des Jahres« an Politiker*innen, die sich gegen neoliberale Reformen stellten, wurde aktiv daran gearbeitet, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Mit großem Erfolg: Ihren Kampagnen folgte die Agenda 2010. Die Arbeitsmarktreformen verschärften den Sozialabbau und erhöhten den Druck auf Beschäftigte. Die Angst vor sozialem Abstieg wuchs bei den Arbeitnehmer*innen und verschlechterte ihre Verhandlungsposition durch den Abbau von sozialen Sicherungssystemen und eine Stigmatisierung von Arbeitslosen. In der Folge sanken die Löhne, und der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten stieg bis 2007 um knapp 20 Prozent¹³⁰ – sodass jede fünfte Erwerbstätige in Deutschland davon betroffen war.¹³¹ Gleichzeitig sank die gesellschaftliche Empathie gegenüber Arbeitslosen, Rentner*innen und Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, da sie zunehmend als »Last für die Gesellschaft« gebrandmarkt wurden. Diese Spaltung zwischen »verdienenden« und »abhängigen« Gruppen verschob den politischen Diskurs nach rechts, erhöhte die Akzeptanz für neoliberale Reformen und schwächte die Sozialpolitik weiter. Die Arbeit der INSM trug somit nicht nur zu geringeren Lohnkosten und somit höheren Gewinnen der Konzerne bei, sondern verschärfte soziale Ungleichheiten und untergrub auch das Solidaritätsgefühl innerhalb der Gesellschaft – ein Prozess, der auch heute noch weitergeht. So wurde die Bild-Zeitung Anfang 2025 vom deutschen Presserat gerügt, weil sie kontinuierlich den nachweislich falschen Eindruck erweckte, dass die Mehrheit der Bürgergeldempfänger grundsätzlich arbeitsfähig sei, aber zu faul dafür.¹³² Auch das fällt zusammen mit politischen Debatten über eine Abschaffung des Achtstundentags oder Diskussionen über Lohnkürzungen und Stellenstreichungen bei großen DAX-Konzernen, obwohl diese Konzerne gerade ihre maximalen Unternehmensbewertungen aufweisen und Rekordergebnisse verkünden.¹³³

- Auch im Bundestagswahlkampf 2025 organisierte die INSM einen »Wirtschaftswarntag«, der von der Bild-Zeitung als »Mega-Aufstand gegen Habeck und Scholz« hochstilisiert wurde. Insgesamt gab die INSM sechsstellige Summen für ihre Kampagne »SOS Wirtschaft« zugunsten von Union und FDP aus.¹³⁴
- Der Bundesverband Landschaftsschutz e. V. tarnt sich als Naturschutzorganisation, die als Gegner von Windenergieprojekten auftritt. Es gibt viele Indizien, dass der BLS eine Tarnorganisation von fossilen Energieunternehmen ist.¹³⁵ Der Verein schürt gezielt Ängste vor »Verspargelung der Landschaft« oder vermeintlichen gesundheitlichen Risiken von Windrädern, außerdem werden Bürgerproteste initiiert und gefördert.¹³⁶ Um so lange wie möglich mit fossilen Energien Geld zu verdienen, werden Narrative über erneuerbare Energien verbreitet, die Naturschützer*innen und Klimaschützer*innen gegeneinander aufbringen.¹³⁷
- Die Initiative »Bürger für Technik« tritt als neutrale »Bürgerbewegung« auf, die angeblich sachlich über die Vorteile der Kernenergie informiert. In Wirklichkeit ist sie durch die Kerntechnische Gesellschaft (also die Atomlobby) entstanden¹³⁸ und schürt Angst vor einem Blackout oder steigenden Energiepreisen, um die Atomkraft wieder salonfähig zu machen. Das schaffte nicht nur Angst und Spaltung der Gesellschaft, sondern sogar eine Spaltung der sonst so geschlossenen Gruppe von Klimaschützer*innen: Befürworter*innen von rein erneuerbaren Energien vs. Klimaschützer*innen, die an CO₂-neutralen Atomstrom glauben.¹³⁹
- Die Deutsche Bahn verbreitete anonym angeblich unabhängige Umfragen, die einen großen öffentlichen Protest gegen den Lokführerstreik vortäuschten, und infiltrierte gleichzeitig massiv Foren und Blogs mit Beiträgen.¹⁴⁰ Die Lokführer*innen erhielten so viel negative Aufmerksamkeit, und ein enormer öffentlicher Druck entstand, was ihre Verhandlungsposition erheblich schlechter machte.

Zeitgleich werden Falsch- und Desinformationen gezielt eingesetzt, um Menschen zu verwirren, sodass die öffentliche Meinung leichter zu beeinflussen ist. Die Nobelpreisträgerin Maria Ressa formuliert es so:

»Wenn die Menschen mit Fake News überschwemmt werden, haben Fakten keine Chance mehr. Ohne Fakten gibt es kein Vertrauen in Informationen und keine Wahrheiten mehr. So beraubt man demokratische Gesellschaften der gemeinsamen Realität, die aber notwendig ist, um Probleme zu erkennen und zu lösen. Das gilt nicht nur für komplexe Probleme wie den Klimawandel, sondern für jedes noch so kleine Problem.«¹⁴¹

Ein ideales Umfeld also für die Top 1 Prozent, die einen Großteil der Probleme verursachen, dafür aber nicht zur Rechenschaft gezogen werden wollen. Es ist auch einfacher, sich die Kuchenstücke einer desorientierten und gespaltenen Gesellschaft einzuverleiben als die einer geeinten.

Ein gutes Beispiel ist die Diskussion um die Wärmepumpe: In Schlüsselländern setzt die Fossillobby viel Geld ein, um die öffentliche Wahrnehmung gegen Wärmepumpen zu beeinflussen. Bestätigt ist dies für UK, wo 2023 ein geleaktes Dokument an die Öffentlichkeit gelangte.¹⁴² Und so haben in England nur 13 von 1000 Einwohner*innen eine Wärmepumpe, während im benachbarten und noch etwas nördlicher gelegenen Norwegen bereits 665 von 1000 Einwohner*innen mit einer Wärmepumpe heizen.¹⁴³ Auch wurde mehrfach nachgewiesen, dass es groß angelegte professionelle Desinformationskampagnen der fossilen Energielobby im Rahmen der Weltklimakonferenzen gibt.¹⁴⁴

1.1.1 ReThink: Minimieren von Ursachen und Wirkung der Desinformation

Die gezielte Spaltung der Gesellschaft durch Desinformation und Manipulation dient der Machtsicherung der Top 1 Prozent. Eine digitale Währung kann dem entgegenwirken, indem Transparenz in der Finanzierung von Informationen geschaffen wird und finanzielle Anreize für faktenbasierte Berichterstattung gesetzt werden.

Durch die Transparenz von Geldflüssen würde sichtbar, welche Medien oder »Bürgerbewegungen« tatsächlich von Großkonzernen oder Lobbygruppen finanziert werden.

Gleichzeitig würden Plattformen, die gezielt Falschinformationen verbreiten oder Hass

fördern, einen Wettbewerbsnachteil erhalten, sodass sich unabhängige, faktenbasierte Berichterstattung wirtschaftlich mehr lohnt.

Zusätzlich könnte eine digitale Währung als Verifikationsinstrument dienen, indem sie Zahlungsströme mit veröffentlichten Informationen abgleicht. So ließen sich Manipulationen leichter aufdecken. Auch Bot-Armeen und künstlich erzeugte Trends könnten eingedämmt werden, indem Posts zu politischen Debatten mit einem Siegel ausgestattet werden, das bestätigt, dass diese von realen Personen stammen. Ein Beispiel, wie das umgesetzt werden könnte, folgt im Kapitel »Private Daten ohne Manipulationsmöglichkeit« in Teil 4.

Gleichzeitig würden Algorithmen nicht länger allein von Plattformen nach kommerziellen Interessen gesteuert, sondern demokratisch mitgestaltet, um gesellschaftliche Spaltung zu verhindern.

1.1 Gegner ohne Projektionsfläche

Trotz seiner überwältigenden Macht tritt der Kapitalismus selten direkt in Erscheinung. Seine Mechanismen sind so komplex und vielschichtig, dass sie für die meisten Menschen unsichtbar bleiben. Wer würde beispielsweise ahnen, dass nur die bereits erwähnten 147 Unternehmen über direkte Beteiligungen das Handeln von 40 Prozent der global agierenden Firmen bestimmen – die dann indirekt auch noch die unzähligen kleinen und mittelständischen Firmen in ihren Lieferketten unter Druck setzen können. In diesem großen, verzweigten Netzwerk wird es für kleine und mittelständische Betriebe fast unmöglich, einen ursprünglichen Verursacher für den stetig wachsenden Druck oder plötzlich auftretende Veränderungen auszumachen.

Ohne nennenswerte Wachstumsraten dringen große Konzerne immer tiefer in kleinere Nischenmärkte vor, um dort ihr Wachstum fortzusetzen. Dies verschärft die Mechanismen von »Wachse oder weiche« und bringt kleinere Betriebe zunehmend an den Rand ihrer Existenz. Jede noch so kleine Veränderung – sei es in den Marktbedingungen, den Produktionskosten oder der Regulierung – wird unter diesen Bedingungen schnell existenzbedrohend. Da der Kapitalismus als unsichtbare Ursache nicht direkt adressierbar ist, suchen Betroffene nach greifbaren Feindbildern. Oft wird diese Projektionsfläche durch gesellschaftliche oder politische Themen geboten – sei es die Emanzipation von Frauen, die Debatte um Geschlechtsidentität

oder andere kontroverse Veränderungen, die als potenzielles Risiko wahrgenommen werden. Alles, was auch nur entfernt das bestehende System verändern könnte, wird zum Ventil für die aufgestaute Wut und Angst.

Ein anschauliches Beispiel für diese Dynamik ist der Versuch der deutschen Bundesregierung im Jahr 2024, die Subventionen für Agrardiesel zu streichen. Die Maßnahme hätte die Produktionskosten der Landwirte um weniger als ein halbes Prozent erhöht,¹⁴⁵ und die Kosten hätten auch noch problemlos an die Verbraucher*innen weitergegeben werden können.¹⁴⁶ Dennoch reagierten die Landwirte mit monatelangen, teils aggressiven Protesten, bei denen Politiker*innen bedroht und öffentliche Diskussionen angeheizt wurden. Diese heftige Reaktion erscheint auf den ersten Blick übertrieben, insbesondere angesichts der geringen wirtschaftlichen Auswirkungen. Doch die Subventionsstreichung bot endlich ein greifbares Ziel für die aufgestaute Wut der Landwirt*innen, die schon lange unter dem unsichtbaren Druck des kapitalistischen Systems leiden. Da der Kapitalismus selbst nicht direkt benannt oder bekämpft werden kann, entlud sich der Frust an der sichtbar handelnden Politik. Die öffentliche Wahrnehmung dieser Debatte wurde maßgeblich durch Medien geprägt, die die Grünen als Hauptschuldige für die geplante Maßnahme darstellten – obwohl sich der Landwirtschaftsminister der Grünen für den Erhalt der Subventionen eingesetzt hatte.

1.1.1 ReThink: Kapitalmacht sichtbar machen

Eine digitale Währung könnte die wirtschaftlichen Verflechtungen großer Konzerne transparent machen und sichtbar werden lassen, welche Unternehmen politischen und sozialen Druck verursachen. So ließe sich verhindern, dass Frustration auf falsche Feindbilder gelenkt wird.

Wie hier konkret Abhilfe geschaffen werden kann, wird im Kapitel »Globale Lieferketten & Zahlungen« im 4. Teil erläutert.

Die finanziellen Anreize für faktenbasierte Berichterstattung würden die wirtschaftliche Einflussnahme auf öffentliche Bewertungen und politische Entscheidungen reduzieren und objektivieren. Dadurch würde der Kapitalismus als eigentliche Ursache wirtschaftlicher Ungleichheit greifbarer, und manipulative Ablenkungsstrategien würden an Wirkung verlieren. Gleichzeitig kann finanzieller Druck von den Menschen genommen werden, sodass es unwahrscheinlicher wird, dass sich dieser so heftig entlädt.

1.1 Auf dem Weg zur Machtwirtschaft

Geld wird immer mehr als Mittel zur Machtausübung eingesetzt – manche sprechen bereits vom Übergang unserer Marktwirtschaft zu einer Machtwirtschaft.

Der drittgrößte Private-Equity-Fonds der Welt, KKR, ist in 200 fossile Energieunternehmen investiert.¹⁴⁷ KKR's Investments sind jährlich für 93 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen verantwortlich¹⁴⁸ – das ist ungefähr so viel wie der gesamte Ausstoß Belgiens.¹⁴⁹ Abgesichert werden diese Investments durch weltweite Beteiligungen an Medienunternehmen, die im Verdacht stehen, den oben genannten Instrumenten zur Spaltung Reichweite zu verschaffen.¹⁵⁰ In Deutschland hatte KKR Anteile an den Zeitungen Bild und Welt sowie an den Fernsehsendern N24, ProSieben und Sat.1. Recherchen und geleakte Dokumente zeigen, dass insbesondere Welt und Bild gezielt zur Spaltung der Gesellschaft beitragen, politische Reformer*innen diffamieren, Lobbyarbeit betreiben und gezielt Lügen und Falschinformationen verbreiten, um die Energiewende zu sabotieren.¹⁵¹ Auch fallen beide Zeitungen immer wieder durch diffamierende Berichterstattung über die Grünen-Partei auf. In geleakten Chats forderte Mathias Döpfner, neben KKR der zweite Großaktionär der Zeitungen, den damaligen Chefredakteur der Bild auf, die FDP so zu stärken, dass sie die damals mitregierenden Grünen aus der Regierung drängen und durch die CDU ersetzen können.¹⁵² Dies wäre auf jeden Fall wirtschaftlich vorteilhaft für KKR gewesen, denn die von der Grünen-Partei vorangetriebene Energiewende stellt eine langfristige Bedrohung für die Geschäftsmodelle von KKR's Investments dar. Daneben haben zwei Top-Manager von KKR laut LobbyControl CDU und FDP mit mehr als einer Viertelmillion Euro finanziert.¹⁵³ Beide Manager sitzen gleichzeitig im Aufsichtsrat der Holding dieser beiden Zeitungen.

Im Bereich der fossilen Energien verdienen die Top 1 Prozent extrem viel Geld, während sie zugleich einen Großteil der sozialen und ökologischen Folgekosten auf die unteren 99 Prozent abwälzen. Damit diese Umverteilung funktioniert, braucht es besonders viel Machtwirtschaft, wofür es in dieser Branche neben KKR unzählige weitere Beispiele gibt. International bekämpfen die OPEC und andere fossile Interessengruppen den Ausbau der erneuerbaren Energien gleichermaßen offen und verdeckt: mit Lobbyismus, politischen Manövern, Propagandakampagnen und

Desinformation.¹⁵⁴ In Deutschland, das laut VDE »eines der stabilsten Stromnetze der Welt«¹⁵⁵ hat, wird intensiv unter anderem in den zwei Zeitungen des Axel-Springer-Konzerns die Angst vor Stromausfällen geschürt, um die Energiewende zu verzögern.¹⁵⁶ Diese Umgestaltung des Meinungsbildes ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass Kraftwerke aufgrund der hohen Investitionskosten nur von Großinvestoren mit viel Geld (Top 1 Prozent) gebaut werden können, die dann auch die Renditen vereinnahmen. Eine dezentrale Energieversorgung kann dagegen auch kleinteilig und dezentral finanziert werden. Es bleibt einfach mehr Gewinn bei den Bottom 99 Prozent, wenn Bürger*innen ihre eigene Solaranlage betreiben oder Windräder Privatpersonen und Bürgerbeteiligungen gehören.

Das derzeit beste Beispiel, wie aus Geld Macht und aus Macht noch mehr Geld wird, liefert der derzeit reichste Mann der Welt, Elon Musk. Musk kaufte im Oktober 2022 die Plattform Twitter für überbewertete 44 Milliarden US-Dollar. Die Plattform verlor durch die Abwanderung von Werbekunden und Nutzer*innen fast 80 Prozent ihres Wertes, wie der US-Finanzkonzern Fidelity errechnete. Im Juli 2023 war Musks Plattform nur noch rund 9,4 Milliarden US-Dollar wert.¹⁵⁷ Indem er alle Regeln außer Kraft setzte und die Plattform zu einem sicheren Hafen für Rassist*innen, Verschwörungstheoretiker*innen und Antisemit*innen machte, förderte Musk den Wahlsieg und erlangte die Gunst von Donald Trump. Unmittelbar nach dessen Wahlsieg stieg der Wert von Musks Beteiligungen und machte ihn über Nacht um 21 Milliarden US-Dollar reicher.¹⁵⁸ Einen Monat später, im Dezember 2024, als klar wurde, dass Musk mit einem Platz im Zentrum der Macht belohnt werden würde und die Regulierungen, die die Vermehrung seines Reichtums einschränken, abschaffen könnte, stieg sein Vermögen um weitere 114 Milliarden US-Dollar.¹⁵⁹ Dabei gab es in diesem Monat nicht viel Neues von seinen Unternehmen, das den Wertzuwachs erklären könnte, außer vielleicht ein Aktienrückkaufprogramm für SpaceX, das aber nur einen kleinen Teil des Vermögenszuwachses ausmacht. Keine neuen Ideen, Produkte, Prognosen oder Strategien, die eine Wertsteigerung erklären könnten, sondern nur mehr Macht, die Umverteilungsmaschinerie zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

Aus marktwirtschaftlicher Sicht war der Kauf von Twitter ein finanzielles Desaster mit einem Wertverlust von -34,6 Milliarden US-Dollar, aber er hat Musk viel neue Macht gegeben, die er wahrscheinlich in Gewinne umwandeln kann. Der Kapitalmarkt preist dies bereits ein, bei einem Vermögenszuwachs von 114 Milliarden US-Dollar bleibt

Musk auch nach dem Verlust bei Twitter noch ein Plus von rund 80 Milliarden US-Dollar. Aus machtwirtschaftlicher Sicht war der Kauf also äußerst erfolgreich.

Dass der Kapitalmarkt seine Bewertungen vollkommen losgelöst vom tatsächlichen Markt, also dem Wunsch der Konsument*innen, trifft, wird zwei Monate später deutlich, als Musks erratisches Verhalten so viele Konsument*innen ekelte und abschreckte, die eigentlich seine Produkte kaufen müssten. Teslas Absatz bricht ein und mit ihm auch der Aktienkurs.

Darüber hinaus bietet Musk unzählige weitere Beispiele dafür, wie politische Macht in wirtschaftliche Vorteile und Gewinne übersetzt werden kann. In China verklagt sein Unternehmen Menschen, die mit einem Tesla aufgrund eines technischen Defekts einen Unfall hatten und dies öffentlich machten.¹⁶⁰ Auch anderswo geht Tesla immer häufiger dazu über, kritische Kund*innen zu verklagen.¹⁶¹ In ganz ähnlicher Weise verklagt auch Twitter seine ehemaligen Werbepartner, die keine Werbung mehr auf Twitter schalten, auf Schadenersatz.¹⁶² Da sich diese Kunden nun nicht nur mit einem erratischen CEO, sondern auch mit einem hohen Regierungsfunktionär und Vertrauten des US-Präsidenten angelegt haben, dürften sich viele ehemalige Werbepartner zweimal überlegen, ob sie ihren Werbeboykott fortsetzen wollen. Nebenbei zeigen diese Beispiele auch, wie viel mehr Möglichkeiten die obersten 1 Prozent haben, ihr Geld in Diktaturen zu vermehren als in normalen rechtsstaatlichen Demokratien.

1.1.1 ReThink: Geld und Macht entkoppeln

Die bereits beschriebene Neugestaltung der Marktmechanismen würde es zum einen erheblich erschweren, Geld in politische Macht umzuwandeln und daraus wieder mehr Geld zu generieren. Zum anderen gäbe es gar nicht mehr die Notwendigkeit, weil das Vermögen nur noch vermehrt werden könnte, indem man Innovationen schafft, die die Gesellschaft weiterbringen. Womit der Markt zukünftig den größten Profit erwirtschaften sollte, können die Menschen über die Zielvorgaben in die digitale Währung wählen. Diese sorgt dann dafür, dass das, was die Ziele am besten erfüllt, am günstigsten ist, sodass über das Konsumverhalten der Markt in die entsprechende Richtung gelenkt wird. Machtwirtschaft und politische Einflussnahme sind so nicht mehr in Profit umzuwandeln.

1.1 Kapitalismus trifft Populismus

Wahrscheinlich oft ungewollt werden so durch die Mechanismen des Kapitals Prozesse in Gang gesetzt, die den idealen Nährboden für Populist*innen, insbesondere für den faschistischen Populismus, bereitstellen. Faschismus und Kapitalismus haben dabei einiges gemeinsam: Beide spielen mit den Ängsten und Wünschen der Menschen. Beide manipulieren und belügen die Menschen. Beide gehen von der Ungleichheit der Menschen aus. Wo faschistische Populist*innen den Wert des Menschen an Nationalität und rassistischen Stereotypen festmachen, knüpfen ihn die Kapitalist*innen an Vermögen und Einkommen. Für diese Einstellung bei den Eliten des Silicon Valley wurde sogar ein eigenes Wort kreiert, TESCREAL: »den tief verankerten Glauben an die angebliche Überlegenheit einer technologischen Elite gegenüber den minderwertigen Massen.«¹⁶³

Natürlich gibt es keine systematische Verschwörung der Top 1 Prozent gegen die Interessen der Menschheit. Aber einige der Defizite unseres Systems scheinen dem Populismus in die Hände zu spielen. Das ist sicherlich nicht absichtlich, mutwillig oder bösartig, aber auch kein Zufall. Viele Wissenschaftler*innen sind der Überzeugung, dass bereits die finanzielle Ungleichheit Populismus schafft.¹⁶⁴ Genauso sind viele Historiker*innen zu der Überzeugung gelangt, dass die Machtergreifung der NSDAP 1933 auch auf wirtschaftliche Aspekte zurückzuführen ist.¹⁶⁵

Ohne die Manipulation des Meinungsbildes könnte der Kapitalismus in einer Demokratie keine Umverteilung zulasten von 99 Prozent der Wähler*innen durchführen. Und so erschaffen die Kapitalist*innen häufig unbewusst unzählige Verfahren, Instrumente und Möglichkeiten, um die öffentliche Meinung zugunsten der Umverteilungsmaschinerie zu verändern. Natürlich sind in diese Instrumente keine Kontroll- oder Sicherheitsmechanismen eingebaut, und jeder mit Geld kann sich einkaufen. Ohne Kontrollmechanismen kann dabei nicht unterschieden werden, ob es sich um eine Kapitalistin oder einen Populisten, einen Faschisten oder eine feindliche Diktatur handelt.

Der Gesellschaftsforscher und Professor für Politische Ökonomie Philip Manow bezeichnet mehrheitsfähigen Populismus als politische Form einer Krise der Mittelschicht. Die politische Richtung des Populismus (rechts vs. links) hängt davon ab, ob es für die Mittelschicht eher kulturelle oder ökonomische Konflikte gibt. Wo kulturelle Konfliktlinien dominieren, erstarkt rechter Populismus. Wo ökonomische Konflikte im Vordergrund stehen, eher linker Populismus.¹⁶⁶

Sollten wir auf das Endgame des Kapitalismus zusteuern, werden die ökonomischen Konflikte unweigerlich zunehmen, was nach Manow zum Erstarken von linken Populist*innen führen müsste. Sollten linke Populist*innen an die Macht kommen, dann würde das wahrscheinlich zu einem erheblichen Macht- und Vermögensverlust der Top 1 Prozent führen. Auch wenn man die Krise der Mittelschicht lösen würde, indem man ihr mehr vom Kuchen überlässt, wäre das teuer für die Top 1 Prozent. Nur der Rechtspopulismus verspricht den Top 1 Prozent einen weiteren Vermögenszuwachs. Diese Zusammenhänge müssen vielen aus den Top 1 Prozent bewusst sein – sie müssen das System kennen, um aus den Systemschwächen ihren Reichtum zu generieren. Und so gibt es immer mehr prominente Beispiele, wo man nicht mehr von einer Verkettung unglücklicher Umstände oder dysfunktionalen Marktmechanismen sprechen kann, sondern wo Milliardär*innen mit viel Geld Rechtspopulist*innen ganz bewusst unterstützen.

In anderen Fällen sind es viele kleine Schritte, mit denen sich Top 1 Prozent und Populist*innen annähern. Wenn Populist*innen leichten Aufwind haben, rücken mehr Milliardär*innen heran, weil es machtwirtschaftliche Vorteile verspricht. Je stärker die Populist*innen werden, desto näher müssen die Top 1 Prozent heranrücken, um ihren Reichtum zu sichern.

Daneben gibt es unzählige weitere Bereiche, in denen sich Kapitalismus und Populismus gewollt oder ungewollt in die Hände spielen. Das fängt schon im Kindesalter an. Eltern, die durch Beruf und andere Belastungen wenig Zeit haben, sind versucht, ihre Kinder mithilfe einer der Suchtfallen des Kapitalismus ruhigzustellen – was sich negativ auf die Entwicklung auswirkt. Oder diese Eltern benötigen „funktionierende“ Kinder, was sich nicht selten in einem autoritären Erziehungsstil äußert. Wissenschaftliche Studien legen nahe, dass Menschen, die in autoritären und streng disziplinierten Familien aufwachsen, im Erwachsenenalter eher zu autoritären und populistischen Einstellungen neigen.¹⁶⁷

Was dem Populismus wohl am meisten in die Hände spielt, ist die Tatsache, dass der Kapitalismus eine kaum durchschaubare Komplexität aufgebaut hat, in deren Netz man sich schnell verlieren kann. Der Kapitalismus verspricht Fortschritt, lässt aber immer mehr Menschen zurück, die sich dann ausgeschlossen fühlen. Er spielt geschickt mit den Ängsten, Hoffnungen und Sehnsüchten der Menschen und enttäuscht in den allermeisten Fällen. So macht der Kapitalismus den Menschen das Leben schwer, ohne direkt in Erscheinung zu treten. Oder um es mit Marx zu sagen: »Wir fühlen vielleicht noch, dass wir beherrscht werden, aber wir können nicht mehr genau sagen, wodurch.«¹⁶⁹ »Wir sind Gefangene unserer eigenen Kreatur, Teile einer von Menschen gemachten Maschine, die ihr Programm unabhängig vom menschlichen Willen abspult – und doch von ihm angetrieben wird. Ihr und unser Überleben hängt wie ein Krebsgeschwür von ständigem Wachstum ab.«¹⁷⁰

Irgendwie ist es auch verständlich, dass sich in diesem komplexen, kaum lösbaren Dilemma manche Menschen von einfachen Lösungen verführen lassen. Ebenso verständlich ist der Wunsch mancher, in eine längst vergangene Zeit hoher Wachstumsraten zurückzukehren. So hoch, dass der Trickle-down-Effekt noch funktionierte, sodass ein bisschen Wohlstand bei allen ankam. Das ist natürlich nicht möglich. Aber seriöse Politiker*innen haben auch keine leicht erklärbare Alternative.

Eigentlich müsste die seriöse Politik die Menschen vor der Macht und Einflussnahme der Top 1 Prozent schützen. Der Wirtschaft klare Regeln mitgeben und so für faire Rahmenbedingungen sorgen, die der breiten Masse einen Vermögensaufbau ermöglicht. Genau das wollen die Top 1 Prozent aber verhindern und setzen dafür die Macht ihres Geldes ein. Und wenn seriöse Politiker*innen nicht in der Lage sind, die Menschen vor dem zu schützen, was sie wirklich bedroht, dann ist es für unseriöse Politiker*innen umso leichter, eine Bedrohung herbeizureden, die eigentlich marginal ist, vor der man die Menschen aber »schützen« kann. Und so erstarken die Populist*innen.

Karl Marx hat es schon vor 170 Jahren vorausgesagt: »von widersprechenden Forderungen gejagt [...] wie ein Taschenspieler in der Notwendigkeit, durch beständige Überraschungen die Augen des Publikums auf sich [...] gerichtet zu halten, [...] erzeugt [der Politiker] Anarchie selbst im Namen der Ordnung, während er zugleich die ganze Staatsmaschine [...] profaniert, sie zugleich ekelhaft und lächerlich

macht«. ¹⁷¹ Wie treffend dies doch zum Auftreten heutiger Populist*innen passt.

1.1.1 ReThink: Wirtschaftliche Teilhabe stärken, Ohnmacht abbauen

Populismus hat viele Ursachen – gleich mehrere davon könnte eine digitale Währung beseitigen. Durch neue Ziele in der Währung würde die automatische Kapitalkonzentration bei den Top 1 Prozent abgestellt und ein ausreichender Lebensstandard und Vermögenszuwachs für alle Menschen ermöglicht. Damit würden zentrale wirtschaftliche Gründe für radikales Wahlverhalten entfallen. Da viele Veränderungen in Zukunft einen finanziellen Vorteil für 99 Prozent der Menschen versprechen, dürfte die Aufgeschlossenheit gegenüber Wandel deutlich steigen.

Würde die digitale Währung dezentral von allen Menschen betrieben, und alle auch an der Wahl der Zielvorgaben beteiligen, würde das sehr wahrscheinlich das Zugehörigkeitsgefühl und das Vertrauen in die Gemeinschaft und das System stärken. Gleichzeitig würde die verursachungsgerechte Adressierung von Problemen dazu führen, dass künftig die Akteure Lösungen erarbeiten müssen, die zuvor von den Problemen profitiert haben – die breite Masse würde entlastet.

*Populist*innen leben von einfachen Lösungen für komplexe Probleme – Lösungen, die in der global vernetzten Welt selten funktionieren. Fast alle dieser komplexen Zusammenhänge sind aber über Geldströme miteinander verknüpft. Genau hier setzt eine digitale Währung an: Weil fast alles in unserer Welt auf Geld basiert und in Geld bewertet wird, könnten komplexe Probleme vollumfänglich erfasst werden und die unterschiedlichen Teilaspekte individuell adressiert werden. Die Wirtschaft darf selbst entscheiden, was der beste Weg ist, um die Probleme zu lösen. Der wirtschaftliche Erfolg wird dann daran gemessen, wie gut die jeweilige Problemlösung die Ziele in der Währung erreicht.*

Anstatt populistischen, stark vereinfachten Lösungen zu folgen, würden Probleme durch die Währung in messbare Ziele zerlegt. So werden die einfachen populistischen Lösungen überflüssig: Sie würden ersetzt durch einfache, klare Ziele, die jedoch die Komplexität der realen Welt berücksichtigen.

So entzieht eine digitale Währung dem Populismus systematisch seine wichtigsten Ressourcen: Angst, Ohnmacht und die Illusion einfacher Antworten.

*Neben dieser Objektivierung von Problemen gäbe es noch weitere Aspekte, die Populist*innen das Leben schwer machen würden. Ein demokratischer Aufbau der Währung würde sicherstellen, dass Änderungen der Ziele immer eine breite Mehrheit der Bevölkerung erfordern. Das nimmt regierenden Populist*innen viel Macht, denn die Steuerung der Gesellschaft würde weniger über Gesetze erfolgen.*

1.1 Medien in der Markt- und Machtspirale

Die Medienlandschaft wird auch als »Vierte Gewalt« im Staat bezeichnet, was ihre besonders wichtige Rolle bei der Verhinderung von Machtmissbrauch unterstreicht. Die Medienlandschaft soll – natürlich ohne gesetzlich verankerte Gewalt – durch wahrheitsgemäße Berichterstattung eine Kontrollfunktion über die drei Staatsgewalten Legislative, Exekutive und Judikative ausüben.

Wie problematische Marktanreize diese Rolle unbewusst untergraben, wurde bereits erwähnt. Gleichzeitig fällt es den Medien immer schwerer, ihrer Rolle in einer zunehmend polarisierten Gesellschaft gerecht zu werden. Sie werden von allen Seiten heftig kritisiert und können es niemandem mehr recht machen. Der Religions- und Politikwissenschaftler Michael Blume brachte es auf den Punkt:

»[Für die Medien, Verf.] ist [es] einfach unmöglich, dieser Polarisierung zu entkommen. Also folgen Privatkonzern-Medien eben den Vorgaben der Besitzer, und die ÖRR-Medien versuchen, das zu senden, was Quote bringt. False Balancing – einfach alle gleichermaßen zu Wort kommen zu lassen – funktioniere hier am besten. [...] Diese Argumente und Beobachtungen verstehe ich, halte sie jedoch im Ergebnis für fatal. So fiel mir bei dieser Bundestagswahl eine deutliche Diskursverschiebung zu kurzfristig beispielbaren Themen wie Migration, Terror und Ukraine auf, wogegen langfristige Themen wie Klimakrise, Demografie und Wirtschaft in den Hintergrund gerieten.«¹⁷²

Die durch Marktmechanismen erzeugte Fokussierung auf Themen, für die einfache, aber unrealistische Lösungen versprochen werden können, begünstigt also den Aufstieg von Populist*innen.

Manchmal ist das Zusammenspiel von Populist*innen und Medien aber auch viel direkter und gewollter. Manche Milliardär*innen bedienen sich selbst populistischer Narrative, um zu rechtfertigen, warum ihr Vermögen auf Kosten der unteren 99 Prozent wachsen darf. Und so bieten Milliardär*innen, die Medienunternehmen besitzen, Populist*innen manchmal bewusst eine Bühne, um ihre eigenen Interessen zu fördern. Denn populistische Botschaften erzielen eine hohe Aufmerksamkeit und polarisieren oft die öffentliche Meinung, was Klicks und Einschaltquoten und damit die Einnahmen steigert. Zudem wettern Populist*innen gerne gegen etablierte Eliten oder das politische System, was die darüber berichtenden Medienunternehmen als »volksnah«, »unabhängig« oder »Stimme der Volksmeinung« erscheinen lässt.

Auch in der Medienlandschaft gilt das Prinzip »Wachse oder weiche«, sodass letztlich einige wenige Unternehmen die Medienlandschaft dominieren. Im Kapitalismus müssen dies unweigerlich die profitabelsten Unternehmen sein, sodass der Eigentümer höchstwahrscheinlich ein Milliardär ist. Und da, wie beschrieben, diejenigen mit narzisstischen Nöten bevorteilt werden, ist es gar nicht so unwahrscheinlich, dass dieser Eigentümer ein narzisstischer Milliardär ist. Ähnlich wie Populist*innen streben Narzisst*innen nach immer mehr Macht und Einfluss, was in der Medienwelt bedeutet, dass Inhalte gefördert werden, die Aufmerksamkeit erregen, auch wenn sie kontrovers oder spaltend sind. Von sich selbst absolut überzeugt und in dem Glauben, jede Situation kontrollieren zu können, erwartet der Narzisst vermutlich auch die Kontrolle über die Populist*innen und verspricht sich gegebenenfalls eigene wirtschaftliche Vorteile durch seine politische Einflussnahme.

Die Zusammenarbeit von Populisten und Medien ist auch keine neue Entwicklung. Schon der Medienunternehmer Alfred Hugenberg, der mit seinem Hugenberg-Konzern etwa die Hälfte der damaligen deutschen Presse kontrollierte, trug mit seiner nationalistischen und antidemokratischen Propaganda maßgeblich zur Zerstörung der Weimarer Republik bei.¹⁷³ Hugenberg glaubte, die Nazis als Verbündete gewinnen zu können. Er wollte Hitler, wie er es selbst formulierte, »einrahmen« und damit

zählen.¹⁷⁴ Doch nach Hitlers Machtergreifung wurde Hugenberg von den Nationalsozialisten zunehmend an den Rand gedrängt. Trotz anfänglicher Ministerämter verlor er rasch an Einfluss und trat bereits 1933 von allen Minister- und Parteiämtern zurück. Hätte er seine Entmachtung nicht resigniert hingenommen, wäre er möglicherweise Opfer der »Röhm-Morde« geworden. Seine Unternehmen wurden verstaatlicht.¹⁷⁵

Trotzdem gibt es auch heute noch genügend Kapitalist*innen, die sich von den Populist*innen Vorteile versprechen. Zu verlockend scheinen die Versprechungen auf schnelle Kapitalvermehrung für die Kapitalist*innen zu sein. Da Populist*innen tendenziell weniger am Wohlergehen der Bevölkerung interessiert sind, sondern eher von der Angst und dem Druck in der Gesellschaft profitieren, sind sie gerne bereit, das Wohlergehen der Menschen für ihre eigenen Vorteile zu opfern, was den Kapitalist*innen die ultimative Möglichkeit bietet, ihr Stück vom Kuchen auf Kosten der unteren 99 Prozent zu maximieren. An dieser Stelle muss noch einmal, aber diesmal zum letzten Mal, der reichste Mensch der Welt, Elon Musk, erwähnt werden. Nachdem er, wie bereits angesprochen, dem amerikanischen Populisten Trump zum Sieg verholfen hatte, um sein Vermögen zu vermehren, machte er danach offen Wahlwerbung für die rechtspopulistische AfD. Und lobte dabei ausdrücklich die Ansätze der AfD zum »Abbau staatlicher Überregulierung, zur Steuersenkung und zur Deregulierung des Marktes«.¹⁷⁶ Dahinter könnten mehrere machtwirtschaftliche Motive stecken:

- Zum einen wäre ein direkter Zusammenhang denkbar: Sein deutsches Tesla-Werk ist bereits dafür bekannt, dass sich beim Umgang mit den Arbeiter*innen nicht an geltendes Recht gehalten wird – zum Beispiel indem Löhne im Krankheitsfall einbehalten werden. Von der AfD könnte er sich einen weiteren Abbau des Arbeitnehmerschutzes und der Arbeitnehmerrechte versprechen, genauso wie den weiteren Abbau von Regulierung oder Steuersenkungen. Dabei scheint es ihm egal zu sein, dass die AfD nicht die Partei ist, von deren Wahlprogramm er direkt am meisten profitieren würde. Vielmehr scheint es ihm darum zu gehen, die sich bietende Bühne zu nutzen, um Zweifel zu säen und das liberaldemokratische System weiter zu schwächen. Was an seiner Argumentation stimmt, spielt dabei keine Rolle – solange nur der Zweifel bleibt. Die deutsche Politikerin Saskia Esken brachte es schön auf den Punkt: »Demokratien sind ihm [Elon Musk] im Weg, Arbeitnehmerrechte und solche

Fragen sind ihm im Weg für seine Geschäfte, und da versucht er, Einfluss zu nehmen.«¹⁷⁷ Elon Musk profitiert, wie alle Top 1 Prozent, von einem schwachen Staat, der nicht in der Lage ist, die Interessen seiner Bürger*innen gegen die Interessen der Wirtschaft durchzusetzen.

- Aber auch ein indirektes Ziel ist denkbar, denn die konsequente Ablehnung der Elektromobilität durch die AfD würde die Transformation der deutschen Automobilindustrie erschweren, wodurch Musk weniger Konkurrenz für Tesla befürchten müsste.

Veröffentlicht wurde die Wahlwerbung übrigens als Gastbeitrag in der Welt am Sonntag, der Zeitung, die dem Hedgefonds KKR mit dem großen Investment in fossile Energie und dem Milliardär Döpfner gehört. Dieser Milliardär hatte übrigens auch schon Musk zum Kauf von Twitter geraten.¹⁷⁸ Meist sind die Zusammenhänge im Kapitalismus komplex und schwer nachzuvollziehen, hier jedoch sind die Zusammenhänge und die Ziele der Akteure ziemlich deutlich. Deutschland ist dabei kein Einzelfall. In den USA betreibt Fox die reichweitenstärksten Nachrichtenmagazine. Dort werden hemmungslos Falschmeldungen verbreitet.¹⁷⁹ Der bereits erwähnte Eigentümer Rupert Murdoch ist natürlich Milliardär und hat den Populist*innen die Präsenz verschafft, die es ihnen ermöglichte, den Präsidenten zu stellen.

1.1.1 ReThink: Gemeinwohlbasierte Medienökonomie schaffen

Eine demokratisch gestaltete digitale Währung könnte neue Wege eröffnen, unabhängigen Journalismus wieder zu stärken. Über transparente, gemeinwohlorientierte Mechanismen wie öffentlich verwaltete Medienfonds oder genossenschaftliche Beteiligungsmodelle könnten Medien ohne Abhängigkeit von Konzernen oder Werbekunden finanziert werden.

*Auch könnten Konsument*innen mit Mikropayments direkt einzelne Artikel oder Journalist*innen unterstützen – nicht mehr über Klicks und Werbung, sondern gezielt über inhaltliche Qualität.*

*Während Konsument*innen gezielt einzelne Inhalte bezahlen könnten, würde gleichzeitig sichtbar, woher größere Finanzierungen stammen. Die digitale Währung könnte automatisch erkennen und auch anzeigen, ob das Geld für die*

Berichterstattung etwa von Konzernen, NGOs, politischen Parteien oder der Allgemeinheit stammt.

*So könnten Leser*innen sofort erkennen, ob ein möglicher Interessenkonflikt besteht. Gleichzeitig würden Mechanismen, die einer Kapitalkonzentration entgegenwirken, auch die Monopolisierung der Medienlandschaft erschweren. Kleine Zeitungen und alternative Plattformen hätten wieder echte Chancen zu wachsen. Die Berichterstattung würde vielfältiger, unabhängiger und heterogener.*

Intelligente und gemeinwohlorientierte Algorithmen und Reputationssysteme könnten sicherstellen, dass nicht bloße Reichweite, sondern gesellschaftliche Relevanz honoriert wird. Inhalte, die differenziert informieren, Zusammenhänge herstellen und zur demokratischen Meinungsbildung beitragen, würden systematisch gestärkt – finanziell wie kulturell.

So könnte ein demokratisch gestaltetes Geld helfen, die Medienlandschaft wieder aus der reinen Marktlogik zu befreien – und die Medien erneut zu dem machen, was sie für eine freiheitliche Gesellschaft sein müssen: eine starke, unabhängige vierte Gewalt.

Teil 3: Zukunftsvision – ein gerechter Kapitalismus

1.1 Kapital nicht den Kapitalist*innen überlassen

In den ersten beiden Teilen wurde versucht, exemplarisch aufzuzeigen, warum die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte keine zufälligen Fehlentwicklungen, sondern strukturelle Defizite unseres Systems sind. Kapitalismus strebt unaufhaltsam nach Profit und Wachstum – was viele Errungenschaften hervorgebracht hat, aber auch schwerwiegende Nebenwirkungen wie wirtschaftliche Ungleichheit und soziale Instabilität. Karl Marx war einer der ersten, der diese Mechanismen in aller Klarheit dokumentierte. Seine Analysen waren präzise, doch die daraus abgeleiteten Lösungen erwiesen sich als fatal falsch: Er glaubte, dass der Kapitalismus zwangsläufig in einer demokratischen Revolution münden würde, die eine freie, kommunistische Gesellschaft ohne Privateigentum, aber mit selbstbestimmten Menschen hervorbringt.¹⁸⁰

Die Realität sah anders aus. Alle Revolutionen, die sich auf Marx beriefen, endeten in autokratischen Regimen, deren Führungsriege sich an Macht und Geld bereicherten, ohne sich tatsächlich für die Rechte der Menschen einzusetzen. Statt einer freien Gesellschaft entstanden autoritäre Systeme, die die Bevölkerung noch stärker unterdrückten als die kapitalistische Alternative.¹⁸¹

China hat als eines der letzten großen Länder, die sich offiziell auf Marx berufen, einen einzigartigen Weg gefunden, den Kapitalismus zu integrieren. Bei der wirtschaftlichen Öffnung erinnerte sich wohl jemand an Marx' Analysen und kam zu dem Ergebnis, dass der Kapitalismus ein Spiel ist, bei dem von Anfang an feststeht, dass wenige gewinnen und viele verlieren und dass vor allem Späteinsteiger kaum eine Chance haben, mit den etablierten Wirtschaftsmächten mitzuhalten. Also entschied sich China, nicht alle Spielregeln zu akzeptieren.

Das Land setzte auf systematisches Kopieren von Technologien, industrielle

Spionage, massive staatliche Subventionen, erzwungene Partnerschaften durch Joint Ventures und die Schaffung extremer wirtschaftlicher Abhängigkeiten des Westens von China. Dadurch konnte China seine eigene Wirtschaft stärken und den Nachteil des späten Einstiegs in das kapitalistische System ausgleichen. Zudem führte die Regierung wirtschaftliche Mehrjahrespläne ein – diese langfristigen Vorgaben und Leitplanken sind dem Kapitalismus eigentlich fremd. Dies gab dem Markt und damit dem Kapital eine langfristige Strategie, nach der Konzerne planen konnten. Darüber hinaus verfolgt China eine rigorose Strategie gegen etwaige großwahnsinnige Ambitionen der eigenen Kapitalelite: Milliardäre, die zu viel Macht ansammeln, verschwinden temporär oder werden politisch entmachtet.¹⁸²

So wurden dem Kapitalismus deutlich strengere Spielregeln gegeben als in den liberalen westlichen Demokratien, auch wurde er in gewissem Maße steuerbar gemacht. So führte Chinas Sonderweg zu einer breiteren Wohlstandsverteilung in der Bevölkerung – eine Entwicklung, die viele westliche Länder nicht mehr vorweisen können. Doch dieser Wohlstand wurde zu einem hohen Preis erkaufte: Der Werkzeugkasten, mit dem man die Spielregeln hätte aushebeln können, wurde so stark auseinandergenommen, dass nicht nur die Top 1 Prozent, sondern auch kein anderer die Instrumente nutzen kann: zum Beispiel durch die Einschränkungen der freien Meinungsäußerung und von Freiheitsrechten, die Abschaffung von Wahlen, die strikte Kontrolle von Social Media und das Verbot unabhängiger politischer Parteien. All das waren Elemente, die die Top 1 Prozent bei uns zur Sicherung ihres Vermögenswachstums nutzten, in China ist nichts davon mehr möglich. Vielleicht erklärt dies auch die weitverbreitete Angst westlicher Kapitaleliten vor China: Dort wurden die Spielregeln des Kapitalismus so angepasst, dass die Top 1 Prozent keine Macht mehr durch ihr Kapital ausüben können, so haben sie ihre beherrschende Kontrolle verloren.

Trotz dieser Besonderheiten bleibt Chinas Sonderweg keine echte Alternative. Die strikten staatlichen Eingriffe in den Markt können so nur durch eine Diktatur erfolgen. Denn es müssen Menschenrechte massiv eingeschränkt werden, und gleichzeitig ist man dennoch weiterhin auf stetiges Wachstum angewiesen.

Gegen den Kapitalismus hat sich in der Geschichte keine Alternative behaupten können, sodass er heute unantastbar erscheint. Wie eine Alternative zur jetzigen Form aussehen könnte, dazu fehlt jede Vorstellung. Und doch sollten wir intensiv darüber

diskutieren, wenn wir die Gesellschaft und den Planeten bewahren wollen.

Aktuell bietet sich eine Möglichkeit, die bisher kaum beachtet wurde. Es ist auch keine Alternative zum Kapitalismus, sondern eher eine Adjustierung, bei der die Nachteile abgeschaltet werden, die Vorteile aber bestehen bleiben.

Wenn Geld das Bindeglied ist, das fast alle unsere Probleme miteinander verbindet, dann sollte es ausreichen, dieses Bindeglied neu auszurichten, um eine Vielzahl von Problemen zu lösen. Da passt es gut, dass derzeit an digitalem Geld gearbeitet wird. Wenn wir dieses digitale Geld mit dem richtigen Programmcode ausstatten können, dann wird dem Geld die Fähigkeit genommen, Monopole zu fördern, übermäßige und verspiegelte Macht auszuüben oder Profite aus gesellschafts- und planetenzerstörendem Verhalten zu generieren. Das Ganze hätte den großen Vorteil, dass es nur eine Anpassung wäre, die problemlos in die bestehenden Strukturen integriert werden könnte. Das ermöglicht einen sanften Übergang. Gleichzeitig kann digitales Geld sehr demokratisch und dezentral gestaltet werden und so unser System sanft transformieren. Die folgenden Seiten sollen Anstöße geben und zum Nachdenken anregen, wie dies aussehen könnte, ohne zu unterstellen, dass dies der einzig mögliche Weg wäre.

Laut einer Studie des Atlantic Council prüfen derzeit 134 Zentralbanken die Einführung digitaler Zentralbankwährungen (Central Bank Digital Currencies, CBDCs).¹⁸³ Fast die Hälfte dieser Länder befindet sich in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium auf dem Weg zu digitalem Geld, wobei 44 Länder bereits Pilotprojekte durchführen. Gleichzeitig arbeiten mehrere große Tech-Giganten an ihrem eigenen digitalen Geld. Dass man bisher noch nicht daran gedacht hat, diese Geldumstellung zu nutzen, um unsere geldbezogenen Probleme in den Griff zu bekommen, liegt wahrscheinlich wieder an dem bereits beschriebenen Phänomen der »Vereinnahmung durch Sachkompetenz«. Alle, die sich derzeit mit digitalem Geld beschäftigen, werden eine große Affinität zum Thema Geld haben und daher darauf achten, dass seine Entwicklung ihre Nähe zum Geld und damit ihre Machtbasis nicht gefährdet.

1.1 Der eEuro – Stand und Diskussionen

Der digitale Euro (eEuro oder D€) ist die von der Europäischen Zentralbank (EZB) geplante digitale Währung. Der folgende Abschnitt behandelt ausschließlich den aktuellen Stand der Einführung sowie die Diskussionen hierzu:

Bürger*innen im Euroraum sollen mit dem eEuro eine sichere und effiziente Zahlungsmöglichkeit geboten bekommen, die unabhängig von privatwirtschaftlichen Zahlungsanbietern wie Kreditkartenfirmen oder Tech-Konzernen funktioniert. Seit November 2023 befindet sich das Projekt in der Vorbereitungsphase, in der technische und regulatorische Aspekte geprüft werden.¹⁸⁴ Eine endgültige Entscheidung über die Ausgestaltung und Einführung wird bis Ende 2025 erwartet.¹⁸⁵ Gleichzeitig mehren sich die Bedenken, nicht nur von Politiker*innen und Wirtschaftsexpert*innen, sondern auch von Verbraucherverbänden und Nichtregierungsorganisationen.

Besonders kritisch wird die Frage des Datenschutzes gesehen. Während Bargeld anonyme Zahlungen ermöglicht, könnte der digitale Euro zu einer stärkeren Überwachung des Zahlungsverkehrs führen. Die Gesellschaft für Informatik sowie das Zentrum verantwortungsbewusste Digitalisierung warnen davor, dass eine schleichende Bargeldverdrängung die informationelle Selbstbestimmung der Bürger*innen, also das Recht des Einzelnen, selbst über die Weitergabe und Verwendung seiner personenbezogenen Daten zu bestimmen, gefährden könnte. Jede digitale Transaktion hinterlässt Spuren, die theoretisch von staatlichen Stellen oder Finanzinstituten analysiert werden könnten. Damit bestünde das Risiko, dass der digitale Euro als Instrument staatlicher Kontrolle genutzt wird – ein Umstand, der gerade in Krisenzeiten missbraucht werden könnte.¹⁸⁶

Auch die technische Stabilität wird als potenzielles Risiko betrachtet. Der jüngste Ausfall des EZB-Überweisungssystems Target 2 hat die Diskussion um die technologische Sicherheit eines digitalen Euros weiter angeheizt. Der mehrstündige Ausfall des Zahlungssystems im Februar 2025 führte zu erheblichen Verzögerungen im Zahlungsverkehr und ließ Zweifel aufkommen, ob die EZB in der Lage ist, ein

hochkomplexes digitales Währungssystem zuverlässig zu betreiben.¹⁸⁷ Ein Systemausfall beim digitalen Euro hätte gravierende Folgen, denn anders als beim Bargeld könnte durch einen technischen Defekt oder einen Cyberangriff das tägliche Leben nahezu stillgelegt werden. Was schnell existenzbedrohend für viele Bürger*innen werden kann. Länder wie Norwegen, wo digitale Zahlungen, zum Beispiel über Kreditkarten, bereits der Standard sind, denken gerade darüber nach, die Einzelhändler gesetzlich dazu zu verpflichten, Bargeld anzunehmen, sodass im Falle eines Cyberangriffs weiterhin Zahlungen möglich sind.

Neben den technischen Herausforderungen und der Stabilität stehen auch wirtschaftspolitische Fragen im Raum. Viele NGOs fürchten, dass der digitale Euro Regierungen ein neues Steuerungsinstrument in die Hand gibt, das zweckentfremdet werden kann: Programmierbares Geld, das beispielsweise Negativzinsen ermöglicht oder für bestimmte Zwecke gesperrt werden kann, wäre eine massive Einschränkung der finanziellen Freiheit der Menschen. Zwar beteuert die EZB, dass der digitale Euro keine solchen Einschränkungen enthalten werde, doch Kritiker*innen befürchten, dass solche Maßnahmen in Krisenzeiten doch eingeführt werden könnten.

Auch ist der digitale Euro Projektionsfläche für zahlreiche Verschwörungsfanatiker*innen, die Geld und auch die Weiterentwicklung, digitales Geld, in Verbindung mit ihren antisemitisch-rassistischen Weltverschwörungstheorien bringen. Da dies ohne jedwede rationale Begründung erfolgt, muss darauf nicht weiter eingegangen werden.

Trotz der genannten Risiken gibt es auch Chancen. Die Verbraucherzentrale Bundesverband sieht den digitalen Euro als öffentliches Gut und betont die Möglichkeit, den digitalen Zahlungsverkehr verbraucherfreundlicher zu gestalten.¹⁸⁸ Eine digitale Währung, die nicht von privaten Zahlungsanbietern abhängig ist, könnte das Finanzsystem stabilisieren und für mehr Sicherheit im Zahlungsverkehr sorgen.¹⁸⁹

Verbraucherverbände fordern, dass der digitale Euro offline verfügbar ist sowie Bargeld erhalten bleiben muss, um weiterhin eine unabhängige Zahlungsmöglichkeit zu bieten. Zudem müsse sichergestellt werden, dass der digitale Euro keine programmierbaren Einschränkungen enthält und anonyme oder zumindest datensparsame Zahlungen möglich bleiben.

Um die Bedenken der NGOs und Verbraucherverbände zu adressieren, liefert der

folgende Lösungsansatz diese Ideen:

- Die Stabilität des digitalen Euros soll durch ein **dezentrales Betriebskonzept** gesichert werden, an dem alle Bürger*innen direkt beteiligt sind. Anstatt auf eine zentralisierte Infrastruktur angewiesen zu sein, würde der digitale Euro durch eine Vielzahl unabhängiger Knotenpunkte betrieben werden. Ein Knotenpunkt, gebräuchlicher ist der englische Begriff »Nodes«, ist ein Punkt im Netzwerk, der Informationen überprüft und weitergibt. Dabei stellt jeder Knotenpunkt etwas Rechenleistung und Speicherplatz bereit, die für den Betrieb der digitalen Währung benötigt werden. Gibt man nun jedem oder jeder Bürger*in, auch denen ohne technisches Wissen, die Möglichkeit sowie die finanziellen Anreize, einen eigenen Knotenpunkt zu betreiben, dann wird die Währung nicht mehr von wenigen großen Servern betrieben, sondern von zum Beispiel 342 Millionen kleinen Knoten, also ein Knoten von jeder Bürger*in der Eurozone. Dies minimiert das Risiko technischer Ausfälle oder gezielter Angriffe auf zentrale Server.
- Die bereits von der EZB vorgesehene Offline-Fähigkeit würde auch ohne Internetverbindung weitere Zahlungen ermöglichen.
- Der Schutz persönlicher Daten wird durch **Open-Source-Technologie und dezentrale Datenspeicherung** gewährleistet. Jede*r Bürger*in besitzt seine oder ihre eigenen Daten physisch auf einem persönlichen Speicher. Er oder sie kann den Zugriff darauf nach Belieben steuern und einschränken.
- Während Unternehmen und Institutionen für die folgende Utopie ihren Zahlungsverkehr auf den digitalen Euro umstellen müssten, bleibt für Privatpersonen die Nutzung von Bargeld ganz normal möglich.
- Programmierbare Einschränkungen wären in diesem Konzept zwar möglich, aber nicht, ohne dass eine demokratische Mehrheit von mindestens 50 Prozent der Bürger*innen diese in die Währung wählt. Jeder Eingriff in die Nutzungsmöglichkeiten des digitalen Euros müsste somit in einer demokratischen Abstimmung von der Mehrheit der Bevölkerung beschlossen werden. Natürlich sind 50 Prozent für eine Vorgabe immer noch nicht ideal, um Minderheiten bestmöglich zu schützen, aber eine deutliche Verbesserung zum heutigen Status quo, wo 1 Prozent durch die Macht ihres Geldes den politischen und gesellschaftlichen Diskurs stark beeinflusst.
- Zur Wahrung der Anonymität erfolgt **jede Zahlung ohne Nennung des Klarnamens, sondern nur mit einer zufällig generierten ID-Nummer, die**

ausschließlich in der persönlichen digitalen Brieftasche des Nutzers oder der Nutzerin gespeichert wird. Diese IDs werden nur an den lokalen, privaten Datenspeicherorten der jeweiligen Person zugeordnet. Das macht es fast unmöglich, das individuelle Konsumverhalten aus den Zahlungsvorgängen abzuleiten.

- Darüber hinaus haben **Bürger*innen die volle Kontrolle darüber, welche Daten sie in ihrem lokalen, privaten Datenspeicher speichern.** Sensible Informationen, die eine diskriminierende Unterteilung der Menschen ermöglichen könnten, werden gar nicht erst an die persönlichen Datenspeicher weitergegeben. Ohne diese Daten wäre es technisch unmöglich, dass ein Algorithmus die Menschen aufgrund von Herkunft, Religion, Geschlecht oder anderen sensiblen Merkmalen finanziell oder wirtschaftlich benachteiligt.

Die folgende Utopie verfolgt das Ziel, den digitalen Euro so zu gestalten, dass er sowohl den technologischen Fortschritt als auch die individuellen Freiheiten der Bürger*innen vereint. Die Umsetzung dieser Prinzipien würde nicht nur die Akzeptanz des digitalen Euros erhöhen, sondern auch sicherstellen, dass er als gemeinwohlorientiertes Finanzinstrument funktioniert – ohne die Risiken einer zentralisierten Überwachung oder finanziellen Kontrolle.

1.1 Der Weg in eine gerechtere Zukunft

Um den Weg zu einer gerechteren und nachhaltigeren Gesellschaft greifbar zu machen, wird im Folgenden ein vereinfachtes Zielbild beschrieben. Es dient dazu, sich diese neue Zukunft besser vorzustellen, ohne jedoch eine starre Blaupause vorzugeben. Denn heute benötigen wir noch keinen bis ins letzte Detail durchdefinierten Plan – vielmehr müssen wir die richtigen Grundlagen schaffen, auf denen ein solches System aufgebaut werden kann.

Ein erster Schritt wurde bereits getan: Zahlreiche Zentralbanken arbeiten an der Einführung digitaler Zentralbankwährungen. Diese werden in der Regel als »Central Bank Digital Currency« oder kurz »CBDC« bezeichnet. Diese Entwicklung kann als Ausgangspunkt dienen, um durch gezielte Anpassungen unser Wirtschaftssystem umzugestalten. Dafür müssten, vereinfacht dargestellt, die folgenden Schritte

durchgeführt werden:

1. **Geld als transparente Datenquelle:** Da in unserer Welt fast alles auf Geld basiert, könnte eine digitale Währung anhand der Zahlungsströme fast alle für diese Utopie notwendigen Daten automatisch sammeln. Beispielsweise könnte der CO₂-Fußabdruck eines Produkts anhand der Menge und Art der eingekauften Treibstoffe, Energie und anderer Rohstoffe ermittelt werden. Alle dafür notwendigen Daten liegen bereits in den ERP-Systemen der Unternehmen vor. ERP-Systeme sind Systeme wie SAP, mit deren Hilfe große Firmen ihre Produktion planen oder auch die Herstellkosten für ihre Produkte ermitteln. Bei der Entwicklung der Währung müssen nur Schnittstellen definiert werden, damit die Daten aus den ERP-Systemen der Unternehmen an die Währung übergeben werden können. Die Währung gibt diese Daten dann über alle Zahlungen in der Lieferkette weiter – und schon haben die Produkte alle Informationen, um sie auch nach nicht finanziellen Kriterien (wie zum Beispiel die Menge von CO₂ oder anderer wichtiger Kennzahlen, englisch KPIs) zu bewerten.
2. **Dezentrale Datenspeicherung und demokratische Kontrolle:** Wie bereits erwähnt, soll jede Person und jedes Unternehmen über einen eigenen sicheren Datenspeicher verfügen, der dezentralisiert ist, das heißt nicht auf einem großen Server liegt, sondern auf vielen kleinen Speichern, die den Personen gehören, die ihre Daten dort ablegen. Im Folgenden wird dieser Datenspeicher als **»persönliche digitale Brieftasche«** bezeichnet – die Daten werden bei jedem Bezahlvorgang automatisch mit der Zahlung dort abgelegt. Bürger*innen können selbst bestimmen, welche Daten sie weitergeben möchten – und damit digitale Privatsphäre wahren.
Diese unzähligen dezentralen Speicher würden dann gleichzeitig als Knoten für die digitale Währung dienen und Speicherplatz und Rechenleistung für den Betrieb der digitalen Währung bereitstellen, sodass der Betrieb der Währung bei jedem und jeder einzelnen Bürger*in liegt. Dadurch würde eine wirklich demokratische und unabhängige Währung geschaffen.
3. **Automatisierung der Bürokratie durch intelligente Algorithmen:** Sind die ersten Schritte erledigt, kann die digitale Währung einfach nur Daten sammeln und speichern. Damit können durch Algorithmen Prozesse vereinfacht und Bürokratie abgebaut werden.
Ein Beispiel: Der Kauf eines neuen Autos. Statt umständlich ein Kennzeichen bei

der Zulassungsstelle zu beantragen, könnte ein Open-Source-Programm in den persönlichen Datenspeicher geladen werden, welches prüft, ob die Käuferin für das Fahrzeug und die TÜV-Abnahme bezahlt hat und ob sie über eine gültige Kfz-Versicherung und einen Führerschein verfügt. Das Programm schließt aus den Daten, dass sie ein neues Auto besitzt und zulassen darf. Es speichert diese Information als Siegel in ihrem Geld, sendet den notwendigen Teil der Informationen an die Kfz-Meldestelle und löscht sich danach wieder. Das passiert alles automatisch. Mit diesem Siegel im Geld kann die Käuferin des Autos neue Nummernschilder beim Drucker bestellen, bezahlen und am Auto anbringen. Der ganze Prozess kann völlig unbürokratisch erfolgen. Das Gleiche gilt zum Beispiel für einen Biobauern, der anhand seiner Zahlungen automatisiert nachweisen kann, dass er keine verbotenen Pestizide gekauft hat und zu Recht Bioprodukte verkaufen darf.

Ab diesem Zeitpunkt erleichtert eine digitale Währung das Leben der Menschen und Unternehmen.

4. **Dynamische Besteuerung zur Förderung nachhaltiger Märkte:** Sobald diese Grundlagen geschaffen sind, könnten erste Steuermechanismen in die Währung integriert werden, um nachhaltiges Wirtschaften gezielt zu fördern. Vorstellbar wäre, dass ein dynamisches Steuersystem Waren innerhalb derselben Warengruppe gegeneinander antreten lassen kann: Die Produkte mit der besten Erfüllung gesellschaftlicher Ziele – beispielsweise CO₂-Reduktion oder faire Löhne – würden gar nicht oder nur gering besteuert, während Produkte mit schlechteren Zielerreichungen höher besteuert würden.

Dadurch würde innerhalb jeder Warengruppe ein Wettbewerb um die nachhaltigsten und sozial gerechtesten Produktionsbedingungen entstehen. Unternehmen, die umweltschonend und ethisch vertretbar produzieren, hätten automatisch einen finanziellen Vorteil, weil ihre Produkte am Markt günstiger angeboten werden können, während umweltschädliche und unfaire Geschäftsmodelle unrentabel würden.

Langfristig könnten alle anderen Steuern durch dieses System ersetzt werden, sodass Unternehmen mit den besten Produktionsbedingungen für Mensch und Umwelt gar nicht mehr besteuert würden und den maximalen Profit erzielen könnten.

5. **Zahlungen an Bedingungen knüpfen – für mehr Sicherheit und Transparenz:** Ein großer Vorteil digitaler Währungen liegt darin, dass bestimmte

Zahlungen gezielt reguliert oder an Bedingungen geknüpft werden können. Beispielsweise könnte die Bezahlung einer Waffe nur dann möglich sein, wenn der Käufer über eine gültige Waffenbesitzkarte verfügt. Ohne diese ist es nicht möglich, die Waffe zu bezahlen. Auch illegale Geschäftsmodelle könnten durch die Währung aufgedeckt werden. Verkauft beispielsweise jemand in großem Stil gestohlene Waren, erkennt die Währung, dass der entsprechende Wareneinkauf fehlt. Das System könnte dabei flexibel eingestellt werden, sodass gelegentliche private Verkäufe problemlos bleiben, während groß angelegte Schwarzmarktaktivitäten verhindert würden. Unseriöse Geschäftsmodelle, wie zum Beispiel der methodische Vertrieb von nutzlosen Abonnements, erkennt die Währung daran, dass vielen Einzahlungen keine Ausgaben gegenüberstehen, die zu einer Leistung für die Kund*innen führen könnten. Ebenso könnten Preisabsprachen in der Baubranche identifiziert werden, da die Währung merkt, wenn die Margen bei einem Projekt überdurchschnittlich hoch sind. Sozialbetrug durch den Missbrauch falscher Identitäten würde erschwert, da neben gefälschten Ausweispapieren auch noch der Zahlungsstrom eines existierenden Menschen nachgebaut werden müsste: Mietausgaben, Arztkosten oder Lebensmitteleinkäufe.

Die Währung prüft all dies für den oder die Dateneigentümer*in immer nur lokal im jeweiligen privaten Datenspeicherort. Keine Daten gehen nach außen.

Eine demokratische Ausgestaltung der Währung würde sicherstellen, dass nur die Bedingungen in die Währung einfließen, die eine Mehrheit der Menschen will.

6. **Manipulation verhindern durch Transparenz in den Geldströmen:** Digitale Währungen könnten auch dazu beitragen, politisch motivierte Manipulationen anhand der Geldströme aufzudecken. Beispielsweise könnten unauffällige, aber systematische Bestechungen identifiziert werden: Erhält ein Politiker zusätzlich zu seinen regulären Bezügen vom Staat eine Zahlung ohne Gegenleistung, wäre dies ein Indiz für Korruption. Dabei ist ein Mechanismus wie »Keine Zahlung ohne Gegenleistung« elementar wichtig. Denn allgemein sollte nicht erkennbar sein, wer wem gerade Geld überweist. Damit die allermeisten Zahlungsempfänger und -absender anonym bleiben können und trotzdem mehr Transparenz entsteht, müsse die Anonymität bei Zahlungen ohne Gegenleistung aufgehoben werden. Das könnte auch flexibel eingestellt werden, sodass zum Beispiel kleinere Überweisungen zwischen Privatpersonen oder im Familienkreis auch ohne Gegenleistung anonym erfolgen können. Sollte aber eine

Briefkastenfirma, die keinen Geschäftsbetrieb hat und somit auch kein Produkt als Gegenleistung verkaufen könnte, Geld erhalten, dann müsste hier die Anonymität aufgehoben werden und der Zahlungsempfänger und -absender in ihrem Klarnamen erfasst werden. Genauso wie bei einer größeren Überweisung aus dem Ausland an eine Politikerin oder einen Meinungsmacher. Auch gezielte Einflussnahmen auf Medien könnten verhindert werden. In einer digitalen Währung könnte beispielsweise festgelegt werden, dass Investoren aus demokratiefeindlichen Systemen keine Anteile an nationalen Nachrichtenunternehmen erwerben dürfen, um die mediale Unabhängigkeit zu sichern. Der »Keine Zahlung ohne Gegenleistung«-Mechanismus verhindert dabei, dass kein Netz aus Beteiligungs- und Briefkastenfirmen genutzt wird, um die wahre Identität des Käufers zu verschleiern. Auch könnte Botnetzen, die gerne genutzt werden, um Falschmeldungen eine größere Reichweite zu verschaffen, die Finanzierung entzogen werden. Darüber hinaus könnte die digitale Währung als Verifizierungsmechanismus genutzt werden, um zum Beispiel den Wahrheitsgehalt von Aussagen anhand von Zahlen, Daten und Fakten zu bestätigen.

Diese sechs Schritte würden bereits einen Großteil der Nachteile des heutigen Kapitalismus beseitigen. Eine dynamische Besteuerung nach harten Zahlen, Daten und Fakten, die für alle Hersteller innerhalb einer Produktgruppe gleich ist, macht Lobbyismus und öffentliche Einflussnahme überflüssig. Beispielsweise würde in der Warengruppe »Auto«, die jetzt vereinfacht nur nach einem Kriterium bewertet wird, der CO₂-Ausstoß über den gesamten Lebenszyklus von Verbrenner-, Elektro- und Wasserstoffautos verglichen. Dabei stehen die einzelnen Modelle im Wettbewerb zueinander. Die dynamische Steuer sorgt dann dafür, dass tatsächlich das Modell mit dem geringsten CO₂-Fußabdruck die größten Wettbewerbsvorteile am Markt erhält. Dadurch kaufen mehr Kund*innen dieses Modell, der Hersteller macht mehr Gewinn, und alle anderen Hersteller müssen sich überlegen, wie sie den CO₂-Fußabdruck ihres nächsten Modells reduzieren, um wieder konkurrenzfähig zu werden.

Auch das System, das um Geld herum entstanden ist, müsste kaum angepasst werden. Die Zentralbanken behalten weiterhin ihre Rolle, bestimmen die Geldmenge und sorgen für die Stabilität der Währung. Nicht einmal das mächtige internationale Finanzsystem müsste sich anpassen oder reguliert werden. Es kann so weitermachen

wie bisher und das Geld den profitabelsten Unternehmen zukommen lassen, das werden dann aber diese sein, die Mensch und Umwelt nicht schaden. Es gibt bereits alle Technologien und Geschäftsmodelle, die es uns ermöglichen würden, diese Welt besser zu machen, aber bisher fehlt ihnen die Lobby und die Finanzierung. Das würde sich sofort ändern, wenn diese Geschäftsmodelle und Unternehmen in Zukunft die profitabelsten wären.

Andere vielversprechende Ansätze, wie wir die menschlichen Lebensgrundlagen erhalten können, arbeiten alle gegen die Macht des Geldes. Eine digitale Währung würde mit der Macht und der Schwungmasse des Geldes arbeiten, nur ohne die Perversionen. So würde man die Vorteile des Kapitalismus – Geschwindigkeit, Innovation, schnelle Veränderung – nutzen und so umprogrammieren, dass wir unsere Probleme gelöst bekommen.

Das mag noch abstrakt klingen, soll aber im Folgenden an einigen vereinfachten Beispielen verdeutlicht werden. Zunächst werden jedoch einige Grundlagen erläutert.

1.1 Datenschutz als Grundpfeiler

Bevor wir uns den Möglichkeiten dieser neuen Währung zuwenden, ist es wichtig, kurz auf den Datenschutz einzugehen. Denn das Wichtigste ist, dass eine digitale Währung nicht dazu verwendet werden kann, Unternehmen oder Bürger*innen gläsern zu machen, zu manipulieren oder zu überwachen. Die Kombination von Daten mit Geld hat jedoch einen großen Vorteil: Alles basiert auf Geld, wir nehmen es jeden Tag ein und geben es jeden Tag aus. Ein solides Datenschutzkonzept könnte vorsehen, dass jeder Mensch seine eigenen Daten physisch besitzt, und zwar an dem Ort, an dem er oder sie auch das Geld aufbewahrt. Natürlich kann man dann nicht verhindern, dass der Einzelne die Daten an seinem privaten Ort manipuliert, es sind ja seine Daten, aber man könnte durch diese Kombination verhindern, dass er mit der Manipulation der Daten Geld verdient oder zukünftige Einnahmen blockieren. Wie das aussehen könnte, wird im Folgenden erläutert, doch zunächst zum Datenschutzkonzept:

Jede*r Bürger*in und jedes Unternehmen erhält eine eigene digitale Brieftasche, in der Daten abgelegt werden können beziehungsweise in die die Daten bei jedem

Bezahlvorgang automatisch übertragen werden. Die Daten liegen also nicht zentral auf einem Server, sondern wirklich nur lokal in den digitalen Brieftaschen der jeweiligen Personen, die auch Eigentümer*innen der Daten sind. Im Idealfall sind die Daten dort auch biometrisch verschlüsselt, sodass sie unlesbar sind, wenn jemand in eine fremde digitale Brieftasche schaut. Wenn ich meine Daten lesen will, dann brauche ich den biometrischen Schlüssel, zum Beispiel meinen Fingerabdruck, um sie zu einem lesbaren Text zusammenzusetzen.

Wenn ich meine Daten verschlüsselt auf einem Server in der Cloud ablege, kann jemand, der meine Zugangsdaten erbeutet, die Daten herunterladen und entschlüsseln. Befinden sich die Daten hingegen verschlüsselt auf einem USB-Stick auf meinem Schreibtisch oder in meinem Safe, dann muss derjenige, der meine Zugangsdaten gestohlen hat, auch physisch bei mir einbrechen, um den Stick mit den Daten zu entwenden. Die lokale Datenspeicherung bringt so direkt einen zweiten Schutzmechanismus mit.

All die Daten gibt es heute übrigens schon, aber sie liegen zentral auf den Servern von Banken, Suchmaschinenbetreibern, Finanzämtern oder Social-Media-Konzernen. Nun gibt es Unternehmen wie Palantir, die all diese Daten zusammenführen und gewinnbringend verkaufen. Ohne jegliche Transparenz über die Entstehung der Daten oder Kontrolle verkauft Palantir diese Informationen auch an staatliche Institutionen, die daraus ihre Sicherheitsstrategien ableiten. Der deutsche Bundesrat forciert aktuell die Nutzung der Software in allen Bundesländern, sodass Palantir alle diese Daten über uns erhalten wird. Gründer und Miteigentümer von Palantir ist der zu Beginn erwähnte libertäre Milliardär Peter Thiel, dessen Äußerungen teils menschenfeindlich und demokratieverachtend¹⁹⁰ sind, sodass man bei ihm und somit auch bei Palantir, dessen Kurs er maßgeblich mitbestimmt, nicht allzu viel soziale Verantwortung vermuten kann. Gleichzeitig ist Thiel einer der wichtigsten Drahtzieher hinter dem autoritären Umbau der USA und wird von Wissenschaftlern mittlerweile als ideologischer Faschist bewertet.¹⁹¹ Mit der Beauftragung von Palantir gibt die Gesellschaft nicht nur ihre Daten in eine Blackbox, ohne zu wissen, was damit geschieht, sondern sie bezahlt auch für ein Produkt, das die Gesellschaft eigentlich selbst hergestellt hat, denn die Daten wurden ursprünglich von den Menschen selbst »produziert«. Es ist schon fast ironisch, dass die Gesellschaft durch den Rückkauf der eigenen Daten, nur in einer zusammengeführten Form, Akteure finanziert, die aktiv gegen die Gesellschaft arbeiten.

Wir haben es heute nicht mehr in der Hand, was mit unseren Daten passiert, die Risiken werden immer unüberschaubarer. Das Konzept der dezentralen digitalen Brieftaschen gibt unseren Daten ein privates Zuhause, die heutigen Datenmonopolisten müssten dann bei jeder oder jedem Einzelnen anfragen und die Daten dort kaufen. So hätte jede*r die Möglichkeit, zu entscheiden, welche Daten weitergegeben werden, und mit der richtigen Technik sogar, wie lange das Unternehmen die Daten besitzen und nutzen darf.

Nebenbei würde es jeder und jedem die Möglichkeit geben, aus den eigenen Daten Profit zu schlagen und allen Datenmonopolisten das Geschäftsmodell zu verhaseln. Der zu Beginn beschriebene und von Peter Thiel und Mark Zuckerberg forcierte Netzwerkeffekt würde sich auf einmal gegen sie wenden. Denn jeder Mensch – selbst ein Wachkomapatient im Krankenhaus – hat Geld oder gibt es aus. Somit ist jeder Teil des Netzwerkes der digitalen Währung, was sie zur idealen Plattform macht für digitale Anwendungen. Anstatt den Single Sign-on über ein Google- oder Facebook-Konto könnte man sich zukünftig mit der persönlichen digitalen Brieftasche bei unterschiedlichen Onlineshops und Plattformen anmelden. Oder auch anstatt Zahlungsdienstleister wie PayPal zu benutzen, hätte jede und jeder zukünftig bereits die Möglichkeit einer digitalen Zahlung inklusive dem Adressaustausch über die digitale Brieftasche.

Der vierte Teil beschäftigt sich intensiv mit Use Cases, die dies verdeutlichen, und einer möglichen technischen Struktur, die den Datenschutz gegenüber dem heutigen Status quo sogar verbessern würde.

Die Einführung einer digitalen Währung bedeutet, wie bereits erwähnt, nicht die Abschaffung von Bargeld für Privatpersonen. Gegebenenfalls ist der Kauf einzelner ausgewählter Güter nicht mehr immer in bar möglich, aber nur, wenn dies aufgrund der Logiken in der Währung zwingend nötig ist, zum Beispiel wenn der Kauf einer Waffe an das Vorhandensein einer Waffenbesitzkarte gebunden wäre.

Nur Zahlungen zwischen Unternehmen können nicht mehr bar abgewickelt werden, da die Währung Informationen über die Wertschöpfungskette benötigt, um Produkte nach verschiedenen Kriterien zu bewerten. Im B-to-B-Bereich wird heute nur noch selten bar bezahlt, sodass dies keine Umstellung für Unternehmen wäre.

1.1 Basics einer digitalen Währung

Bevor wir uns den Möglichkeiten und Lösungen zuwenden, zunächst einige Grundlagen: Eine digitale Währung kann man sich wie das heutige Geld vorstellen, mit dem Unterschied, dass bei jeder Zahlung zusätzliche Daten erfasst und übertragen werden können, aus denen sich gegebenenfalls Aktionen ableiten lassen. Es würde ausreichen, die Informationen von Rechnungen, Quittungen oder Überweisungen bei den Zahlungen zu übermitteln. Diese Daten existieren bereits heute, werden aber bisher per Post oder E-Mail verschickt oder sogar ausgedruckt und den Käufer*innen beim Bezahlvorgang ausgehändigt; in Zukunft sollen diese Informationen direkt beim Bezahlvorgang digital ausgetauscht werden. Die Daten sind dabei direkt mit dem Geld verbunden, das übergeben wird, und landen so in den digitalen Brieftaschen von Verkäufer und Käufer. Das bedeutet, dass keine zusätzlichen Prozesse für den Datenaustausch notwendig sind, sondern einfach nur bezahlt werden muss.

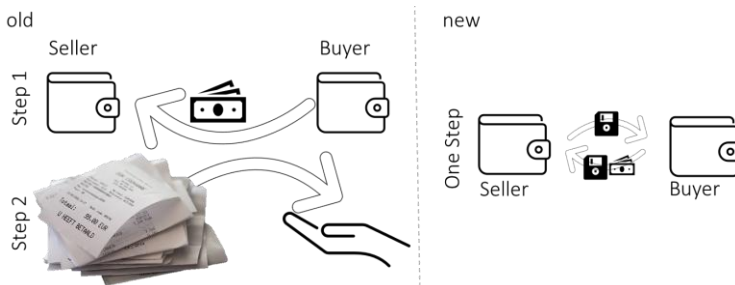


Abbildung 10: Daten- und Geldaustausch aktuell und wie er zukünftig aussehen kann

Produkte durchlaufen mehrere Stufen der Wertschöpfungskette, bevor sie den Einzelhandel und die Verbraucher*innen erreichen. Jedes Unternehmen, jeder Kauf und jede Person in dieser Wertschöpfungskette wird bezahlt, und bei jedem Zahlungsvorgang würde eine digitale Währung nicht nur den Euro-Betrag, sondern auch Daten übertragen und diese Informationen mit dem Produkt verknüpfen. Da die gesamte Wertschöpfungskette bezahlt werden will, kann eine Währung eine Fülle von Informationen über das Endprodukt sammeln, zum Beispiel ob die Arbeiter*innen fair

bezahlt werden oder wie viel und welche Energie eingekauft wurde, womit das CO₂ des verkauften Artikels berechnet werden kann.



Abbildung 11: Beispielhafte Lieferkette

Will man in die digitale Briefftasche schauen, so kann man sich das in etwa wie eine heutige Online-Banking-Seite vorstellen, nur dass dort neben den Ein- und Auszahlungen auch die Rechnungen zu jeder Überweisung und Abbuchung liegen. Die Rechnungstexte werden direkt ausgewertet in Bezug auf

- Art und Menge der eingekauften Rohstoffe,
- die Löhne der Mitarbeiter*innen oder der Subunternehmer,
- den direkten und indirekten CO₂-Verbrauch durch den Einkauf von Brennstoffen und Energie,
- den CO₂-Fußabdruck der eingekauften Rohstoffe, dieser wurde anhand der Einkaufsdaten in den digitalen Briefftaschen der Lieferanten berechnet,
- die Menge der eingekauften Rohstoffe aus undemokratischen Systemen und
- die eingekauften Chemikalien und Giftstoffe und so weiter.

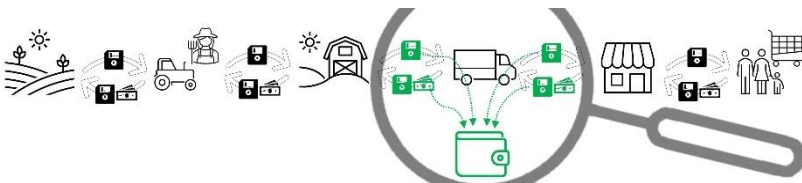


Abbildung 12: Speicherort der Daten eines Schrittes in der Lieferkette

Die meisten Daten werden nur in den verschiedenen persönlichen Briefftaschen der Teilnehmer der Wertschöpfungskette gespeichert und sind nicht öffentlich. Nur ein Minimum an Daten wird beim Bezahlvorgang an die Produkte geheftet, sodass sie mit den Produkten durch die Wertschöpfungskette wandern. Nur die Informationen, die zur Messung und Bewertung unserer Probleme notwendig sind, müssen öffentlich mit den Produkten verknüpft werden, und nur diese Daten landen dann auch in der Briefftasche der Endkund*innen, wenn sie die entsprechenden Produkte kaufen. Das

bedeutet auch, dass nur Unternehmen Teile ihrer Daten veröffentlichen müssen, Privatpersonen müssen dies nicht tun.

Es werden also nicht wahllos alle Daten gesammelt, sondern nur die, die zur Lösung der Probleme notwendig sind. Damit das funktioniert, müssen messbare Ziele definiert werden, die unsere Probleme lösen. Diese Ziele können in die digitale Währung geschrieben werden, wie zum Beispiel: Das Ziel »Reduktion der Treibhausgasemissionen« in der Währung wäre über den CO₂-Fußabdruck jedes Produktes messbar. Dabei muss natürlich der CO₂-Fußabdruck der verkauften Produkte einer jeden Firma in der Lieferkette mit den Energierechnungen und den CO₂-Fußabdrücken der eingekauften Rohstoffe übereinstimmen. Um dies sicherzustellen, bildet die Währung eine CO₂-Bilanz in den persönlichen Brieftaschen von jedem Unternehmen in der Lieferkette. So wird überprüft, ob die eingekauften CO₂-Mengen mit den zusammengerechneten CO₂-Fußabdrücken der verkauften Produkte übereinstimmen. Wenn diese Bilanz stimmt, können alle diese Informationen in der persönlichen Brieftasche des Unternehmens verbleiben, nur der Wert des CO₂-Fußabdrucks wird mit einem Siegel, das besagt, dass die CO₂-Bilanz stimmt, an das verkaufte Produkt angehängt und wandert weiter in der Wertschöpfungskette.

Ein Brot im Supermarkt hätte dann zwar immer noch einen Preis in Euro, aber dieser Preis enthielte auch die Information, wo der Weizen angebaut wurde, wie viel CO₂ der Landwirt durch die Bewirtschaftung ausgestoßen hat, ob die Erntehelfer*innen fair bezahlt wurden oder wie viel Pestizide und Giftstoffe gekauft wurden.

Für die Endkundin sind nicht alle Zahlungsdaten sichtbar, sondern nur die Informationen, die der Verkäufer seinem Produkt angefügt hat, um die Ziele in der Währung zu erreichen. Von den Daten in den Brieftaschen wird also nur ein Bruchteil an die Produkte angefügt – und zwar nur diese Daten, die benötigt werden, um die Zielerreichung der Produkte zu bewerten.

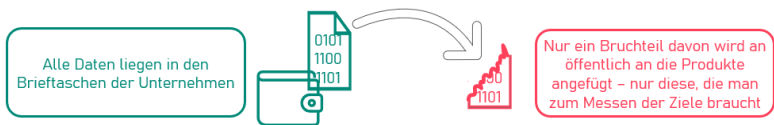


Abbildung 13: Öffentliche vs. private Daten

Bei jedem Verkauf werden die Daten dann weitergegeben an den nächsten Akteur in

der Lieferkette. Alle in der Lieferkette wollen bezahlt werden, das stellt sicher, dass das Endprodukt im Supermarkt alle Daten hat, die für die Bewertung der Zielerreichung benötigt werden.

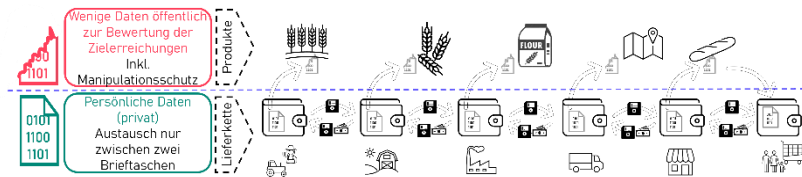


Abbildung 14: Öffentliche vs. private Daten über die ganze Lieferkette

Um beim Beispiel der Erntehelfer*innen in der Brotlieferkette zu bleiben: Um die Datensicherheit zu erhöhen, muss die Währung nur die öffentliche Information kennen, dass die Erntehelfer*innen fair bezahlt werden; niemand außer dem Landwirt und den Erntehelfer*innen sollte die Zahlungsinformationen sehen. Es sollte nicht erkennbar sein, welche Person eine Information zu einem Produkt hinzugefügt hat oder welche Person die Daten in der Währung veröffentlicht hat. Dies könnte dadurch erreicht werden, dass für jede Zahlung eine neue, eindeutige ID generiert wird, die mit der Transaktion verknüpft ist. Man kann sich das so vorstellen, als würde man bei jedem Einkauf mit einer neuen Kreditkarte einer anderen Bank bezahlen, wodurch das Einkaufsverhalten nicht mehr nachvollziehbar und völlig anonym wäre. Nur in der persönlichen Brieftasche sind alle IDs gespeichert und somit das Einkaufsverhalten für den oder die Brieftascheneigentümer*in nachvollziehbar.

1.1 Wettbewerb um Nachhaltigkeit

Die digitale Währung schafft zunächst nur die Basis, damit Daten sicher gespeichert und verifiziert werden können. Anhand der Daten bewertet die Währung, wie gut ein Produkt zur Lösung der Probleme unserer Zeit beiträgt, und wandelt dies in einen Gewinn für das jeweilige Unternehmen um. Es gäbe nun verschiedene Möglichkeiten, mithilfe dieser Daten einen Wettbewerb um die Lösung unserer Probleme zu entfallen:

1. **Zertifikate:** Wie es bereits mit den CO₂-Zertifikaten geschieht, könnten weitere Zertifikate geschaffen werden, die Unternehmen kaufen müssen, zum Beispiel für Umweltverschmutzung, Produktion von Mikroplastik, Einsatz von Pestiziden oder menschenunwürdige Arbeitsbedingungen. Dies hätte den Vorteil, dass ein Zertifikatehandel relativ einfach in das bestehende System integriert werden könnte, aber diverse Nachteile, zum Beispiel die Anfälligkeit für Lobbyismus oder dass plötzlich alle Produkte um die gleichen knappen Zertifikate konkurrieren. Zum Beispiel wäre folgende Verkettung möglich: Lebensmittel benötigen für den Transport CO₂-Zertifikate. Der Marktpreis für CO₂-Zertifikate steigt aber, weil gerade die Hersteller von Luxusgütern besonders viele Zertifikate kaufen. Lebensmittel würden also teurer, wenn für Luxusgüter, bei denen der CO₂-Preis kaum ins Gewicht fällt, viele CO₂-Zertifikate gebraucht würden. Das würde die Ungleichheit weiter verschärfen. Außerdem kann so der Zertifikatspreis nur sehr langsam steigen, was die Geschwindigkeit der Transformation einschränkt.
2. Etwas eleganter wäre es, die **Gewinnausschüttungen der Unternehmen dynamisch zu besteuern**, sodass die Unternehmen, die die Ziele für Mensch und Planet am besten erreichen, ihre Dividenden, also ihre ausgeschütteten Gewinne, kaum besteuern müssen, und andere, die besonders schädlich vorgehen, ihre Dividenden hoch besteuern müssen. Wenn die Aktionär*innen 50 Prozent ihrer Dividende als Steuer zahlen müssten, würden sie wahrscheinlich einen enormen Druck auf die Vorstände ausüben, die Prozesse in ihren Unternehmen wirklich und dauerhaft umzugestalten. Der große Nachteil wäre, dass wir uns immer noch in einem globalen Wettbewerb befinden und nicht alle Länder die gleichen Kriterien für die Gewinnausschüttung haben. Unternehmen würden abwandern, und Importprodukte ließen sich mit diesem Ansatz nur schwer besteuern und hätten sehr wahrscheinlich einen Wettbewerbsvorteil auf dem heimischen Markt.
3. Ein disruptiver Ansatz zur Schaffung eines datenbasierten Nachhaltigkeitswettbewerbs wäre die weitgehende Abschaffung aller heutigen Steuern, Subventionen und Regulierungen zugunsten einer einzigen dynamischen Steuer. Die Steuer wird bei der letzten Zahlung in der Wertschöpfungskette erhoben, also dann, wenn am Ende eine Ware oder Dienstleistung endgültig bezahlt wird. Das ist im Grunde nichts anderes als die heutige Umsatzsteuer, nur dass diese immer zwischen 7 und 19 Prozent liegt

und nur für private Verbraucher gilt. Die dynamische Steuer wäre variabel von zum Beispiel 0 bis 50 Prozent und würde dann anfallen, wenn ein Produkt an den »finalen Verbraucher« verkauft wird, der das Produkt nicht weiterverarbeitet oder weiterverkauft, was im Gegensatz zur Mehrwertsteuer auch Unternehmen sein können. Dieser Ansatz hätte meines Erachtens einige Vorteile:

- Eine dynamische Steuer, ähnlich der Mehrwertsteuer, macht den Vergleich von Produkten untereinander besonders einfach. Auch regionale oder saisonale Unterschiede wären leicht zu erkennen. Zum Beispiel, ob ein bestimmtes Gemüse gerade regional Saison hat oder ob es auf dem Weg ins Supermarktgelagert durch Transport oder Lagerung mehr CO₂ verursacht hat als das ideale Vergleichsprodukt.
- Dabei spielt es keine Rolle mehr, wo ein Produkt hergestellt wurde. Sobald es im Währungsraum der digitalen Währung verkauft wird, zählt nur noch, wie nachhaltig und sozial es produziert wurde. Wurde es außerhalb des digitalen Währungsraums hergestellt, kann die Währung die Zielerreichung, also wie gut einzelne Produkte die Ziele in der Währung erreichen, nicht automatisiert überprüfen – die Daten inklusive der Überprüfung müssen also durch Zertifizierungen und andere Mechanismen sichergestellt werden (dazu später mehr). Produkte, die im Währungsraum hergestellt und exportiert werden, könnten von der dynamischen Steuer ausgenommen und wie bisher besteuert werden, sodass der für viele so wichtige Außenhandel nicht leidet.
- Im Gegensatz zur Planwirtschaft des Kommunismus, die einen abgeschotteten Markt mit geschlossenen Grenzen erzwingt, wäre dies einfach ins bestehende globale Wirtschaftssystem zu integrieren. Eine Änderung der bisher fixen Mehrwertsteuer hin zu einer dynamischen Steuer würde eine einfache und nahtlose Integration in das internationale Wirtschaftssystem ermöglichen. Nur würde man sich damit sukzessive aus dem Verdrängungswettbewerb der globalen Länder untereinander verabschieden.
- Die dynamische Steuer, die beim Kauf durch den finalen Verbraucher anfällt, wäre auch nach vielen ökonomischen Theorien der ideale Steuermechanismus. Denn diese Steuer setzt an dem wesentlichen Kernelement des freien Marktes nach Walter Eucken an, genau dort,

wo die Konsument*innen ihre Kaufentscheidung treffen, beim Preis.

- Vielleicht hätte eine dynamische Steuer, die die Mehrwertsteuer ersetzt, auch einen psychologischen Vorteil, da die Steuer bei einem Geldtransfer erhoben wird. In der Sekunde, in der die Steuer abgeführt wird, gehört das Geld niemandem, der Käufer hat es bereits ausgegeben, der Empfänger hat es noch nicht auf dem Konto. Das Gefühl, direkt belastet zu werden, könnte so geringer sein. Anders als zum Beispiel bei einer Steuernachzahlung oder einer Gewinnbesteuerung, wo bereits verdientes Geld abgegeben werden muss.

1.1 Der schnelle Wandel

Im Folgenden wird daher angenommen, dass schließlich viele oder alle Steuern abgeschafft und durch eine dynamische Steuer ersetzt werden, die immer beim Verkauf an den finalen Verbraucher erhoben wird. Für den Wettbewerbsgedanken müssten dann alle Produkte in Warengruppen eingeteilt werden. Innerhalb jeder Warengruppe konkurrieren die einzelnen Produkte um den niedrigsten Steuersatz. Dabei wird das für Umwelt und Gesellschaft beste Produkt einer Warengruppe nicht besteuert, und das Produkt mit dem schlechtesten Fußabdruck erhält den höchsten Steuersatz. Alle anderen Produkte der Warengruppe werden entsprechend ihrer Zielerreichung irgendwo dazwischen eingeordnet. Wichtig ist dabei, dass die Nachhaltigkeits- und Sozialziele messbar und quantifizierbar sind. Dazu ein kurzes Beispiel:

Das Ziel »Minimierung der Treibhausgase, gemessen in CO₂-Äquivalenten« wird in die digitale Währung geschrieben. In einer Warengruppe gibt es unzählige Produkte, hier beispielhaft dargestellt durch die Produkte A bis J. Produkt A verursacht 10 Kilogramm CO₂. Da dies der beste Wert innerhalb der Warengruppe ist, wird Produkt A beim Verkauf an den finalen Verbraucher nicht besteuert. Produkt J hat mit 50 Kilogramm den schlechtesten Fußabdruck innerhalb der Produktgruppe. Beim Verkauf dieses Produkts wird ein Steueraufschlag von 50 Prozent erhoben. Für alle anderen Produkte innerhalb der Warengruppe wird der Steueraufschlag ermittelt, indem der CO₂-Fußabdruck in Relation zum besten und schlechtesten Produkt gesetzt wird. Der CO₂-Ausstoß von Produkt G liegt mit 30 Kilogramm genau in der Mitte

zwischen den 10 Kilogramm von A und den 50 Kilogramm von J, sodass für G eine variable Steuer von 25 Prozent fällig wird.

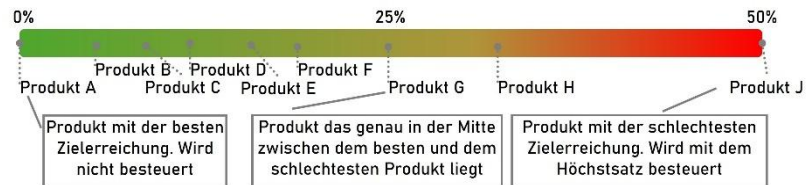


Abbildung 15: Skala mit unterschiedlichen Produkten einer Warengruppe, bewertet nach Zielerreichung

Unternehmen können die Zielerreichung ihrer Produkte selbst bewerten (wenn sie wollen), aber die Währung in der persönlichen Brieftasche des Unternehmens bildet immer eine »Bilanz«, sodass sichergestellt ist, dass Einkauf und Verkauf zusammenpassen. Ein Unternehmen, das ausschließlich CO₂-neutrale Produkte verkauft, sollte kein Öl, Gas oder CO₂-belastete Rohstoffe einkaufen. Bei der Kalkulation der Verkaufspreise wird der Hersteller die dynamische Steuer berücksichtigen und die Verkaufspreise entsprechend gestalten. Im obigen Beispiel kann der finale Verbraucher die Produkte der Warengruppe zu folgenden Preisen kaufen:

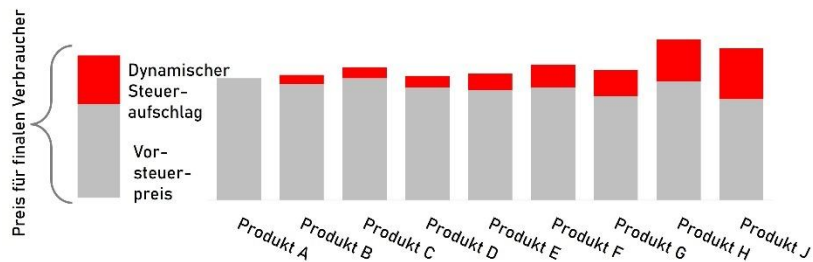


Abbildung 16: Dynamischer Steueranteil beim Verkauf an den finalen Konsumenten

Beim Verkauf von Produkt A erhält der Verkäufer den vollen Verkaufspreis, sodass er seine Produkte zu einem wettbewerbsfähigen Preis anbieten kann, auch wenn die Herstellung teurer ist. Das Produkt J ist etwas günstiger in der Herstellung und könnte

relativ günstig verkauft werden, mit dem schlechtesten CO₂-Fußabdruck erhält es aber einen ordentlichen Steueraufschlag, wodurch der Hersteller sein Produkt J teurer anbieten muss als die anderen Produkte der Warengruppe. Nach den Gesetzen des Marktes würde Produkt J nicht mehr so stark nachgefragt werden. Umsatz und Gewinn sinken, sodass der Hersteller intensiv darüber nachdenken wird, wie er den CO₂-Fußabdruck seines Produktes verbessern kann. Gleichzeitig haben die Konsumenten immer eine günstige Alternative in jeder Warengruppe, sodass die dynamische Steuer nicht zu höheren Lebenshaltungskosten führt.

Wenn der Hersteller die CO₂-Bilanz von Produkt J verbessern kann und damit zum Beispiel die Konkurrenzprodukte H und G übertrifft, dann markiert Produkt H das Ende der Steuerskala und erhält den maximalen Steueraufschlag. Produkt J wird niedriger besteuert, dadurch billiger und häufiger verkauft. Der Hersteller von J kann nach der Steuersenkung seinen Marktanteil beziehungsweise seine Gewinnmarge erhöhen. **So entsteht in jeder einzelnen Produktgruppe ein Wettbewerb um Nachhaltigkeit.** Die Verbraucher hätten in jeder Warengruppe ein Produkt, das sie preiswert kaufen könnten, somit würden sie nicht zusätzlich belastet. **Das Ziel »CO₂-Reduktion« in der Währung würde also dazu führen, dass fast alle in der freien Wirtschaft auf einmal an der Lösung des Klimawandels arbeiten. Denn Profit ist in unserer heutigen Welt der ultimative Anreiz für das Handeln der Wirtschaftsakteure.** Der Wandel wird sich so schnell wie möglich vollziehen. Dazu ein weiteres kurzes Beispiel:

Nehmen wir an, eine Warengruppe kann nicht hergestellt werden, ohne eine Mindestmenge an CO₂ zu produzieren. Dann würde das Produkt mit dem geringsten CO₂-Ausstoß trotzdem nicht besteuert, und die Produkte, die über die Mindestmenge hinaus CO₂ freisetzen, würden einen entsprechenden Steueraufschlag erhalten. So würde auch in dieser Produktgruppe ein Wettbewerb entstehen, bis alle Produkte die Mindestmenge erreichen. Und trotzdem würden alle Beteiligten intensiv nach Innovationen suchen, um auch die Mindestmenge irgendwie zu senken – denn dann hätten ihre Produkte einen weiteren Wettbewerbsvorteil am Markt.

Die Geschwindigkeit des Wandels wird also immer durch das technisch Mögliche bestimmt. Dies stellt sicher, dass Veränderungen so schnell wie möglich umgesetzt werden, ohne unrealistischen Druck aufzubauen. Zudem bedarf es keiner komplexen

politischen Vorgaben mehr, die allen Eventualitäten gerecht werden müssen. Außerdem bleibt es den Marktteilnehmern überlassen, wie sie die Ziele erreichen. Damit verlagert sich die Problemlösung von den höchsten politischen Ebenen auf viele »operative Ebenen«, also genau dorthin, wo die Expert*innen für die jeweiligen Probleme sitzen.

Für einige Produkte sollte nicht nur die CO₂-Bilanz bis zum Zeitpunkt des Verkaufs betrachtet werden, sondern der CO₂-Fußabdruck über die gesamte Nutzungsdauer. Bei Autos könnte dies zum Beispiel der CO₂-Fußabdruck pro Kilometer sein, bei Unterhaltungselektronik die CO₂-Bilanz über die gesamte Zeit, in der das Gerät funktioniert. In beiden Fällen sollte die Nutzungsdauer durch entsprechende Garantien abgesichert werden. Dazu ein Beispiel:

Zwei verschiedene Smartphones verursachen in der Herstellung jeweils 50 Kilogramm CO₂. Der Hersteller des ersten Telefons gibt eine Nutzungsgarantie von zwei Jahren. Für das zweite Telefon gibt der Hersteller eine Nutzungsgarantie von fünf Jahren. Das erste Telefon hat also eine Bilanz von 25 Kilogramm CO₂ pro Jahr. Das zweite Telefon hingegen würde mit 10 Kilogramm pro Jahr deutlich besser abschneiden. Das Telefon mit der besseren Bilanz erhält den Steuersatz von 0 Prozent, das Telefon mit der schlechteren Bilanz den Spitzensteuersatz. Zur Nutzungsgarantie gehört auch die Versorgung mit Ersatzteilen und Updates, zu der sich der Hersteller für den Garantiezeitraum verpflichtet.³ So wird ein Anreiz für die Hersteller geschaffen, wieder langlebige Geräte zu bauen.

Auch können Bürger*innen über ihre digitale Brieftaschen Rückmeldungen an die Währung geben – etwa, wenn sie mit der Qualität eines gekauften Produkts unzufrieden sind. Gleichzeitig erkennt die Währung, wenn sich besonders viele Verbraucher*innen vor dem Ende der Garantie ein neues Telefon kaufen. Ein Indiz dafür, dass die Geräte nicht so lange funktionieren, wie vom Hersteller angegeben.

Wichtig ist, dass die Produktgruppen nicht zu kleinteilig gewählt werden, da sonst die Wettbewerbsmechanismen ausgehebelt werden. Ein kurzes Beispiel: Würde man Elektroautos und Verbrenner in unterschiedliche Produktgruppen einteilen, dann würde ein CO₂-armer Verbrenner einen geringeren Steueraufschlag erhalten als ein

³Das könnte die Währung auch mit intelligenten Einbehalten lösen – beim Bezahlen wird ein Teil des Geldes gesperrt und erst nach bestimmten Nutzungsdauern wieder freigegeben.

mittelmäßiges Elektroauto, obwohl der CO₂-Fußabdruck eines mittelmäßigen Elektroautos absolut gesehen wahrscheinlich besser ist als der des besten Verbrenners. Aber auch hier hilft die umfassende Datenbasis einer digitalen Währung. Denn Menschen verkaufen ihren Verbrenner, wenn sie ein Elektroauto kaufen. Auf der Rechnung steht derselbe Begriff, »Auto«, oder die Rechnung kommt vom selben Autohändler. Alles Daten, die es ermöglichen, eine Warengruppe (vollautomatisch) zu identifizieren und Trickereien mit der Warengruppe zu verhindern. Wem das zu unrealistisch klingt, der kann sich einfach mal von einem der heutigen KI-Modelle 100 Bilder von Autos zeichnen lassen – auf jedem Bild ist mit Sicherheit etwas zu sehen, das in die Warengruppe Auto passt. Die Technik wäre also schon heute in der Lage, ein Auto zu identifizieren. Teil 4 befasst sich damit, wie dies Datenschutzkonform umgesetzt werden kann.

Auch wenn es heute noch abstrakt klingt, die Sozialverträglichkeit und Nachhaltigkeit eines Geschäftsmodells anhand von Zahlungsströmen beurteilen zu können, ist dies dank der Fortschritte im Bereich Datenverarbeitung und künstliche Intelligenz in Teilen heute bereits, aber auf jeden Fall sehr bald machbar. Damit wir diese technologische Entwicklung zum Wohl der Gesellschaft nutzen können, müssen wir heute die richtigen Weichen stellen und Daten sammeln. Die digitale Währung hätte den Vorteil, dass sie Unmengen an Daten produzieren kann und mit jedem Zahlungsvorgang die Algorithmen trainiert und somit kontinuierlich besser wird.

1.1 Problemlösung per Design

Neben CO₂-Einsparungen sind viele weitere Ziele denkbar, um die der freie Markt konkurrieren könnte. Dennoch sollte die Anzahl der Ziele in der Währung überschaubar bleiben. Eine geschickte Zielformulierung mit gleichzeitiger Warengruppengestaltung kann bereits mehrere Probleme gleichzeitig lösen: Das Ziel »Reduktion von Treibhausgasen über die Nutzungsdauer eines Produktes« könnte bei der richtigen Auswahl der Warengruppen bereits dazu führen, dass neue Verkehrskonzepte entstehen, Produktlebenszyklen verlängert werden, weniger Plastik produziert wird, neue Recyclingkonzepte entstehen oder weniger CO₂-Speicher wie Wälder zerstört werden. Es ist nicht allzu schwer, sich Ziele wie die Reduktion von Plastik oder CO₂ vorzustellen, denn diese lassen sich sehr einfach messen – nämlich in Gramm. Andere Ziele sind schwieriger zu bewerten, was nicht heißt, dass es nicht

möglich ist. Es bedarf nur etwas mehr Fantasie.

1.1.1 Soziale Balance

Die gleichen Mechanismen könnten auf das Gemeinwohl angewandt werden: Ein gut gewähltes Ziel wie »Menschen sollen am finanziellen Gewinn eines Produktes fair teilhaben« würde zu fairen Löhnen in der Wertschöpfungskette führen, die für ein menschenwürdiges Leben ausreichen. Auch würde verhindert, dass ein Unternehmen riesige Gewinne einfährt, während die billigen Zulieferer kaum genug Geld zum Überleben haben.

Stellen Sie sich vor, in einem Supermarkt gibt es zwei Produkte aus derselben Produktgruppe, zwei verschiedene Brote mit einer ähnlichen Lieferkette:

Im Fall des ersten Brotes haben die Landbesitzer*innen der Äcker und die Supermarktkette deutlich höhere Gewinnspannen als die anderen Akteure in der Lieferkette. Das bedeutet, dass ihre Einnahmen viel höher sind als ihre Kosten. Andere Akteure in der Versorgungskette, wie die Arbeiter*innen auf dem Feld oder die LKW-Fahrer*innen, können mit ihren Einnahmen kaum ihre Kosten decken. Die Gesamtkosten in der Lieferkette betragen 42,80 Euro, aber die Einnahmen sind so ungleich verteilt, dass die Volatilität der Marge hoch ist, das bedeutet, die Marge schwankt stark zwischen den einzelnen Wertschöpfungsschritten (hier als Beispiel mathematisch berechnet mit der Standardabweichung = 0,64).

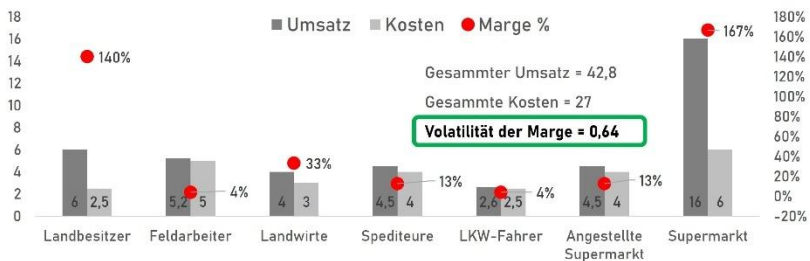


Abbildung 17: Umsatz- und Kostenverteilung in einer Lieferkette mit beherrschenden Akteuren

Beim zweiten Brot sind die Gewinne gleichmäßiger verteilt. Die Gesamtkosten von

42,80 Euro sind die gleichen wie beim ersten Brot. Dadurch, dass nun die Gewinne etwas fairer verteilt sind, sinkt die Volatilität der Marge auf 0,15.

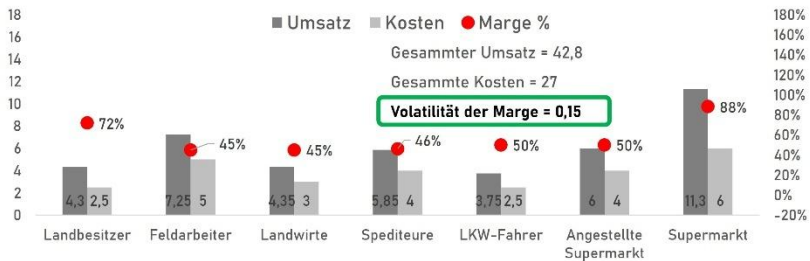


Abbildung 17: Umsatz- und Kostenverteilung in einer Lieferkette mit beherrschenden Akteuren

Brot Nr. 1 wird nun höher besteuert, während Brot Nr. 2 überhaupt nicht besteuert wird. Dadurch erhält Brot Nr. 2 einen Wettbewerbsvorteil, es wird mehr konsumiert, und der Hersteller von Brot Nr. 1 muss sich überlegen, wie er seine Lieferkette gerechter gestalten kann.

Wäre ein Monopolist in dieser Lieferkette, dann hätte der so viel Marktmacht, dass ein Großteil der Lieferanten an ihn verkaufen müsste. Somit kann er die Einkaufspreise drücken, was seine Kosten reduziert und seine Margen steigen lässt. So kann der Monopolist alle vorgelagerten Arbeitsschritte in der Wertschöpfungskette unter Druck setzen. Außerdem müssten alle Kunden bei ihm kaufen, wodurch der Monopolist die Absatzpreise weitestgehend frei erhöhen kann, sodass er einen höheren Umsatz (bei gleichen Kosten) hat, was auch seine Marge steigert. Eine fair verteilte Marge würde somit schon verhindern, dass ein Monopolist in der Lieferkette seine Macht ausnutzt, um seine Gewinne auf Kosten anderer zu maximieren. Das würde die wirtschaftlichen Vorteile von Oligo- und Monopolen zunichtemachen und vielen kleinen Akteuren den Raum für Wachstum oder einen Markteintritt geben. In diesem Fall führt mehr Konkurrenz also nicht zu mehr Druck auf die einzelnen Betriebe in der Lieferkette, sondern dazu, dass Macht nicht mehr ausgenutzt werden kann, was zu einem fairen Wettbewerbsumfeld führt.

Um nicht zu einem Investitionshemmnis zu werden, berücksichtigt die Währung alle Kosten, die ein Unternehmen hat, einschließlich der Abschreibung von Anlagen oder der Zinsen für Investitionskredite.

Privatpersonen, wie die Feldarbeiter*innen, oder Angestellte bei Lohnunternehmen haben keine wirtschaftlichen Kosten. Für sie könnte die Währung das lokale Existenzminimum am Arbeitsort als »Kosten« berücksichtigen, das heißt das Geld, das jeder Mensch für Lebensmittel und Wohnraum ausgeben muss, um sein Überleben zu sichern.

Dies würde nicht zu einer Gleichverteilung von Erlösen und Gewinnen führen, aber die prozentualen Gewinnspannen würden sich annähern und gerechter über die gesamte Lieferkette verteilt werden.

Wenn mehrere Ziele in der Währung stehen, um die konkurriert werden muss, dann können für jedes Produkt innerhalb einer Produktgruppe die einzelnen Zielerreichungen zu einer gewichteten Punkteskala zusammengefasst werden. Diese Punktzahl wird dann verwendet, um das Produkt auf der dynamischen Steuerskala zu positionieren und so den dynamischen Steuersatz des jeweiligen Produktes zu ermitteln.



Abbildung 19: Bewertungsskala mit mehreren Zielen

1.1.1 Förderung von Demokratien und Menschenrechten

Um geostrategische Konflikte zu lösen, könnte man Autokratien die Finanzierung entziehen, indem man das Ziel »möglichst viel Wertschöpfung in demokratischen Systemen« in die Währung schreibt. Durch die Einkaufsdaten kennt die Währung die Länder, in denen Unternehmen einkaufen, und kann diese Einkäufe zum Beispiel mit

dem Demokratieindex bewerten.

Dazu ein Beispiel: Die Chemiefabriken A, B und C stellen die gleiche Chemikalie her. Für die Herstellung eines Kilos werden etwa 25 Prozent Gas und 75 Prozent andere Chemikalien benötigt.

- Hersteller A kauft Gas aus Russland mit einem Demokratieindex von 2,3, die restlichen 75 Prozent der Rohstoffe kauft A in Deutschland mit einem Demokratieindex von 8,8. Daraus ergibt sich ein gewichteter Demokratieindex für die Produkte von A von 7,2 (25 Prozent x 2,3 + 75 Prozent x 8,8).
- Produzent B kauft Gas aus Norwegen mit einem Demokratieindex von 9,8 und den Rest aus Deutschland. Dies ergibt einen gewichteten Demokratieindex von 9 (25 Prozent x 9,8 + 75 Prozent x 8,8).
- Hersteller C hat seine gesamte Produktion nach China ausgelagert und bezieht auch alle Rohstoffe und das Gas von dort. China hat einen Demokratieindex von 1,9 (100 Prozent x 1,9).



Abbildung 20: Demokratieindex 2022 ausgewählter Nationen

Wäre die »Wertschöpfung in demokratischen Systemen« das einzige Ziel in der Währung, würden die Produkte von B nicht besteuert, dicht gefolgt von A mit einem Steuersatz von circa 10 Prozent. Der maximale Steuersatz von 50 Prozent gilt für die Produkte der Chemiefabrik C. An dieser Stelle soll noch einmal der Vorteil der Bewertung auf Warengruppenebene verdeutlicht werden. Wenn die Produkte einer Warengruppe nicht ohne einen Rohstoff oder ein Vorprodukt aus einer Diktatur hergestellt werden können, dann haben alle Hersteller dieses Problem. Aufgrund des Wettbewerbs innerhalb jeder Warengruppe wird das nachhaltigste Produkt innerhalb dieser Warengruppe immer ohne Zuschlag (= 0 Prozent) bleiben. Erst wenn ein Hersteller ein neues Verfahren entwickelt, mit dem er auf Vorprodukte aus Diktaturen

verzichten kann, erhebt die dynamische Steuer einen Steueraufschlag auf alle anderen Produkte.

Auf diese Weise werden Anreize für Unternehmen geschaffen, Handelsbeziehungen zu gefestigten Demokratien aufzubauen und dort zu investieren. Einerseits könnte so eine größere Unabhängigkeit von undemokratischen Nationen erreicht werden, andererseits würden Diktaturen überlebenswichtige Einnahmequellen entzogen. Vermutlich würden entsprechend große Unternehmen sogar Lobbyarbeit für Demokratie betreiben, wenn sie Standorte in einem Land haben, das zum Beispiel durch schlechte Politik im Demokratieindex abzurutschen droht. Die Währung sollte nicht zwischen In- und Ausland unterscheiden können. Alle Kriterien, die für das Ausland gelten, sollten auch für das Inland gelten – um die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft zu verbessern, müsste auch auf den heimischen Demokratieindex geachtet werden.

Der Demokratieindex ist hier nur ein Platzhalter und könnte problemlos durch einen Menschenrechtsindex oder einen Freiheitsindex ersetzt werden, gegebenenfalls auch durch eine Kombination aus allen. Dadurch würden die Handelsbeziehungen mit Ländern, die ähnliche Werte teilen, intensiviert und die Beziehungen mit anderen Ländern allmählich abgebaut.

Will man nicht zu pauschal nur ganze Länder betrachten, könnten auch einzelne Lieferanten in Ländern mit schlechten Menschenrechtsindizes das pauschale Länderrating in ein persönliches Rating umwandeln, wenn sie nachweisen, dass sie sich in diesem Land besonders für die Menschenrechte einsetzen.

1.1.1 Weitere Ziele gegen die Probleme unserer Zeit

Es wären beliebige weitere Ziele denkbar, auf die sich eine Mehrheit der Menschen einigen könnte, um die Probleme unserer Zeit zu adressieren. Hier nur ein paar Ideen:

- **Abfallvermeidung und Kreislaufwirtschaft**

Auch die Müllvermeidung oder die Recyclingfähigkeit von Produkten könnte als Kriterium in die Währung einfließen, um Hersteller zu Mehrweg-, Pfand-

oder biologisch abbaubaren Lösungen zu motivieren. Wie die Ziele erreicht werden, wird dem Markt selbst überlassen. Wird ein eigenes Mehrwegsystem aufgebaut? Oder werden die Produkte so ausgestattet, dass sie biologisch abbaubar sind?

- **Mono- und Oligopole unwirtschaftlich machen**

Zukünftig stehen Firmen nicht nur in einem wirtschaftlichen Wettbewerb, sondern auch in einem Wettbewerb um diese weiteren Ziele. Ein Mono- oder Oligopol würde diesen Wettbewerbsgedanken aushebeln, genauso wie dies bereits heute die Konsument*innen benachteiligt. Es ist also wichtig, dass die digitale Währung Monopole und Oligopole unwirtschaftlich macht. Marktmacht darf nicht mehr belohnt, sondern muss sanktioniert werden. Ein Beispiel ist der Lebensmitteleinzelhandel: Heute diktieren wenige große Supermarktketten die Preise für Lieferanten und Kund*innen, weil sie Marktmacht besitzen. Die digitale Währung würde erkennen, wenn Warengruppen vorrangig von einem einzigen oder einer kleinen Anzahl von Konzernen verkauft werden, und könnte dann die Einnahmen für diese Verkäufe mit einer Extrasteuer versehen – einer Art Monopolsteuer. Das würde den Markteintritt neuer und kleiner Akteure deutlich erleichtern, sodass sich das Monopol schnell auflösen sollte. Dadurch würden große Monopolisten unwirtschaftlicher und verlieren ihren Wettbewerbsvorteil, während kleinere, fairere Anbieter konkurrenzfähig werden – und dadurch wachsen. So würden sich gesunde Marktstrukturen schnell wieder herstellen, da der Profit nicht mehr durch Macht, sondern durch Effizienz und Nachhaltigkeit entsteht.

Auch würde die Währung die nötige Transparenz liefern, direkt zu erkennen, wenn ein Konzern einen kleinen Konkurrenten übernehmen möchte, der die gleichen Warengruppen herstellt oder verkauft.

- **Datenschutz und Nutzungsverhalten**

Soziale Medien, digitale Plattformen oder Spiele könnten um Ziele konkurrieren wie: »Wer kommt mit weniger Nutzerdaten aus?«, »Keine manipulativen Algorithmen, die Nutzer*innen zu ungewollten Entscheidungen drängen«, »Keine Förderung von Desinformation oder Hass«, »Transparente Algorithmen, sodass Nutzer*innen nachvollziehen können, warum sie bestimmte Inhalte sehen«, »Möglichst offene Standards und offene Schnittstellen«, sodass die Plattformen auch untereinander

Daten austauschen können, was dem digitalen Lock-in und dem Netzwerkeffekt entgegenwirken würde, oder ein Ziel wie »Vermeidung von Suchtmechanismen«.

Bei der Vermeidung von Suchtmechanismen soll es nicht darum gehen, dass der Spielspaß oder das Nutzererlebnis wegprogrammiert wird, sondern dass Nutzer*innen selbst die Hoheit über ihr Surfverhalten behalten – fasst eine Nutzerin den Entschluss, weniger Zeit auf einer Plattform oder mit einem Spiel verbringen zu wollen, dann sollte sie dies dem Plattformbetreiber mitteilen können, am besten über seine digitale persönliche Brieftasche, wodurch dann die für den Dopaminausstoß zuständigen Mechanismen sukzessive für diese Nutzerin zurückgefahren werden, sodass sie die Möglichkeit bekommt, sanft ihre Nutzungsdauer zu reduzieren.

- **Gesunde Ernährung**

Für eine gesündere Ernährung könnte beispielsweise eine Bewertung ähnlich dem Nutri-Score eingeführt werden, der den Nährwert von Lebensmitteln einer Produktkategorie miteinander vergleicht. Dadurch würden gesunde Lebensmittel billiger und ungesunde teurer.

- **Bezahlbare Ernährung**

Nahrung ist lebensnotwendig, aber der Klimawandel wird zu einer Verknappung der Anbauflächen führen. Damit Nahrungsmittel für die breite Bevölkerung bezahlbar bleiben, müsste ein Ziel für die Steigerung der Nahrungsmittelmenge pro landwirtschaftlich genutzter Fläche festgelegt werden. Dieses Ziel wird wahrscheinlich im Widerspruch zu einem ökologischen Ziel »weniger Umweltgifte« stehen – dennoch werden beide Ziele in die Berechnung des Steuersatzes einfließen. Die Währung bildet einen Mittelwert aus der jeweiligen Zielerreichung, und so wird sich ein Optimum einstellen: maximaler Flächenertrag bei minimalem Einsatz von Umweltgiften.

1.1 Chance eines digitalen Neustarts

Während bisherige Digitalisierungsbemühungen oft durch Bürokratie, veraltete Strukturen und andere Altlasten gehemmt wurden, könnte eine digitale Währung von Grund auf neu konzipiert werden – auf der grünen Wiese – und dabei die Altlasten von Anfang an abschneiden. Anstatt bestehende Prozesse nur digital nachzubauen, bestünde die Möglichkeit, unnötige Verwaltungsakte komplett zu eliminieren. Statt ineffizienter Bürokratie könnten intelligente Systeme viele Aufgaben automatisieren – und so Unternehmen wie Privatpersonen entlasten.

Eine digitale Währung wäre dann weit mehr als nur ein neues Zahlungsmittel – sie könnte das Leben der Menschen erheblich vereinfachen, Bürokratie abbauen und zahlreiche Prozesse effizienter, sicherer und sozialer gestalten. Durch die automatische Verarbeitung von Zahlungs- und Einkaufsdaten könnten Sachverhalte direkt bestätigt werden, ohne dass aufwendige Dokumentationen oder manuelle Prüfungen notwendig wären. Die Brieftasche einer digitalen Währung würde dabei nur ein »OK« nach außen senden, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind – ohne sensible Daten preiszugeben. Das macht viele bürokratische Vorgänge überflüssig und ermöglicht neue, unkomplizierte Wege zur Abwicklung administrativer Aufgaben.

1.1.1 Automatisierung der Bürokratie für Bürger*innen

Die Möglichkeiten einer digitalen Währung reichen weit über den Zahlungsverkehr hinaus und könnten viele alltägliche Prozesse automatisieren. Hier nur ein paar Beispiele:

- **Digitale Wahlen:** Ein Open-Source-Programm in der digitalen Brieftasche prüft anhand von Zahlungsströmen, ob eine Person real existiert (Lebensmitteleinkäufe, Arztrechnungen, Mietzahlungen) und ermöglicht so eine fälschungssichere digitale Stimmabgabe bei einer Wahl. Das Open-Source-Programm wird von einer unabhängigen staatlichen Instanz erstellt.

- **Bedingungsloses Grundbudget für lebensnotwendige Güter:** Fehlt es einer Person an überlebensnotwendigen Gütern wie Nahrung oder Wohnraum, kann die Währung automatisch Grundbedürfnisse finanzieren – ohne bürokratischen Aufwand oder Missbrauchsmöglichkeiten, da das Geld nur für Lebensmittel, Miete oder medizinische Versorgung ausgegeben werden kann und auch nur, wenn dafür Geld in der persönlichen Brieftasche der jeweiligen Person fehlt.
- **Automatische Ummeldung:** Ein Wohnungswechsel könnte allein durch die Änderung der Mietzahlung bestätigt und registriert werden, ohne Behördengänge.
- **Arbeitslosengeld oder Rente:** Die Währung erkennt anhand von ausbleibenden Gehaltseingängen, ob eine Person arbeitslos wird oder das Rentenalter erreicht hat, und löst automatisch entsprechende Arbeitslosen- und Rentenzahlungen aus.
- **Automatische Fahrzeugzulassung:** Beim Autokauf prüft die Währung, ob der Käufer für TÜV und Versicherung bezahlt hat. Sofern alle Zahlungen bestätigen, dass ein Auto gekauft wurde, trägt die Währung das bezahlte Auto dann direkt bei der Zulassungsstelle in die entsprechende Datenbank ein.
- **Geburtsurkunde & Elterngeld:** Die Währung erkennt durch Arztrechnungen und Krankenhausgebühren eine Geburt und stellt automatisch die Geburtsurkunde aus oder startet mit den Elterngeldzahlungen.
- **Steuererklärung per Knopfdruck:** Die Ein- und Auszahlungen des letzten Jahres werden von einem Programm in der Brieftasche automatisch zu einer Steuererklärung zusammengeführt. Nachdem ich das Ergebnis freigebe, überträgt das Programm die Daten an die zuständige Finanzbehörde und zahlt direkt die Steuererstattung aus.
- **Plattform für digitale Services:** Anstatt sich bei unzähligen Apps zu registrieren, könnten über die digitale Brieftasche verschiedene Services zentral verwaltet werden – von Versicherungen über Gesundheitsakten bis zu Vertragsverwaltungen. Sollte dort zum Beispiel der Dauerauftrag für ein Zeitungsabo beendet werden, versteht die Währung direkt, dass der dahinterliegende Vertrag gekündigt wird.

Privatpersonen können relativ schnell von der Automatisierung der Bürokratie profitieren. Nachteile entstehen für Privatpersonen eigentlich nicht.

1.1.1 Automatisierung der Bürokratie für Unternehmen

Auch für Unternehmen könnte die digitale Währung erhebliche Erleichterungen bringen. Auf den ersten Blick scheint es so, als müssten Unternehmen durch neue Bewertungssysteme zusätzliche Daten bereitstellen. Aber viele dieser Daten müssen ohnehin bereits erfasst und aufbereitet werden. Schon heute brauchen Firmen Zertifizierungen und nichtfinanzielle Berichterstattungen – das erfolgt meist über manuelle Prozesse, indem jemand zum Beispiel den CO₂-Abdruck der eigenen Produkte in Excel nachrechnet. Diese manuellen Prozesse werden dann nicht selten von Wirtschaftsprüfer*innen kontrolliert und bescheinigt. Eine digitale Währung könnte diese Vorgänge vollständig automatisieren, indem relevante Daten direkt an Einkaufs- und Zahlungsströme angehängt werden, sodass sie direkt in die IT-Systeme der Konzerne fließen.

Unternehmen mit einem komplexen Geschäftsmodell wissen genau, wie viel Geld sie mit ihren verschiedenen Produkten verdienen – sonst wären sie längst vom Markt verschwunden. Die Ausgaben und Kosten werden von ihrem ERP-System auf die Produkte verteilt. Die Systeme können also bereits Geld verteilen, und da die zusätzlichen Daten zukünftig am Geld hängen, ordnen sie sich mit dem Geld den Produkten zu. So werden alle neuen Daten auf Basis der bestehenden Prozesse und ohne zusätzlichen Aufwand auf die Produkte verteilt. Dies verkürzt viele Zertifizierungen und Audits wie Bio-, Öko-, CO₂-neutral-, ISO-, GMP- oder Compliance-Labels. Das liefert auch direkt Daten für die nicht finanzielle Berichterstattung wie zum Beispiel für das Supply Chain Law der EU oder die Nachhaltigkeitsberichterstattung im Rahmen des CSRD (falls diese überhaupt noch benötigt werden). Einige Beispiele, wie eine digitale Währung Unternehmen das Leben erleichtern kann:

- **Automatische Nachhaltigkeitsbewertung:** Unternehmen mit einfachen Geschäftsmodellen, die nur ein oder eine begrenzte Anzahl von Produkten herstellen, könnten die Zielerreichung ihrer Waren direkt von der Währung berechnen lassen und erhalten entsprechende Zertifizierungen: Biobauern, die kein Glyphosat einkaufen, erhalten automatisch das Biosiegel. Das Biosiegel wird dabei direkt an die verkauften Artikel angefügt, ganz ohne dass der Bauer dafür etwas tun müsste. Er braucht nur das Programm in der digitalen Brieftasche seines Betriebes, das die Siegel erstellt.
- **Automatische Buchhaltung und Jahresabschlüsse:** Unternehmen müssten weniger für Steuerberater*innen ausgeben, da Jahresabschlüsse durch die Währung automatisch geprüft, gegebenenfalls sogar ganz automatisch erstellt werden könnten.
- **Plattform für digitale Kundeninteraktion:** Die digitale Währung ist die ideale Plattform, auf der ein Unternehmen eigene intelligente Verträge erstellen kann, um das Geschäftsmodell zu digitalisieren, ohne einen Dritten zwischenschalten. Ein Beispiel: Ein Unternehmen vermietet Elektroroller und bringt an jedem Roller einen NFC-Token an. Die Kund*innen können einfach ihre persönliche digitale Brieftasche an den Token halten, kurz auf dem Handy, das mit der Brieftasche verknüpft ist, die AGB lesen und bestätigen und sofort losfahren. Sie müssen keine separate App herunterladen und ihre Kontakt- und Kreditkartendaten eingeben. Alle benötigten Informationen sind bereits in der persönlichen Brieftasche des Nutzers oder der Nutzerin vorhanden. So wird die digitale Brieftasche zum einheitlichen Zugang zu unzähligen digitalen Anwendungen. Unternehmen sind nicht mehr auf Kreditkartenfirmen, Dienstleister oder Plattformen wie PayPal angewiesen, die bisher den Bezahlvorgang und den Austausch persönlicher Daten gegen Gebühr übernehmen.
- Unternehmen müssen auch keine Technologieunternehmen für gezielte Werbung bezahlen, da die Währung eine Plattform schafft, über die Endnutzer*innen direkt gefragt werden können, ob sie bereit sind, gegen Geld Zugang zu ihren Daten zu gewähren. So erhalten alle Unternehmen Zugang zu einer umfassenden Datenbasis, um das volle Potenzial der Digitalisierung auszuschöpfen, ohne auf die Hilfe der heutigen Datenmonopolisten angewiesen zu sein.
- Kleine Handwerksbetriebe könnten sich vollständig auf ihre Arbeit konzentrieren, da Rechnungen, Steuererklärungen und Unternehmensanmeldungen automatisch über die digitalen Zahlungsströme abgewickelt würden.

1.1 Staatliche Steuerung neu gedacht

Der freie Markt und die Privatwirtschaft haben unbestreitbare Vorteile – sie sind anpassungsfähig, innovativ und effizienter in der Umsetzung von Projekten als der Staat. Während staatliche Großprojekte oft an Bürokratie, Verzögerungen und Budgetüberschreitungen scheitern, ist die Privatwirtschaft in der Lage, flexibler auf Herausforderungen zu reagieren. Mit einer digitalen Währung könnten staatliche Projekte jedoch gezielter gesteuert beziehungsweise teilprivate Finanzierungsmodelle entwickelt werden – ohne dass unlautere Bereicherungsmöglichkeiten entstehen.

1.1.1 Öffentliche Projekte jetzt effizient

Bisher sind Ausschreibungen für ein Projekt nur eine Frage des Geldes. Der Staat erstellt ein Konzept und ein Leistungsverzeichnis und, ohne dass die Angaben hinterfragt werden, bekommt der billigste Anbieter den Zuschlag. Sollten bei der Umsetzung des Konzeptes Fehler auftauchen, wie ein Zahlendreher bei der ausgeschriebenen Betonmenge, dann ist der Anbieter berechtigt, Nachforderungen zu stellen, was dann die Kosten nachträglich in die Höhe treibt.

In Zukunft könnte man zielorientiert ausschreiben. Das heißt, das Konzept erstellt nicht mehr der Staat, sondern bereits der Anbieter. Der Staat gibt nur Ziele vor, die er erreichen möchte. Der qualifizierteste Anbieter mit dem besten Konzept, wie die Ziele erreicht werden können, bekommt den Zuschlag.

Diesem Anbieter stellt der Staat dann ein Budget zur Verfügung. Das ausgezahlte Geld ist aber zweckgebunden. Damit ist sichergestellt, dass das Geld nicht veruntreut, sondern zum Beispiel nur für Baumaterialien ausgegeben werden kann. Damit Baumaterialien nicht zu überhöhten Preisen an staatliche Projekte verkauft werden, vergleicht die Währung die Materialstückkosten mit anderen, rein privaten Baustellen. Korrupte Geldflüsse werden so schnell aufgedeckt.

Die Projektverantwortlichen erhalten mehr Freiheiten bei der Umsetzung und können sich auf die Erreichung der Ziele konzentrieren. Die Höhe des Gewinns, den der Projektverantwortliche erzielen kann, ist an die zu erreichenden Ziele gebunden (wird das Bauvorhaben im Zeit-, Kosten- und sonstigen Rahmen fertiggestellt?).

So wären Ausschreibungen nicht mehr ein Wettlauf der billigsten Anbieter, sondern ein Wettbewerb um die beste Lösung.

Angenommen, es soll ein neuer Flughafen gebaut werden, dann könnten die Ziele, mit

denen die staatlichen Stellen den besten Projektierer für dieses Projekt suchen, folgende sein:

- »Fertigstellung innerhalb von 6 Jahren auf einer bestimmten Fläche«
- »Kostenrahmen maximal 6 Milliarden Euro«
- »CO₂-neutraler Betrieb ab Tag 1, minimaler CO₂-Ausstoß in der Bauphase«
- »Wirtschaftliche Einbindung regionaler Unternehmen«
- »Barrierefreie Gestaltung nach modernsten Standards«
- »Einhaltung der geltenden Bauordnungen«
- »Reibungsloser Betrieb mit maximal 3.000 Mitarbeiter*innen für 10.000 tägliche Fluggäste möglich«

Die Projektierer erstellen dann ihre Entwürfe und geben an, welche Zielerreichung ihre Entwürfe versprechen; sie alle müssen die Minimumziele erreichen, können aber auch davon abweichen. So könnte Projektierer A ein gutes Logistikkonzept haben, das die 10.000 täglichen Fluggäste mit nur 1.000 Mitarbeiter*innen ermöglicht, Projektierer B schafft es, den Flughafen komplett CO₂-neutral zu bauen, oder C ist besonders günstig und könnte seinen Entwurf für 4 Milliarden Euro umsetzen. Der öffentliche Auftraggeber wird sich für einen Projektierer entscheiden, der dann seinen Entwurf umsetzen soll. Alle Kosten des Projektierers, zum Beispiel für Baumaterialien, Subunternehmer und Personal, werden direkt aus einer öffentlichen Briefftasche bezahlt – dabei sind auch Kontrollmechanismen eingebaut, die den Baufortschritt verifizieren. Der Gewinn aber, den der Projektierer mit dem Projekt machen kann (zum Beispiel 100 Millionen Euro), wird erst nach Fertigstellung des Flughafens freigegeben, wenn die Zielerreichung (Zeit, Budget, CO₂-Bilanz) im laufenden Betrieb bestätigt wurde – automatisch durch die Währung.

1.1.1 Schnelle Hilfe in Krisen

Nach Naturkatastrophen müssen Hilfgelder schnell und zielgerichtet verteilt werden – doch oft verzögert Bürokratie, die Missbrauch verhindern soll, die Auszahlung. Mit digitalem Geld könnte der Staat einen Hilfsfonds bereitstellen, aus dem Betroffene direkt Geld abrufen können. Dieses Geld wäre dann aber durch etwas Programmcode zweckgebunden:

- **Zweckgebundene Nutzung:** Die Gelder könnten nur für bestimmte Ausgaben wie Baumaterialien oder Handwerkerrechnungen für Wohnungsrenovierungen genutzt werden.
- **Verifikation durch Geodaten:** Um sicherzustellen, dass das Geld korrekt verwendet wird, könnte die Währung verlangen, dass ein Lieferschein eine überschwemmte Adresse enthält.
- **Automatisierte Bestätigung:** Nach Abschluss des Wiederaufbaus könnte ein Foto mit Geo-Tag in die Währung hochgeladen werden, um den Wiederaufbau zu verifizieren. Erst dann würde der Programmcode aus dem Geld, das sich mittlerweile in den Brieftaschen der Lieferanten (Handwerkern und Baustoffhändlern) befindet, gelöscht. Ab dann ist es wie normales Geld zu verwenden.

1.1.1 Krankenhäuser fair finanzieren

Auch die Abrechnung medizinischer Leistungen könnte völlig neu gestaltet werden: Ohne Krankenkassen und Fallpauschalen könnten private Krankenhäuser ihr Geld direkt aus einem öffentlichen Fonds beziehen. Dieser kennt die abgerechneten Leistungen und die Kosten des Krankenhauses wie Personal, Energie, Medikamente oder Abschreibungen auf Gebäude und Maschinen. Die Marge wäre gedeckelt, sodass nach Abzug aller bekannten Kosten nur ein bestimmter Gewinn erzielt werden kann.

Ein privatwirtschaftlich geführtes Krankenhaus kann seinen Gewinn nur durch eine Ausweitung seiner Leistungen steigern. Diese Ausweitung ist mit Kostensteigerungen verbunden, zum Beispiel durch den Bau einer neuen Station, die Einstellung zusätzlichen Personals oder die Anschaffung neuer Geräte. Mehr Leistungen führen so zu mehr Gewinn bei den Krankenhausbetreibern, das könnte noch mit weiteren KPIs kombiniert werden, zum Beispiel dem Erfolg von Behandlungen. Das sollte zu einer steigenden Qualität und einem Ausbau der Leistungen führen – wobei die Krankenhäuser frei darin sind, wie sie dies erreichen möchten.

Durch einen Vergleich der Zahlungsströme mit denen anderer Krankenhäuser würden Betrugsmöglichkeiten wie überteuerte Anschaffungen oder überhöhte Gehälter sofort auffallen. Auch eine einfache Übernahme von Leerkosten, wie zum Beispiel die Bereitstellung von nicht genutzten Betten, wäre möglich, für diese würden Krankenhäuser einfach ihre entstehenden Kosten ohne irgendeinen Gewinn, also ohne Marge, zurückerhalten.

1.1.1 Infrastruktur ohne Spekulation

Mit einer digitalen Währung könnte der Staat neue Wege finden, strategisch wichtige Industrien zu finanzieren:

- **Verfügbarkeit statt Spekulation:** Ein Rüstungsunternehmen könnte bezahlt werden, um ungenutzte Kapazitäten bereitzuhalten, anstatt in Friedenszeiten problematische Exporte in Drittländer zu tätigen. So könnte man zum Beispiel einem Hersteller vorgeben, dass er Fertigungskapazitäten für 365 Panzer pro Jahr aufbauen soll, und bezahlt ihm dies auch. Die fünf Panzer, die die Bundeswehr in Friedenszeiten jährlich kauft, müsste der Hersteller mit dieser Jahreskapazität in fünf Arbeitstagen herstellen können. Die Währung kann das kontrollieren über die Einkaufs- und Lieferdaten der Rohstoffe und Teile oder über Zahlungen von Schichtzuschlägen an die Arbeiter oder zusätzliches Personal in Form von Leiharbeitern. In Friedenszeiten würden die Leerkapazitäten vom Staat bezahlt, sodass die Rüstungsindustrie nicht verkümmert, und im drohenden Verteidigungsfall können schnell die Produktionen hochgefahren werden.

- **Margendeckel für Wohnraum:** Die Wohnungskrise könnte entschärft werden, indem die Mieten an die Investitionen der Vermieter*innen gekoppelt werden: Bei einem vollständig abbezahlten Gebäude würde die Währung verhindern, dass die Mieten beliebig weiter steigen. Die Währung würde nur noch Betriebs- und Instandhaltungskosten plus eine moderate Gewinnmarge zulassen. Damit wäre es nicht mehr möglich, Wohnungen als Spekulationsobjekte zu missbrauchen. Anders als bei der häufig diskutierten Mietpreisbremse würde ein Margendeckel für Mieten dazu führen, dass anfallende Kosten, zum Beispiel für den Neubau von Wohnungen oder Investitionen in energetische Sanierungen, mit einem Gewinnaufschlag an die Mieter*innen weitergegeben werden können. Er wäre somit kein Investitionshindernis. Und gleichzeitig können die Mieten nicht ohne Grund oder überproportional erhöht werden, da die Währung dann erkennen würde, dass der Mieterhöhung keine Kosten gegenüberstehen und die Marge der Vermieter*innen über den Grenzwert steigt.

Auch für Vermieter*innen könnten sich daraus Vorteile ergeben, zum Beispiel indem der Mieterschutz gelockert werden könnte, wenn Vermieter*innen keinen finanziellen Anreiz mehr hätten, Mieter*innen auszutauschen, um höhere Einnahmen zu erzielen. Nur noch, wenn es wirklich Probleme mit einem oder einer bestimmten Mieter*in gibt.

- **Margendeckel gegen Preisspekulation:** Produkte, die für die Gesellschaft essenziell sind – wie Wohnraum oder Medikamente – könnten mit einer Obergrenze für Gewinnmargen versehen werden.

Ein Beispiel ist das Medikament Sofosbuvir zur Behandlung von Hepatitis C,¹⁹² das heute sehr lukrativ für den Hersteller Gilead ist:

- Herstellungskosten: zwischen 88 und 220 Euro pro Behandlungszyklus¹⁹³
- Verkaufspreis: mindestens 60.000 bis 120.000 Euro
- Gewinn-Kosten-Verhältnis: 27.000 bis 136.000 Prozent
- Marge: immer größer 99 Prozent

Die Behandlung aller 250.000 betroffenen Hepatitis-C-Patient*innen in Deutschland würde dem Hersteller Gilead 16,75 Milliarden Euro Gewinn einbringen – etwa das Fünffache des Bruttoinlandsproduktes Deutschlands.

Natürlich dürfen die Pharmahersteller üppige Gewinne machen, damit sie weiter forschen, aber diese Gewinne könnten ab einer gerne sehr hoch gewählten Schwelle oder anhand von Marktwerten gedeckelt werden, dabei kennt die Währung ja bereits die Kosten für Investments oder Forschung und Entwicklung des Medikamentes, sodass ein Margendeckel für Medikamente sicherstellt, dass der Hersteller nicht auf Kosten sitzen bleibt; somit werden keine Innovationsanreize genommen.

- **Daseinsvorsorge mit Zielen steuern**

Dienstleistungen der Daseinsvorsorge – wie zum Beispiel die Wasserversorgung – gehören zur grundlegenden Infrastruktur eines funktionierenden Gemeinwesens. Wenn solche Betriebe bereits privatisiert wurden und eine Rekommunalisierung nicht gewünscht oder kurzfristig nicht realisierbar ist, könnten sie durch eine Kombination aus Zielvorgaben und Margendeckel reguliert werden. So wäre etwa folgende Regelung denkbar: Private Wasserwerke dürfen bei einer Versorgungssicherheit von über 98 % eine Gewinnmarge von maximal 25 % erzielen. Liegt die Versorgungssicherheit hingegen darunter – etwa infolge wiederholter Ausfälle oder unzureichender Wartung – sinkt die erlaubte Marge auf 5 %. Ein solcher Mechanismus würde wirtschaftliche Anreize mit dem öffentlichen Interesse an einer verlässlichen und bezahlbaren Grundversorgung verbinden.

1.1 Fairness in Zeiten knapper Ressourcen

Falls sich der Klimawandel irgendwann nicht mehr bremsen lässt, wird man sich Gedanken darüber machen müssen, wie der soziale Frieden am Ende des Jahrhunderts gewahrt werden kann, wenn überlebenswichtige Ressourcen wie Wasser und Nahrung nicht mehr für alle problemlos zur Verfügung stehen. Auch hier wäre eine digitale Währung ein guter Ansatzpunkt, denn neben der dynamischen Besteuerung von Gütern und Dienstleistungen wäre eine zweite dynamische Steuer denkbar, die für einen sozialen Ausgleich sorgt.

Diese Steuer würde sich am individuellen Konsumverhalten orientieren. Bei maßvollem und nachhaltigem Konsum wäre diese Steuer gleich null. Sie würde nur dann erhoben, wenn der*die Einzelne sorglos mit knappen, aber lebensnotwendigen Ressourcen umgeht und diese übermäßig konsumiert. Dies würde die Wettbewerbsbedingungen zwischen Arm und Reich bei überlebenswichtigen und begrenzten Ressourcen wie Wohnraum, CO₂ und in Zukunft wahrscheinlich auch Energie, Wasser und Nahrung angleichen.

Eine solche Steuer wäre mit einer digitalen Währung technisch leicht umzusetzen, würde aber die Abschaffung des Bargeldes voraussetzen, gleichzeitig gingen viel Anonymität und Datenschutz verloren. **Eine verbrauchsabhängige Steuer sollte daher nur dann zum Einsatz kommen, wenn der Klimawandel uns zwingt, das Wirtschaftswachstum zu stoppen. So kann das soziale Gefüge und das Gemeinwohl in einem schrumpfenden Wirtschaftssystem erhalten bleiben.** Ein kurzes Beispiel soll die Idee verdeutlichen:

Energie wird teurer, weil sie knapper wird. Für viele Menschen können 15 Cent pro Kilowattstunde Gas und 40 Cent pro Kilowattstunde Strom schnell existenzbedrohend werden. Für andere sind das immer noch Peanuts, sodass sie Energie verschwenden, was zu einer weiteren Verknappung und damit zu weiter steigenden Preisen führt – die Lösung für dieses Problem wäre dann eine verbrauchsabhängige Steuer auf Energie:

Über die Rechnungen, die man für Strom, Gas, Benzin und energieintensive Produkte bezahlt, protokolliert die Währung den Energieverbrauch jedes Einzelnen über das Jahr in den jeweiligen digitalen Brieftaschen der Menschen. Es ist sinnvoll, dass die Währung hier alles in Kilowattstunden umrechnet. Bis zu einem bestimmten Kilowattstundenverbrauch zahlt ein*e Bürger*in keine Steuern. Wer mehr verbraucht, muss für jede weitere Kilowattstunde einen steigenden Steuersatz zahlen.

Eine Bürgerin, die sich den Luxus eines großen Autos mit hohem Benzinverbrauch leistet, großzügig Strom verbraucht und zweimal im Jahr in den Urlaub fliegt, muss dann zum Beispiel die letzte Kilowattstunde, die sie verbraucht, mit einem exponentiellen Steuersatz versteuern.

Wer luxuriös lebt, viele Autos besitzt, jedes Wochenende ans Mittelmeer fliegt und trotzdem zu Hause den Swimmingpool durchgehend beheizt, dessen Steuersatz sollte mit jeder weiteren verbrauchten Kilowattstunde exponentiell ansteigen. Damit wäre sichergestellt, dass es auch für einen Superreichen irgendwann wichtig wird, auf den eigenen Energieverbrauch zu achten.

Dazu ein vereinfachtes Rechenbeispiel, in dem eine Megawattstunde (1000 Kilowattstunden) Energie 10 Euro kostet, unabhängig von der Energiequelle:

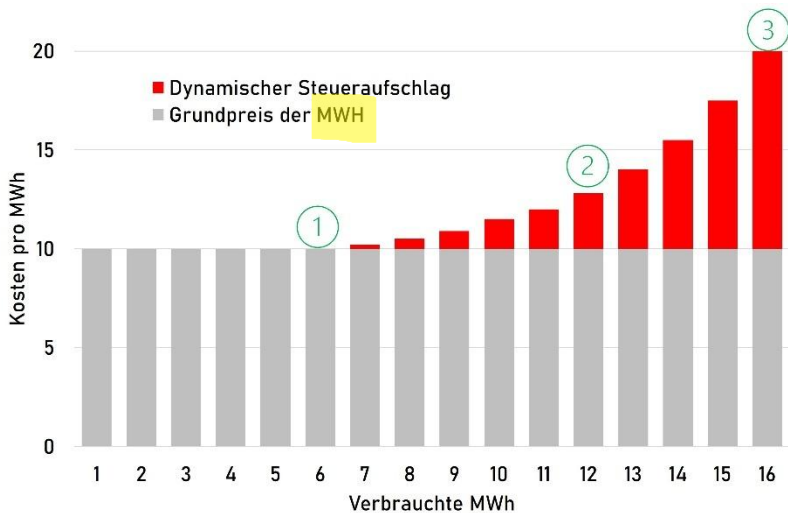


Abbildung 21: Optionale dynamische Besteuerung des Konsums

1. ① Ein*e Konsument*in, der oder die nur 6 Megawattstunden pro Jahr verbraucht, zahlt keine Steuern auf die Energie und muss nur den Grundpreis von 10 Euro pro Megawattstunde bezahlen, hat also 60 Euro Energiekosten pro Jahr ($6 \cdot 10$ Euro).
2. ② Jemand, der doppelt so viel verbraucht, also 12 Megawattstunden, zahlt auf die zwölfte Megawattstunde 60 Prozent Steuern, das heißt er zahlt für seine letzte Megawattstunde insgesamt 16 Euro (10 Euro Basispreis + 6 Euro Steuern). Insgesamt hat er für alle 12 Megawattstunden 120 Euro Grundpreis und 22 Euro Steuern bezahlt. Dies entspricht in etwa dem heutigen Steuersatz von 19 Prozent. Auch hier wird die große Mehrheit der Menschen nicht schlechter gestellt. Es entsteht lediglich ein guter Anreiz zum Energiesparen, da jede zusätzliche Megawattstunde exponentiell teurer wird.
3. ③ Wer bisher exzessiv Energie verbraucht hat (16 Megawattstunden), muss für die letzte Megawattstunde 10 Euro Grundpreis und darauf einen Steueraufschlag von 100 Prozent bezahlen. Dieser Konsument kauft also seine ersten sechs Kilowattstunden für den Basispreis ohne Steueraufschlag (10 Euro), dann steigen die Kosten jeder weiteren Kilowattstunde exponentiell an. Die siebte Kilowattstunde kostet 10,2 Euro, die achte 10,5 Euro und so weiter, bis seine letzte Kilowattstunde durch den 100-prozentigen Steuerzuschlag 20 Euro kostet. Die nächste würde dann nochmals deutlich teurer. Durch den exponentiellen Anstieg des Steuersatzes muss sich auch ein sehr wohlhabender Mensch überlegen, ob er nicht irgendwann anfängt, Energie zu sparen.

Energiesparer*innen profitieren also doppelt. Zum einen müssen sie ihren geringen Verbrauch nicht mehr versteuern, zum anderen entspannt sich die Marktsituation, und der Grundpreis für Strom sinkt. Dabei werden keine Freiheitsrechte eingeschränkt, jeder kann frei entscheiden, ob er sein Energiekontingent für seinen Fuhrpark mit acht Autos, für die Beheizung seiner großen Villa mit Pool oder für vier Flüge in die Karibik verbraucht. Wenn er aber alles auf einmal machen will, wird es teuer.

Ähnlich könnte man auch gegen die Wohnungsnot vorgehen. Eine Lösung könnte hier zum Beispiel ein steigender Steuersatz ab einer bestimmten Wohnfläche pro Kopf sein. So könnte eine Kindertagesstätte im Erdgeschoss eines Gebäudes Platz finden, das ansonsten als Empfangsraum für eine Unternehmensberatung gemietet/gekauft werden würde.

Eine andere Möglichkeit, das soziale Gleichgewicht am Ende des Wirtschaftswachstums zu wahren, wäre eine Bewertung nach gesellschaftlichem Nutzen. Einige Wissenschaftlerinnen berechneten für ihre Studie »A Bit Rich« den »Social Return on Investment«, also wie groß der gesellschaftliche Wert eines Berufes im Verhältnis zum Gehalt ist.¹⁹⁴ Wenig überraschend erzeugen Pflegekräfte für jedes verdiente Pfund einen gesellschaftlichen Nutzen von etwa 10 Pfund, Müllentsorger*innen schafften sogar Faktor 12. Und umgekehrt vernichteten ein*e Banker*in oder Steuerberater*in pro Pfund Einkommen zwischen 7 bis 47 Pfund soziales Vermögen.

Die Berechnung, die dieser Studie zugrunde liegt, ließe sich auf alle Waren und Dienstleistungen übertragen: Produkte, die einen positiven sozialen Beitrag leisten, würden niedriger besteuert, während solche, die gesellschaftliche Kosten verursachen, höhere Abgaben zahlen. Die Daten und die technische Grundlage liefert wieder die digitale Währung.

Teil 4: Technik und Datensicherheit

1.1 Wie Daten ins Geld kommen

In den folgenden Kapiteln wird eine mögliche Technik hinter der digitalen Währung vereinfacht skizziert. Um es überschaubar zu halten, werden technische Sachverhalte stark verkürzt und, wo immer möglich, einfach erläutert. Dabei war die zentrale Herausforderung, die Technik so zu erklären, dass die grobe Funktionsweise vorstellbar wird, und das in überschaubarem Umfang verständlich rüberzubringen. Ich bitte Sie als Leser*innen, sich nicht davon abschrecken zu lassen, wenn dabei das individuelle Idealverhältnis von Tiefe, Umfang und Verständlichkeit nicht genau getroffen wurde.

Die digitale Währung würde vor allem auf vier Ebenen technische Änderungen und Neuerungen benötigen:

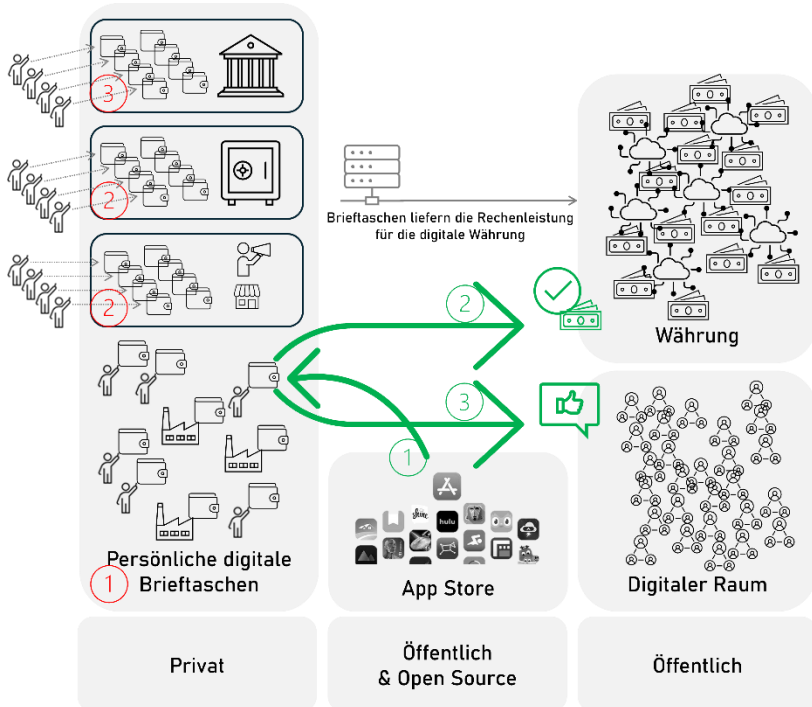


Abbildung 22: Schaubild der Ebenen einer digitalen Währung

Die erste Ebene sind die »persönlichen digitalen Brieftaschen«. Der Ort, an dem die persönlichen Daten privat gespeichert werden.

Die zweite Ebene ist ein App Store, dort können Entwickler Programme ablegen, die von den Menschen und Firmen in ihre persönliche digitale Brieftasche geladen werden können.

Die dritte Ebene ist das Geld / die Währung an sich. Die vierte Ebene ist der digitale Raum. Der Ablauf, wie Daten in die Brieftaschen, in die Währungen oder den digitalen Raum gelangen, könnte wie folgt aussehen:

1. Ein Programm wird aus dem App Store in eine persönliche digitale Brieftasche geladen.
2. Dort kann das Programm ausgewählte Daten aus der digitalen Brieftasche in die Währung laden. Das ist vor allem für Firmen relevant, die die Zielerreichung ihrer Produkte so verifizieren und beim Verkaufen weitergeben. Beim Verkauf landen die Daten über den Geldfluss dann wieder in der nächsten digitalen Brieftasche des Käufers. Das wiederholt sich bei jedem Kauf, bis die Informationen durch die gesamte Lieferkette gelaufen sind und am Produkt anheften, das der oder die Verbraucher*in zum Beispiel im Supermarkt kaufen kann.
3. Im App Store wird es auch Programme geben, die die Daten aus den Brieftaschen nutzen, um Informationen für den digitalen Raum zu verifizieren. Das könnte zum Beispiel sein, dass ein Posting in Social Media mit der verifizierten Info versehen wird: »Ich bin eine reale Person« oder »Ich arbeite in dieser Branche«.

So können auch Siegel an digitale Produkte angeheftet werden. Dann kann zum Beispiel der Gesetzgeber verfügen, dass zum Eindämmen von Fake News alle Videos, die mit künstlicher Intelligenz erstellt wurden, mit einem »KI«-Siegel versehen werden müssen. Eine Plattform, die KI-Leistungen anbietet, muss dann an jedes Video, das dort produziert wird, dieses Siegel anheften – sollte sie dies nicht oder nur unregelmäßig tun, dann kann die Währung dafür sorgen, dass die Plattform weniger bis gar kein Geld mehr verdient.

Gleichzeitig besteht das KI-Video wieder aus Code, also aus Einsen und Nullen.

Fragmente dieses Codes werden dann in der Währung gespeichert (Mechanismus

wird im Kapitel »Private Daten ohne Manipulationsmöglichkeit« erläutert). Sollte jemand nachträglich das KI-Siegel von dem Video entfernen, kann durch einen Abgleich des Codes des Videos mit den Code-Fragmenten in der Währung nachvollzogen werden, dass das Video von einer KI erstellt wurde.

Alle Programme aus dem App Store sollten einen offenen Quellcode haben, damit jede*r die Funktionsweise überprüfen kann. Gleichzeitig kann so kontrolliert werden, dass keine schädlichen Programme über den App Store in die digitalen Briefaschen gelangen, die dort willkürlich Daten absaugen könnten. Auch kann so kontrolliert werden, dass die Programme keine persönlichen Daten, die Diskriminierung ermöglichen würden, speichern oder weitergeben.

Die persönliche digitale Brieftasche als Datenspeicherort ist der einzige Punkt, an dem die Bürger*innen mit Neuerungen in Berührung kommen, hier sollte es für jede Bedürfnislage eine passende Lösung geben, dazu mehr im folgenden Kapitel.

1.1 Der Platz für unsere Daten

Das Potenzial einer digitalen Währung ist immens – das Missbrauchspotenzial leider fast ebenso groß: Die beim Bezahlen gesammelten Daten sind umfassend. Geraten sie in die falschen Hände, können damit Wahlen beeinflusst, Menschen manipuliert, diskriminiert oder ausgegrenzt werden. Das darf natürlich nicht passieren, daher könnte ein mögliches Datenschutzkonzept wie folgt aussehen:

Die Daten liegen dezentral in den jeweiligen Briefaschen der Datenbesitzer*innen. Der Speicherort der persönlichen digitalen Brieftasche kann je nach persönlichen Präferenzen individuell gewählt werden:

- **① Personen, die großen Wert auf ihre Privatsphäre legen, betreiben ihre persönliche digitale Brieftasche selbst, das kann zum Beispiel eine Hardware-Brieftasche, eine App auf dem Handy oder ein lokaler PC sein.** Werden Informationen benötigt, zum Beispiel um eine Steuererklärung zu erstellen, wird ein Open-Source-Programm in die persönliche digitale Brieftasche geladen, sucht dort nach den benötigten Daten und übermittelt das Ergebnis. Dabei muss die Möglichkeit bestehen, jede einzelne Information, die übertragen

werden soll, vorher einzusehen. Ist zum Beispiel der Heim-PC gerade ausgeschaltet, während ein Einkauf getätigt wird, dann werden die Daten temporär auf einem Server zwischengespeichert, bis der Heim-PC wieder einmal online geht. Nach dem Datentransfer werden die Daten auf dem zentralen Server gelöscht.

- ② Wer nicht über die technischen Möglichkeiten verfügt, die Brieftasche selbst zu betreiben, kann auf **private Datentreuhänder** zurückgreifen. Das können diejenigen sein, die heute schon unsere Finanzen verwalten, wie Steuerberater*innen und Banken. Dabei sollte es verschiedene Modelle geben: Eines, bei dem der Datentreuhänder bezahlt wird und den höchsten Datenschutz garantiert, und andere Varianten für Menschen, die weniger Datenschutzbedenken haben und mit ihren Daten Geld verdienen wollen. Der Datentreuhänder würde sich dann um die Vermarktung der Daten kümmern. In jedem Fall sollte jeder Datenzugriff in einer Art »Log« für die Dateneigentümer*innen leicht einsehbar sein. So sieht jede*r, welches Unternehmen wann und wie oft welche Daten aus der digitalen Brieftasche ausgelesen hat. Bei Bedarf kann man dann seinen Datentreuhänder anweisen, den Zugriff auf die Daten einzuschränken.
- ③ Für alle, die ihre Daten nicht bei privaten Unternehmen speichern wollen und sich nicht um eine individuelle Infrastruktur kümmern wollen oder können, **betreibt der Staat die persönliche digitale Brieftasche**. Natürlich biometrisch verschlüsselt, sodass nur der oder die Datenbesitzer*in die Daten im Klartext lesen kann. Dabei muss der Staat auch eine inklusive Lösung und Zugang für alle Menschen mit geringer IT-Vertrautheit ermöglichen.

Die Nutzung der digitalen Währung müsste so gestaltet werden, dass sich für Privatpersonen die Nutzung nicht wesentlich vom heutigen Umgang mit Geld, zum Beispiel von einem Onlinekonto, unterscheidet. Auch kann ein integrativer Zugang durch die Verknüpfung von Daten mit Geld leichter hergestellt werden, denn bereits heute gibt es Strukturen für Menschen, die Onlinebanking nicht mehr erledigen können – auch ein Demenzkranker im Pflegeheim, der seinen Namen nicht mehr kennt, hat jemanden mit einer Vollmacht, der sein Konto führt und seine Rechnungen bezahlt.

Für diese Utopie müsste eine neue staatliche Institution geschaffen werden, die zum einen die oben beschriebenen persönlichen digitalen Brieftaschen betreibt. Auch

müsste sich diese Institution um Sicherheitsupdates und Wartung der Währung kümmern, Fehler beheben, Speicherplatz sowie Rechenleistung bereitstellen sowie den Datenschutz und die Datenintegrität⁴ sicherstellen.

Diese neue Institution könnte, losgelöst von den bisherigen politischen Verflechtungen, als neue eigenständige Gewalt im Staat den Datenschutz und die Datenintegrität gegenüber den bestehenden drei Gewalten gewährleisten. Im Folgenden wird diese neue Vierte Gewalt »Datenschutz« genannt, um zu verdeutlichen, dass es einer echten neuen staatlichen Gewalt bedarf, die den Datenschutz im Rahmen der Gewaltenteilung gegenüber den drei bestehenden Gewalten sicherstellt. Die Bezeichnung »Vierte Gewalt« ist nicht zu verwechseln mit der Medienlandschaft, die den Titel »Vierte Gewalt« heute nur inoffiziell trägt.

Wer mit Kryptowährungen und Smart Contracts vertraut ist, erkennt viele Parallelen zu diesem Konzept. Eine digitale Währung sollte ebenso dezentral organisiert und betrieben werden können wie eine Kryptowährung. Die Währung wird also von der Vierten Gewalt nur gewartet und mit Updates versorgt, aber nicht betrieben. Jede*r Bürger*in sollte die Möglichkeit haben, mit der eigenen digitalen Brieftasche einen Knoten zu hosten und so zur dezentralen Sicherheit und Datenintegrität beizutragen. Um bei der Analogie zu Kryptowährungen zu bleiben, wäre das Ziel ein »Proof of Wallet«-Validierungsverfahren, sodass jede*r Bürger*in über die eigene digitale Brieftasche eine Stimme hat, mit der er oder sie Änderungen der Währung zustimmen muss. Für jede Änderung an der Währung müsste also die Mehrheit der Bürger*innen (>50 Prozent der Wallets) beziehungsweise die Mehrheit der digitalen Brieftaschen zustimmen. Also auch jedes Mal, wenn die Währung ein Update bekommt oder wenn Politiker*innen ein Ziel in die Währung schreiben wollen. Das wäre ein echter Fortschritt für die demokratische Teilhabe aller Bürger*innen. Und gleichzeitig gibt der Staat der Gesellschaft die Hoheit über das Geld zurück.

Können die Bürger*innen dann noch mit ihren digitalen Brieftaschen der Währung Rechenleistung und Speicherplatz zur Verfügung stellen, wäre die Vierte Gewalt kein notwendiger Mittelsmann mehr, der für den Betrieb der Währung zwingend erforderlich ist.

⁴Datenintegrität versucht, die Unversehrtheit von Daten sicherzustellen und vor einer unbemerkten Veränderung zu schützen. Also ein Schutz vor Manipulationen und Betrug.

Die Vierte Gewalt würde auch den App Store verwalten, von dem die Programme in die Brieftaschen gelangen. Programme von zentraler Bedeutung, die die Bürger*innen regelmäßig benötigen oder besondere Wichtigkeit haben, zum Beispiel für Wahlen, sollte die Vierte Gewalt selbst erstellen. Jeder Mensch und jedes Unternehmen sollte auch eigene Programme erstellen dürfen, aber diese werden erst nach Freigabe durch die Vierte Gewalt im App Store veröffentlicht und somit für die breite Masse von Nutzer*innen downloadbar. Dabei sollte, wie bereits erwähnt, der Quellcode der Programme, Algorithmen und Logiken dem Open-Source-Gedanken folgen, sodass jede*r den Code einsehen, lesen oder auch mit Dummy-Daten testen kann. Durch diese Tests mit Dummy-Daten kann jede*r Bürger*in die Siegel verifizieren, die aus den Brieftaschen erstellt werden. Angenommen, eine Politikerin lädt sich ein Programm in ihre digitale Brieftasche. Das Programm soll bestätigen, dass die Politikerin keine Einzahlungen aus dem Ausland erhält und somit nur ihren Wähler*innen verpflichtet ist. Wenn das Programm diese Informationen bestätigt, dann wird daraus ein Siegel erstellt, das genau das sagt: »Ich erhalte kein Geld aus dem Ausland«. Ein Bürger sieht einen Post dieser Politikerin mit dem Siegel und will nachvollziehen, ob das wirklich stimmt. Dann kann er sich das gleiche Programm aus dem App Store laden und entweder in den Quellcode schauen, fehlen ihm dafür die technischen Möglichkeiten, dann kann er einfach einen eigenen Datensatz, ähnlich wie eine Excel-Tabelle, anlegen und dort in die ersten zwei Zeilen schreiben: »Einzahlung Dividende Facebook« und »Einzahlung Berater*tätigkeit für Frankreich«. Über diesen Dummy-Datensatz lässt er dann das Programm laufen, und es sollte kein Siegel ausspucken, sondern zweimal eine Fehlermeldung. So kann der Bürger sicher sein, dass die Politikerin mit ihren Postings keine persönlichen Finanzinteressen verfolgt. Da alle Bürger*innen zum Betrieb der digitalen Währung beitragen, werden sie selbst Teil der Verifizierungsmechanismen und können diese wie beschrieben selbst testen beziehungsweise nachvollziehen. Dies könnte neues Vertrauen in den Wahrheitsgehalt von Informationen schaffen.

1.1 Ethikrat

Generell sollte die Währung vorrangig Daten über Zahlungen zwischen Unternehmen und über Produkte sammeln und nicht über Menschen. Da Menschen aber als Mitarbeiter, Kunden, Finanzierer oder Ähnliches fast in einer direkten finanziellen

Verbindung stehen, ist es unvermeidbar, dass auch Daten über Privatpersonen gesammelt werden können. Eine neue Vierte Gewalt müsste auch sicherstellen, dass die Algorithmen in der Währung keine diskriminierenden, benachteiligenden, freiheitsbeschränkenden oder antidemokratischen Wirkungen entfalten. Dazu müsste ein unabhängiger Ethikrat eingerichtet werden, der darüber wacht, dass zum einen die Programme nicht diskriminieren, aber auch, dass zum anderen keine Informationen gespeichert werden können, die zum Beispiel Diskriminierung ermöglichen. Würde beispielsweise die Zahlung des Kirchenbeitrags nicht als Zahlung an die katholische Kirche, sondern nur als Zahlung an eine Religionsgemeinschaft in der persönlichen Geldbörse gespeichert, dann gäbe es keine Daten, mit denen man diskriminieren kann. Wenn die Daten erst gar nicht existieren, dann können sie auch nicht von einem Algorithmus ausgewertet werden.

Die Datenverarbeitung würde sehr wahrscheinlich irgendwann vollständig von einer KI automatisiert. Dieser KI würde viel Verantwortung übertragen und damit den Menschen entzogen – das wäre trotz allem ein erheblicher Kontrollverlust für den Menschen. Es ist daher notwendig, dass ein Ethikrat die Arbeit der Algorithmen überwacht und genehmigt, bei Fehlentwicklungen immer wieder einschreitet und den Algorithmus so trainiert und verbessert. Intelligentes Geld wird es wahrscheinlich in ein paar Jahren so oder so geben. Unternehmen wie Facebook, Visa und PayPal arbeiten derzeit an ihren eigenen Kryptowährungen. Deren Daten werden jedoch auf den zentralen Servern der Unternehmen gespeichert, und der Code ist geheim. Wenn wir also nicht wollen, dass die Tech-Giganten in ein paar Jahren einen Quasi-Standard geschaffen haben, müssen die nächsten Schritte heute unternommen werden. Mit anderen Worten: Wir können heute entscheiden, ob die Algorithmen in unserem künftigen Geld den Planeten und das Gemeinwohl schützen oder ob sie die Bürger*innen in Abhängigkeiten treiben und die Gewinne der großen Unternehmen maximieren werden.

1.1 Was gespeichert wird

Die Bürger*innen dürfen selbst entscheiden, welche Daten in ihrer Brieftasche gespeichert werden sollen. Wer viele Daten speichert, kann mehr Vereinfachungen nutzen, wer wenige Daten speichern möchte, soll weiterhin die Möglichkeit haben, die Prozesse analog, also wie bisher, zu nutzen, aber mit maximaler Anonymität. In einem

bereits beschriebenen Beispiel würde das bedeuten, dass es weiterhin die Möglichkeit für Privatpersonen geben soll, die Zulassung auf der Zulassungsstelle zu erledigen, wenn man dies möchte.

Für Unternehmen kann dies nicht gelten, da sie ihre Daten zur Überprüfung der Zielerreichung der produzierten Güter und Dienstleistungen in ihren Brieftaschen benötigen. Dahinter steht die Idee, dass Unternehmen von der Gemeinschaft profitieren, indem sie mit Menschen Geld verdienen. Daher müssen sie auch der Gesellschaft dienen.

1.1 Die Verifizierungsverfahren digitaler Währungen

Die Utopie wurde von den aktuellen digitalen Währungen wie Bitcoin und Ether inspiriert. Diese digitalen Währungen kommen ohne zentrale Verwaltung aus, ähnlich wie Bargeld. Verifizierungsverfahren klären, wer Besitzer von Geld ist. Dies soll einmal vereinfacht erklärt werden:

- Bei Bargeld ist klar, dass ein 5-Euro-Schein mir gehört, weil ich ein Stück Papier mit Sicherheitsmerkmalen in der Hand habe, auf dem »5 Euro« steht. Dafür braucht es keine zentrale Verwaltung, die registriert, wer gerade den 5-Euro-Schein hat. Solange das Papier in meiner Hand ist, gehören die 5 Euro mir.
- Bei meinem elektronischen Geld auf der Bank habe ich diesen physischen Nachweis nicht. Ich besitze die 5 Euro auf meinem Konto nur so lange, wie dies auf einer Liste meiner Bank gespeichert ist. Wenn die Bank den Datensatz unwiederbringlich löscht, dann wären auch meine 5 Euro weg, ohne dass ich sie abgehoben oder überwiesen hätte. Natürlich ist die Bank an Regeln und Gesetze gebunden, die hier besondere Sicherheitsmechanismen vorsehen, sodass diese Information nicht nur auf einem Server, sondern gleich in mehreren Back-up-Systemen gespeichert werden muss. Auch darf die Bank die Daten nicht einfach verändern oder löschen, aber theoretisch wäre es möglich. Denn der Staat hat die Kontrolle über das elektronische Geld an private Banken abgegeben.
- Digitales Geld wie Bitcoin kommt dann wieder ohne Institutionen aus, die Eigentümerlisten führen. Damit man trotzdem nachvollziehen kann, dass die 5 Euro in Bitcoin mir gehören, gibt es eine Liste, die oft kopiert wird und an sehr vielen Knoten im Bitcoin-Netzwerk abgespeichert wird. Da ich nicht möchte, dass mein Name auf jeder Liste steht, wird dieser durch einen Zahlencode ersetzt. Jede*r, der meinen Zahlencode kennt, kann aber sehen, dass ich 5 Euro besitze. Wenn ich meine 5 Euro überweisen möchte, gebe ich den Knoten die Information, wer das Geld bekommen soll, und die Knoten tauschen dann auf ihren Listen meinen Zahlencode gegen den Zahlencode des Empfängers aus. Die 5 Euro gehören dann nicht mehr mir, sondern demjenigen, dessen Zahlencode nun im entsprechenden Feld steht.

Wichtig ist, dass mehr als die Hälfte der Knoten die Transaktion bestätigt, damit sich die Eigentümerliste überall ändert. Gäbe es diese Vorgabe nicht, könnte jede*r die Liste nach Belieben ändern und sich so Geld von anderen überweisen. Ein Verifizierungsverfahren legt fest, was die Knoten tun müssen, um an der Aktualisierung der Eigentümerlisten teilnehmen zu können. Derzeit populäre Verfahren sind »Proof of Work« und »Proof of Stake«. Diese hätten jedoch eklatante Nachteile für eine demokratische digitale Währung:

- »Proof of Work«: Hier muss man der Währung, zum Beispiel Bitcoin, Rechenleistung zur Verfügung stellen, um an der Verwaltung der Listen teilnehmen zu dürfen. Das ist einerseits sehr energieintensiv, andererseits aber auch überhaupt nicht demokratisch, da Rechenleistung einfach gekauft werden kann, beispielsweise durch den Bau eines neuen Rechenzentrums. Die Macht über die Währung liegt also bei denen, die sich viel Rechenleistung kaufen können, und nicht bei allen. Tatsächlich ist es bei Bitcoin möglich, sich mit 50,1 Prozent der Rechenleistung die vollen 100 Prozent der Bitcoins zu überweisen. Gleichzeitig ist der Bedarf an Rechenleistung sehr hoch und das Verfahren deshalb sehr energieintensiv.
- Das Problem des hohen Energiebedarfs wird durch die neueren Proof-of-Stake-Verifizierungsverfahren, die zum Beispiel Ethereum nutzt, gelöst. Wenn man sich hier an der Verwaltung der Listen beteiligen will, kann das jede*r, der oder die genug Geld hat. Aktuell braucht es 32 Ether, die etwas teurer als 100.000 Euro sind, um einen Knoten zu betreiben. Das ist zwar für den Energiebedarf gut, aber noch undemokratischer, weil das Geld nicht gleich verteilt ist, sondern sich in den Händen weniger konzentriert. Wenn wir uns die Informationen aus dem ersten Kapitel noch einmal ins Gedächtnis rufen, dann besitzen derzeit 10 Prozent der Menschen knapp 65 Prozent des Kapitals, diese 10 Prozent hätten also eine klare Mehrheit und könnten die Eigentümerlisten oder andere Regeln des Geldes nach ihren Vorstellungen ändern.

Um die Macht über das Geld demokratisch zu verteilen, braucht es ein neues Verifizierungsverfahren. Dies könnte, wie gesagt, ein Proof-of-Wallet-Verfahren sein, bei dem die Mehrheit aller Wallets (50,1 Prozent) benötigt wird, um die Eigentümerlisten zu verändern. Voraussetzung dafür ist, dass jede*r Bürger*in nur eine wahlberechtigte digitale Brieftasche besitzt, sonst könnte man sich einfach beliebig viele Brieftaschen eröffnen, um die Währung zu manipulieren. Nun soll nicht nur die Eigentümerliste dezentral verwaltet werden, die festhält, wem meine 5 Euro gerade gehören. Vielmehr sollen auch die Ziele, die die Wirtschaft erreichen muss, wenn sie ihren Profit steigern will, in die Währung geschrieben werden. Auch diese Ziele sollten von mindestens 50,1 Prozent der Bürger*innen demokratisch in die Währung gewählt werden.

»Proof of Wallet« bedeutet nicht, dass jede*r Bürger*in zu jeder Änderung berechtigt ist. Man könnte vorab eine Art digitales Grundgesetz schaffen, das die Regeln der Währung definiert und nur schwer zu ändern ist:

- Beispielsweise könnte darin festgelegt werden, dass nicht jede*r Bürger*in eigene Ziele und Änderungen vorschlagen darf, da dies zu viel Chaos führen könnte. Eine Möglichkeit wäre hier, dass nur gewählte Volksvertreter*innen Ziele vorschlagen dürfen, die dann von einer Mehrheit von mindestens 50,1 Prozent der Bürger*innen in die Währung gewählt werden. Dies hätte nebenbei den Vorteil, dass die Notwendigkeit parlamentarischer Mehrheiten abnimmt, wenn jede gewählte Partei eigene Vorschläge in die Währung einbringen kann.
- Als weitere Regel könnte hinzugefügt werden, dass nur in sich geschlossen finanzierte Ziele gewählt werden können. Da die Währung alle Zahlungen kennt, kann schnell simuliert werden, welche finanziellen Auswirkungen ein neues Ziel oder eine neue Vorgabe hätte. Es werden dann nur solche Ziele zur Wahl in die Währung zugelassen, die in sich geschlossen finanziert sind – und sei es durch die Aufnahme neuer Schulden –, aber es muss bereits beim Verabschieden der Ziele klar sein, was dies finanziell bedeutet.

- Theoretisch wäre es auch denkbar, dass es einen »Hard Fork« der digitalen Währung gibt. Ein Hard Fork entspricht einer Aufspaltung der Währung in zwei Teilwährungen, wenn sich die Menschen nicht einigen können, welche Ziele in die Währung geschrieben werden sollen. Man könnte sich das so vorstellen, dass die Menschen in einem Bundesland beschließen, die Ziele der anderen Bundesländer nicht zu teilen und eigene Ziele zu definieren. Dieses Bundesland würde dann einen eigenen digitalen Währungsraum schaffen. Es gäbe einen Wechselkurs zu dem bereits bestehenden digitalen Währungsraum der übrigen Bundesländer. Dies würde zum einen Trennungsprozesse stark vereinfachen. Ob das sinnvoll ist, soll hier nicht bewertet werden. Es würde aber die Handlungsfähigkeit in einer polarisierenden Welt gewährleisten, gleichzeitig entsteht auch eine einfache Möglichkeit, wieder zusammenzufinden. Und zwar, indem man die Ziele wieder angleicht.

1.1 Digital mit wenig Energie

Wie bereits erwähnt, wird der Energieverbrauch heutiger Cyberwährungen vor allem durch den Verifizierungsmechanismus bestimmt. Beim bekannten Bitcoin ist dieser sehr rechen- und damit energieintensiv und absolut umweltschädlich. Der Verifizierungsmechanismus von Proof of Wallet könnte deutlich energieeffizienter gestaltet werden. Was hier maximal möglich ist, wäre heute noch nicht seriös zu beziffern, aber die effizienteste existierende Kryptowährung, Nano, hat beispielsweise einen Verifizierungsmechanismus, der nur 0,1 Wattstunden pro Überweisung benötigt.¹⁹⁵ Eine durchschnittliche Transaktion mit einer Visa-Kreditkarte in den USA verbraucht ca. 6 Wattstunden, 60-mal so viel.¹⁹⁶ Aus der Veröffentlichung einer europäischen Bank lassen sich 1,2 Wattstunden pro Transaktion ableiten.¹⁹⁷ Der Energiebedarf für Überweisungen und EC-Kartenzahlungen ist stark von der IT-Kompetenz der jeweiligen Bank abhängig, sollte aber in etwa gleich oder leicht unter dem Energiebedarf einer Kreditkartenzahlung liegen. Da Geld bereits heute bevorzugt digital gezahlt wird, könnte eine digitale Währung, die auch an diese 0,1 Wattstunden pro Transaktion heranreicht, gegenüber dem Status quo sogar Energie einsparen. Bargeld scheint übrigens nochmals einen schlechteren CO₂-Fußabdruck pro Transaktion aufzuweisen.¹⁹⁸

1.1 Private Daten ohne Manipulationsmöglichkeit

Wie können Manipulationen verhindert und die Datenintegrität gewährleistet werden, wenn keine Daten die persönliche digitale Brieftasche verlassen dürfen? Denn solange nur der Dateneigentümer Zugriff auf die Daten hat, kann er diese theoretisch auch nach Belieben manipulieren, ohne dass ihm das jemand nachweisen könnte, denn wenn die Daten an keinem anderen Ort liegen, kann auch nicht verglichen und bestätigt werden, dass die Daten aus der Brieftasche sich verändert haben.

Dabei hilft, dass Geld in unserer Welt allgegenwärtig ist. Jedes Unternehmen und jeder Mensch verdient Geld und gibt es täglich aus. Wenn die Daten die persönliche digitale Brieftasche nicht verlassen dürfen, dann kann dem Geld, das regelmäßig in die Brieftasche kommt, etwas Programmcode hinzugefügt werden. In der Brieftasche prüft der Programmcode lokal, ob bestimmte Sachverhalte stimmen. Ist alles in Ordnung, dann löscht sich der Programmcode selbst und das Geld kann in die Brieftasche des Empfängers gelegt werden. Passen die Sachverhalte nicht zu den Daten, kann das Geld nicht in die Brieftasche gelegt werden (Option 1) oder das Geld wird in die Brieftasche gelegt, ist aber gesperrt und kann nicht ausgegeben werden (Option 2).

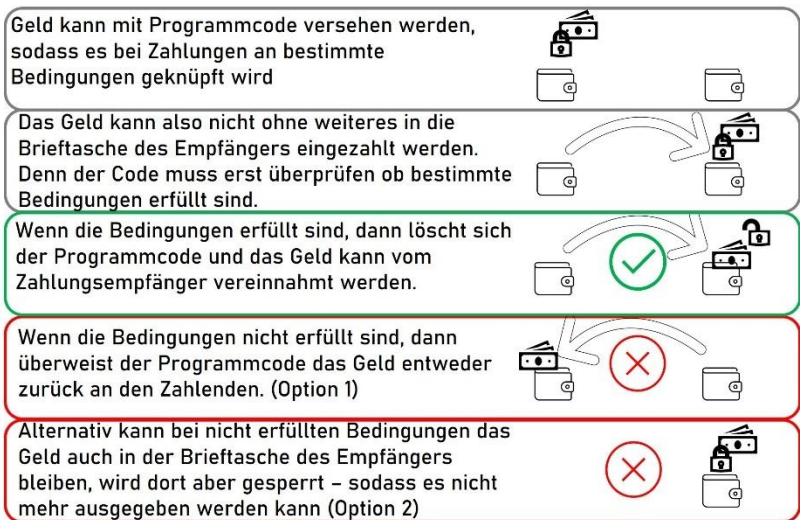


Abbildung 23: Unbürokratische Zahlungen ohne Bereicherungsmöglichkeiten

Der Programmcode wird dabei nur lokal in der eigenen digitalen Brieftasche ausgeführt und kann keine Daten nach außen senden. So ist sichergestellt, dass kein finanzieller Vorteil durch Datenmanipulation erlangt werden kann. Dazu ein Beispiel:

Ein großer Betrieb versucht, möglichst viel CO₂ einzusparen. Viele seiner Produkte können bereits CO₂-neutral hergestellt werden, bei einigen wenigen gelingt das noch nicht. Seine Produkte sollten also im Wettbewerb um Nachhaltigkeit gut abschneiden. Damit die Währung seine Produkte mit anderen vergleichen kann, muss der Hersteller einen CO₂-Fußabdruck an jedes seiner Produkte anheften. Dazu lädt der Hersteller ein Programm in seine digitale Brieftasche, das überprüft, ob und wie viel CO₂ in Form von Energie, Rohstoffen, Treibstoffen etc. eingekauft wurde. Dann hat er zwei Möglichkeiten:

Entweder er hat bereits selbst den CO₂-Fußabdruck für seine Produkte ermittelt und fügt diese Information an alle Produkte an, die verkauft werden.

Oder das SAP-System des Herstellers liefert die Produktkalkulationen. Dort werden unter anderem die Einkaufskosten den einzelnen Produkten zugeordnet. Analog zu dieser Kostenverrechnung wird auch das eingekaufte CO₂ verrechnet. Ein Produkt, das bei der Herstellung zwischen mehreren Werken hin und her transportiert werden muss, bekommt hohe Transportkostenzuschläge und damit auch viel des eingekauften CO₂ zugeordnet.

Dann folgen noch Plausibilitätsprüfungen wie das Bilden einer CO₂-Bilanz. Die CO₂-Menge, die über den Waren-, Dienstleistungs- oder Energieeinkauf auf das Werksgelände kommt, muss genauso groß sein wie die CO₂-Menge, die an die fertigen Produkte angefügt wird. Die Bilanz muss aufgehen. Erhielten zum Beispiel alle Produkte das Siegel »klimaneutral«, dann würden 0 Tonnen CO₂ mit den fertigen Produkten das Werk verlassen. Da aber etwas Benzin für LKWs und damit auch etwas CO₂ eingekauft wurde, geht die Bilanz nicht auf. Besteht der Betrieb darauf, dass er alle seine Produkte als »klimaneutral« vermarkten möchte, dann muss er die verbliebene CO₂-Menge seriös kompensieren. Erst dann ist die CO₂-Bilanz von Einkauf und Verkauf gleich groß und das Programm heftet das Siegel »klimaneutral« an die Produkte.

Da nur der Betrieb die Daten besitzt, könnte er, kurz bevor er das Programm in seine Brieftasche lädt, die Daten manipulieren. Zum Beispiel alle Einkaufsdaten löschen, wo über Treibstoff CO₂ eingekauft wurde. Nachdem das Programm die Siegel verteilt hat, müssten die Einkaufsdaten wieder eingefügt werden, denn spätestens beim nächsten Monats- oder Jahresabschluss muss die wirtschaftliche Bilanz in der Buchhaltung wieder aufgehen.

Damit das nicht funktioniert, werden mit der Information »klimaneutral« auch zusätzliche kleine Datenfragmente, also Teile des Datensatzes aus der Brieftasche in Einsen und Nullen, gespeichert. Die gespeicherten Datenfragmente sind so klein, dass sie keine Rückschlüsse auf den gesamten Datensatz zulassen. Das könnte man sich so vorstellen, als würde ein dünner Streifen aus der Mitte dieser Seite gerissen werden. Dieser dünne Streifen enthält nur wenige Buchstaben pro Zeile. Damit wäre es nicht möglich, den Text der gesamten Seite zu rekonstruieren. Wenn jedoch jemand den Text ändert und erneut ausdruckt, passt der Streifen nicht mehr. Wird dem Text nur ein einziges Wort hinzugefügt, verschiebt sich der gesamte Text der Seite, und die Buchstaben auf dem Streifen passen nicht mehr nahtlos in den darunterliegenden Fließtext.



Abbildung 24: Verifizierungsstreifen in den Daten

Wird dies nun auf die digitale Währung übertragen, entspricht der gesamte Text der Seite den Daten in der Brieftasche und kann nur vom Besitzer gelesen werden. Der dünne Streifen wird mit dem Siegel gespeichert und enthält als einzige lesbare Information »klimaneutral«. Kauft jemand das Produkt mit dem Siegel »klimaneutral«, muss es auch bezahlt werden. Bei diesem Bezahlvorgang für das klimaneutrale Produkt schnappt sich die Währung den dünnen Streifen und nimmt ihn mit in die digitale Brieftasche des Verkäufers. Dort wird geprüft, ob der Streifen mit den Daten in der Brieftasche übereinstimmt, und nur wenn dies der Fall ist, kann das Geld in die Brieftasche gelegt werden.

So könnte kein Geld mit dem Verkauf von Produkten eingenommen werden, wenn das Siegel und der kleine Verifikationsstreifen nicht mit den Daten in der Brieftasche übereinstimmen. Es wäre zwar immer noch möglich, die Daten in den digitalen Brieftaschen zu manipulieren, aber dies wäre mit finanziellen Verlusten oder Einbußen verbunden, weil kein Geld mehr in die digitalen Brieftaschen gelegt werden kann. Ohne daraus wirtschaftliche Vorteile zu generieren, dürften die meisten Manipulationsanreize wegfallen.

Ähnlich können auch Open-Source-Programme in private persönliche Brieftaschen

geladen werden, die bestimmte Sachverhalte bestätigen und daraus ein Siegel erstellen, das dann weiterverwendet werden kann. Ein Beispiel: Wenn ich Aktientipps im Internet veröffentliche, kann ich ein Siegel erstellen und es an meinen Beitrag anhängen. Das Siegel bestätigt, dass ich keine Vergütung erhalte oder eine andere finanzielle Beziehung zu dem Unternehmen habe, das ich empfehle. Um zu verhindern, dass das Siegel beliebig kopiert und an andere Postings angehängt werden kann, werden der Text/Inhalt sowie Informationsfragmente (der Streifen) aus meiner Brieftasche und zu Plattform, Zeitstempel und Ersteller in der Währung gespeichert. So ist sichergestellt, dass niemand das Siegel zweckentfremden kann, und trotzdem muss ich meine Identität nicht veröffentlichen.

1.1 »Eineindeutige« Stimme trotz digitaler Anonymität

Sehr wahrscheinlich hat in dieser Utopie jede*r mehrere Brieftaschen, ähnlich wie heute verschiedene Konten genutzt werden: zum Beispiel die Firmenkreditkarte, ein Wohngemeinschaftskonto oder ein Familienkonto. Immer dort, wo mehrere Menschen gemeinsam Geld ausgeben oder haben, würde es Sinn ergeben, dass es verschiedene digitale Brieftaschen gibt, sodass die Daten durch das Bezahlen immer in der richtigen landen.

Gleichzeitig sollen aber über die Brieftaschen die Ziele in die Währung gewählt werden können – irgendwie muss also sichergestellt werden, dass niemand mehrere Brieftaschen nutzt, um damit bei einer Wahl mehrere Stimmen abzugeben. Auch muss bei einer Wahl ein Weg gefunden werden, dass jede Privatperson am Ende absolut anonym eine Stimme abgibt. Aus der abgegebenen Stimme darf kein Rückschluss auf die Person möglich sein. Dies könnte wie folgt umgesetzt werden:

Es braucht also eine stimmberechtigte Brieftasche pro Person, dort müsste ein bestimmtes Dokument abgelegt sein. Für das folgende Beispiel wird unterstellt, dass dieses eindeutige Dokument die Geburtsurkunde ist, es könnte auch ein Pass, Ausweis oder Ähnliches sein.

Dieses entscheidende Dokument darf man auch nicht selbst dort ablegen, sondern nur ein ausgewählter Dritter, der dafür Geld erhält. Das kann zum Beispiel eine Behörde sein oder auch ein Krankenhaus. Man könnte es sich so vorstellen, dass durch das Bezahlen einer Kreißsaal-/Hebammen-/Arztrechnung direkt eine

Brieftasche für das Neugeborene erzeugt wird, in die dann direkt die Geburtsurkunde abgelegt wird. Da der Kreißsaal nur einmal bezahlt wird, wird auch nur ein Dokument erzeugt. Ältere Menschen könnten sich ihre Geburtsurkunde von der Behörde in ihre Brieftasche laden lassen.

Bei einer Wahl wird aus dieser Geburtsurkunde ein Hash erzeugt. »Hashen« ist ein Verfahren, das heute vor allem zur sicheren Verwendung von Passwörtern genutzt wird. Das bedeutet, dass unser Passwort durch einen Algorithmus in eine neue, deutlich längere Zeichenkette verwandelt wird. Den Text »Hallo Welt« würde ein Hash-Algorithmus wie in einem Mixer herumwirbeln und zu »a591a6d40bf420404a011733cfb7b190« machen. Schon kleinste Änderungen an dem Text, beispielsweise »Hallo welt« mit kleinem »w«, führen zu einer völlig anderen Zeichenkette. Aus dieser Zeichenkette kann nicht zurückgerechnet werden, was ursprünglich eingegeben wurde.

Bei jeder Wahl wird also das Wahlprogramm in die Brieftasche geladen, mit der die Stimme abgegeben werden kann. Dieses Wahlprogramm erzeugt in der Brieftasche einen Hash aus allen Daten der Geburtsurkunde. Dieser Hash wird dann mit der Stimme an die Währung übergeben. Dort wird kontrolliert, dass in der Gesamtzahl aller Stimmen jeder Hash nur einmal als Wähler*in auftaucht. Wenn ein Hash mehrmals bei der Stimmabgabe auftaucht, bedeutet das, dass das Dokument, das uns als »eindeutigen« Menschen ausweist, mehrmals verwendet wurde, sodass man diese Stimmen für ungültig erklären kann.

Da ein Hash nicht zurückgerechnet werden kann, wäre es unmöglich, nachzuvollziehen, welcher Mensch wie gewählt hat. Damit die Hashs nicht über mehrere Wahlen zu einem Gesamtbild zusammengefügt werden können, könnte man die Daten der Geburtsurkunde für jede Wahl vor dem Hashen mit einem standardisierten Merkmal verbinden (zum Beispiel dem Wahltag). Ansonsten würden zum Beispiel bei der Wahl eines Zieles in die Währung die gleichen Hashs auftauchen wie bei der Wahl einer Gemeinderätin in einem kleinen Dorf. So könnte nachvollzogen werden, wie die Menschen in diesem Dorf bei der Zielwahl abgestimmt haben. Als zusätzlicher Sicherheitsmechanismus könnte die Liste aller Hashs nach der Wahl in der Währung auch ganz gelöscht werden.

1.1 Privatsphäre neu gedacht

Eine digitale Währung muss nicht zwangsläufig zu einem Überwachungsinstrument werden – im Gegenteil: Durch eine **dezentrale Speicherung und Kontrolle durch die Nutzer*innen selbst** könnte sie eine sicherere, transparentere und gerechtere Alternative zum heutigen System bieten.

Liegen zukünftig alle persönlichen Daten nur noch einmal in der persönlichen digitalen Brieftasche einer Person, kann jede Person sehen, welche Daten von wem abgefragt wurden, und die Datenabfrage bei Bedarf einschränken. Denn heute wissen die Internetgiganten fast alles über uns, ohne dass wir wissen, wie oft sie diese Daten ansehen oder was sie mit den Daten machen.

Um es anschaulich zu halten, folgen zwei kurze Use Cases. Zuerst wird der mögliche neue Ablauf einer Online-Bestellung skizziert:

1. Ich bestelle einen Artikel im Internet.
2. Meine persönliche digitale Brieftasche generiert eine zufällige ID, wenn ich den Artikel bezahle. Mit der Überweisung an den Händler wird nur diese ID übermittelt. Der Händler erhält die Information, dass die Ware bezahlt wurde, druckt die Zufalls-ID auf das Paket und bringt es zur Post.
3. Die Post scannt die ID und kann dann aus meiner persönlichen Brieftasche die Info PLZ und Ort entnehmen. So kommt das Paket zum richtigen Verteilzentrum.
4. Erst das letzte Verteilzentrum erhält beim Scannen des Pakets aus meiner persönlichen Brieftasche meine Adresse. Das Paket kann ausgeliefert werden.
5. Die Zufalls-ID wird nach Erhalt der Ware wieder deaktiviert, sodass sie nicht mehr zur Datenabfrage verwendet werden kann.

Ein anderes Beispiel für den bereits erwähnten Ausleihvorgang eines Elektrorollers:

1. Ich halte meine persönliche digitale Brieftasche an einen NFC-Token, um den Elektroroller zu entsperren.
2. Dabei generiert meine Brieftasche einen zufälligen, einmaligen Zahlencode. Diese ID wird an drei Orten gespeichert: erstens in meiner Brieftasche, zweitens in der digitalen Währung und drittens beim Verleiher.
3. Sobald ich die Fahrt mit dem Elektroroller beende, erhält der Verleiher die

Information, dass der Roller zurückgegeben wurde. Er erstellt die Abrechnung und lädt diese in die Währung. Dort wird sie meinem einmaligen Code zugeordnet.

4. Meine Brieftasche erkennt, dass es zum lokal gespeicherten Code eine Rechnung gibt, und lädt diese herunter. Die Brieftasche fragt mich, ob ich bezahlen möchte, oder bezahlt direkt.
5. Der Verleiher erhält sein Geld, als Absender wird nur die einmalige Zufalls-ID angezeigt. Weitere Daten benötigt und erhält der Vermieter nicht.
6. Ich konnte den Roller ausleihen, ohne dass irgendwelche persönlichen Daten von mir an den Verleiher weitergegeben wurden.
7. Nach einer Aufbewahrungsfrist von 6 Monaten oder einer anderen beliebigen Zeitspanne wird diese ID auch in der Währung und in meiner Brieftasche gelöscht. Sollte innerhalb dieser Aufbewahrungsfrist aber festgestellt werden, dass ich mit dem Roller einen Unfall verursacht habe und sich jemand das Kennzeichen des Rollers gemerkt hat und mich nun verklagen möchte, kann eine Richterin meine ID in der Währung markieren und so veranlassen, dass ich meine persönlichen Daten übermitteln muss. Denn bei jedem Zahlungsvorgang wird geprüft, ob zu den gesammelten Zufalls-IDs in meiner Brieftasche neue Informationen in der Währung vorliegen. So erhält meine Brieftasche beim nächsten Ein- oder Auszahlungsvorgang die Information, dass ich meine persönlichen Daten an das Gericht übermitteln muss. Wenn ich mich weigere, dies zu tun, dann kann die Richterin eine anonyme Geldstrafe verhängen, die dann wieder über den gleichen Weg in meiner Brieftasche landet.
8. Der Elektroroller in diesem Beispiel kann gegen beliebige Gegenstände getauscht werden, etwa Mietautos oder Software-Abonnements.

Genauso könnte die persönliche digitale Brieftasche auch einen Zahlencode für die Anmeldung auf einer Social-Media-Plattform erzeugen. Die ID kommt mit einem Siegel, das bestätigt, dass es sich um eine echte Person handelt. Mehr muss die Plattform nicht wissen, sodass keine persönlichen Daten mehr an die Plattform übergeben werden müssen. Wird gleichzeitig noch das Passwort in der persönlichen digitalen Brieftasche gespeichert, dann ist diese in Zukunft der einzige Schlüssel, den man braucht, um sich auf den unterschiedlichsten Plattformen anzumelden. Sollte ein Post jemanden so sehr beleidigen, dass eine Klage angestrebt wird, dann kann ein*e Richter*in wieder den einmaligen Zahlencode in der Währung markieren,

mit der Info, dass die persönlichen Daten für einen Prozess übermittelt werden müssen.

So brauchen Unternehmen keine persönlichen Daten über ihre Kund*innen mehr. Das könnte also mit einem Verbot der Speicherung bestimmter personenbezogener Daten auf Servern von Unternehmen kombiniert werden. Benötigt ein Unternehmen die Daten für sein Geschäftsmodell, so muss es den Endkunden bitten, eine dauerhafte Verbindung zur persönlichen digitalen Brieftasche herzustellen. Dem Endkunden steht es dann frei, diese Daten zur Verfügung zu stellen. Die Endkundin kann sich den Zugriff auf ihre Daten natürlich bezahlen lassen und sieht auch, welche Daten wie oft über die Verbindung abgerufen werden. Bei Bedarf kann sie die Verbindung wieder trennen.

Eine solche Struktur hätte drei wesentliche Vorteile:

- Das Geschäftsmodell des Datensammelns und -verkaufs wird uninteressant. Wenn alle Unternehmen die Möglichkeit haben, die Nutzerdaten von den Nutzer*innen selbst zu kaufen, müssen sie nicht mehr die großen Tech-Konzerne dafür bezahlen. Die Milliarden, die bisher für gezielte Werbung an diese Tech-Konzerne gezahlt wurden, können dann an die Endnutzer*innen gehen, die bereit sind, ihre Daten zu verkaufen. Der Ethikrat könnte dabei darauf achten, dass einzelne Akteure nicht so viele und so tiefgreifende Daten aufkaufen, dass Big-Data-Analysen oder problematische Zuordnungen und Verknüpfungen möglich werden.
- Auch können alle Unternehmen auf eine umfassende Datenbasis zugreifen und das Potenzial der Digitalisierung voll ausschöpfen. Das ist heute den Datenmonopolisten vorbehalten – deren Marktmacht wird gebrochen.
- Es wird eine Plattform geschaffen, auf der viele digitale Anwendungen aufsetzen können. Das erspart den Nutzer*innen eine Vielzahl von Apps, Registrierungen und dergleichen.

In diesem Szenario wäre es leider denkbar, dass Menschen ganz vom Geldsystem abgeschnitten werden. Zum Beispiel, indem ein Richter eine unglaublich hohe Summe als Geldstrafe direkt in eine Brieftasche lädt und dort so alle Ein- und Auszahlungen blockiert. Daher braucht es einen strikten Rechtsrahmen für Programme, die Strafen in einzelne ausgewählte Brieftaschen laden können. Diese sollte nur von einem Gericht erfolgen können, also von jener Institution, die bereits heute Geldstrafen nach gründlicher Prüfung aussprechen kann.

Wie bereits beschrieben, sollen Ethikrat und eine demokratische Legitimation verhindern, dass Daten erhoben werden, die eine Diskriminierung ermöglichen und damit auch eine pauschale finanzielle Bestrafung gegen ganze Gruppen von Menschen. Trotzdem sollte der Rechtsrahmen als doppelten Sicherheitsmechanismus vorsehen, dass diese Programme immer nur von Gerichten gegen eine einzelne Personen und nicht gegen eine Gruppe von Menschen eingesetzt werden können. Außerdem sollten diese »Geldstrafen“-Programme immer eine demokratische Hintertür haben, sodass eine Mehrheit der Menschen die Programme vollständig deaktivieren und den Einsatz verhindern kann, sollte das Rechtssystem einmal kippen. Gegebenenfalls ließe sich die Schwelle auch absenken, sodass bereits eine Minderheit – zum Beispiel 25 % der Brieftaschen – bestimmte sanktionierende Programme deaktivieren kann.

1.1 Zugang zur Währung für Technik-Laien

Damit man sich die Funktionsweise konkret vorstellen kann, folgen einige Use Cases, wie Verbraucher*innen, die keine technischen Vorkenntnisse haben, Zugang zu einer digitalen Währung bekommen könnten:

- Verbraucher*innen könnten einfach zu ihrer Bank oder Sparkasse gehen und dort ein Konto inklusive eigener digitaler Brieftasche für die digitale Währung eröffnen. Genauso wie die Bank früher das Konto verwaltet hat, verwaltet sie nun die digitale Brieftasche.
- Über die Ein- und Auszahlungen landen alle Daten von alleine in der Brieftasche.
- Die Bank stellt eine benutzerfreundliche App zur Verfügung, analog zur heutigen Banking-App. In dieser App sieht man neben dem Kontostand auch die Daten, die über die Zahlungen in der Brieftasche landen.
- Möchte der Verbraucher ohne technisches Interesse dann ein Programm in die Brieftasche laden, das zum Beispiel seine Steuererklärung für ihn macht, dann kann dies eine Bankberaterin, ein Steuerberater oder eine Freundin für ihn übernehmen.

In diesem Beispiel würde sich für den Verbraucher ohne technische Vorkenntnisse nichts ändern. Für alle Geldangelegenheiten ist nach wie vor die Bank zuständig, die dann aber noch die persönliche digitale Brieftasche hostet. Gleiches könnte auch für einen kleinen Handwerksbetrieb ohne technisches Interesse gelten:

- Der Handwerksbetrieb hat nur zwei Mitarbeiter und kein Backoffice.
- Bisher wurden die Rechnungen für die Kund*innen von der Steuerberaterin erstellt.
- Der Steuerberaterin wird vertraut, und sie wird zur Datentreuhänderin des Handwerksbetriebes. Sie hostet ab sofort die persönliche digitale Brieftasche des Betriebes.
- In der Brieftasche sind dann auch alle Wareneinkäufe des Handwerksbetriebes zu sehen.
- Die persönliche digitale Brieftasche kann für jeden Kundenauftrag, den der

Handwerker annimmt, eine virtuelle Zahlkarte erstellen.

- Der Handwerker zahlt die Einkäufe im Baumarkt direkt mit dieser virtuellen Zahlkarte auf seinem Handy. Er nimmt dabei immer die Karte, die zu dem Kundenauftrag passt, für den er gerade Ware holt. So werden alle Wareneinkäufe direkt auf den Kundenauftrag gebucht. Der Handwerker muss am Ende des Arbeitstages nur noch über eine App auf seinem Handy seiner Brieftasche sagen, wie viel Zeit er heute für den Kundenauftrag gearbeitet hat. Wenn er dies auch nicht möchte, kann er diese Berechtigung auch an seine Steuerberaterin weitergeben und gibt ihr dann nur die Stundenzettel.
- Bei der Erstellung der Rechnungen für die Kund*innen kann die Steuerberaterin so direkt den Wareneinkauf und die Arbeitszeit dem jeweiligen Kundenauftrag zuordnen. Mit dieser Zuordnung landen auch alle anderen Daten, die über den Wareneinkauf in die Brieftasche geladen wurden, wie zum Beispiel CO₂, auf dem Kundenauftrag. Die Steuerberaterin kann die Rechnung erstellen, die dann neben dem Rechnungsbetrag in Euro auch alle weiteren Informationen bereitstellt.

Der Kunde erhält die Rechnung und muss diese zahlen. Beim Bezahlen werden die Daten an die Brieftasche des Kunden übertragen und werden dort wieder zum Wareneinkauf.

1.1 Datenschutz in Aktion

Um die Einführung der digitalen Währung greifbarer zu machen, werden im Folgenden einzelne Aspekte, die vielleicht schon als Frage aufgetaucht sind, konkreter erläutert. Nachfolgend einige Use Cases, wie man sich das Leben mit der digitalen Währung als Verbraucher*in vorstellen kann:

- Mit meiner Brieftasche erhalte ich einen zentralen Speicherort für alle meine Daten, Zertifikate, Verträge und natürlich auch Zahlungen.
- Die zertifizierten Programme aus dem App Store senden niemals Daten raus aus meiner Brieftasche, ohne mich darauf hinzuweisen oder mich vorher zu fragen. Jede*r kann diese »doppelte Bestätigung« dank des Open-Source-Codes des Programms überprüfen.
- Ich gehe sehr offen mit meinen persönlichen Daten um und möchte mich nicht um zusätzliche IT-Hardware kümmern müssen. Deshalb wird meine persönliche digitale Brieftasche von einem Datentreuhänder (zum Beispiel meiner Bank oder meiner Steuerberaterin) verwaltet. Der Datentreuhänder erlaubt einem Treueprogramm wie Payback, dass es auf bestimmte Daten aus meiner Brieftasche zugreifen darf. Ich habe dafür einen Filter gesetzt, sodass das Treueprogramm meine Ausgaben in Drogeriemärkten nicht sehen kann. Ich erhalte monatlich Geld von diesem Treueprogramm dafür, dass es meine Daten einsehen kann und daraus auf mich zugeschnittene Werbung erstellt.
- Datenschutz ist mir wichtig, aber ich habe keine Ahnung von IT. Meine Geldbörse läuft auf meinem Handy, und die App wurde von der Vierten Gewalt »Datenschutz« finanziert und programmiert. Wenn jemand auf meine Daten zugreifen oder mehr als 1.000 Euro abbuchen will, muss ich das mit einer Zwei-Faktor-Authentifizierung bestätigen.
- Privatsphäre ist mir sehr wichtig, und ich vertraue niemandem. Ich betreibe meine Geldbörse auf einem kleinen Server in meinem Keller (oder in einem Bankschließfach). Die Open-Source-Software dafür kommt von der Vierten Gewalt »Datenschutz«. Meine Daten sind auf meinem Server biometrisch verschlüsselt, das heißt jedes Mal, wenn ich meine Daten nutzen oder eine Zahlung über 500 Euro tätigen will, muss ich in den Keller gehen und meinen Fingerabdruck auf dem Server hinterlassen, um meine digitale Brieftasche zu entschlüsseln. Niemand sonst kann darauf zugreifen.

1.1 Der finale Verbraucher

Auch in Bezug auf die Besteuerung gäbe es geeignete Mechanismen, die eine digitale Währung praxistauglich machen würden. Bisher war die Rede davon, dass eine dynamische Steuer die klassische Mehrwertsteuer ersetzen soll. Die Mehrwertsteuer wird aber nur beim Kauf von Artikeln durch private Konsument*innen bezahlt, nicht bei Unternehmenseinkäufen. Die neue dynamische Steuer müsste etwas von diesem Konzept abweichen, um zu funktionieren. Sie müsste immer dann abgeführt werden, wenn die Ware oder Dienstleistung nicht mehr weiterverarbeitet, also final verbraucht wird; das muss nicht immer bei einer Privatperson sein, sondern kann auch ein Unternehmen sein. Besteuert wird also die letzte Zahlung in der Zahlungskette – das wird häufig der Kauf eines oder einer privaten Endverbraucher*in sein. Im Beispiel von Social Media würde die Steuer aber bei der Bezahlung der Werbung anfallen, also wenn der Werbetreibende die Kosten für die Werbeanzeigen an die Plattform bezahlt. Auch hätten Unternehmen ein gewisses Wahlrecht, ob sie zum Beispiel das eingekaufte CO₂ vollständig auf ihre Produkte umlegen können/wollen oder ob sie Teile des CO₂-Verbrauchs einfach selbst übernehmen und entsprechend bezahlen. Ähnlich der heutigen konzerninternen Verrechnungspreisgestaltung: Manche Kosten werden auf Produkte umgelegt, manche Kosten bleiben auf sogenannten »Costcentern«, das sind häufig Abteilungen, die keine Umsätze generieren, aber Verwaltungskosten tragen und somit das Betriebsergebnis belasten.

Ein kurzes Beispiel:

- Bisher mussten nur Privatpersonen Mehrwertsteuer auf die Leasingrate eines Autos zahlen – Unternehmen konnten sich die Steuer erstatten lassen.
- Künftig müsste die Leasingrate auch dynamisch versteuert werden, wenn Unternehmen ein Auto leasen, sofern sie ihren Mitarbeiter*innen das Auto kostenlos zur Verfügung stellen.
- Stellt das Unternehmen das Auto jedoch weiterhin in Rechnung und benötigt es als Ressource für das Geschäftsmodell, zum Beispiel bei einer Autovermietung, wird die dynamische Steuer erst fällig, wenn der oder die Endkund*in die Mietgebühr an die Autovermietung zahlt. Dann würden Leasingraten vom Autovermieter an den Autohändler nicht dynamisch versteuert.

- Liegt eine gemischte Nutzung vor, zum Beispiel weil die Mitarbeiter*innen einer Autovermietung die Autos abends kostenlos ausleihen dürfen, muss die Autovermietung einen entsprechenden Anteil der dynamischen Steuer selbst zahlen. Diese Trennung bei der privaten Überlassung von Autos muss bereits heute in der Buchhaltung des Unternehmens als geldwerter Vorteil ausgewiesen werden, sodass kein zusätzlicher Aufwand für die Unternehmen entsteht.

Ein anderes Beispiel:

- Ein Chemieunternehmen muss keine dynamische Steuer beim Gaseinkauf zahlen, wenn damit Produkte für den Weiterverkauf hergestellt werden. Werden jedoch zu viele Produkte hergestellt, die nicht mehr verkauft werden und entsorgt werden müssen, so gilt dies als finaler Verbrauch der verschrotteten Produkte, wodurch dann die Steuer bei der Verschrottung der Produkte gezahlt werden muss.
- Das von dem Chemieunternehmen zum Heizen des Bürogebäudes verwendete Gas wird ebenfalls nicht weiterverarbeitet, sodass das Chemieunternehmen die dynamische Steuer für den Anteil des Gases bezahlen muss, das zu Heizzwecken verwendet wird.

Bei einigen Transaktionen ist nicht klar, ob der Käufer ein*e Endverbraucher*in ist oder nicht. Beispielsweise kauft eine Autovermietung ein Auto und weiß zum Zeitpunkt des Kaufs nicht, ob sie es vermieten oder an eine*n Mitarbeiter*in weitergeben wird. In diesem Fall könnte die Zahlung des Kaufpreises unbesteuert bleiben, wenn der Käufer sich bereit erklärt, die Steuer selbst zu entrichten, sobald die Verwendung feststeht.

1.1 Globale Lieferketten & Zahlungen

Auch konkretere praktische Probleme der Lieferketten können mit geeigneten Mechanismen gelöst werden. Denn Lieferketten sind längst global. Es ist daher davon auszugehen, dass Unternehmen auch in Zukunft Rohstoffe und Produkte außerhalb des neuen Währungsraums einkaufen werden.

Wenn dabei beide Währungen digital sind, was nicht unwahrscheinlich ist, da derzeit unzählige Zentralbanken an CBDCs arbeiten, können die notwendigen Daten und Nachweise über eine Schnittstelle (API) ausgetauscht werden.

Sollte dies nicht möglich sein, hätten die eingekauften Produkte zunächst keine zusätzlichen verifizierten Informationen. Beim Eintritt in den Währungsraum müsste die Erreichung aller Ziele durch einen unabhängigen Dritten kontrolliert und zertifiziert werden. Auch wenn dieser Prozess auf den ersten Blick kompliziert und aufwendig erscheint: Gesetze wie der EU Supply Chain Act, die europäische CSRD oder das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz erfordern bereits heute einen ähnlichen Aufwand.

Ein digitaler Währungsraum bedeutet dabei nicht, dass es nur noch eine Währung ohne Wechselkurs gibt. Es kann weiterhin verschiedene Währungen mit variablen Wechselkursen im digitalen Währungsraum geben. Aber alle Währungen im digitalen Währungsraum hätten dann einheitliche Schnittstellen und Zieldefinitionen, über die sie kommunizieren und gleich definierte Daten austauschen könnten. Aktuell gibt es in der EU neben dem Euro beispielsweise auch dänische Kronen oder polnische Zloty als Währungen. Diese würden bestehen bleiben, aber für alle Währungen würden die Ziele gelten, auf die sich die EU-Bürger*innen mehrheitlich einigen können. Umgekehrt müssen auch nicht alle Ziele im ganzen Euroraum gleich sein, es kann durchaus unterschiedliche Zielvorgaben pro Land oder Region geben.

Einige Länder verlangen bei internationalen Unternehmensgründungen und -übernahmen die Angabe eines oder einer Ultimate Beneficial Owner (UBO). Dabei handelt es sich um die Person, die tatsächlich hinter einem Unternehmen oder einer Finanztransaktion steht. Wenn der Geschäftszweck darin besteht, Steuern zu hinterziehen oder illegale Geschäfte zu verschleiern, bleibt der*die UBO oft verborgen. Eine digitale Währung kann hier für mehr Transparenz sorgen: Auch wenn der UBO außerhalb des Währungsraums der digitalen Währung sitzt, sollte er dennoch eine digitale Brieftasche erhalten. Der UBO müsste zum Beispiel mit seinen biometrischen Daten ein Konto in einer Botschaft eröffnen – die biometrischen Daten stellen sicher, dass er eine reale Person ist und nicht beliebig viele Konten unter Pseudonymen eröffnen kann. Auf diesem Konto landet schließlich das Geld aus seinen Geschäftsaktivitäten im digitalen Währungsraum, und nur der UBO hat Zugriff darauf. So kennt die Währung immer das Konto, auf dem am Ende das Geld landet, und somit auch denjenigen, der letztlich von den wirtschaftlichen Aktivitäten profitiert. Natürlich könnte der*die UBO auch weiterhin einen Strohmann zur Kontoeröffnung schicken, aber dann hätte dieser direkten Zugriff auf die Einnahmen und Gewinne – ein Risiko, das der*die UBO vielleicht nicht eingehen möchte. Auch könnte man dann hier mit Zertifizierungen arbeiten, sodass ab größeren Beträgen die UBOs von einem Dritten zertifiziert bekommen müssten, wohin das Geld geht (oder woher es kommt). Gleiches sollte für die Zertifizierenden gelten – also diejenigen, die Lieferungen in den Währungsraum und Datentransfers an die digitale Währung aus Ländern mit normaler Währung zertifizieren –, auch sie müssen ihre wahre Identität durch ihre biometrischen Daten verifizieren. Hier könnte auch mit intelligenten Einbehalten gearbeitet werden. Wenn zum Beispiel ein neu gegründeter Zertifizierer direkt eine Milliardenlieferung in den Währungsraum zertifiziert, dann könnte die Währung auf diesem UBO-Konto, auf dem das Geld landet, einen Teil des Geldes erst einmal blockieren, bis die Zielerreichung und die Zertifizierung bestätigt ist. Angenommen, es werden Mobiltelefone mit einer Drei-Jahres-Garantie in den Währungsraum geliefert und dort verkauft, dann landet der Verkaufspreis auf dem UBO-Konto in Asien. Von dort kann der*die UBO die Herstellungskosten direkt abheben, um seine Kosten zu decken – ein Teil des Geldes, der Gewinn, wird jedoch einbehalten und erst im Laufe der Zeit freigegeben, wenn sich bestätigt, dass der Hersteller sein Update-Versprechen einhält oder sich der Zertifizierer als seriös erweist.

Das Konzept des UBO könnte auch genutzt werden, um Anreize außerhalb des Währungsraumes zu geben. So würden zum Beispiel Artikel aus Ländern mit einem schlechten Menschenrechtsindex tendenziell eine schlechtere Zielerreichung erhalten. Wenn sich aber ein Konzern inkl. seiner UBO besonders für Menschenrechte einsetzt und dies auch durch einen entsprechenden Zertifizierungsprozess bestätigt bekommt, dann können Artikel, die dieser Konzern in den Währungsraum liefert, eine bessere Bewertung in der Zielerreichung Menschenrechte erhalten.

1.1 So gelingt die Umsetzung

Die Schritte hin zu einer digitalen Währung wären technisch und organisatorisch gar nicht so kompliziert. Wenn der politische Wille vorhanden wäre, dann könnte das relativ schnell umgesetzt werden. Es gibt bereits Kryptowährungen, die die beschriebenen Funktionen abbilden könnten – wie bereits erwähnt, fehlt den Kryptowährungen aber ein demokratischer Verifikationsprozess.

Ein erster und wichtiger Schritt ist bereits getan, die EZB arbeitet mit ihrem eEuro in Richtung digitaler Währung. Sofern von der EZB noch nicht so vorgesehen, müsste die Entwicklung des eEuro noch so gestaltet werden, dass der eEuro mit Programmcode gefüllt und Daten gespeichert werden können. Sobald man sich verfassungsrechtlich und politisch geeinigt hat, würde man mit der Entwicklung beginnen:



Abbildung 25: Timeline zur Umsetzung

1. Als Erstes müsste man die Vierte Gewalt gründen, diese Gewalt würde sich dann um die Entwicklung der Währung kümmern. Das klingt zunächst kompliziert,

würde aber gar nicht so viele Mitarbeiter*innen benötigen. Die heutigen Kryptowährungen wurden von wenigen Personen entwickelt – die zweitgrößte Kryptowährung Ether, mit der dazugehörigen Plattform Ethereum, wird beispielsweise von knapp 100 Mitarbeiter*innen der Ethereum Foundation entwickelt und gepflegt. Die neue Gewalt hätte auch den Vorteil, dass sie als Start-up der Staatsorgane noch weitgehend frei von staatlicher Bürokratie wäre und sich auf der grünen Wiese frei von bestehenden Strukturen entwickeln könnte.

2. Nach zwei Jahren sollte die Vierte Gewalt ein Ökosystem für den eEuro geschaffen haben. Dazu gehört neben dem Programmcode und der Möglichkeit der Datenspeicherung auch die Open-Source-Software, die jede*r Bürger*in nutzen kann, um seine oder ihre persönliche digitale Brieftasche zu betreiben. So kann ab dann jede*r einen Knoten für die neue Währung hosten und sich so am Betrieb der Währung und der Datensicherheit der Währung beteiligen. Ab da kann mit der Währung bezahlt werden. Parallel zu den ersten Zahlungen muss die Vierte Gewalt einen App Store aufbauen, aus dem Einzelpersonen und Unternehmen zertifizierte Programme in ihre Wallets laden können, die dann Daten in die Währung übertragen.
3. Ab dem zweiten Jahr sollte die Währung testweise erste Daten sammeln können. Außerdem sollten erste Ziele in die Währung geschrieben werden – wahrscheinlich wird man mit zwei Zielen starten, der Reduktion von CO₂ und einer gerechteren Verteilung der Margen in der Lieferkette. So können Unternehmen erstmals die ökologischen und sozialen Auswirkungen ihres Geschäftsmodells simulieren und sehen, wie sie im Vergleich zu ihren Wettbewerbern abschneiden. Eine dynamische Besteuerung wird es hier noch nicht geben. Aber Unternehmen, die jetzt erkennen, dass ihr heutiges Geschäftsmodell in Zukunft zu Wettbewerbsnachteilen führt, werden bereits beginnen, ihr Geschäftsmodell zu transformieren. In diesem Schritt kann anhand der Daten auch erstmals simuliert werden, wie viele Steuern durch die dynamische Steuer eingenommen werden. Entsprechend können dann bestehende Steuern abgeschafft werden.
4. Im dritten Jahr sollten auch genügend Daten gesammelt worden sein, damit die Währung erste Automatisierungen von Bürokratie aktivieren kann, was ab dann zu Erleichterungen für Bürger*innen und Unternehmen führt.

5. Nun sollte man sich drei Jahre Zeit nehmen, um die Algorithmen in der Währung zu testen. In dieser Phase wäre die dynamische Besteuerung noch inaktiv. In dieser Testphase werden die Algorithmen trainiert und Fehler beseitigt. Im Jahr 6 nach dem Start sollten die Algorithmen so zuverlässig funktionieren, dass die dynamische Besteuerung aktiviert werden kann. Ab diesem Zeitpunkt entsteht ein echter Wettbewerb um Nachhaltigkeit. Auch wenn für ein bis zwei Jahre noch gelegentlich manuell eingegriffen werden müsste, um die Ergebnisse der Algorithmen nachzurechnen und zu korrigieren, sollten sie dann aber Sachverhalte wirklich absolut zutreffend bewerten können.
6. Nach acht Jahren wäre die Einführung beendet. Danach beginnt der Live-Betrieb, und die Marktteilnehmer, die noch nicht mit der Transformation ihres Geschäftsmodells begonnen haben, werden zunehmend Probleme bekommen und schließlich vom Markt verschwinden, sobald sich ein fairer und nachhaltiger Standard für die Warengruppen etabliert hat. Irgendwann würden weitere Ziele in der Währung folgen, die den Wettbewerb dann weiter anpassen.

1. Nachwort: Evolution der Gesellschaft durch Revolution des Geldes

Unsere Welt steht an einem Wendepunkt. Der Kapitalismus, so wie wir ihn kennen, hat uns Wohlstand, Innovation und Fortschritt gebracht, aber auch Ungleichheit, Umweltzerstörung und soziale Spannungen. Geld war nie neutral. Es hat Reiche reicher, Arme ohnmächtiger und Krisen tiefer gemacht. Marx, einer der ersten, der dieses Ergebnis visionär vorhersagte, sah als einzigen Ausweg eine Revolution. Aber gerade bietet sich die Möglichkeit, das System von innen heraus sanft zu verbessern, ohne seine Grundprinzipien zu zerstören. Eine digitale Währung, demokratisch gestaltet und dezentral betrieben, könnte diese Transformation sanft, aber wirkungsvoll in Gang setzen. Nicht durch neue Zwänge, sondern durch neue Anreize.

Nicht durch Einschränkung, sondern durch Ermöglichung. Sie könnte dafür sorgen, dass wirtschaftlicher Erfolg nicht länger auf Ausbeutung, Umweltzerstörung oder Desinformation basiert, sondern auf echter Leistung: Steigerung des Gemeinwohls und Erhalt unseres Ökosystems.

So kann eine digitale Währung der nächste evolutionäre Schritt der sozialen Marktwirtschaft sein – weg von einem zerstörerischen Endspiel des Kapitalismus hin zu einem fairen, zukunftsfähigen Wirtschaftssystem.

Die digitale Währung wäre der Kompromiss, der fast allen gerecht wird. Es werden die Vorteile des Kapitalismus beibehalten, Abläufe vereinfacht und gleichzeitig Anreize für nachhaltiges und soziales Handeln geschaffen. Die Steuerung des Wirtschaftssystems wird dabei nicht durch komplexe und langsame politische Prozesse geregelt, sondern durch die Dynamik des Marktes selbst. Unternehmen können sogar die oft geforderten Steuererleichterungen oder gar Steuerbefreiungen erhalten, allerdings nur, wenn ihr Geschäftsmodell maximal umwelt- und sozialverträglich ist.

Der dringend benötigte Wandel scheitert heute häufig an einer trägen politischen Umsetzung und Widerständen verschiedener Interessengruppen. Mit einer digitalen Währung verlagert sich die Verantwortung zum Wandel von politischen Entscheidungsträgern auf die Marktteilnehmer. Lobbyismus wird so überflüssig: Durch messbare Ziele in der Währung wird die politische Diskussion objektiviert. Es ist nicht mehr nötig, global festzulegen, was die besten Technologien und Lösungen für die unterschiedlichen Probleme sind. Das kann jeder wirtschaftliche Akteur in Zukunft selbst entscheiden.

Auf der Jagd nach Profit passen sich die Unternehmen automatisch an die neuen Rahmenbedingungen an, transformieren sich und suchen permanent nach Innovationen, um mehr zum Gemeinwohl und dem Umweltschutz beizutragen, denn nur so können sie im Wettbewerb bestehen.

Der Markt bestimmt dabei das Tempo des Wandels, ganz ohne unrealistische Zeitvorgaben oder überstürzte politische Entscheidungen. Und trotzdem stellen die Marktmechanismen, die bisher gegen Mensch und Planeten gearbeitet haben, sicher, dass der Wandel so schnell wie technisch möglich stattfinden wird.

Dabei wird der Wandel nicht für alle Unternehmen gleich verlaufen. Firmen, die sich

bereits heute nachhaltig und sozial verantwortlich verhalten, werden von Beginn an profitieren. Unternehmen, die ihr Geschäftsmodell auf Kosten von Mensch und Umwelt aufgebaut haben, müssen das schnellstmöglich ändern. Doch anstatt sie durch regulatorische Verbote aus dem Markt zu drängen, gibt die digitale Währung ihnen einen Anreiz zur Transformation. Wer sich dem Wandel aber verweigert, verliert nach und nach seine Wettbewerbsfähigkeit, während innovativere und nachhaltigere Unternehmen wachsen und ihre Position übernehmen.

Eine digitale Währung mit den hier beschriebenen Funktionen ist auch kein Allheilmittel, das sofort alle unsere Probleme löst. Von der Idee zum politischen Willen und dann zur Umsetzung werden mindestens 10 Jahre vergehen. Das wäre trotzdem noch schnell im Vergleich zu anderen Ansätzen, die die Ungleichheit eliminieren möchten, denn über Steuern, etwa die Erbschaftsteuer, dauert es Generationen, bis die Ungleichheit abgebaut ist.

Eigentlich müssten auch die Top 1 Prozent eine solche sanfte Lösung favorisieren, denn sie kommt ohne Enteignung aus, sie dürfen ihr Geld behalten, können es aber nicht mehr durch Ausbeutung von Mensch und Umwelt vermehren. Sollte man diese Gruppe trotzdem nicht überzeugt bekommen, wäre sogar ein Bottom-up-Ansatz denkbar: Wenn die Mehrheit auf eine so gestaltete digitale Währung umsteigt, dann sind auch die Top 1 Prozent dazu gezwungen, denn ihr Reichtum beruht darauf, dass sie den Bottom 99 Prozent ihre Waren und Dienstleistungen verkaufen, die dann nur noch mit digitalem Geld bezahlt werden würden.

Gleichzeitig birgt die Einführung digitaler Währungen auch Risiken. Ein falsch gestaltetes System könnte zur Überwachung und Steuerung der Menschen missbraucht werden. Dieses Risiko ist real – doch es erscheint fast gering im Vergleich zu den heutigen Bestrebungen, über anlasslose Vorratsdatenspeicherung und die Übergabe sensibler Daten an zweifelhafte Privatfirmen wie Palantir. Verschwindend gering wirkt das Risiko gegenüber der Dystopie, in der private Tech-Konzerne eigene digitale Währungen als De-facto-Standard etablieren – ohne demokratische Kontrolle, ohne Transparenz, nur dem Profit verpflichtet. Gerade deshalb eröffnet eine demokratisch gestaltete Währung mit dezentraler Datenspeicherung und einem klaren Rechtsrahmen eine historische Chance: Sie könnte nicht nur mehr wirtschaftliche Fairness schaffen, sondern auch einen

erheblichen Fortschritt beim zukünftigen Schutz der digitalen Privatsphäre bedeuten.

Diese Revolution des Geldes wäre keine zerstörerische, sondern eine konstruktive. Keine radikale Umkehr, sondern ein sanftes Umlenken. Eine digitale Währung bietet die Möglichkeit, die positiven Aspekte des freien Marktes zu bewahren und gleichzeitig die negativen Auswirkungen zu minimieren. Sicherlich nicht ohne Risiken, insbesondere beim Datenschutz, aber wenn wir uns frühzeitig damit befassen, dann kann eine Lösung geschaffen werden, bei der die Vorteile die Nachteile deutlich überwiegen. Denn dann schafft die digitale Währung eine Welt, in der wirtschaftlicher Erfolg nicht mehr auf Kosten von Menschen und Planeten geht, sondern in Einklang mit ihnen steht. Der Weg in diese Zukunft ist offen. Die Technologie ist da. Die Möglichkeiten sind real. Noch fehlt der Wille, aber jetzt liegt es an uns, den nächsten Schritt zu gehen.

¹ Jameson, dem das Zitat oft als Urheber zugeschrieben wird, attribuiert es zu »someone«.

Jameson, F. (2003). Future City. *New Left Review*, (21), S. 65–79.

² **Schadwinkel, S.** (2023, 23. April). Transformationsforscherin Maja Göpel im Interview: Wo lohnt es sich, sich einzumischen? *t3n*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://t3n.de/magazin/transmutationsforscherin-maja-goepel-im-interview-wo-lohnt-es-sich-sich-einzumischen-252087/>

³ **Piketty, T.** (2013). *Le capital au XXI^e siècle*. Seuil. (Deutsche Ausgabe: **Piketty, T.** (2014). *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. C.H. Beck.)

Saez, E., & Zucman, G. (2019). *The triumph of injustice: How the rich dodge taxes and how to make them pay*. W. W. Norton & Company.

Stiglitz, J. E. (2012). *The price of inequality: How today's divided society endangers our future*. W. W. Norton & Company.

Milanović, B. (2016). *Global inequality: A new approach for the age of globalization*. Harvard University Press.

Acemoglu, D., & Robinson, J. A. (2012). *Why nations fail: The origins of power, prosperity, and poverty*. Crown Publishers.

⁴ World Inequality Database. (2025, Download vom 26.04.2025). Filterkriterien: mnweal_999_i_WO | Market-value national wealth | Total population | Dollar \$ | ppp | constant (2023), World Inequality Lab. <https://wid.world/data/>
Berücksichtigt kein Humankapital oder ausländische Forderungen und Verbindlichkeiten.

⁵ Ein Anstieg von 5.705 Mio. Menschen in 1995 auf 7.851 Mio. Menschen in 2021 <https://countrymeters.info/de/World>.

⁶ **Dobbs, R., Madgavkar, A., Manyika, J., Woetzel, L., Bughin, J. Labaye, E., & Kashyap, P.** (2016). Poorer than their parents? A new perspective on income inequality. *McKinsey & Company*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.mckinsey.com/featured-insights/employment-and-growth/poorer-than-their-parents-a-new-perspective-on-income-inequality>

⁷ **Oxfam Deutschland.** (2024). *Inequality Inc.: Bericht zur sozialen Ungleichheit 2024*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/bericht-soziale-ungleichheit-2024>

Zeit Online. (2025, 20. Januar). *Oxfam-Bericht: Superreiche Milliardäre – Vermögen steigt*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.zeit.de/wirtschaft/2025-01/oxfam-bericht-superreiche-milliardaere-vermoegen-steigt>

⁸ KPI »Net Personal Wealth« der World Inequity Database. <https://wid.world/>

⁹ Daten von: wid.world – KPIs: »Wealth inequity«; Region: North America + Western Europe; Jahr: 1995 + 2021. Die Daten der beiden Regionen wurden zusammengefasst und dabei gewichtet mit den Einwohnerzahlen. Die Einwohnerzahlen stammen auch von der WID.

¹⁰ Daten von: wid.world – KPIs: »Wealth inequity«; Region: North America + Western Europe; Jahr: 1995 + 2022. Die Daten der beiden Regionen wurden zusammengefasst und dabei gewichtet mit den Einwohnerzahlen. Die Einwohnerzahlen stammen auch von der WID.

¹¹ **Chancel, L., Piketty, T., Saez, E., & Zucman, G. (Hrsg.).** (2022). *Chapter 4: Global wealth inequality: The rise of multimillionaires*. In *World Inequality Report 2022* (S. 90–105).

Harvard University Press. <https://doi.org/10.4159/9780674276598Barnes & Noble+5>

¹² Ebd.

¹³ **Mau, S.** (2013). *Die Sozialstruktur Europas*. Springer VS.

¹⁴ **Knabe, A.** (2017). Geld und Glück – Erkenntnisse aus der ökonomischen Zufriedenheitsforschung. In S. Peters (Hrsg.), *Geld: Interdisziplinäre Sichtweisen* (S. 75–96). Springer VS.

¹⁵ **Piketty, T.** (2014). *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. C.H. Beck.

¹⁶ **Scheidel, W.** (2017). *The Great Leveler: Violence and the History of Inequality from the Stone Age to the Twenty-First Century*. Princeton University Press.

¹⁷ **Smith, A.** (2002). *The theory of moral sentiments* (K. Haakonssen, Hrsg.). Cambridge University Press. (Originalarbeit veröffentlicht 1759).

¹⁸ **Klatt, R.** (2020, 17. Dezember). *Ernährung – Studien häufig von der Lebensmittelindustrie bezahlt*. Forschung und Wissen. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.forschung-und-wissen.de/nachrichten/medizin/ernaehrung-studien-haeufig-von-der-lebensmittelindustrie-bezahlt-13374477>

Lesser, L. I., Ebbeling, C. B., Goozner, M., Wypij, D., & Ludwig, D. S. (2007). Relationship between funding source and conclusion among nutrition-related scientific articles. *PLoS medicine*, 4(1), e5. <https://doi.org/10.1371/journal.pmed.0040005>

Chartres N., Fabbri A., Bero L.A. (2016). Association of Industry Sponsorship With Outcomes of Nutrition Studies: A Systematic Review and Meta-analysis. *JAMA Intern Med.* 2016;176(12):1769–1777. doi:10.1001/jamainternmed.2016.6721

¹⁹ **Public Eye & International Baby Food Action Network (IBFAN).** (2024). *How Nestlé gets children hooked on sugar in lower-income countries*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://stories.publiceye.ch/nestle-babies/>

²⁰ **Public Eye.** (2024, Januar 17). *Beim Zucker sind für Nestlé nicht alle Babys gleich*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.publiceye.ch/de/mediencorner/medienmitteilungen/detail/beim-zucker-sind-fuer-nestle-nicht-alle-babys-gleich>

Public Eye & International Baby Food Action Network (IBFAN). (2024). *How Nestlé gets children hooked on sugar in lower-income countries*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://stories.publiceye.ch/nestle-babies/>

²¹ **Forbes.** (o.D.). *Dieter Schwarz*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.forbes.com/profile/dieter-schwarz/>

²² **Fratzscher, M.** (2023, 21. April). Diese Inflation ist eine höchst unsoziale Krise. *Zeit Online*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-04/inflation-energiekrise-haushalte-folgen-studie>

²³ **Bundeskartellamt.** (2014, 24. September). *Sektoruntersuchung »Nachfragemacht im Lebensmittel Einzelhandel« – Ergebnisse und Schlussfolgerungen*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Publikation/DE/Sektoruntersuchungen/Sektoruntersuchung%20LEH-Thesen-PM.pdf>

²⁴ **Eucken, W.** (1948). Vorwort für den ersten Band *ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, 1, S. 1–7.

²⁵ **Wikipedia.** (o.D.). *Laissez-faire*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Laissez-faire&stableid=253402501>

²⁶ **Orth, A., & Probol, B.** (2023, 4. März). Wie Flurbereinigung und Strukturwandel zum Dorfsterben führten. *NDR.de*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Flurbereinigung-Infrastrukturreform->

[Dorfsterben-Niedergang-Doerfer.doerferniedergang100.html](#)

²⁷ Thiel, P. (2014, 12. September). Competition is for losers. *The Wall Street Journal*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.wsj.com/articles/peter-thiel-competition-is-for-losers-1410535536>

²⁸ Fanta, A. (2021, 3. Dezember). Peter Thiel: Ein Idol fürs Monopol. *Netzpolitik.org*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://netzpolitik.org/2021/peter-thiel-ein-idol-fuers-monopol/>

²⁹ Ebd.

³⁰ Thiel, P. (2009, 13. April). The education of a libertarian. *Cato Unbound*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.cato-unbound.org/2009/04/13/peter-thiel/education-libertarian/>

³¹ Y Combinator. (2013, 25. Oktober). Mark Zuckerberg at Startup School 2013 [Video]. Ab Minute 26:50 *YouTube*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.youtube.com/watch?v=MGsalg2f9js>

³² Fanta, A. (2021, 3. Dezember). Peter Thiel: Ein Idol fürs Monopol. *Netzpolitik.org*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://netzpolitik.org/2021/peter-thiel-ein-idol-fuers-monopol/>

³³ Ebd.

³⁴ CompaniesMarketCap. (2025, März). *Meta Platforms Market Cap*. Abgerufen am 28. März 2025, von <https://companiesmarketcap.com/de/meta-platforms/marktkapitalisierung/>

³⁵ Fanta, A. (2021, 3. Dezember). Peter Thiel: Ein Idol fürs Monopol. *Netzpolitik.org*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://netzpolitik.org/2021/peter-thiel-ein-idol-fuers-monopol/>

³⁶ Mazumder, B., & Davis, J. (2017, Revised 2022). *The decline in intergenerational mobility after 1980*. Federal Reserve Bank of Minneapolis, Opportunity and Inclusive Growth Institute Working Paper No. 17-21. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.chicagofed.org/publications/working-papers/2017/wp2017-05>

Scherer, S. (2005). Patterns of labour market entry – long wait or career instability? An empirical comparison of Italy, Great Britain and West Germany. *European Sociological Review*, 21(5), S. 427–440. <https://doi.org/10.1093/esr/jci029>

³⁷ OECD. (2018). *A broken social elevator? How to promote social mobility*. OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/9789264301085-en>

³⁸ Unter anderem Piketty, T. (2013). *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. C.H. Beck.

Piketty, T. (2019). *Kapital und Ideologie*. C.H. Beck.

Deaton, A. (2013a). *The great escape: Health, wealth, and the origins of inequality*. Princeton University Press.

Deaton, A. (2013b). *Death by poverty: Inequality and development*. The Brookings Institution.

Stiglitz, J. E. (2012). *Der Preis der Ungleichheit: Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht*. Siedler Verlag.

Stiglitz, J. E. (2002). *Globalization and its discontents*. W. W. Norton & Company.

Becker, G. S. (1964). *Human capital: A theoretical and empirical analysis, with special reference to education* (3. Aufl.). University of Chicago Press.

Becker, G. S. (1957). *The economics of discrimination*. University of Chicago Press.

Acemoglu, D., & Robinson, J. A. (2012). *Warum Nationen scheitern: Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut*. S. Fischer Verlag.

³⁹ Adam Smith: *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und*

seiner Ursachen. München 1978, (Originalarbeit 1776) S. 585–695,

⁴⁰ **Bundeszentrale für politische Bildung** (2020). *Veränderungsraten des BIP 1990–2018: Alte und neue Bundesländer, in Prozent*. Abgerufen am 12. März 2025, von https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/46_ITEM_02.pdf

⁴¹ Adam Smith: *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*. München 1978 (Originalarbeit 1776)

⁴² **Dümcke, W., & Vilmar, F. (Hrsg.)**. (1996). *Kolonialisierung der DDR: Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses* (3. Aufl.). Agenda Verlag.

⁴³ **Klein, S.** (2025). *Toxisch reich: Warum extremer Reichtum unsere Demokratie gefährdet*. oekom verlag.

⁴⁴ **Schildbach, T., & Wünschel, D.** (2024, 21. August). Erben im Osten: Neunmal weniger Vermögen als im Westen. *MDR.de*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/erbschaft-erbe-vermoegen-osten-westen-100.html>

⁴⁵ **Statistisches Bundesamt (Destatis)**. (o. D.). *Bruttoinlandsprodukt in Deutschland von 1950 bis heute (interaktive Grafik)*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Grafik/Interaktiv/bip-1950-heute.html>

⁴⁶ **ZDFheute**. (2024, 15 Februar). *Deutschland steigt dank Japan auf Platz drei*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/deutschland-dritter-platz-weltwirtschaft-japan-100.html>

⁴⁷ **Smith, A.** (1776). *An inquiry into the nature and causes of the wealth of nations*. W. Strahan & T. Cadell.

Keynes, J. M. (1936). *The general theory of employment, interest and money*. Macmillan.

⁴⁸ **Parker, G. G., Van Alstyne, M. W., & Choudary, S. P.** (2016). *Platform revolution: How networked markets are transforming the economy and how to make them work for you*. W. W. Norton & Company.

⁴⁹ **Klein, S.** (2025). *Toxisch reich: Warum extremer Reichtum unsere Demokratie gefährdet*. oekom verlag.

⁵⁰ **Friedrich-Ebert-Stiftung**. (o. D.). *Vermögensteuer – Definition & Übersicht*. Abgerufen am 19. März 2025, von <https://www.fes.de/wissen/vermoegensteuer>

⁵¹ **Klein, S.** (2025). *Toxisch reich: Warum extremer Reichtum unsere Demokratie gefährdet*. oekom verlag.

⁵² **Rushkoff, D.** (2022). *Survival of the richest: The wealthy elite's secret plan for the apocalypse*. W. W. Norton & Company.

⁵³ **Hensen, C.** (2024, 31. Januar). »Ich würde auf keinen Fall ein Max-Flugzeug fliegen« – Ex-Mitarbeiter warnen vor Boeing. *Stern.de*. Abgerufen am 12. März 2025, von https://www.stern.de/digital/technik/boeing-737-max--ex-mitarbeiter*in-warnen-vor-den-flugzeugen-34416372.html

⁵⁴ **Bartels, T.** (2020, 17. September). Abstürze der Boeing 737 Max: Abschlussbericht spricht von Schlamperei und Vertuschung. *Stern.de*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.stern.de/reise/fernreisen/abstuerze-der-boeing-737-max--abschlussbericht-spricht-von-schlamperei-und-vertuschung-9419466.html>

⁵⁵ **MSNAFF** (2024, 13. Dezember). *US-Berater McKinsey zahlt 650 Millionen Dollar zur Abwehr von Opioid-Prozessen*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.msn.com/de-de/finanzen/allgemein/us-berater-mckinsey-zahlt-650-millionen-dollar-zur-abwehr-von-opioid-prozessen/ar-AA1vOD6U>

- ⁵⁶ Neuscheler, T. (2024, 25. April). Opioidkrise: McKinsey droht Strafe. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/opioidkrise-mckinsey-droht-strafe-19679374.html>
- ⁵⁷ Munich Re. (2025, 9. Januar). *Der Klimawandel zeigt Krallen: Die Welt wird heißer, starke Wirbelstürme, Schergewitter und Überschwemmungen sind die Folge*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.munichre.com/de/unternehmen/media-relations/medieninformationen-und-unternehmensnachrichten/medieninformationen/2025/naturkatastrophen-2024.html>
- ⁵⁸ Handelsblatt. (2023, 30. März). *Rückversicherer Münchener Rück tritt aus Klima-Allianz aus – Kartellrisiken*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/versicherer/rueckversicherer-muenchener-rueck-tritt-aus-klima-allianz-aus-kartellrisiken/29073244.html>
- ⁵⁹ Loughran, T., & McDonald, B. (2024). Measuring Firm Complexity. *Journal of Financial and Quantitative Analysis*, 59(6), S. 2487–2514. doi:10.1017/S0022109023000716
- Zhang, J., Kempes, C. P., Hamilton, M. J., Tao, R., & West, G. B. (2021). *Scaling laws and a general theory for the growth of public companies*. arXiv. <https://arxiv.org/abs/2109.10379>
- Graeber, D. (2015). *The utopia of rules: On technology, stupidity, and the secret joys of bureaucracy*. Melville House.
- Luhmann, N. (1997). *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Suhrkamp.
- ⁶⁰ Deloitte Deutschland. (2017, 6. September). *Mission Zukunft: So treffen Sie die besten Entscheidungen für morgen!* Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.deloitte.com/de/de/issues/efficiency-resiliency/zukunft-der-entscheidungsfindung.html>
- ⁶¹ Harzer, T. (2025, 29. Januar). Mit der Strategie eines U-Boot-Kapitäns zur Transformation. *manager magazin*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/mit-der-strategie-eines-u-boot-kapitaens-zur-transformation-a-91270849-31c0-4e6d-8362-b973d6c283ef>
- ⁶² Chancel, L., Piketty, T., Saez, E., & Zucman, G. (2021, 7. Dezember). *World Inequality Report 2022*. World Inequality Lab. Abgerufen am 12. März 2025, von https://wir2022.wid.world/www-site/uploads/2023/03/D_FINAL_WIL_RIM_RAPPORT_2303.pdf
- Saez, E., & Zucman, G. (2016, 16. Februar). Wealth inequality in the United States since 1913: Evidence from capitalized income tax data. *The Quarterly Journal of Economics*, 131(2), S. 519–578. <https://doi.org/10.1093/qje/qjw004>
- Milanović, B. (2019). *Capitalism, alone: The future of the system that rules the world*. Belknap Press of Harvard University Press.
- ⁶³ Vitali, S., Glattfelder, J. B., & Battiston, S. (2011). The network of global corporate control. *PLOS ONE*, 6(4), e25995. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0025995>
- ⁶⁵ Statista. (o. D.). *Anzahl der Dollar-Milliardäre weltweit*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/220002/umfrage/anzahl-der-dollar-milliardaere-weltweit/>
- ⁶⁶ Brunell, A. B., Gentry, W. A., Campbell, W. K., Hoffman, B. J., Kuhnert, K. W., & DeMarree, K. G. (2008). Leader emergence: The case of the narcissistic leader. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 34(12), S. 1663–1676. <https://doi.org/10.1177/0146167208324101> (Original work published 2008)

- ⁶⁷ Twenge, J. M., & Campbell, W. K. (2009). *The narcissism epidemic: Living in the age of entitlement*. Free Press.
- Brunell, A. B., Gentry, W. A., Campbell, W. K., Hoffman, B. J., Kuhnert, K. W., & DeMarree, K. G. (2008). Leader emergence: The case of the narcissistic leader. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 34(12), S. 1663-1676. <https://doi.org/10.1177/0146167208324101> (Original work published 2008)
- ⁶⁸ Burgo, J. (2015). *The narcissist you know: Defending yourself against extreme narcissists in an all-about-me age*. Touchstone.
- ⁶⁹ Musk, E. (2024, 29. Februar). IHIP News: Elon whining on TV because everyone Hates him [Video]. *YouTube*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.youtube.com/watch?v=44lnu0ljJUs>
- ⁷⁰ Rhodewalt, F. Eddings, S. K. (2002). Narcissus reflects: Memory distortion in response to ego-relevant feedback among high- and low-narcissistic men. *Journal of Research in Personality*, 36(2), S. 97-116. <https://doi.org/10.1006/jrpe.2002.2342>
- Gu, Y. He, N. Zhao, G. (2013). Attentional bias for performance-related words in individuals with narcissism. *Personality and Individual Differences*, 55(6), S. 671-675. <https://doi.org/10.1016/j.paid.2013.05.009>
- Gabriel, M. T., Critelli, J. W., & Ee, J. S. (1994). Narcissistic illusions in self-evaluations of intelligence and attractiveness. *Journal of Personality*, 62(1), S. 143-155. <https://doi.org/10.1111/j.1467-6494.1994.tb00798.x>
- ⁷¹ Burgo, J. (2015). *The narcissist you know: Defending yourself against extreme narcissists in an all-about-me age*. Touchstone.
- ⁷² Ebd.
- ⁷³ Gnambs, T., & Appel, M. (2017 7. Februar). Narcissism and Social Networking Behavior: A Meta-Analysis. *Journal of personality*, 86(2), S. 200-212. <https://doi.org/10.1111/jopy.12305>
- McCain, J. L., & Campbell, W. K. (2018). Narcissism and social media use: A meta-analytic review. *Psychology of Popular Media Culture*, 7(3), S. 308-327. <https://doi.org/10.1037/ppm0000137>
- Verhaeghe, P. (2012). *Und ich? Identität in einer durchökonomisierten Gesellschaft*. Klett-Cotta.
- Lasch, C. (1979). *The culture of narcissism: American life in an age of diminishing expectations*. W. W. Norton & Company.
- ⁷⁴ Twenge, J. M., & Campbell, W. K. (2009). *The narcissism epidemic: Living in the age of entitlement*. Free Press.
- ⁷⁵ SPIEGEL online. (2024, 22. Oktober). Arbeitsmarkt: Höhere Produktivität trotz weniger Arbeitszeit – Stunden bei Vollzeitjobs gesunken. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/arbeitsmarkt-hoehere-produktivitaet-trotz-weniger-arbeitszeit-stunden-bei-vollzeitjobs-gesunken-a-1d01cce8-6edc-4df2-8ae6-e67ffa35dcf7>
- ⁷⁶ Techniker Krankenkasse. (2016). *Entspann dich, Deutschland: TK-Stressstudie 2016*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.tk.de/resource/blob/2026630/9154e4c71766c410dc859916aa798217/tk-stressstudie-2016-data.pdf>
- ⁷⁷ Statista. (2023). *Arbeitsunfähigkeitsfälle aufgrund von Burn-out-Erkrankungen in Deutschland in den Jahren 2004 bis 2022*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/239872/umfrage/arbeitsunfaehigkeitsfaelle-aufgrund-von-burn-out-erkrankungen/>

- ⁷⁸ **ZDFheute.** (2024, 4. Dezember). *Studie: Immer weniger Fachkräfte in Kitas – Experten besorgt.* Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/kita-erzieher-studie-fachkraeftemangel-deutschland-100.html>
- ⁷⁹ **Der Standard.** (2024, April 9). *Whistleblowerin rechnet mit Meta und Mark Zuckerberg ab.* Der Standard. Abgerufen am 11. April 2025, von <https://www.derstandard.at/story/3000000265132/whistleblowerin-rechnet-mit-meta-und-mark-zuckerberg-ab>
- ⁸⁰ **Michel, C., Sovinsky, M., Proto, E., & Oswald, A.J.** (2019). Advertising as a Major Source of Human Dissatisfaction: Cross-National Evidence on One Million Europeans. In: Rojas, M. (Hrsg.) *The Economics of Happiness.* Springer, Cham. https://doi.org/10.1007/978-3-030-15835-4_10
- ⁸¹ **DAK-Gesundheit.** (2024, 27. Februar). *DAK-Suchtstudie: Nach der Pandemie nutzt jedes vierte Kind soziale Medien riskant.* Abgerufen am 12. März 2025, von https://www.dak.de/presse/bundesthemen/kinder-jugendgesundheit/dak-suchtstudie-nach-der-pandemie-nutzt-jedes-vierte-kind-soziale-medien-riskant_58680
- ⁸² **Inskip, S.** (2017, 20. April). Netflix CEO Reed Hastings defines its competition. *NPR.* Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.npr.org/2017/04/20/524833665/netflix-ceo-reed-hastings-defines-its-competition>
- ⁸³ **Smyth, K.** (2024, 31. Juli). Klimawandel und unser CO₂-Fußabdruck: Ein PR-Trick des Öl- und Gaskonzerns BP. *Daniel Schlegel Umweltstiftung.* Abgerufen am 12. März 2025, von <https://danielschlegel-umweltstiftung.org/blog-news/klimawandel-und-unser-co2-fussabdruck-ein-pr-trick-des-oel-und-gaskonzern-bp/>
- ⁸⁴ **Marx, K.** (1844). *Ökonomisch-philosophische Manuskripte von 1844.*
- ⁸⁵ **Wikipedia.** (o. D.). *Nir Eyal.* Abgerufen am 12. März 2025, von https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Nir_Eyal&oldid=1281995309
- ⁸⁶ **Lembke, A.** (2022). *Die Dopamin-Nation: Balance finden im Zeitalter des Vergnügens* (B. Arnold & V. Arnold, Übers.). Unimedica, ein Imprint des Narayana Verlags. (Originalarbeit veröffentlicht 2021).
- Raheemullah, A.** (2022). Dopamine Nation: Finding Balance in the Age of Indulgence by Anna Lembke. *Cambridge Quarterly of Healthcare Ethics*, 31(4), S. 573–574. doi:10.1017/S0963180122000032
- ⁸⁷ **Kessler, R. C., Hwang, I., LaBrie, R., Petukhova, M., Sampson, N. A., Winters, K. C., & Shaffer, H. J.** (2008). DSM-IV pathological gambling in the National Comorbidity Survey Replication. *Psychological Medicine*, 38(9), S. 1351–1360. doi:10.1017/S0033291708002900
- Chung, T. W. H. Sum, S. M. Y. Chan, M. W. L.** (2019). Adolescent Internet Addiction in Hong Kong: Prevalence, Psychosocial Correlates, and Prevention. *Journal of Adolescent Health*, 64(6), S. 34–43. <https://doi.org/10.1016/j.jadohealth.2018.12.016>
- Wikipedia.** (o. D.). *Kaufzwang.* Abgerufen am 12. März 2025, von <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Kaufzwang&stableid=245082642>
- Adamczyk, G.** (2024). Pathological buying on the rise? Compensative and compulsive buying in Poland in the pre- and (post-)pandemic times. *PLOS ONE*, 19(3), e0298856. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0298856>
- Henschke, M.** (2024, 24. April). *Drastische Zahlen zu Essstörung: Expertin nennt Warnzeichen.* Berliner Morgenpost. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.morgenpost.de/web-wissen/gesundheit/article242175140/Drastische-Zahlen-zu-Esstoerung-Expertin-nennt-Warnzeichen.html>

- ⁸⁸ **SPIEGEL online.** (2024, 16. Dezember). *Studie der Bertelsmann Stiftung: 51 Prozent der jungen Menschen in Deutschland fühlen sich einsam.* Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.spiegel.de/panorama/51-prozent-der-jungen-menschen-in-deutschland-fuehlen-sich-einsam-a-4d5f4ab4-81cb-4a99-b9a1-4cf6c97adc98>
- ⁸⁹ **Vroom, V. H.** (1964). *Work and motivation.* **Wiley**
- Bandura, A.** (1977). Self-efficacy: Toward a unifying theory of behavioral change. *Psychological Review*, 84(2), S. 191–215. <https://doi.org/10.1037/0033-295X.84.2.191>
- Deci, E. L., & Ryan, R. M.** (1985). Intrinsic motivation and self-determination in human behavior. Springer Science & Business Media.
- Schneider, S. L., Hofer, M. J., & Koenig, H. G.** (2010). Hope and its role in adaptation to change. *International Journal of Behavioral Medicine*, 17(3), S. 139–145.
- ⁹⁰ **Hope, D., & Limberg, J.** (2022). The economic consequences of major tax cuts for the rich. *Socio-Economic Review*, 20(2), S. 539–559. <https://doi.org/10.1093/ser/mwab061>
- ⁹¹ **Fichtner, J., Heemskerk, E. M., & Garcia-Bernardo, J.** (2017). Hidden power of the Big Three? Passive index funds, re-concentration of corporate ownership, and new financial risk. *Business and Politics*, 19(2), S. 298–326.
- Eichengreen, B.** (2008). *Globalizing capital: A history of the international monetary system* (2. Aufl.). Princeton University Press.
- ⁹² **Mortimer, C.** (2017, 24. April). Brexit campaign was largely funded by five of UK's richest businessmen. *The Independent*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.independent.co.uk/news/uk/politics/brexit-leave-eu-campaign-arrron-banks-jeremy-hosking-five-uk-richest-businessmen-peter-hargreaves-robert-edmiston-crispin-odey-a7699046.html>
- ⁹³ **Friess, D.** (2021, 22. Februar). Arte: Aufstieg der Murdoch-Dynastie. *Frankfurter Rundschau*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.fr.de/kultur/tv-kino/arte-aufstieg-der-murdoch-dynastie-rupert-tv-kritik-ivanka-trump-donald-trump-jared-kushner-fox-news-90213411.html>
- ⁹⁴ **Doward, J.** (2013, September 8). Tobacco giant Philip Morris 'spent millions in bid to delay EU legislation'. *The Guardian*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.theguardian.com/business/2013/sep/07/tobacco-philip-morris-millions-delay-eu-legislation>
- Peeters, S., & Gilmore, A. B.** (2015). *New tobacco directive 'the most lobbied dossier' in EU history.* University of Bath. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.bath.ac.uk/announcements/new-tobacco-directive-the-most-lobbied-dossier-in-eu-history/>
- ⁹⁵ **Zilber, A.** (2024, September 10). *EU court orders Apple to pay \$14.4 billion in back taxes to Ireland.* New York Post. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://nypost.com/2024/09/10/business/eu-court-orders-apple-to-pay-14-4-billion-in-back-taxes-to-ireland/>
- ⁹⁶ **Deutsche Welle.** (2020, 17. Dezember). *Macht und Machenschaften: USA – gekaufte Politik.* Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.dw.com/de/macht-und-machenschaften-usa-gekaufte-politik/a-55557554>
- ⁹⁷ **Collins, C., Ocampo, O., & Paslaski, S.** (2020). *Billionaire Bonanza 2020: Wealth Windfalls, Tumbling Taxes, and Pandemic Profiteers.* Institute for Policy Studies. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://ips-dc.org/wp-content/uploads/2020/04/Billionaire-Bonanza-2020.pdf>
- Callahan, D.** (2017). *The Givers: Wealth, power, and philanthropy in a new gilded age.* Alfred A. Knopf.

- ⁹⁸ Krcmaric, D., Nelson, S. C., & Roberts, A. (2023). Billionaire politicians: A global perspective. *Perspectives on Politics*, 22(2), S. 357–371. <https://doi.org/10.1017/S1537592723002761>
- ⁹⁹ MSN. (2024, April 22). *Trump holt Milliardäre und TV-Stars ins Weiße Haus: Ein Kabinett der Extraklasse*. MSN Nachrichten. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.msn.com/de-de/nachrichten/other/trump-holt-milliard%C3%A4re-und-tv-stars-ins-wei%C3%9Fe-haus-ein-kabinett-der-extraklasse/ar-AA1xql8j>
- Charalambous, P. Romero, L. Kim, S. R. (2024, April 22). *Trump tapped an unprecedented 13 billionaires for top administration roles*. ABC News. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://abcnews.go.com/US/trump-tapped-unprecedented-13-billionaires-top-administration-roles/story?id=116872968>
- ¹⁰⁰ 15 Ministerinnen und Minister plus Stabschefin, Direktorin der NSA, Handelsbeauftragter, Botschafterin UN, Direktor EPA, Direktor des Office of Management and Budget, Direktor CIA, Direktorin der Mittelstandsbehörde, Elon Musk als Leiter Doge und der Präsident selbst.
- ¹⁰¹ Lobbypedia. (o.D.). *Friedrich Merz*. Abgerufen am 12. März 2025, von https://lobbypedia.de/wiki/Friedrich_Merz
- ¹⁰² Student, D. (2006, 22. Juni). Merz & Merz. *manager magazin*, 7/2006. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/merz-merz-a-02994a09-0002-0001-0000-000047313978>
- ¹⁰³ Joeres, A., & Keller, G. (2025, 28. Januar). Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz. *CORRECTIV*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://correctiv.org/aktuelles/wirtschaft/2025/01/28/bester-mann-der-grosskonzerne-das-lobby-netzwerk-von-friedrich-merz/>
- ¹⁰⁴ Ebd.
- ¹⁰⁵ Hellwig, M., Hüther, M., Jäger, P. D. M., & Hartmann-Wendels, T. (2009). *Arbeitsweise der Bankenaufsicht vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise* (IW-Gutachten für das Finanzministerium). Institut der deutschen Wirtschaft. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/181824/1/iw-analysen-bd063.pdf>
- ¹⁰⁶ Ebd.
- ¹⁰⁷ Weiss, S. (2024, 5. Dezember). Trumps libertärer Seelenverwandter: Javier Milei zeigt vor, was den USA blühen könnte. *Der Standard*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.derstandard.de/story/3000000247663/trumps-libertaerer-seelenverwandter-javier-milei-zeigt-vor-was-den-usa-bluehen-koennte>
- ¹⁰⁸ Wikipedia. (o. D.). *2012 Dhaka garment factory fire*. Abgerufen am 12. März 2025, von https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=2012_Dhaka_garment_factory_fire&oldid=1286524346
- ¹⁰⁹ Böcking, D. (2017, 26. Juni). Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen. *Der Spiegel*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/martin-schulz-wie-der-lobbyverband-insm-die-spd-steuerplaene-verfaelscht-a-1154508.html>
- ¹¹⁰ Böhm, M., Kleinz, T., & Staudt, K. (2025, 8. Januar). Kurswechsel von Mark Zuckerberg: Was ändert sich bei Facebook und Instagram? *Der Spiegel*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/kurswechsel-von-mark-zuckerberg-was-aendert-sich-jetzt-bei-facebook-und-instagram-a-18e36a12-8990-406d-a9aa-d59215c79ab5>
- ¹¹¹ Sixtus, M. (2024). *China vs. Hollywood: Traumfabrik unter Kontrolle* [Dokumentation]. ARTE. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.arte.tv/de/videos/112806-000->

[A/china-vs-hollywood-traumfabrik-unter-kontrolle/](#)

¹¹² **Der Standard.** (2024, April 9). *Whistleblowerin rechnet mit Meta und Mark Zuckerberg ab.* Der Standard. Abgerufen am 11. April 2025, von <https://www.derstandard.at/story/3000000265132/whistleblowerin-rechnet-mit-meta-und-mark-zuckerberg-ab>

¹¹³ **Shin, L. M., & Liberzon, I.** (2010). The neurocircuitry of fear, stress, and anxiety disorders. *Neuropsychopharmacology*, 35(1), S. 169–191. <https://doi.org/10.1038/npp.2009.83>

¹¹⁴ **Soroka, S., Fournier, P., & Nir, L.** (2019). Cross-national evidence of a negativity bias in psychophysiological reactions to news. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*, 116(38), S. 18888–18892. <https://doi.org/10.1073/pnas.1908369116>

¹¹⁵ **Michel, C., Sovinsky, M., Proto, E., & Oswald, A.J.** (2019). Advertising as a Major Source of Human Dissatisfaction: Cross-National Evidence on One Million Europeans. In: Rojas, M. (eds) *The Economics of Happiness*. Springer, Cham. https://doi.org/10.1007/978-3-030-15835-4_10

¹¹⁶ **McChesney, R.** (2000). *Rich media, poor democracy: Communication politics in dubious times*. University of Illinois Press.

McChesney, R. (2008). *The political economy of media: Enduring issues, emerging dilemmas*. Monthly Review Press.

Baker, C. E. (2007). *Media concentration and democracy: Why ownership matters*. Cambridge University Press.

Curran, J. (2002). *Media and power*. Routledge.

Noam, E. M. (2009). *Media ownership and concentration in America*. Oxford University Press.

¹¹⁷ **Jensen, A.** (2025, März 14). Unternehmer in der Politik und Medien: Döpfners Welt-Bild. *taz – die tageszeitung*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://taz.de/Unternehmer-in-der-Politik-und-Medien/16072838/>

¹¹⁹ **Dierßen, I.** (2024, September). CDU, WerteUnion, AfD – und rechte Kampagnenstrategen aus den USA? *Campact Blog*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://blog.campact.de/2024/09/berlin-campaign-conference-cdu/>

Joeres, A., & Keller, G. (2025, 12. März). Geld, Macht, Kampagnen: Der lange Arm von Team Trump. *CORRECTIV*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://correctiv.org/aktuelles/trump-und-europa/2025/03/12/geld-macht-kampagnen-der-lange-arm-von-team-trump-2/>

¹²⁰ **Dierßen, I.** (2024, September). CDU, WerteUnion, AfD – und rechte Kampagnenstrategen aus den USA? *Campact Blog*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://blog.campact.de/2024/09/berlin-campaign-conference-cdu/>

Joeres, A., & Keller, G. (2025, 12. März). Geld, Macht, Kampagnen: Der lange Arm von Team Trump. *CORRECTIV*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://correctiv.org/aktuelles/trump-und-europa/2025/03/12/geld-macht-kampagnen-der-lange-arm-von-team-trump-2/>

¹²¹ **Dierßen, I.** (2024, September). CDU, WerteUnion, AfD – und rechte Kampagnenstrategen aus den USA? *Campact Blog*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://blog.campact.de/2024/09/berlin-campaign-conference-cdu/>

Joeres, A., & Keller, G. (2025, 12. März). Geld, Macht, Kampagnen: Der lange Arm von Team Trump. *CORRECTIV*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://correctiv.org/aktuelles/trump-und-europa/2025/03/12/geld-macht-kampagnen-der-lange-arm-von-team-trump-2/>

[kampagnen-der-lange-arm-von-team-trump-2/](#)

¹²² Bellikli, O., & Holly, L. (2021, 22. Oktober). Neue konservative Kampagnenagentur: Wer steckt hinter »The Republic«? *Der Spiegel*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/the-republic-wer-steckt-hinter-der-neuen-konservativen-kampagnenagentur-a-c8db3664-94b2-4600-8d81-4eca17865b00>

¹²³ Dierßen, I. (2024, September). CDU, WerteUnion, AfD – und rechte Kampagnenstrategen aus den USA? *Campact Blog*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://blog.campact.de/2024/09/berlin-campaign-conference-cdu/>
Joeres, A., & Keller, G. (2025, 12. März). Geld, Macht, Kampagnen: Der lange Arm von Team Trump. *CORRECTIV*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://correctiv.org/aktuelles/trump-und-europa/2025/03/12/geld-macht-kampagnen-der-lange-arm-von-team-trump-2/>

¹²⁴ Dierßen, I. (2024, September). CDU, WerteUnion, AfD – und rechte Kampagnenstrategen aus den USA? *Campact Blog*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://blog.campact.de/2024/09/berlin-campaign-conference-cdu/>
Joeres, A., & Keller, G. (2025, 12. März). Geld, Macht, Kampagnen: Der lange Arm von Team Trump. *CORRECTIV*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://correctiv.org/aktuelles/trump-und-europa/2025/03/12/geld-macht-kampagnen-der-lange-arm-von-team-trump-2/>

¹²⁵ Joeres, A., & Keller, G. (2025, März 12). Geld, Macht, Kampagnen: Der lange Arm von Team Trump. *CORRECTIV*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://correctiv.org/aktuelles/trump-und-europa/2025/03/12/geld-macht-kampagnen-der-lange-arm-von-team-trump-2/>

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Joeres, A., Kolb, E. (2024, 19. Dezember). *Prometheus: Die verheimlichten Spender des FDP-Lobbyvereins*. CORRECTIV.
<https://correctiv.org/aktuelles/klimawandel/2024/12/19/prometheus-die-verheimlichten-spender-des-fdp-lobbyvereins/>

¹²⁸ ver.di. (2023). Gewerkschaften im Aufwind. *ver.di Publik*, 6, S. 12.

Wikipedia. (o. D.). *Union busting: Reichweite und Vorkommen in den USA*. Abgerufen am 13. März 2025, von https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Union_Busting&oldid=255062137#Reichweite_und_Vorkommen_in_den_USA

¹²⁹ Nehring, F. (2022, 17. November). Ungleichheit ist kein Vorurteil. *Jacobin*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.jacobin.de/artikel/ungleichheit-ist-kein-vorurteil-klassismus-identitaetspolitik-christian-baron-andreas-kemper-fabian-nehring>

¹³⁰ Bundesagentur für Arbeit. (2010, November). *Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte – Beschäftigungsstatistik*. Nürnberg. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Grundlagen/Methodik-Qualitaet/Methodenberichte/Beschaeftigungsstatistik/Generische-Publikationen/Entgeltstatistik.pdf>

Wikipedia. (o. D.). *Niedriglohn*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Niedriglohn&stableid=252936017>

¹³¹ Bundesagentur für Arbeit. (2010, November). *Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte – Beschäftigungsstatistik*. Nürnberg. Abgerufen am 12. März 2025, von [https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-](https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Grundlagen/Methodik-Qualitaet/Methodenberichte/Beschaeftigungsstatistik/Generische-Publikationen/Entgeltstatistik.pdf)

[Content/Grundlagen/Methodik-Qualitaet/Methodenberichte/Beschaefigungsstatistik/Generische-Publikationen/Entgeltstatistik.pdf](#)

Wikipedia. (o. D.). *Niedriglohn*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Niedriglohn&stableid=252936017>

¹³² **Rücker, M.** (2025, 4. April). *Bild könnte korrekt übers Bürgergeld berichten – tut es aber nicht*. Übermedien. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://uebermedien.de/104301/bild-koennte-korrekt-uebers-buergergeld-berichten-tut-es-aber-nicht/>

¹³³ **Sommer, U.** (2025, 26. März). *Dax-Bilanzen: Konzerne fahren drittbestes Ergebnis ihrer Geschichte ein*. Handelsblatt. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/dax-bilanzen-konzerne-fahren-drittbestes-ergebnis-ihrer-geschichte-ein/100114352.html>

¹³⁴ **Jakob, C.** (2025, 15. März). Politischer Einfluss der Superreichen: Das mächtige Netzwerk der Milliardäre. *taz – die tageszeitung*. Abgerufen am 19. März 2025, von <https://taz.de/Politischer-Einfluss-der-Superreichen/!6073818/>

¹³⁵ **Wikipedia.** (o. D.). *Bundesverband Landschaftsschutz*. Abgerufen am 13. März 2025, von https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bundesverband_Landschaftsschutz&oldid=254738595#cite_note-3

Pabst, A. (2024, 31. Dezember). *Windkraft, einfach Nein? – Von Abrissbirnen und Vogelflüsterern im Saarland*. Saarbrücker Hefte. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://saarbrueckerhefte.de/windkraft-einfach-nein-von-abrissbirnen-und-vogelfluesterern-im-saarland> ((bitte Link entfernen, ich komme da nicht ran))

¹³⁶ **Wikipedia.** (o. D.). *Bundesverband Landschaftsschutz*. Abgerufen am 13. März 2025, von https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bundesverband_Landschaftsschutz&oldid=254738595#cite_note-3

¹³⁷ **Reisner, J.** (2025, 6. März). Union Busting News #03/25: Berufsverbot, Ottobock, Superfoods, FU Berlin, Stadtwerke Cottbus, Asta Uni Potsdam. *Arbeitsunrecht*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://arbeitsunrecht.de/union-busting-news-03-25-berufsverbot-ottobock-superfoods-fu-berlin-stadtwerke-cottbus-asta-uni-potsdam/>

Lobbypedia. (o. D.). *Astroturfing*. Lobbypedia von LobbyControl. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://lobbypedia.de/wiki/Astroturfing>

Wikipedia. (o. D.). *Astroturfing: Deutschland*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Astroturfing&oldid=254677017#Deutschland>

¹³⁸ **LobbyControl.** (2008, 17. April). *Lobbyhinweise von »Atomlobby, verdeckte«, bis »Wechsel, fliegende«*. LobbyControl. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-in-der-eu/lobbyhinweise-von-atomlobby-verdeckte-bis-wechsel-fliegende-574/>

¹³⁹ **Ebd.** **Lobbypedia.** (o. D.). *Astroturfing*. Lobbypedia von LobbyControl. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://lobbypedia.de/wiki/Astroturfing>

Wikipedia. (o. D.). *Astroturfing: Deutschland*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Astroturfing&oldid=254677017#Deutschland>
¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ Maria Ressa, aus der Keynote-Rede beim Global Media Forum 2022. Unter anderem

reziert im DW Report Medien Entwickeln. Menschenrechte Stärken 2022/23. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://static.dw.com/downloads/65857277/dwa-reportdweb.pdf>

¹⁴² **Schneider, L.** (2023, 15. September). Leak: Anti-Wärmepumpen-Kampagne in UK von Gaslobby finanziert. *Volksverpetzer*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.volksverpetzer.de/aktuelles/leak-kampagne-gaslobby-finanziert/>

¹⁴³ **Gerth, M.** (2024, 10. Januar). Frankreich, Norwegen und Co.: Im Ausland ist die Wärmepumpe viel beliebter. *Wirtschaftswoche*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.wiwo.de/finanzen/immobilien/frankreich-norwegen-und-co-im-ausland-ist-die-waermepumpe-viel-beliebter/29681962.html>

¹⁴⁴ **Institute for Strategic Dialogue.** (2022). *Deny, Deceive, Delay: Documenting and Responding to Climate Disinformation at COP26 and Beyond*. Institute for Strategic Dialogue. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://foe.org/wp-content/uploads/2022/06/COP26-Summative-Report.pdf>

Institute for Strategic Dialogue, Climate Action Against Disinformation (2023, 19. Januar). *Deny, Deceive, Delay Vol. 2: Exposing new trends in climate mis- and disinformation at COP27*. Institute for Strategic Dialogue. Abgerufen am 13. März 2025, von https://caad.info/wp-content/uploads/2023/01/DDD_ExposingClimateDisinfo-COP27.pdf

¹⁴⁵ **Maurin, J.** (2023, 22. Dezember). Agrardiesel-Rabatt: Kürzung verteuert Lebensmittel kaum. *taz – die tageszeitung*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://taz.de/Agrardiesel-Rabatt/15978039/>

¹⁴⁶ **Ebd.**

¹⁴⁷ **Private Equity Climate Risks Consortium.** (2024, 30. April). *93 Million: The Carbon Emissions KKR Didn't Disclose*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.peclimaterisks.org/kkr-2024/>

¹⁴⁸ **Ebd.**

¹⁴⁹ **Statista.** (o. D.). *Entwicklung der CO₂-Emissionen in Belgien bis 2023*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1380506/umfrage/entwicklung-der-co2-emissionen-in-belgien/>

¹⁵⁰ **Deckwirth, C., & Eschmann, A.** (2024, 14. November). Springer-Konzern: Nutzte Hauptaktionär KKR den Medienkonzern für politische Einflussnahme? *LobbyControl*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-und-klima/springer-konzern-nutzte-hauptaktionae-kkr-den-medienkonzern-fuer-politische-einflussnahme-118529/>

¹⁵¹ **Laschyk, T.** (2023, 14. April). Döpfner-Leaks: WELT & BILD wollen dich manipulieren. *Volksverpetzer*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.volksverpetzer.de/aktuelles/doepfner-welt-bild-dich-manipulieren/>

Simplicissimus. (2025, 24. April). Wie BILD die Energiewende sabotiert. [Video]. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://youtu.be/ZBwbP9KqrQ>

Deckwirth, C., & Eschmann, A. (2024, 14. November). Springer-Konzern: Nutzte Hauptaktionär KKR den Medienkonzern für politische Einflussnahme? *LobbyControl*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-und-klima/springer-konzern-nutzte-hauptaktionae-kkr-den-medienkonzern-fuer-politische-einflussnahme-118529/>

¹⁵² **Schwarz, C.** (2023, 13. April). Enthüllung über Springer-Chef Döpfner: Das Monster, das wir schufen. *taz – die tageszeitung*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://taz.de/Enthuellung-ueber-Springer-Chef-Doepfner/15924617/>

- ¹⁵³ **Deckwirth, C., & Eschmann, A.** (2024, 14. November). Springer-Konzern: Nutzte Hauptaktionär KKR den Medienkonzern für politische Einflussnahme? *LobbyControl*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-und-klima/springer-konzern-nutzte-hauptaktionar-kk-r-den-medienkonzern-fuer-politische-einflussnahme-118529/>
- ¹⁵⁴ **Harvey, F.** (2024, 8. August). 'Massive disinformation campaign' is slowing global transition to green energy. *The Guardian*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.theguardian.com/environment/article/2024/aug/08/fossil-fuel-industry-using-disinformation-campaign-to-slow-green-transition-says-un>
- Green, M., Richards, J. S., & Bengani, P.** (2024, 8. Oktober). Fossil fuel interests are working to kill solar in one Ohio county. *ProPublica*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.propublica.org/article/ohio-mount-vernon-frasier-solar-fossil-fuel-metric-media>
- Kaufman, L.** (2023, 20. Juni). Unmasking Dark Money: How Fossil Fuel Interests Can Undermine Clean Energy Progress. *Kleinman Center for Energy Policy*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://kleinmanenergy.upenn.edu/commentary/blog/unmasking-dark-money-how-fossil-fuel-interests-can-undermine-clean-energy-progress/>
- ¹⁵⁵ **Wilkens, A.** (2024, 15. Oktober). Stromversorgung: 13,7 Minuten Stromausfall pro Haushalt im Jahr 2023. *heise online*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.heise.de/news/Stromversorgung-13-7-Minuten-Stromausfall-pro-Haushalt-im-Jahr-2023-9981349.html>
- ¹⁵⁶ **Schmitz, A.** (2025, 20. Februar). Was dir BILD & Co über die Energiewende verschweigen. *Volksverpetzer*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.volksverpetzer.de/faktencheck/energiewende-luegen-widerlegt/>
- ¹⁵⁷ **Dittmer, D.** (2024, 6. Dezember). Elon Musk: Warum dem reichsten Mann der Welt das Geld ausgeht. *Capital*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/elon-musk--warum-dem-reichsten-mann-der-welt-das-geld-ausgeht-35287196.html>
- ¹⁵⁸ **Göpfert, A.** (2024, 7. November). Trump-Sieg macht Musk 21 Milliarden Dollar reicher. *Tagesschau*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/technologie/musk-tesla-trump-100.html>
- ¹⁵⁹ **Theron, M.** (2024, 11. Dezember). Elon Musk ist der erste Mensch, der ein Vermögen von 400 Milliarden Dollar hat. *MSN*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/elon-musk-ist-der-erste-mensch-der-ein-vern%C3%B6gen-von-400-milliarden-dollar-hat/ar-AA1vIkGU>
- ¹⁶⁰ **Marx, V.** (2025, 27. Februar). Unfall wegen Bremsversagen: Tesla verklagt Familie und gewinnt vor Gericht. *efahrer.chip.de*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://efahrer.chip.de/news/unfall-wegen-bremsversagen-tesla-verklagt-familie-und-gewinnt-vor-gericht-1025487>
- ¹⁶¹ **Mollner, C.** (2025, 18. Februar). Tesla gegen die eigene Kundschaft: Kritiker landen vor Gericht. *Auto Motor und Sport*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.auto-motor-und-sport.de/verkehr/tesla-rechtsstreit-china-deutschland/>
- ¹⁶² **Berliner Morgenpost.** (2025, 5. Februar). Werbeboykott auf Twitter: Musk verklagt Lego, Shell und Nestlé. *Berliner Morgenpost*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.morgenpost.de/wirtschaft/article408229018/werbeboykott-auf-twitter-musk-verklagt-lego-shell-und-nestl%C3%A9.html>
- ¹⁶³ **Stieler, W., & Zota, V.** (2025, 13. April). Missing Link: Der große Plan. *Heise online*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.heise.de/hintergrund/Missing-Link->

[Der-grosse-Plan-10349992.html](#)

¹⁶⁴ Rothstein, B. (2005). *Social traps and the problem of trust*. Cambridge University Press.

Esping-Andersen, G. (1999). *Social foundations of postindustrial economies*. Oxford University Press.

Piketty, T. (2019). *Kapital und Ideologie*. C.H. Beck.

Mounk, Y. (2018). *Der Zerfall der Demokratie: Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*. Droemer. (Original: *The People vs. Democracy*, 2018. Harvard University Press)

¹⁶⁵ Kolb, E. (2009). *Die Weimarer Republik* (7. Aufl.). C.H. Beck.

Wehler, H.-U. (1986). *Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland 1933*. Fischer Taschenbuch Verlag.

Peukert, D. J. K. (1987). *Die Weimarer Republik: Krisenjahre der klassischen Moderne*. Suhrkamp.

Mason, T. W. (1993). *Social policy in the Third Reich: The working class and the »national community«*. Oxford University Press.

Fritzsche, P. (2008). *Life and death in the Third Reich*. Harvard University Press.

¹⁶⁶ Manow, P. (2018). *Die politische Ökonomie des Populismus*. Suhrkamp Verlag.

¹⁶⁷ Adorno, T. W., Frenkel-Brunswick, E., Levinson, D. J., & Sanford, R. N. (1950). *The authoritarian personality*. Harper & Row.

Altemeyer, B. (1996). *The authoritarian spectrum*. University of Manitoba Press.

¹⁶⁹ Zitat nach Neffe, J. (2017). *Marx: Der unvollendete* (S. 132). Bertelsmann Verlag.

¹⁷⁰ Zitat nach Neffe, J. (2017). *Marx: Der unvollendete* (S. 22). Bertelsmann Verlag.

¹⁷¹ Marx, K. (1962). Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In *Marx-Engels-Werke* (Bd. 8, S. 207). Dietz Verlag.

¹⁷² Blume, M. (2025, 25. Februar). Bundestagswahl 2025 – Ein Versagen auch der Öffentlich-Rechtlichen Medien? *SciLogs – Natur des Glaubens*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://scilogs.spektrum.de/natur-des-glaubens/bundestagswahl-2025-ein-versagen-auch-der-oeffentlich-rechtlichen-medien/>

¹⁷³ Wikipedia. (o.D.). *Alfred Hugenberg*. Abgerufen am 13. März 2025, von https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Alfred_Hugenberg&oldid=253155589

¹⁷⁴ Ebd.

¹⁷⁵ Ebd.

¹⁷⁶ Musk, E. (2024, 29. Dezember). Gastbeitrag: Warum die AfD die letzte Hoffnung für Deutschland ist. *Welt am Sonntag*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article254982012/Warum-Elon-Musk-auf-die-AfD-setzt-und-warum-er-dabei-irrt.html>

¹⁷⁷ Bartels, J.-P. Hebestreit, D. (2024, 30. Dezember). Das Musk-Konzept – Verunsichern zum eigenen Vorteil. *Tagesschau*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/musk-afd-empfehlung-100.html>

¹⁷⁸ Hofer, S. (2022, 30. September). »Wird lustig«: Springer-Chef Döpfner drängte Musk zu Twitter-Kauf. *PULS 24*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.puls24.at/news/digital/springer-chef-mathias-doepfner-draengte-elon-musk-zu-twitter-kauf/277009>

¹⁷⁹ Wikipedia. (o.D.). *Fox News Channel*. Abgerufen am 13. März 2025, von https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Fox_News_Channel&oldid=254078844

¹⁸⁰ Marx, K. (1962). Die deutsche Ideologie. In *Marx-Engels-Werke* (Bd. 3, S. 45). Dietz Verlag.

¹⁸¹ Wikipedia. (o.D.). *Human rights in the Soviet Union*. Abgerufen am 13. März 2025, von

https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Human_rights_in_the_Soviet_Union&oldid=1287477134

¹⁸² **Kohlmann, T.** (2021, 5. Januar). Der verschwundene Alibaba-Gründer: Wo ist Jack Ma? *Deutsche Welle*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.dw.com/de/der-verschwundene-alibaba-gr%C3%BCnder-wo-ist-jack-ma/a-56137945>

¹⁸³ **Jones, M.** (2024, 17. September). Central bank digital currency momentum growing, study shows. *Reuters*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.reuters.com/markets/currencies/central-bank-digital-currency-momentum-growing-study-shows-2024-09-17/>

¹⁸⁴ **Europäische Zentralbank.** (2024, Dezember). *Fortschritt beim digitalen Euro: Einblick in die Entwicklungen und zukünftige Phasen*. Abgerufen am 13. März 2025, von https://www.ecb.europa.eu/euro/digital_euro/progress/html/ecb.deprp202412.en.html

¹⁸⁵ **Europäische Zentralbank.** (2024, Dezember). *Progress report on the digital euro*. Abgerufen am 13. März 2025, von https://www.ecb.europa.eu/euro/digital_euro/progress/html/ecb.deprp202412.en.html

¹⁸⁶ **Gesellschaft für Informatik e.V.** (2022, 22. November). *Digitale Währungen schaffen gläserne Menschen*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://gi.de/meldung/digitale-waehrungen-schaffen-glaeserne-menschen>

Zentrum verantwortungsbewusste Digitalisierung. (2024, 19. Dezember). [Mindest-]anforderungen an die Ausgestaltung des digitalen Euro als eine öffentlich zugängliche digitale Zentralbankwährung. *ZEVEDI eFin-Blog*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://zevedi.de/efinblog-mindestanforderungen-an-digitalen-euro/>

¹⁸⁷ **Canepa, F.** (2025, 27. Februar). ECB takes down securities settlement system's interfaces after incident. *Reuters*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.reuters.com/business/finance/ecb-takes-down-securities-settlement-systems-interfaces-after-incident-2025-02-27/>

Zdravkov, A. (2025, 11. März). EZB steht wegen digitalem Euro nach Panne im Zahlungssystem auf dem Prüfstand. *CryptoDnes*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://cryptodnes.bg/de/ezb-steht-wegen-digitalem-euro-nach-panne-im-zahlungssystem-auf-dem-pruefstand/>

¹⁸⁸ **Wikipedia.** (o. D.). *Digitaler Euro*. Abgerufen am 13. März 2025, von https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Digitaler_Euro&oldid=255323913

Verbraucherzentrale Bundesverband. (o. D.). *Digitaler Euro*. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.vzbv.de/digitaler-euro>

¹⁸⁹ **Ebd.**

¹⁹⁰ **Thiel, P., & Sacks, D. O.** (1995). *The Diversity Myth: Multiculturalism and Political Intolerance on Campus*. Independent Institute.

Thiel, P. (2009, 13. April). The Education of a Libertarian. *Cato Unbound*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.cato-unbound.org/2009/04/13/peter-thiel/education-libertarian/>

¹⁹¹ **Brockschmidt, A.** (2025, 14. April). Trumps Regime nicht „Faschismus“ nennen ist Realitätsverweigerung. *Volksverpetzer*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.volksverpetzer.de/analyse/trumps-faschismus-nennen/>

¹⁹² **Korzilius, H.** (2014) Arzneimittel: Fragwürdige Preispolitik der Industrie. *Ärzteblatt*, 47/2014. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.aerzteblatt.de/archiv/163781/Arzneimittel-Fragwuerdige-Preispolitik-der-Industrie>

¹⁹³ **Hill, A., Khoo, S., Fortunak, J., Simmons, B., & Ford, N.** (2014). Minimum costs for

producing hepatitis C direct-acting antivirals for use in large-scale treatment access programs in developing countries. *Clinical infectious diseases: an official publication of the Infectious Diseases Society of America*, 58(7), S. 928–936.

<https://doi.org/10.1093/cid/ciu012>

¹⁹⁴ Lawlor, E., Kersley, H., & Steed, S. (2009). A Bit Rich: Calculating the real value to society of different professions. *New Economics Foundation*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://neweconomics.org/2009/12/a-bit-rich>

¹⁹⁵ Nano. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://nano.org/de/nachhaltigkeit>

¹⁹⁶ Leopold, S. J., & Englesson, N. (2017). *Eco-friendly currencies*. Präsentation zur Studie der Stanford University und der Universität Stockholm. Abgerufen am 13. März 2025, von <https://www.stedas.hr/infographic-xrp-the-most-eco-friendly-currency.html>

¹⁹⁷ Errechneter Wert aus:

One Dutch debit card transaction in 2015 is now estimated to have an absolute environmental impact of 89 μ Pt and a global warming potential (GWP) of 0.85 g CO₂ equivalents.

und

3.78 grams of CO₂-equivalents. This is equal to the impact of leaving on a 8W low-energy light bulb for one and a half hour.

$0,85/3,78 \cdot 8W/1,5h = 1,2$

Roos Lindgreen, E., van Schendel, M., Jonker, N., Kloek, J., de Graaff, L., & Davidson, M. D. (2017). *Evaluating the environmental impact of debit card payments* (DNB Working Paper No. 574). De Nederlandsche Bank. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.dnb.nl/media/a3sk2oob/574-evaluating-the-environmental-impact-of-debit-card-payments.pdf>

Lindgreen, E., van Schendel, M., Jonker, N., Kloek, J., de Graaff, L., & Davidson, M. (2023). Author correction to: Evaluating the environmental impact of debit card payments. *The International Journal of Life Cycle Assessment*, 28, S. 1799–1801. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://link.springer.com/article/10.1007/s11367-023-02227-0>

¹⁹⁸ Oxford Economics. (2024). *The environmental impact of digital over cash payments in Europe*. European Digital Payments Industry Alliance (EDPIA). Abgerufen am 12. März 2025, von <https://www.edpia.eu/wp-content/uploads/2024/06/The-environmental-impact-of-digital-over-cash-payments-in-Europe-Oxford-Economics-for-EDPIA-April-2024.pdf>